

Zeitgeschichte in Hamburg · 2013





ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

2013

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. +49 40 43 13 97 20
Fax +49 40 43 13 97 40
www.zeitgeschichte-hamburg.de

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Hamburg 2014
Umschlagabbildung: Maike Raap (Vorderseite), Plakat des Deutschen
Evangelischen Kirchentags in Hamburg 1981. Illustration: Wolfgang Heinrich,
Archiv des Deutschen Evangelischen Kirchentags (Rückseite)
Redaktionsteam: Maike Raap, Lu Seegers, Christoph Strupp
Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg
Druck und Bindung: Freiburger Graphische Betriebe, Freiburg

1. Auflage 2014

INHALT

AXEL SCHILDT, DOROTHEE WIERLING, CHRISTOPH STRUPP	
Vorwort	7
■ AUS DER FORSCHUNG	14
FRANK BAJOHR	
Hamburg im »Dritten Reich«. Rückblick und Ausblick	15
KNUD ANDRESEN	
2. Mai 1933 – Die Besetzung des Hamburger Gewerkschaftshauses und die gewerkschaftliche Anpassungspolitik	35
AXEL SCHILDT	
Hamburg – eine Metropole des Geistes? Zur Intellek- tuellengeografie nach dem Zweiten Weltkrieg	55
DANIEL GERSTER	
»Kehrt um – Entrüstet Euch!« – Religion und Protest- bewegungen im Kalten Krieg	75
■ BERICHTE AUS DER FORSCHUNGSSTELLE	92
SEBASTIAN JUSTKE	
Ausgewiesen aus Namibia und zurückberufen nach Westdeutschland Auslandspfarrer, Linksprotestanten und Evangelikale im Spannungsfeld der Apartheid Anfang der 1970er Jahre	93
LINDE APEL	
Gedenken an die Deportationen von Juden, Roma und Sinti im Gedenkjahr 2013	105
LU SEEGER	
Die 5. Hamburger Nacht des Wissens in der FZH	109

■ TAGUNGSBERICHTE	112
KIRSTEN HEINSOHN	
In Search of Revolution, 1916 – 1923: Germany and its European Context	113
ALEXANDER SIMMETH	
Zeitgeschichte transnational – Deutschland nach 1945	118
NIKLAS WIECZOREK	
Gespannte Verhältnisse Frieden und Protest in Europa in den 1970er und 80er Jahren	124
SEBASTIAN JUSTKE	
Über Grenzen Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik der 1950er bis 1980er Jahre	129
■ TÄTIGKEITSBERICHT 2013	136

VORWORT

Kernaufgabe der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) bleibt auch im 53. Jahr ihres Bestehens die in der Satzung der Stiftung verankerte Untersuchung der Geschichte Hamburgs und der norddeutschen Region im »langen« 20. Jahrhundert. Dazu wurden 2013 rund zwei Dutzend Projekte unterschiedlichen Formats vorangetrieben, wobei einige Studien bereits die kalendarische Grenze zur Gegenwart hin überschreiten.

Das vergangene Jahr war aber nicht nur durch inhaltliche Arbeit geprägt, sondern auch durch eine Reihe von Personalwechseln. Anfang Oktober ist Axel Schildt nach einem zweijährigen »Sabbatical« für sein Forschungsprojekt über Medienintellektuelle in der Bundesrepublik auf den Posten des Direktors zurückgekehrt. Kirsten Heinsohn, die ihn in seiner Abwesenheit mit großem Engagement vertreten hatte, hat im Anschluss daran eine Professur an der Universität Kopenhagen übernommen. Unsere stellvertretende Direktorin Dorothee Wierling hat uns ebenfalls im Oktober Richtung England verlassen, um für ein Jahr als Gerda Henkel Visiting Professor am Deutschen Historischen Institut in London und an der London School of Economics and Political Science zu forschen und zu lehren. Sie wird in ihren administrativen Funktionen von Christoph Strupp vertreten.

Frank Bajohr, der das wissenschaftliche Profil und die Wahrnehmung der FZH in Wissenschaft und Öffentlichkeit seit fast 25 Jahren wesentlich mitprägt, ist im August 2013 – zunächst für knapp zwei Jahre – einem Ruf nach München gefolgt, um am Institut für Zeitgeschichte ein neues Zentrum für Holocaust-Studien aufzubauen. Als Vertretung für ihn konnten wir Lu Seegers gewinnen. Einen personellen Wechsel gab es schließlich auch in der Werkstatt der Erinnerung (WdE), in der Jessica Leffers im April ausgeschieden ist. An ihrer Stelle ist seit Oktober Andrea Althaus als Doktorandin tätig. Darüber hinaus haben mit Sebastian Justke und Marc-Simon Lengowski zwei weitere Doktoranden neu begonnen, die in Drittmittel-finanzierten Projekten forschen. Zum Jahresende hat zudem Christiane Reinecke ihr Marie Curie Fellowship an der Sorbonne in Paris beendet und ist zur FZH zurückgekehrt. In der Verwaltung unterstützt uns seit Juni Birgit Steude.

Diese personellen Umbrüche haben die Struktur der FZH 2013 stärker verändert, als dies normalerweise im Laufe eines Jahres der Fall ist und natürlich auch zu Verschiebungen in den inhaltlichen und methodischen Schwerpunkten der Forschung geführt. Wir danken den – vorübergehend oder dauerhaft – ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich für ihre Arbeit.

Die zahlenmäßige Bilanz für 2013 demonstriert die anhaltend hohe Produktivität unseres Instituts. 22 Forschungsprojekte wurden bearbeitet, acht davon erfolgreich abgeschlossen, fünf neu begonnen; wie auch in den vergangenen Jahren wäre das nicht ohne die erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln durch wissenschaftsfördernde Einrichtungen möglich gewesen. Hier ist an erster Stelle die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu nennen. Die 2013 neu bewilligten Drittmittel erreichten einen Rekordbetrag von 621.000 Euro, an unserem Grundhaushalt gemessen eine Quote von deutlich mehr als 50 Prozent.

20 Tagungen, Vortragsreihen und Vorträge wurden – häufig für ein breiteres Publikum – angeboten. Aus unserer Vortragsreihe im Sommersemester über die Geschichte der Religion in Deutschland nach 1945 dokumentieren wir den Vortrag von Daniel Gerster über Religion und Protestbewegungen im Kalten Krieg (S. 75 – 91).

Drei Bücher wurden 2013 publiziert: Eine Biografie von Ulrich Prehn über Max Hildebert Boehm, einen »völkischen Soziologen«, dessen Karriere vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik reichte; die deutsch-deutsch vergleichende Geschichte der Internationalen Gartenbauausstellungen in Hamburg und Erfurt von Kristina Vagt; sowie der Band: »Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933«, herausgegeben von Frank Bajohr, Beate Meyer und Joachim

Szodrzynski und gemeinsam mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren darüber hinaus mit rund 50 Publikationen und 85 Vorträgen in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit präsent und haben an der Universität Hamburg Seminare und Vorlesungen abgehalten und Prüfungen abgenommen. Die öffentliche und mediale Sichtbarkeit der FZH ist spürbar angestiegen, etwa durch die 5. »Nacht des Wissens« im November 2013, die wieder hunderte Besucher zu uns an den Schlump brachte (s. S. 109 – 111). Auch die wie in jedem der vergangenen Jahre gestiegene Nachfrage in unseren »Service«-Bereichen, der mittlerweile auf 91.500 Bände angewachsenen Bibliothek, dem für Hamburg-bezogene zeithistorische Forschungen unverzichtbaren Archiv und der Werkstatt der Erinnerung (WdE), deren Sammlung mittlerweile mehr als 2.000 digitalisierte und transkribierte lebensgeschichtliche Interviews umfasst, zeigt, dass der zeithistorische Schatz in Hamburg nicht in geheimen Kammern lagert, sondern vielfältig genutzt wird.

Wir haben stets betont, dass die Erforschung des NS-Regimes in Hamburg nicht nur einen erinnerungskulturellen Traditionsposten darstellt, sondern für das Verständnis des gesamten 20. Jahrhunderts und seiner Abgründe konstitutiv bleibt, so wie umgekehrt das »Dritte Reich« in den Kontext der vorangehenden und nachfolgenden Gesellschaften der Weimarer und Bonner Republik zu stellen ist, denn die Zeitgenossen erlebten nicht nur den Nationalsozialismus, sondern nicht selten drei oder sogar vier gesellschaftliche und politische Ordnungen vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik.

Unter der Überschrift »Hamburg erinnert sich 2013« fassten Bürgerschaft und Senat der Stadt die zahlreichen Veranstaltungen in diesem Gedenkjahr zusammen, an denen sich die FZH mit vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten beteiligte, die sich besonders den Erinnerungen an 1933 und seinen Folgen widmeten und von denen wir mehrere in diesem Jahresbericht dokumentieren. Den Stand der fachwissenschaftlichen Diskussionen über den Charakter der städtischen Gesellschaft im NS-Regime (Stichwort: Volksgemeinschaft) und zukünftige Forschungsfelder hat Frank Bajohr in einem Vortrag vor dem Verein für Hamburgische Geschichte skizziert (s. S. 15 – 33). Ein spezieller Aspekt, die nationalsozialistische »Tätergesellschaft«, wurde auf den Tagungen »Täterschaften« und »Umgang mit der

nationalsozialistischen Täterschaft« (jeweils in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme) intensiv diskutiert. Zum Themenkreis Nationalsozialismus gehört auch die symbolische Aufladung des 1. Mai als »Tag der nationalen Arbeit« 1933 und des einen Tag später erfolgten SA-Überfalls auf die Gewerkschaftshäuser, über den Knud Andresen einen Vortrag beim Hamburger DGB gehalten hat (S. 35–54). Große Beachtung fand zudem die bereits genannte Edition von vier Hamburger Tagebüchern des Jahres 1933.

Über die Erinnerung an die Deportationen von Hamburger Juden, Roma und Sinti berichtet Linde Apel. Die von ihr kuratierte Ausstellung wurde 2013 im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Hamburg gezeigt und ist ausschnittweise seit Ende September in einem Container auf dem Lohseplatz in der Hafencity zu sehen (S. 105–107). Im Mai 2014 wird eine von ihr erarbeitete und gemeinsam mit dem IGdJ und dem Verein für Hamburgische Geschichte veröffentlichte Monografie erscheinen, in der zwei 1938 aus Hamburg geflohene Juden, Walter und Moshe Wolff – Vater und Sohn – über ihr weiteres Leben in den USA und Palästina erzählen. Der Verbindung ehemals vertriebener jüdischer Mitbürger aus Hamburg, München und Berlin und deren Nachkommen gilt das von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius 2013 weiter geförderte Dissertationsprojekt von Lina Nikou, das im nächsten Jahr abgeschlossen werden soll.

Aufgenommen wurde die Arbeit an einem neuen, von der DFG finanzierten und von Frank Bajohr geleiteten Projekt, in dem Marc-Simon Lengowski am Beispiel Hamburgs dem Umgang mit dem Vermögen des Reiches und der NSDAP nach dem Zweiten Weltkrieg nachgeht, ein bisher bemerkenswerterweise noch kaum behandeltes Thema. Auch dieses Projekt mag als Beispiel dafür gelten, dass die Nachgeschichte, die

»zweite Geschichte« des Nationalsozialismus, noch längst nicht vollständig aufgearbeitet ist.

Eine Reihe von Projekten beschäftigt sich mit Themen, die das gesamte 20. Jahrhundert prägten. Als dessen »Urkatastrophe« gilt der Erste Weltkrieg. Im Gedenkjahr 2014 wird es dazu mehrere Beiträge auch von unserer Seite geben. Bereits im Herbst 2013 hat Dorothee Wierling mit ihrem Buch »Eine Familie im Krieg. Leben, Sterben und Schreiben 1914–1918«, in dem sie die aus Tausenden von Briefen bestehende Korrespondenz einer jüdisch-sozialdemokratischen Intellektuellenfamilie auswertet, einen Eindruck des Kriegsalltags, der Hoffnungen und Sorgen an der Front und in der Heimat, vermittelt. Dem Krieg, seinen politischen Folgen und europäischen Kontexten galt die Tagung »In Search for Revolution, 1916–1923. Germany and its European Context«, die von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert und im Haus der Stiftung in Köln stattfand.

Erfolgreich abgeschlossen wurde das von Dorothee Wierling geleitete Projekt »Kaffee-Welten«; drei Monografien über die aus Hamburg stammenden Kaffee-Pflanzerfamilien in mittelamerikanischen Ländern, über die Hamburger Kaffee-Kaufleute und über den Kaffee-Konsum in der Bundesrepublik und der DDR als neuralgischer Punkt des Systemvergleichs sowie ein Sammelband, der die internationale Konferenz »Kaffee-Welten« der FZH dokumentiert, werden 2014 bzw. Anfang 2015 erscheinen.

Ein von Lu Seegers neu begonnenes Projekt trägt den Titel »Hanseaten und das ›Hanseatische‹ im 20. Jahrhundert«. Mit diesen Begriffen assoziiert man heute gemeinhin Nüchternheit, Pragmatismus, Weltoffenheit und Toleranz. Im historischen Längsschnitt hingegen soll gezeigt werden, dass die Selbstbeschreibung als »hanseatisch« starken Wandlungsprozessen unterlag, die von jeweiligen zeitgenössischen Strategien beeinflusst wurden. Ebenfalls neu an der Forschungsstelle ist das Dissertationsprojekt »In die Schweiz gehen« von Andrea Althaus über deutsche und österreichische Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz 1918–1970, das als stark mit Quellen der oral history arbeitendes Projekt in der WdE angesiedelt ist.

Leitprojekt für den Forschungsschwerpunkt »Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts« ist die von Christoph Strupp bearbeitete umfassende Studie zur Entwicklung des Hamburger Hafens seit den 1950er Jahren; bei diesem Thema wird die transnationale Prägung der lokalen Geschichte besonders deutlich. Aussagen über den Hamburger Hafen

lassen sich durch vergleichende Blicke auf andere Hafenstädte und deren globale Vernetzung wesentlich zuspitzen. Zu diesem Thema organisiert die FZH im März 2014 eine internationale Konferenz »Seaports in Transition«. Wir werden in den nächsten Jahren unsere Anstrengungen verstärken, Kolleginnen und Kollegen für die Geschichte Hamburgs seit den 1950er Jahren zu interessieren, für Themen der Wirtschaft und Politik ebenso wie für Gesellschaft und Kultur. Nachdem im letzten Jahresbericht ein mit einem Fragezeichen im Titel versehener Artikel von Joachim Szodrzynski über die »Kulturhochburg Hamburg« nach dem Zweiten Weltkrieg erschien, skizziert Axel Schildt diesmal – erneut mit einem Fragezeichen – die Hansestadt als intellektuelles Zentrum, als »Metropole des Geistes« (S. 55 – 74).

Mittlerweile boomt die Forschung zur jüngsten Zeitgeschichte der 1970er und 1980er Jahre in Deutschland. Abgeschlossen wurden in diesem Bereich zwei Forschungsprojekte von Knud Andresen, die von der DFG und von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurden und sich mit jugendlichen Erfahrungsräumen und gewerkschaftlicher Organisation bzw. mit lebensgeschichtlichen Interviews gewerkschaftlicher Akteure befassten. Die Publikation der Ergebnisse ist für 2014 vorgesehen. Ebenfalls vor dem Abschluss stehen die Projekte zur Jugendzentrumsbewegung der 1970er und 1980er Jahre von David Templin und zu den Ärzten in der anti-atomaren Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre von Claudia Kemper.

Wie das zuletzt genannte Projekt verdeutlicht auch ein neu begonnener und von der DFG geförderter Forschungszusammenhang zum deutschen und europäischen Umgang mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime in den 1970er und 1980er Jahren die zunehmende Bedeutung transnationaler Weiterungen

der Zeitgeschichte. Sebastian Justke untersucht die Lebensgeschichte von Auslands Pfarrern aus der Bundesrepublik, Knud Andresen fragt nach den Wahrnehmungen und Erfahrungen schwedischer und deutscher Manager in Südafrika. Weitere Themen werden von Kollegen der TU und HU Berlin und der Universität Kopenhagen bearbeitet. Die enge Zusammenarbeit wird durch gemeinsame Beratungen und Workshops hergestellt (s. dazu S. 93 – 103). Auf drei weiteren Konferenzen, die hauptsächlich die Fritz Thyssen Stiftung förderte, (s. dazu die Berichte ab S. 113) wurden unterschiedliche Aspekte transnationaler Erweiterungen der deutschen Zeitgeschichte diskutiert.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) für die auch 2013 verlässlich und großzügig geleistete Förderung, ebenso wie bei allen anderen genannten wissenschaftsfördernden Einrichtungen. Als national und international vernetztes Institut trägt die FZH auch weiterhin zur Entwicklung einer hamburgisch, norddeutsch, europäisch und global geprägten modernen Zeitgeschichtsforschung bei.

Axel Schildt, Dorothee Wierling, Christoph Strupp

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Eckart Krause / Christa Hempel-Küter, Hamburg und das Erbe des »Dritten Reiches«. Versuch einer Bestandsaufnahme, Hamburg 1989. – Der vorliegende Beitrag geht auf einen Vortrag in der Reihe des Vereins für Hamburgische Geschichte am 24. April 2013 zurück. Nachweise sind auf wörtliche Zitate, im Text direkt genannte Titel und neuere Literatur in Auswahl beschränkt.
- 2 Vgl. als umfassende Zwischenbilanz der Forschung; Hamburg im »Dritten Reich«, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005/2008.



Grindelallee in Eimsbüttel, mit Blick in Richtung Rentzelstraße, ca. 1940.

• Quelle: FZH-WdE 15

HAMBURG IM »DRITTEN REICH«

Rückblick und Ausblick

Als Eckart Krause und Christa Hempel-Küter vor nunmehr fast 25 Jahren mit der Publikation »Hamburg und das Erbe des Dritten Reiches. Versuch einer Bestandsaufnahme« eine umfassende Bibliografie der bis dahin erschienenen Arbeiten vorlegten, verzeichnete diese erste verdienstvolle Gesamtschau bereits viele hundert Aufsätze und Monografien.¹ Seitdem sind mindestens noch einmal ebenso viele Titel hinzugekommen. Von daher wäre es vermessen, hier eine auch nur halbwegs vollständige Forschungsbilanz vorlegen zu wollen, zumal diese Gefahr liefe, sich in summarischen Aufzählungen zu verlieren. Reizvoller erscheint es, mit dem Abstand von mehreren Jahrzehnten empirischer Forschung noch einmal einen Blick auf wesentliche Interpretationslinien der Geschichte Hamburgs im »Dritten Reich« zu werfen und sie im Lichte neuerer Forschungen einzuordnen.² Dabei sollen auch Forschungslücken und -desiderate angesprochen werden. Dennoch zu Anfang einige wenige summarische Bemerkungen, die einerseits auf Hamburger Besonderheiten der historischen Aufarbeitung verweisen, aber zugleich einen verinselten Blick auf die Stadt zu vermeiden suchen.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich nämlich, dass sich die meisten Arbeiten zur Geschichte Hamburgs im »Dritten Reich« in einen breiten Mainstream einfügen und augenfällige thematische Parallelen zu Arbeiten in vielen anderen Städten und Regionen aufweisen. So hatten Forschungen zu klassischen Themen wie »Widerstand und Verfolgung« in den 1970er und 1980er Jahren nicht nur in Hamburg Konjunktur. Auch der Begriff der »vergessenen Opfer« wurde in dieser Zeit nicht nur von der gleichnamigen Hamburger Projektgruppe verwendet. Forschungen zur Gesellschaftsgeschichte der NS-Zeit und der breiten Involvierung der Bevölkerung in die Verfolgungspraxis des Regimes entstanden vor allem in den 1990er Jahren. Wollte man die Entwicklung der NS-Forschung in Deutschland prototypisch untersuchen, wäre Hamburg in vielfältiger Hinsicht repräsentativ.

Dies ist auch wenig verwunderlich, basiert doch Forschung stets auf allgemeinen, überlokalen Voraussetzungen, die alles andere als Hamburg-spezifisch sind. Der generationelle Wandel wäre in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie die zunehmende Bedeutung der Erinnerungs- und Memorialkultur, die dazu geführt hat, dass der »Nachgeschichte« des Nationalsozialismus mittlerweile eine größere Aufmerksamkeit zukommt als den historischen Ereigniszusammenhängen selbst.

In Städten wie Berlin und neuerdings auch München hat sich in den letzten Jahren eine Musealisierung der NS-Zeit in Gestalt zahlreicher Gedenk- und Dokumentationsorte vollzogen, die für Hamburg nur begrenzt zu konstatieren ist. Anders als die vorgenannten Städte ist Hamburg aber auch weder ein wichtiges politisches Entscheidungszentrum des »Dritten Reiches« noch ein Sitz zentraler NS- oder Reichsinstitutionen gewesen, mithin auch kein Ort, an dem wichtige Entscheidungen über Massenmorde und Vernichtungskriege getroffen wurden. Neben der zentralen Gedenkstätte in Neuengamme und deren Außenstellen ist für Hamburg eher eine Dezentralisierung von Mahnmalen und Erinnerungsorten typisch. Sie kommt auch in den in Hamburg in besonders zahlreich verlegten »Stolpersteinen« zur Erinnerung an die Opfer des Regimes zum Ausdruck.

Auch wenn die historische Aufarbeitung der NS-Zeit in Hamburg keine »Einzigartigkeit« beanspruchen kann, so gilt die Stadt doch national wie international als ein Zentrum kritischer Vergegenwärtigung der NS-Zeit, die auf diesem Feld einige bemerkenswerte Akzente gesetzt hat. Zwar verkündete Anfang der 1980er Jahre mit Klaus von Dohnanyi ein Bürgermeister höchstselbst, dass es nunmehr »Zeit für die gesamte Wahrheit« sei,³ aber dies bedeutete keineswegs, dass die

3 Vgl. »Es ist Zeit für die ganze Wahrheit« (K. v. Dohnanyi). Aufarbeitung der NS-Zeit in Hamburg. Die nichtveröffentlichte Senatsbroschüre, hg. von der GAL-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Hamburg 1985.

Aufarbeitung der NS-Zeit vor allem seitens der Stadt und ihrer Institutionen »von oben« initiiert wurde. Prägnante Gegenbeispiele für ein Engagement außerhalb städtischer Institutionen wären beispielsweise die Aktivitäten des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das mit der sogenannten »Wehrmachtsausstellung« einen wichtigen Akzent in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gesetzt hat,⁴ aber auch das bemerkenswerte bürgerschaftliche Engagement vieler Hamburgerinnen und Hamburger, etwa bei der näheren Erforschung der Biografien und Verfolgungsschicksale derjenigen, für die in der Stadt »Stolpersteine« verlegt worden sind.

Der biografische Blick ist ein weiteres Hamburger Charakteristikum, das im Vergleich zu anderen Städten hervortritt. Wichtige Hamburger Monografien zur NS-Geschichte haben sich dezidiert um eine biografische und erfahrungsgeschichtliche Perspektive bemüht, und ein Projekt wie die »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung«, in der mittlerweile weit mehr als 1.000 lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen NS-Verfolgten gesammelt sind, ist aus anderen Großstädten nicht bekannt.⁵ Im Herbst 2013 ist diese biografisch-erfahrungsgeschichtliche Perspektive durch den Band »Bedrohung, Hoffnung, Skepsis« mit vier Hamburger Tagebüchern aus dem Jahr 1933 noch einmal vertieft worden.⁶

Einzelne Arbeiten zur NS-Geschichte Hamburgs haben darüber hinaus impulsgebend auf andere Städte und Regionen gewirkt. Vor allem Arbeiten zu Verfolgung und Repression in der NS-Zeit wären in diesem Zusammenhang zu nennen. Meine eigene Studie über »Arisierung« in Hamburg hat sicher dazu beigetragen, dieses Forschungsfeld gerade auch in regionalgeschichtlicher Breite zu öffnen.⁷ Dies gilt auch für Arbeiten zur Geschichte Neuengammes und der

4 Vgl. zuletzt Hans-Ulrich Thamer, Eine Ausstellung und ihre Folgen. Impulse der »Wehrmachtsausstellung« für die historische Forschung, in: Ulrich Bielefeld / Heinz Bude / Bernd Greiner (Hg.), Gesellschaft – Gewalt – Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag, Hamburg 2012, S. 489 – 503; Christian Hartmann / Johannes Hürter / Ulrike Jureit (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005.

5 Vgl. Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der »Werkstatt der Erinnerung«, München / Hamburg 2011; Beate Meyer, Woher wir kommen, wohin wir gehen. Die »Werkstatt der Erinnerung« (1990 – 1995), in: Zeitgeschichte in Hamburg. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) 2005, Hamburg 2006, S. 11 – 21.

6 Vgl. Frank Bajohr / Beate Meyer / Joachim Szodrzynski (Hg.), Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933, Göttingen 2013.

7 Vgl. Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933 – 1945, Hamburg 1997 / 2. Aufl. 1998.

- 8 Vgl. Gesa Anne Trojan, *Das Dorf im Lager lassen. Das KZ Neuengamme in der lokalen Erinnerung*, München / Hamburg 2014; Johann Klarmann, *Die erneute Demütigung. Hamburgs Umgang mit dem ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme 1945 – 1985*, Münster 2013; Oliver von Wrochem (Hg.), *Das KZ Neuengamme und seine Außenlager. Geschichte, Nachgeschichte, Erinnerung, Bildung*, Berlin 2010.
- 9 Vgl. Eckart Krause (Hg.), *Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933 – 1945*, 3 Bde., Berlin 1991 sowie mehrere Bände der Reihe »Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte«.
- 10 Klaus Bästlein u. a. (Hrsg.), »Für Führer, Volk und Vaterland ...« *Hamburger Justiz im Nationalsozialismus*, Hamburg 1992; Helge Grabitz u. a. (Hrsg.), »Von Gewohnheitsverbrechern, Volksschädlingen und Asozialen ...« *Hamburger Justizurteile im Nationalsozialismus*, Hamburg 1995.
- 11 Vgl. zuletzt u. a. Michael Wildt / Christoph Kreuztmüller (Hg.), *Berlin 1933 – 1945*, München 2013; Horst Matzerath, *Geschichte der Stadt Köln*. Bd. 12: Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 – 1945, Köln 2009.
- 12 Vgl. Kurt Detlev Möller, *Das letzte Kapitel. Geschichte der Kapitulation Hamburgs von der Hamburger Katastrophe des Jahres 1943 bis zur Übergabe der Stadt am 3. Mai 1945*, Hamburg 1947.

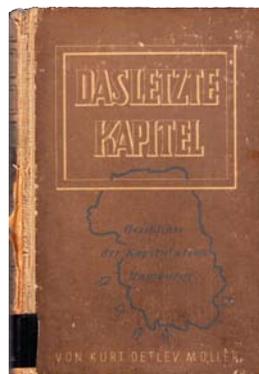
Konzentrationslager in Hamburg.⁸ Zudem hat sich keine andere Universität in Deutschland ihrer Geschichte im »Dritten Reich« in einer vergleichbaren Dichte und Intensität gewidmet wie die Hamburger Universität,⁹ und auch über die Geschichte der Justiz in Hamburg und vor allem die alltägliche Praxis der Rechtsprechung sind wir durch zahlreiche Monografien, u. a. der Projektgruppe zur Hamburger Justizgeschichte, vorzüglich informiert.¹⁰ Und schließlich können nur wenige andere Städte auf eine Gesamtdarstellung ihrer Geschichte im »Dritten Reich« zurückgreifen.¹¹

Diese in ihren Tendenzen zwar nicht einzigartige, aber doch in ihren gesamten Dimensionen bemerkenswerte Aufarbeitung der NS-Zeit in Hamburg hat sich nicht immer konfliktfrei vollzogen. Wenn es um die Auseinandersetzung mit dem »Dritten Reich« geht, ist oft von »Legende«, »Tabu« oder »Skandal« die Rede gewesen. Dies verwundert schon deshalb nicht, weil die durch einzigartige Massenverbrechen bestimmte NS-Zeit kein Gegenstand ist, dem man sich sine ira et studio nähern kann. Zugleich hat sich jedoch vor allem in den Medien eine problematische Tradition etabliert, neuere Forschungen zur NS-Zeit als Tabubruch oder Widerlegung einer angeblichen Legende zu präsentieren. Dabei handelt es sich jedoch nicht selten um eine künstliche Aufregung, die in erster Linie dem Bedürfnis nach öffentlicher Aufmerksamkeit geschuldet ist. Nicht jede angebliche Legende entpuppt sich deshalb bei näherem Hinsehen auch als solche.

Dies gilt nicht zuletzt für Hamburg, wo das Buch »Das letzte Kapitel« des Hamburger Archivars Kurt Detlev Möller über die Endkriegsphase und kampflose Übergabe Hamburgs bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen öffentlichen Skandal ausgelöst hatte.¹² Einzelne Bemerkungen Möllers über den ehemaligen NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Karl

Kaufmann hatten Kritiker als »Gauleiter-Gloriole« oder Verbreitung einer »Kaufmann-Legende« bezeichnet. Nun hatte Joist Grolle bereits in den 1990er Jahren in einem wegweisenden Beitrag über die Anfänge zeitgeschichtlicher Forschung in Hamburg darauf hingewiesen, dass das Buch Möllers keineswegs eine unkritische Lobhudelung Kaufmanns repräsentierte und manche der Kritiker Behauptungen aufstellten, die im Hinblick auf eine kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit viel problematischer waren.¹³ Dies gilt z. B. für Heinrich Heffter, den ersten Leiter der Forschungsstelle, der die Auffassung vertrat, dass in einer Geschichte der Stadt von 1933 bis 1945 nicht Kaufmann, sondern Hamburg als »der historische Held« zu gelten habe.¹⁴

Wer sich zudem die zeitgenössische Presseberichterstattung der frühen Nachkriegsjahre in Hamburg näher ansieht, den überkommen Zweifel, dass es eine »Kaufmann-Legende« überhaupt jemals gegeben hat. Von einer auch nur entfernt wohlwollenden oder nachsichtigen Perspektive auf den ehemaligen Gauleiter kann jedenfalls keine Rede sein. Dies zeigte sich beispielsweise in den öffentlichen Auseinandersetzungen über das Privatvermögen Kaufmanns.¹⁵ So hatte Kaufmann Ende 1944 in weiser Voraussicht des nahen Kriegsendes fast sämtliche Vermögenswerte auf seine Ehefrau übertragen und diese auch in einen Vertrag einbezogen, mit dem er ein größeres Anwesen im Duvenstedter Brook von der Stadt Hamburg pachtete. Er hatte also einen Pachtvertrag quasi mit sich selbst abgeschlossen. Vor allem der Hamburger Senat drängte nach 1945 auf die Kündigung des Vertrages und suchte mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich Kaufmann nach Entlassung aus der Internierungshaus wieder im Duvenstedter Brook niederließ. Dabei gerieten der Senat und Bürgermeister Brauer sogar in



13 Vgl. Joist Grolle, Schwierigkeiten mit der Vergangenheit. Anfänge der zeitgeschichtlichen Forschung im Hamburg der Nachkriegszeit, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 78 (1992), S. 1 – 65.

14 Vgl. dazu Axel Schildt, Von der Kaufmann-Legende zur Hamburg Legende. Heinrich Heffters Vortrag »Hamburg und der Nationalsozialismus« in der Hamburger Universität am 9. November 1950, in: Zeitgeschichte in Hamburg. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) 2003, Hamburg 2004, S. 10 – 46; Joist Grolle, Hamburg und seine Historiker, Hamburg 1997, S. 188 – 192.

15 Zu diesem Thema hat Jessica Erdelmann in einer unveröffentlichten BA-Arbeit von 2012 wichtige Erkenntnisse geliefert: vgl. dies., Konfiszierung und Rückerstattung nationalsozialistischer Vermögens nach 1945. Das Beispiel des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte).

offenen Konflikt mit der britischen Besatzungsmacht, die sich im Hinblick auf die formale Rechtslage hinter Kaufmanns Ehefrau gestellt hatte. Vor allem die sozialdemokratische Presse ließ in diesem Konflikt keine Gelegenheit aus, das Ehepaar Kaufmann als typische Repräsentanten einer nationalsozialistischen Bonzokratie öffentlich vorzuführen. Dies war auch nicht weiter verwunderlich, setzte doch ein glaubwürdiger Neuanfang 1945 voraus, dass man sich vom Führungspersonal der untergegangenen Diktatur demonstrativ distanzierte, zumal die ungeheure Verbrechenbilanz der NS-Zeit die Frage nach der historischen Verantwortung unausweichlich machte. Viele Deutsche wichen dieser Verantwortung in der Nachkriegszeit aus, indem sie sich selbst zu Opfern des Krieges und eines totalitären Regimes stilisierten. Wenn nun auch noch der oberste Repräsentant des Nationalsozialismus in Hamburg unschuldig gewesen sein sollte, wären der demokratische Neubeginn und die Abkehr von der NS-Vergangenheit völlig ungläubwürdig geworden. Die demonstrative öffentliche Distanz zum Führungspersonal von einst war aus diesem Grunde unumgänglich. Kurt Detlev Möllers Buch geriet im wesentlichen deshalb zum Skandal, weil es dieses Distanzpostulat nicht angemessen zum Ausdruck gebracht hatte.

Hamburg 1933–1945: Sonderfall oder Mustergau?

Vor allem zwei Grundlinien der Interpretation haben das historische Bild Hamburgs im »Dritten Reich« lange Zeit bestimmt. In der Nachkriegszeit hatte die von Heinrich Heffter und anderen vertretene These dominiert, dass Hamburg im Nationalsozialismus eine Art Fremdkörper gewesen und als positiver Sonderfall

16 Vgl. Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984.

eines stadtrepublikanischen Residuums im Meer der braunen Barbarei anzusehen sei. Dabei ging es den Vertretern dieser These keineswegs um eine Vertuschung von Verantwortung oder eine Verharmlosung des Nationalsozialismus. Vielmehr bemühten sie sich, Hamburger Traditionen für den demokratischen Wiederaufbau freizulegen, die in zwölfjähriger nationalsozialistischer Herrschaft verschüttet worden waren. Freilich lief die These vom Sonderfall Hamburg Gefahr, die Geschichte der Stadt zu verklären und Verbrechen herunterzuspielen. Statt selbstkritische Aufklärung förderte sie vor allem selbstzufriedene Erstarrung.

Auch deshalb vertraten jüngere Generationen im Gefolge von »1968« die genau gegenteilige These: Hamburg sei kein Sonderfall, sondern geradezu ein nationalsozialistischer Mustergau gewesen, eine Stadt, deren Eliten nicht in innerer Emigration verharret hätten, sondern im Gegenteil ganz besonders tief in die NS-Verbrechen verstrickt gewesen seien.¹⁶

Blickt man nun im Abstand von mehreren Jahrzehnten und im Lichte neuerer Forschungen auf diese beiden Ausgangsthesen, dann muss man feststellen, dass beide einen zutreffenden empirischen Kern besitzen. In der Tat bildete Hamburg eine Art Sonderfall im »Dritten Reich«, weil die Traditionen, Orientierungen und Strukturen dieser Stadt mit den Schwerpunkten der NS-Politik nur bedingt kompatibel waren. Dies führte im Ergebnis jedoch nicht zu randständiger Distanz der Stadt gegenüber dem Nationalsozialismus, sondern genau zu jener Verstrickung in die NS-Herrschaft und ihre Verbrechenskomplexe, auf die die Vertreter der Mustergau-These zu Recht hingewiesen haben. Zwischen beiden Ausgangsthesen, die sich diametral zu widersprechen scheinen, besteht meines Erachtens ein unmittelbarer Zusammenhang, der sich folgendermaßen formulieren lässt: Nicht weil Hamburg so gut, sondern weil Hamburg so schlecht zum Nationalsozialismus und seinen wesentlichen Zielen passte, verstrickte sich die Stadt besonders tief in die verbrecherische Herrschaftspraxis des »Dritten Reiches«. Diesen Zusammenhang möchte ich im Folgenden ausführlicher erläutern, wobei ich besonders auf wirtschaftliche und strukturelle Aspekte eingehe, beginnend mit den Anfangsjahren der NS-Herrschaft in Hamburg, die in der Hansestadt durch eine noch lange anhaltende wirtschaftliche Krise gekennzeichnet waren.

Dies kam symbolisch am 2. November 1934 zum Ausdruck, als die Reichsregierung unter dem Vorsitz Hitlers zusammentrat und die besondere

Notlage Hamburgs erörterte. Vertreter der Hansestadt wie der Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann oder der »Regierende Bürgermeister« Hamburgs, Carl Vincent Krogmann, hatten seit längerem auf eine solche Zusammenkunft gedrängt und nahmen – ebenfalls ungewöhnlich – an der Kabinettsitzung teil. Aufgeschreckt hatte die Nationalsozialisten vor allem das Ergebnis der Volksabstimmung vom 19. August 1934: In Hamburg hatten mehr als 23 Prozent der Wähler dem neuen Regime die Zustimmung verweigert und damit den Nationalsozialisten das reichsweit schlechteste Wahlergebnis beschert. Während die gleichgeschaltete Presse das Ergebnis dennoch mit der Schlagzeile »Die Welthafenstadt hinter dem Führer« feierte, bezeichnete NSDAP-Gauleiter Kaufmann das Abstimmungsergebnis in einem Schreiben an Rudolf Heß als »die tiefste Enttäuschung meiner langjährigen Tätigkeit in der Partei«¹⁷.

Die Ursachen der Hamburger Misere lagen im schrittweisen Zusammenbruch der Weltwirtschaft nach 1929, von der eine traditionelle Hafen- und Handelsstadt naturgemäß in besonderer Weise abhing. Als europäische Handelsmetropole und typisches Kind der Globalisierung hatte Hamburg stets von intensiven weltwirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen profitiert. Im nationalsozialistischen Deutschland standen die Zeichen der Zeit jedoch nicht auf Globalisierung, sondern auf Rüstungswirtschaft und Autarkie. Nicht die Förderung des Exports, sondern die »Wehrhaftmachung« der Nation genoss oberste Priorität, um langfristig »Lebensraum« im Osten zu gewinnen. Von dieser Politik profitierte in erster Linie die Rüstungsindustrie, während Handelsunternehmen oder die exportorientierte Konsumgüterindustrie vom »Dritten Reich« wenig zu erwarten hatten. Letztere Wirtschaftsbereiche dominierten jedoch in Hamburg, das bis zum

17 Zitate nach: Frank Bajohr, Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Hamburg im »Dritten Reich« (wie Anm. 2), S. 69 – 121, hier S. 94.

Machtantritt der Nationalsozialisten alles andere als eine Industriestadt gewesen war. Nicht ohne Grund hieß die Industrie- und Handelskammer in Hamburg stets nur »Handelskammer«. Im Jahre 1933 standen hier 27.107 Industriebetriebe 55.632 Unternehmen im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr gegenüber, in dem 237.000 Beschäftigte arbeiteten, während die Hamburger Industrie lediglich 121.000 Beschäftigte verzeichnete.

Dementsprechend belebte sich die Hamburger Wirtschaft nach 1933 kaum. Lediglich in der Eisen- und Metallerzeugung halbierten sich in den ersten zwei Jahren der NS-Herrschaft die Arbeitslosenzahlen, weil vor allem die Hamburger Werften von den Rüstungsaufträgen profitierten und bereits 1935 einen Mangel an Facharbeitern meldeten. Die meisten der arbeitslosen kaufmännischen Angestellten, die einstmals in den Kontoren der Hamburger Import-/Exportfirmen beschäftigt gewesen waren, hatten jedoch nach wie vor keine neue Stelle gefunden. Ihre Arbeitslosenzahl stagnierte im gleichen Zeitraum auf hohem Niveau. Angesichts der sich stetig ausweitenden Devisenbewirtschaftung mussten sich die Hamburger Außenhandelsfirmen de facto jedes Handelsgeschäft in Berlin genehmigen lassen. An jedem Montagmorgen vollzog sich am Hamburger Hauptbahnhof daher dasselbe Ritual: Dutzende, manchmal Hunderte von Prokuristen bestiegen den so genannten »Genehmigungszug« nach Berlin, um dort mit Reichsbehörden über einzelne Geschäfte zu verhandeln.

Im Hamburger Hafen wurden zu keinem Zeitpunkt nationalsozialistischer Herrschaft wieder die Umschlagzahlen von vor der Weltwirtschaftskrise erreicht. Im Jahre 1929 waren hier 27 Millionen Tonnen Waren umgeschlagen worden. Im Jahre 1938 wurde mit 25,7 Millionen Tonnen ein Höchststand erreicht, der nach Kriegsbeginn 1939 drastisch abfiel. Nicht nur die steigende Bedeutung der ausländischen Nordseehäfen wie Rotterdam machte Hamburg zu schaffen, sondern vor allem der nationalsozialistische Primat des »Lebensraums im Osten«, der die Akzente von Übersee nach Osteuropa verschob. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass Hamburg unter allen Großstädten nach 1933 den geringsten Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen hatte. Nichts dokumentierte die Hamburger Misere deutlicher als jene Zuzugssperre, die der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 30. August 1934 für Hamburg verhängt hatte. Jahrhundertlang war Hamburg darauf stolz gewesen, Menschen aus vielen Regionen magnetisch

angezogen zu haben. Nun schloss das angebliche »Tor zur Welt« seine Pforten – ein Vorgang mit hohem Symbolwert.

Die heutige »wachsende Stadt« Hamburg gehörte damals zu den am stärksten schrumpfenden Städten des Deutschen Reiches: Von Juni 1933 bis Ende 1936 büßte Hamburg fast 35.000 Einwohner ein, während manche Städte wie Rostock in der NS-Zeit ihre Einwohnerzahl um mehr als ein Drittel steigerten und erstmals in die Liga der Großstädte aufstiegen. Während lange Zeit die Bewohner des strukturschwachen Mecklenburgs in Scharen fortgezogen waren, zumeist nach Hamburg, ins Ruhrgebiet oder gar nach Amerika, wanderten nach 1933 Hamburger oder Ruhrarbeiter nach Mecklenburg zu, wo die expandierende Flugzeugindustrie – z. B. Dornier in Wismar oder Arado und Heinkel in Rostock – mit prestigeträchtigen, hochbezahlten Arbeitsplätzen lockte: Eine Abstimmung mit den Füßen, die Verlierer und Gewinner der NS-Politik deutlich machte.

Die besonderen Schwierigkeiten Hamburgs und das schlechte Wahlergebnis für die NS-Machthaber 1934 waren auch im Ausland nicht unbemerkt geblieben. Schließlich verfügte die Hansestadt über ein dichtes Netz ausländischer Konsulate, die zahlreiche Berichte über die Situation in Hamburg verfassten und an die Botschaften und Außenministerien ihres jeweiligen Landes sandten. Dabei stellte vor allem der britische Generalkonsul Lawrence Milner Robinson Hamburg als Opfer des Nationalsozialismus dar. Im Juli 1936 war Hamburg in einem Schreiben an den britischen Außenminister Anthony Eden als »perhaps the least Nazi district in Germany« bezeichnet worden. Im Juli 1939, kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges, erklärte der Generalkonsul sogar, die Hamburger seien mehrheitlich überzeugte Gegner des Nationalsozialismus. Die

18 Zitate nach: Frank Bajohr, »Führerstadt« als Kompensation. Das »Notstandsgebiet Hamburg« in der NS-Zeit, in: Fritz Mayrhofer / Ferdinand Opl (Hg.), Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008, S. 267–287, hier S. 269 f.

besonderen Schwierigkeiten des Hamburger Hafens und des Außenhandels in einer Zeit nationaler Autarkiepolitik interpretierte Robinson als eine bewusste Bestrafung der Stadt durch die nationalsozialistischen Machthaber: »Hamburg is paying the penalty today of its slow adherence to the Nazi cause.«¹⁸

Davon konnte freilich nicht einmal entfernt die Rede sein, waren sich doch Hitler und die Reichsregierung der besonderen Notlage Hamburgs durchaus bewusst. Eine grundsätzliche Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses kam für sie jedoch nicht in Frage. Auf der eingangs erwähnten Sitzung am 2. November 1934 beschied Hitler die Hamburger Vertreter kühl, dass die Voraussetzungen, unter denen sich Hamburg zu einer Millionenstadt entwickelt habe, heute eben nicht mehr gegeben seien. Der Primat der Aufrüstung stand nicht zur Disposition. Dennoch erklärte sich Hitler ausdrücklich bereit, die Hansestadt im Rahmen der vorgegebenen Prioritäten zu unterstützen. So kamen die Beteiligten überein, verstärkt Rüstungsaufträge nach Hamburg zu lenken und Rüstungsindustrie dort neu anzusiedeln, um die Nachteile des hamburgischen Außenhandels durch vermehrte Förderung der Industrie zu kompensieren, was sich angesichts des hohen Lohnniveaus in der Hansestadt und der mangelnden Gewerbeflächen jedoch als schwierig erwies. Gleichzeitig wurde Hamburg als förderungswürdiges »Notstandsgebiet« eingestuft. Dieser fragwürdigen, doch finanziell vorteilhaften Bezeichnung, die Gebieten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenzahl zuteil wurde, erfreute sich Hamburg bis 1939.

Insgesamt hatte Hamburg mit seiner traditionellen Orientierung auf den Hafen und den überseeischen Handel vom »Dritten Reich« nichts zu erwarten. Es konnte sich aber seit Ende 1934 auf einen Mechanismus ständiger Kompensation verlassen, der allerdings dazu führte, dass die Hansestadt vor allem seit 1939 intensiv in die Expansions- und Vernichtungsdynamik des Nationalsozialismus einbezogen wurde – und zwar nicht, weil die Interessen der Stadt und der nationalsozialistischen Reichsführung harmonisch ineinandergriffen hätten, sondern weil sie im Kern nicht kompatibel waren und deshalb nach permanentem Ausgleich und Kompensation verlangten. Ein solcher Ausgleich setzte jedoch die vollständige Unterordnung der Stadt unter die politischen und ideologischen Prämissen der NS-Machthaber voraus. Zwar musste Hamburg von traditionellen Leitbildern verbal gar nicht Abschied nehmen, nur wurden diese nun

im Sinne des Nationalsozialismus neu interpretiert. Obwohl die Politik der Nationalsozialisten eine einzige Absage an den freien Welthandel darstellte, nahmen sie von Hamburg als »Tor zur Welt« keineswegs Abschied. Sie definierten dieses Leitbild allerdings neu. Hitler dachte im Hinblick auf die Hansestadt nicht in Kategorien von Handel und Wirtschaft, sondern von Architektur und Repräsentativität. »Tor zur Welt« hatte für Hamburg in der Vergangenheit immer auch Offenheit, Liberalität und Vielfalt bedeutet. Nach dem Willen Hitlers sollte jedoch aus Hamburg als »Führerstadt« ein monumentalistisches »Wahrzeichen des Dritten Reiches« werden, das ausländische Besucher gleichermaßen einschüchtern wie beeindrucken sollte: eine furchterregende bauliche Machtdemonstration, die den Größenwahn des »Dritten Reiches« getreulich widerspiegelte. Dies machten die Einzelplanungen für die neue »Führerstadt« Hamburg aus: eine gigantische Hängebrücke über die Elbe, die an 180 Meter hohen Pfeilern befestigt werden sollte; ein neues »Gauhaus«, das als 250 Meter hoher Wolkenkratzer konzipiert war; eine »Volkshalle«, die bis zu 150.000 Zuschauern Platz bieten sollte; eine 700 Meter lange Fahrgastanlage, an der künftig KdF-Erholungsdampfer anlegen sollten; schließlich eine 65 Meter breite Elbuferstraße mit Monumentalbauten, deren Errichtung den Abriss von ungefähr 30.000 Wohnungen zur Folge gehabt hätte. Vor allem Elbbrücke und Gauhochhaus symbolisierten einen architektonischen Fehdehandschuh gegenüber den USA, eine Systemkonkurrenz, der das neue Hamburg baulich Ausdruck verleihen sollte.¹⁹

Wo die vielen Millionen Rotklinkersteine produziert werden sollten, die für die »Führerbauten« notwendig waren, blieb zunächst unklar. In dieser Situation machte der Reichsführer SS Heinrich Himmler der Stadt das ebenso verführerische wie teuflische Angebot, die

19 Vgl. zu Architektur und Stadtplanung in Hamburg in der NS-Zeit zuletzt Sylvia Necker, Konstanty Gutschow 1902 – 1978. Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, München / Hamburg 2012, S. 208 – 283.

20 Vgl. Sylvia Necker / Meik Woyke, Vom Achsenkonzept zur Metropolregion. Stadt- und Regionalplanung für den Großraum Hamburg seit dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 95 (2009), S. 143 – 166.

Steine von den SS-eigenen »Deutschen Erd- und Steinwerken« (DEST) herstellen zu lassen und dafür in Neuengamme bei Hamburg ein Konzentrations- und Arbeitslager zu errichten. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen »Führerstadt«-Planungen und Konzentrationslager machte die fatalen Konsequenzen jener Kompensationsangebote deutlich, die dem »Notstandsgebiet« Hamburg gemacht wurden, um der prekären Gesamtsituation der Hansestadt zu begegnen.

Vermutlich hatten die Vertreter Hamburgs die »Führerstadt«-Planungen auch deshalb so begierig aufgegriffen, weil sich in ihrem Windschatten ein Problem lösen ließ, das die Hamburger Politik seit Jahrzehnten beschäftigt hatte. Schon im Ersten Weltkrieg hatte der Hamburger Senat eine »Denkschrift über die Notwendigkeit einer Erweiterung des hamburgischen Staatsgebiets« veröffentlicht, weil Hamburg für die Ansiedlung von Industrie wie für den Wohnungsbau dringend neue Bau- und Siedlungsflächen benötigte. Nach 1933 hatte sich die territoriale Situation der Stadt auf zweifache Weise verschärft. Zum einen benötigte sie zum Ausgleich für den stagnierenden Handel neue Flächen, um rüstungsrelevante Industrien in Hamburg anzusiedeln. Zum anderen warfen die »Führerstadt«-Planungen unmittelbar die Frage der künftigen Stadtgrenzen auf.²⁰

Dennoch folgten das 1937 verkündete »Groß-Hamburg-Gesetz« und die Eingemeindungen von Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg nicht primär den Interessen der Hamburger Stadtpolitik, sondern den rüstungswirtschaftlichen Erfordernissen des Vierjahresplans, auch wenn Hamburg langfristig gesehen von diesem Gesetz ungeheuer profitierte. Der Vierjahresplanbeauftragte Hermann Göring war vor allem daran interessiert, den gesamten rüstungswirtschaftlichen Raum im Unterelbegebiet ohne Rücksichtnahme auf bisherige territoriale Kompetenzen neu zu ordnen. Dabei konnte auch das bisherige Handelszentrum Hamburg zur Rüstungsschmiede umgebaut werden. Zum ersten Mal konnte die Hansestadt nun als Industriestadt bezeichnet werden, erstmals arbeiteten in Hamburg mehr Menschen im Sektor Industrie und Handwerk als im Sektor Handel und Verkehr, weil sich die Zahl der Industriebetriebe durch das Groß-Hamburg-Gesetz stark erhöht hatte und vor allem größere Industrieunternehmen von dieser Entwicklung profitierten. Die Großwerft Blohm & Voß verdoppelte dank der Aufträge der Kriegsmarine ihre Belegschaft auf über 14.000 Beschäftigte, während die Zahl der Handels- und

Handwerksbetriebe im Zeitraum von 1937 – 1939 um über 2.000 sank. Dennoch reichte der Rüstungsboom insgesamt aus, um auch in Hamburg – wenn auch mit entsprechender zeitlicher Verzögerung – Vollbeschäftigung herzustellen. Diese war im März 1939 erreicht, als die Statistik nur noch rund 8.600 Arbeitslose verzeichnete.

Hamburg und die territoriale Expansion in Europa

Der deutsche Überfall auf Polen und der Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 stürzten die Stadt jedoch erneut in die Krise. Die ohnehin geschwächten überseeischen Handelsbeziehungen brachen vollständig zusammen, weil die Schiffrouten und Handelswege durch die Kriegsmarine nicht gesichert werden konnten. Der Warenumsatz im Hamburger Hafen nahm um mehr als zwei Drittel ab, und allein 1.500 Hamburger Importfirmen samt ihrer Belegschaften waren über Nacht arbeitslos geworden. Erneut ertönte aus Hamburg der Ruf nach Kompensation. Diese war allerdings nur im Rahmen der territorialen Expansion des »Dritten Reiches« zu erhalten, die schon vor 1938 mit dem so genannten »Anschluss« Österreichs im März 1938 begonnen hatte. Vor allem Reichsstatthalter Kaufmann nahm jede sich bietende Gelegenheit wahr, als reisender Interessenvertreter der »Firma Hamburg« aufzutreten und hansestädtische Interessen in den besetzten Gebieten zu fördern.

Dieser Aspekt hamburgischer Geschichte im »Dritten Reich« ist bislang allerdings allenfalls in Grundzügen bekannt. Wichtige Erkenntnisse verdanken wir in diesem Zusammenhang vor allem Karl Heinz Roth und den in seinem Umfeld arbeitenden Historikern

21 Vgl. Karl Heinz Roth / Jan-Peter Abraham, Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941 – 1944, Hamburg 2011.

22 Zitate nach: Bajohr, Arisierung (wie Anm. 7), S. 331.

23 Zitate nach: Bajohr, Arisierung (wie Anm. 7), S. 326 f.

und Historikerinnen.²¹ Insgesamt liegt hier aber ein dringendes Desiderat für künftige Forschungen, auch wenn die Quellenlage naturgemäß disparat und schwierig ist. Doch kann gar nicht genug betont werden, dass sich die Geschichte Hamburgs in der NS-Zeit eben nicht auf das Hamburger Stadtgebiet allein erstreckte. Damit nämlich blendete man wesentliche Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft aus, deren Expansions- und Vernichtungsdynamik sich durchaus auch aus der Perspektive einer Stadt darstellen lässt.

Wo immer die deutsche Wehrmacht nach 1939 einmarschierte, folgten die Interessenvertreter Hamburgs auf dem Fuße. Hamburger Unternehmen betätigten sich in den besetzten Gebieten des Westens in einer Intensität, dass sich einige Industrie- und Handelskammern aus dem Rhein- / Ruhrgebiet veranlasst sahen, beim Reichswirtschaftsministerium gegen angebliche »Ausschaltungsbestrebungen Hamburgs« zu protestieren. Während westdeutsche Firmen für die besetzten Gebiete noch nicht einmal eine Einreiseerlaubnis erhielten – so der Tenor dieses Schreibens – seien Hamburger Unternehmer dort längst aktiv. Diese Bevorzugung führten die Beschwerdeführer auf eine seit Jahren eingespielte Krisenintervention zugunsten der Hansestadt zurück, die noch aus ihrer Zeit als wirtschaftliches »Notstandsgebiet« stamme und ihr auch in Kriegszeiten eine bevorzugte Behandlung durch die Reichsministerien garantiere. Gegenüber solchen Beschwerden plädierte Kaufmann für Gelassenheit: »Wir wollen nicht auftreten wie die Aasgeier«, bemerkte er im Oktober 1940 vor der Hamburger Handelskammer, »aber mir ist es lieber, ich treffe in Rotterdam und Antwerpen tausend Hamburger als gar keine«.²² Schon 1938 hatte er vor der Handelskammer in Erwartung einer künftigen territorialen Expansion verkündet: »Wenn man neue Länder erobern will«, kommt es darauf an, dass »man mit aller taktischen Klugheit und Vorsicht in der Haltung und Berechnung« vorzugehen, um dann »für Hamburg herauszuholen, was nur für Hamburg herauszuholen ist«.²³

Hamburger waren allerdings keineswegs nur im besetzten Westeuropa aktiv. Viele fanden ein Betätigungsfeld im Osten. Meine Kollegin Birthe Kundrus und ich bereiten seit einiger Zeit ein Forschungsprojekt über »Hamburg im Osten« vor, das den zahlreichen Hinweisen auf Hamburger Aktivitäten in diesem Raum nachgehen und unter systematischen Fragestellungen untersuchen möchte: Zum Beispiel anhand der Frage, ob diese

Tätigkeit allein kurzfristiger Kompensation entsprang oder nicht vielmehr versucht wurde, traditionelle, auf Übersee ausgerichtete Orientierungen umzupolen in Richtung einer kontinentalen Ostexpansion, in einen Raum also, der durch Holocaust und Vernichtungskrieg im nationalsozialistischen Sinne ethnisch und rassistisch neu geordnet werden sollte. Ganz in diesem Sinne hatte beispielsweise der Hamburger Senator Wilhelm von Allwörden den Ostkrieg Anfang September 1942 in einer Plenarsitzung der Hamburger Handelskammer als einen »Kampf auf Leben und Tod« bezeichnet, bei dem es »keine Kompromisse« gebe: »Es ist ein Kampf um Lebensraum, um ein geschlossenes Siedlungsgebiet, das überseeischen Besitzungen, die wir doch nicht dauerhaft sichern können, weit überlegen ist.«²⁴

Wer sich die Veröffentlichungen jener Zeit in Hamburg eingehender besieht, der findet zahlreiche Beispiele, wie traditionelle Hamburger Leitbegriffe dementsprechend mit völlig neuen Inhalten versehen wurden: So zum Beispiel die Hanse, die rückblickend als völkischer Kampfverband zur Verbreitung des Deutschtums im Osten deklariert wurde, oder die Charakterisierung des Hamburger Kaufmanns als Spezialist für die Erschließung besetzter Gebiete und als Pionier kolonialer Besiedelung, als habe es sich bei den deutschen Kolonien um Siedlungskolonien gehandelt, bzw. habe sich der Hamburger Handel in der Vergangenheit vor allem auf Kolonien konzentriert.

Andererseits waren traditionelle Hamburger Orientierungen auch im »Dritten Reich« nicht völlig verschwunden. Dies machte ein umfangreicher Wirtschaftsplan deutlich, den der Hamburger Reichsstatthalter Anfang Juni 1940 – angesichts des bevorstehenden Sieges im Westen – in Auftrag gegeben hatte, um die langfristigen Ziele Hamburgs nach dem »Endsieg«

24 Zitat nach: Karsten Linne, Deutsche Afrikafirmen im »Osteinsatz«, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16/1 (2001), S. 49 – 90, hier S. 83; Staatsarchiv Hamburg, 621-1/72 (Blohm & Voß), 1410, Bd. 2, Niederschrift über die Plenarsitzung der Industrie- und Handelskammer vom 4.9.1942.

25 Vgl. Wirtschaftsplan Hamburg 1940, bearbeitet bei der Industrie- und Handelskammer Hamburg, 2 Bde., Hamburg 1940.

26 Vgl. Peter Klein, Die »Gettoverwaltung Litzmannstadt« 1940 – 1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009.

27 Zitat nach Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 235.

zu fixieren. Von kontinentaleuropäischer Expansion war in diesem Plan, der ganz auf den Hamburger Hafen und dessen Ausbau zum zentralen europäischen Hafenplatz ausgerichtet war, fast keine Rede.²⁵

Dennoch bemühten sich die Hamburger Nationalsozialisten eifrig, einer künftigen Ostorientierung Hamburgs symbolisch Ausdruck zu verleihen. So hatte sich NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Kaufmann 1941 sogar darum bemüht, zu einem Reichskommissar in den besetzten Ostgebieten ernannt zu werden. Die neue Ostorientierung machte vor allem die 1941 angebahnte und Anfang 1943 vereinbarte Städtepartnerschaft mit Litzmannstadt deutlich, die erste und heute gründlich vergessene Städtepartnerschaft Hamburgs. Der Litzmannstädter Oberbürgermeister Ventzki weilte als Gast regelmäßig in Hamburg. Umgekehrt halfen Hamburger bei der Germanisierung des Warthegaus, das Philharmonische Orchester der Hamburger Staatsoper unter Eugen Jochum trat in Litzmannstadt auf, und das Hamburger Alsterhaus verkaufte Kleidung, die im jüdischen Ghetto in Litzmannstadt hergestellt worden war. Und während Hamburger und Litzmannstädter ihre Partnerschaft zelebrierten, war im Oktober 1941 der erste große Deportationstransport Hamburger Juden im Ghetto Litzmannstadt eingetroffen, wo die meisten noch einige Monate verbrachten, ehe sie im nahe gelegenen Chelмно ermordet wurden.²⁶

Im benachbarten Generalgouvernement fungierte der Hamburger Senatsdirektor Dr. Walter Emmerich als Wirtschaftsminister. In dieser Funktion ernannte er insgesamt 40 Kreisgroßhändler, die für den gesamten Handel in den verschiedensten Regionen des Generalgouvernements verantwortlich waren und u. a. jüdische Firmen und deren Lagerbestände für sich vereinnahmen konnten. Wohl nicht zufällig stammten zwanzig der vierzig Kreisgroßhändler aus Hamburg, durchweg führende Angehörige der Hamburger Gesellschaft, deren Nachfahren heute noch regelmäßig auf der Gesellschaftsseite des »Hamburger Abendblattes« zu finden sind. Aus Dankbarkeit widmeten die vierzig Kreisgroßhändler Walter Emmerich zu seinem Geburtstag das Lied »Ali Baba und die vierzig Räuber«.²⁷

Für die wirtschaftliche Ausplünderung der weiter östlich liegenden Territorien war der Hamburger Gauwirtschaftsberater Dr. Gustav Schlotterer zuständig, der in Personalunion die Wirtschaftsabteilung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete und die Ostabteilung des Reichswirtschaftsministeriums leitete. In diesen Territorien erfolgte die Requirierung



Hafenrundfahrt einer Besuchergruppe der schwimmenden Jugendherberge »Hein Godenwind«, Mitte der 1930er Jahre.

• Quelle: FZH-Archiv, Foto: Arnold

landwirtschaftlicher Erzeugnisse zugunsten der Wehrmacht und der Zivilbevölkerung im Reichgebiet nicht durch Privatfirmen, sondern durch große staatliche Handelsgesellschaften, vor allem durch die Zentrale Handelsgesellschaft Ost, von deren insgesamt 4.000 Bediensteten allein 700 aus Hamburg stammten. Wie sich die Tätigkeit der vielen Hamburger im Besatzungsalltag gestaltete, darüber ist im allgemeinen wenig bekannt. Gut informiert sind wir allenfalls über einzelne Mordeinheiten, gegen die nach 1945 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren initiiert worden waren, wie das berüchtigte Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101, das insgesamt rund 38.000 Juden

ermordete.²⁸ Wie aber sah der Besatzungsalltag der vielen Hamburger Funktionsträger in Wirtschaft und Verwaltung aus? Was dachten und taten beispielsweise jene Hamburger Kaffeehändler, die im November 1941 die Ermordung fast sämtlicher jüdischer Einwohner der ukrainischen Stadt Rowno miterlebten, wo sie im Handelsbereich tätig waren?

Wer in Hamburg nach Quellen zur Beantwortung solcher Fragen sucht, stößt überall ins Leere bzw. auf gesäuberte Akten. So enthält der im Archiv der Handelskammer verwahrte Aktenordner »Arbeitsgemeinschaft der im Generalgouvernement eingesetzten Hamburger Firmen« ganze sieben Blätter mit den Einladungen bzw. Tagesordnungen entsprechender Sitzungen im Hamburger Rathaus. Sitzungsprotokolle sind jedoch nicht mehr vorhanden. Und nicht vorenthalten möchte ich Ihnen jene dürren Bemerkungen, die der Verein Hamburger Exporteure 1953 in seiner

28 Vgl. Jan Kiepe, Das Reservepolizeibataillon 101 vor Gericht. NS-Täter in Selbst- und Fremddarstellungen, Hamburg 2007; Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen, Reinbek bei Hamburg 1993.

29 Günther Jantzen, Hamburgs Ausfuhrhandel im XX. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte eines deutschen Kaufmannsstandes und des »Verein Hamburger Exporteure« 1903 – 1953, Hamburg 1953, S. 125.

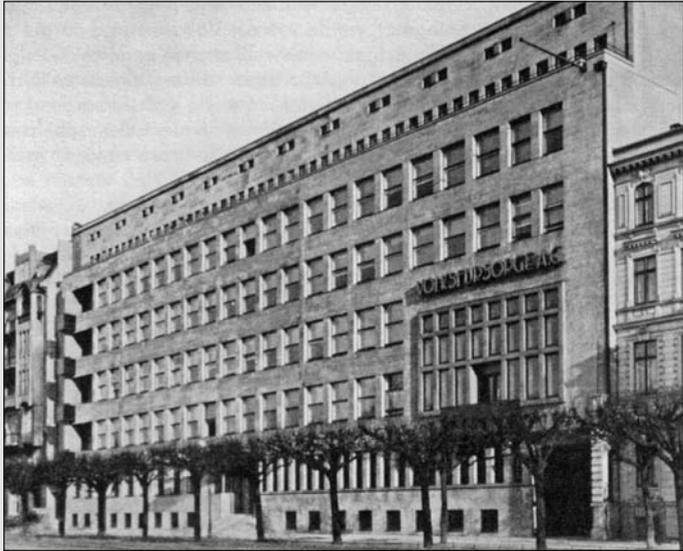
Jubiläumspublikation anlässlich seines 50jährigen Bestehens über die »Ostaktivitäten« im »Dritten Reich« veröffentlichte: »Mit der Besetzung Polens und später der Ukraine wurde die Frage akut, wie man die dortige Bevölkerung im Interesse der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte mit Verbrauchsgütern versorgen könnte. Da dachte man an den hanseatischen Exporteur mit seinen Warenbeständen, und er ergriff die Betätigungschance. Damit ist gegenüber allen Entstellungen schon das Wesentliche gesagt. Wer gesehen hat, was die Firmen aus Hamburg und Bremen in den kleinen galizischen und ukrainischen Landstädtchen an Läden und Warenhäusern damals errichteten, unter Bedingungen, bei denen der obere Niger als Idyll erschien, wird bei ruhiger Betrachtung diese Leistungen trotz aller auftauchenden schlimmen Erinnerungen doch auf der Kreditseite verbuchen. Auf der Debetseite stand das geschäftliche Ergebnis, denn mit Ausnahme weniger zurückgebrachter Warenbestände ging alles verloren.«²⁹

An diesen Ausführungen, die als Offensivabwehr gegen damals gar nicht erhobene Vorwürfe ein unterschwelliges schlechtes Gewissen offenbarten, stimmte so gut wie nichts. Nicht einmal, dass 1945 alles verloren gegangen war, konnten doch Unternehmen entsprechende Verluste nicht nur als »Ostschaden« geltend machen, sondern auch noch Lastenausgleich beantragen. Auf diese Weise haftete auch noch die Gesamtheit der deutschen Steuerzahler für die Akteure der Ostexpansion.

Beim jetzigen Stand der Forschung sind deren gesamte Dimensionen jedoch immer noch unzureichend erforscht und damit auch ein zentrales Kapitel Hamburger Stadtgeschichte im »Dritten Reich«, von dem allerdings nur selten die Rede ist. Es stellt in besonderer Weise die Frage nach hamburgischen Leitbildern und Orientierungen, deren Bedeutungsinhalte jedoch stark wandlungsfähig waren. Wer heute beim Begriff »hanseatisch« an Liberalität, Weltoffenheit und Internationalität denkt, dem sei ein Blick auf das »Dritte Reich« empfohlen, in dem Begriffe wie »Hanse« und »hanseatisch« gänzlich anders definiert wurden. Wahrhaftige Traditionsbildung setzt den kritischen Blick auf diese Tradition voraus. Die Geschichte Hamburgs im »Dritten Reich« bietet auch künftig allen Anlass zum kritischen Rückblick, sie bleibt ein Stachel gegen die selbstzufriedene Verklärung der eigenen Geschichte.

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK



ANMERKUNGEN

- 1 Walter Tormin, Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1994, S. 15; Vgl. zur SPD und Gewerkschaften in den ersten Monaten der Diktatur: Holger Martens, Auf dem Weg in den Widerstand. Die »Echo«-Versammlung der Hamburger SPD 1933, Hamburg 2010, S. 8 f.; Karl Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984, bes. S. 46 – 69.
- 2 So der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf einer Konferenz zum Thema 1983. Ernst Breit (Hg.), Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften. Dokumentation der historischen Konferenz des DGB im Mai 83 in Dortmund, Köln 1984, S. 9.

Das 1931 eröffnete Verwaltungsgebäude der Volksfürsorge in der Straße An der Alster. • Foto: Generali Versicherungen, Abt. Presse/ Unternehmenskommunikation

2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG DES HAMBURGER GEWERKSCHAFTS- HAUSES UND DIE GEWERKSCHAFT- LICHE ANPASSUNGSPOLITIK

Mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser im gesamten Deutschen Reich war am 2. Mai 1933 die Konsolidierungsphase der nationalsozialistischen Diktatur weitgehend abgeschlossen. Die freien Gewerkschaften im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) wurden als eigenständige Organisationen zerschlagen und ihre führenden Repräsentanten verhaftet. Die einst so mächtige sozialistische Arbeiterbewegung war nahezu handlungsunfähig; die sozialdemokratische Partei bestand zwar noch bis zum 22. Juni 1933, aber seit März war die sozialdemokratische Presse verboten und öffentliche Aktivitäten seit April 1933 nahezu unmöglich, die Partei befand sich im Zustand der »Halblegalität«.¹ Die ADGB-Führung in Berlin versuchte ab März 1933 noch, einen Platz im neuen System zu finden und ging auf Distanz zur SPD. Die mit diesem »Anpassungskurs« und einer auf Legalität ausgerichteten Politik verbundenen Illusionen führten mit dazu, dass die Besetzungen für die Gewerkschaftsführungen überraschend kamen. Denn zur Tragik des Datums gehört auch der 1. Mai 1933 – von den Nationalsozialisten am 10. April 1933 zum »Tag der nationalen Arbeit« und damit zum Feiertag erklärt. Der ADGB rief seine Mitglieder zur Teilnahme an den Kundgebungen auf. Dieser Kurs wurde vom Hamburger ADGB mitgetragen.

Der 2. Mai 1933 wird im gewerkschaftlichen Erinnerungsdiskurs meist als einer der »schwärzesten Tage« der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet,² denn dieser Tag war Ausgangspunkt für die Verfolgung von Gewerkschaftern, aber auch Endpunkt einer tiefen Täuschung über den Charakter der nationalsozialistischen Diktatur. Das Datum gehört zu den wichtigen Erinnerungsdaten an die erste Phase der Diktatur, vor allem im gewerkschaftlichen Umfeld.

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

- 3 Joseph Goebbels, Tagebücher 1924 – 1945, hg. von Ralf Georg Reuth, Band 2: 1930 – 1934, München/Zürich 1992, S. 800.
- 4 So eine Rechtfertigungsschrift der NSBO über die Zerschlagung: Oskar Krüger, 2. Mai 1933. Die Befreiung des deutschen Arbeiters, München 1934.
- 5 Vgl. zu dieser Diskussion Eberhard Heuel, Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933 – 1935, Frankfurt am Main/New York 1989, bes. S. 216 – 242.
- 6 Vorstand des ADGB an Reichspräsident Hindenburg: Liste von Terrorfällen gegen Gewerkschaftsmitglieder, 5.4.1933, abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930 – 1933, bearbeitet von Peter Jahn unter Mitarbeit von Detlef Brunner, Köln 1988, S. 873 – 879.
- 7 Ditt, Sozialdemokraten (wie Anm. 1), S. 52.
- 8 Michael Joho, »Dies Haus soll unsere geistige Waffenschmiede sein.« 100 Jahr Hamburger Gewerkschaftshaus 1906 – 2006, Hamburg 2006, S. 92.

1. Die Besetzung und die Ziele der Nationalsozialisten

Nicht ohne Grund notierte Joseph Goebbels am 3. Mai 1933 in seinem Tagebuch: »Gewerkschaften wie verabredet planmäßig besetzt. Kein Zwischenfall. Bonzen verhaftet. [...] Wir sind die Herren von Deutschland.«³ Die freien Gewerkschaften mit ihrer engen Bindung an die Sozialdemokratie gehörten als »marxistische« und »internationalistische« Organisationen zu den erklärten Feinden der NSDAP. Dabei unterschied die nationalsozialistische Agitation zwischen der Führungsschicht, die als »Bonzen« korrupt seien, und den einfachen Mitglieder, die es für die nationale Erhebung zu gewinnen galt. Die Zerschlagung der Gewerkschaften wurde daher als »Befreiung des deutschen Arbeiters« und als »Übernahme« bezeichnet.⁴ Nach dem 30. Januar 1933 war die Zukunft der Gewerkschaften noch nicht endgültig geklärt. Insbesondere in der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) war die Erwartung verbreitet, als Schutzorganisation der Arbeiter im neuen Regime gewerkschaftsähnliche Aufgaben übernehmen zu können.⁵ Die nationalsozialistische Führung zögerte auch, weil Widerstandsaktionen der Arbeiterbewegung befürchtet wurden. Nach dem Reichstagsbrand am 27./28. Februar und den Reichstagswahlen am 5. März 1933 kam es vor allem in kleineren Städten zu Übergriffen auf gewerkschaftliche und sozialdemokratische Einrichtungen. Die ADGB-Führung protestierte mehrmals bei Reichspräsident Paul von Hindenburg und listete insgesamt rund 160 Fälle auf.⁶ In Hamburg hissten SA-Männer am 6. März die Hakenkreuzfahne auf dem Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof,⁷ am 11. März wurde das Gebäude von Polizeibeamten durchsucht.⁸ Nach einer späteren Darstellung von Rudolf Habedank, dem Hamburger NSBO-Leiter, hätten sie bereits

Anfang April 1933 die Besetzung des Gewerkschaftsgebäudes geplant, wurden aber »aus Berlin« gestoppt.⁹

Schwierigkeiten ergaben sich für das neue Regime nach den regulären Betriebsratswahlen im März 1933, die keinen nationalen Aufbruch markierten. Die NSBO erhielt nur in einigen wenigen Betrieben höhere Stimmengewinne. Dominierend blieben die freien Gewerkschaften, deren Kandidaten noch über 70 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnten, die NSBO schaffte trotz Hitlers Kanzlerschaft gerade etwas mehr als 11 Prozent, sogar die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte noch fünf Prozent der Stimmen erhalten. Daher wurde am 4. April 1933 ein Gesetz zur Verschiebung der Wahlen erlassen sowie angeordnet, dass staatsfeindliche Betriebsräte und Beschäftigte entlassen werden konnten.¹⁰ Daraufhin begann in den Betrieben die Verdrängung sozialdemokratischer und kommunistischer Betriebsräte, aber auch einfacher Beschäftigter und damit eine stärkere Durchdringung der Belegschaften mit Nationalsozialisten im Laufe des Jahres 1933. Ein Beispiel ist die Hamburger Hochbahn: Dort hatten bei den Betriebsratswahlen im März noch 90 Prozent der Beschäftigten für freie Gewerkschaften gestimmt; ab April bis zum Jahresende 1933 wurden rund 260 Beschäftigte aus politischen Gründen entlassen, gleichzeitig 700 neu eingestellt – überwiegend arbeitslose NSDAP- und SA-Mitglieder.¹¹

Am 16./17. April wurde die endgültige Zerschlagung der Gewerkschaften beschlossen und auf den 2. Mai festgelegt. Mit der Durchführung war der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley, betraut, der den Vorsitz des »Aktionskomitees zum Schutz der Deutschen Arbeit« übernahm, das die Zerschlagung der Gewerkschaften vorbereitete. Die örtlichen NSBO-Leiter waren als kommissarische Leiter

9 Rudolf Habedank, Erinnerung an die Besetzung des Hamburger Gewerkschaftshauses, in: Hamburger Tageblatt, 30.4.1934. Vgl. die Abb. unten, S. 41.

10 Vgl. dazu Werner Milert / Rudolf Tschirbs, Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012, S. 230 – 233; Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 74 – 76.

11 Christoph Strupp, Nahverkehr und Nationalsozialismus. Die Hamburger Hochbahn AG im »Dritten Reich«, München / Hamburg 2010, S. 86.

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

12 Der Tag der nationalen Arbeit in Hamburg, in: Hamburger Nachrichten, Abend-Ausgabe, 2.5.1933.

13 Der »Tag der nationalen Arbeit«, in: Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisation Hamburg der SPD, 5.5.1933, abgedruckt bei: Martens, Weg (wie Anm. 1), S. 123.

14 So berichtete Adolph Kummer-nuss, dass er im niedersächsischen Undeloh eine Ansprache vor kleinem Kreis hielt. Vgl. das Interview in: Ursel Hochmuth / Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933 – 1945, Frankfurt am Main 1980 (EA 1969), S. 99. Allgemein zu diesem Verhalten Schneider, Hakenkreuz (wie Anm. 10), S. 98 – 100.

15 Ernst Rathlov, Einiges über die Besetzung des Gewerkschaftshauses 1933, 6.1.1948, in: FZH-Archiv, 96241: DAF Betriebe Volksfürsorge.

für die Gewerkschaften vorgesehen. In Hamburg war dies Rudolf Habedank (1893 – 1969), seit 1929 in der NSDAP und 1930 Gaubetriebszellenleiter der NSBO. Im März 1933 wurde er Staatsrat und war bis 1945 Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF) in Hamburg.

Am 1. Mai kamen in Hamburg nach Zeitungsangaben 500.000 Menschen zum nationalsozialistischen Aufmarsch in den Stadtpark – der traditionelle Ort der sozialdemokratischen Maifeiern.¹² Aus Sicht der Hamburger Sozialdemokraten waren es so viele, weil die früheren Gegner dieser Veranstaltung wie z. B. Arbeitgeberverbände dazu aufgefordert hätten.¹³ Dem Aufruf der ADGB-Führung waren viele Gewerkschafter nicht gefolgt, sondern trafen sich in kleinen Gruppen oder machten Ausflüge in Grüne.¹⁴

Am nächsten Tag erfolgte der vorbereitete Schlag gegen die freien Gewerkschaften. Am 2. Mai 1933 rückten um 9.00 Uhr Verbände der SA und SS und der NSBO im gesamten Reich aus, um gewerkschaftliche Einrichtungen zu besetzen. Ziele der Gruppen in Hamburg waren das Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof und die darum liegenden Einrichtungen wie die Arbeiterbank und die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Consumvereine, aber auch die Zentrale des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (AfA) in Hohe Bleichen sowie die Zentrale der Volksfürsorge in der Straße An der Alster.

Die Beschäftigten mussten an ihren Schreibtischen sitzen bleiben, die Vorstandsmitglieder wurden verhaftet und auf dem Dachboden des Gewerkschaftshauses für mehrere Tage festgesetzt. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB in Hamburg, John Ehrenteit, und der Leiter der Arbeiterbank M. Blumenfeld wurden aus ihren Privatwohnungen in das Gewerkschaftshaus gebracht und mussten im Treppenhaus auf einer Bank sitzend die Beschimpfungen der SA-Männer

erdulden.¹⁵ Die Festgehaltenen durften nicht miteinander sprechen und wurden nachts geweckt, um Kniebeugen zu machen, die verhafteten Vorstandsmitglieder wurden schikaniert und geschlagen.¹⁶ Habedank trat selbstherrlich auf, so habe er bei der Volksfürsorge mit seiner Pistole auf den Tisch geklopft und gedroht. Auch einige Vorstandsmitglieder der Volksfürsorge wurden mehrere Tage festgehalten und gedemütigt.¹⁷ Der Bevollmächtigte des Einheitsverbandes der Eisenbahner und zweite Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB, Karl Klus, wurde am 9. Mai festgehalten und mehrmals verprügelt, am 14. Mai kam er in Schutzhaft.¹⁸ Walter Todt (1912 – 1995), ein ehrenamtlicher Jugendfunktionär, versuchte noch Akten aus dem Gewerkschaftshaus zu retten, wurde jedoch vom Hausdiener des Hotels »Heimstätte« am Gewerkschaftshaus verraten und floh noch im Mai 1933 aus Deutschland.¹⁹ Die NSBO-Führung drängte darauf, die Besetzungen mit möglichst wenig offener Gewalt durchzuführen.

Die NSBO stellte heraus, dass die Aktion sich nur gegen die Führung der Gewerkschaften, nicht aber gegen die rund 60.000 Hamburger Gewerkschaftsmitglieder richten würde.²⁰ Um den »Verrat« der Führung zu belegen, wurden nach dem 2. Mai im gesamten Reich Kampagnen gestartet, in denen über die angebliche Korruption und Bereicherung der Gewerkschaftsvorstände berichtet wurde.²¹ Die Direktoren-Büros in der Hamburger Zentrale der Volksfürsorge wurden der Öffentlichkeit als »Prunkzimmer« präsentiert und konnten besichtigt werden, nachdem noch einige teure Möbel dazugestellt worden waren.²² Die Ermittlungen der Justizbehörden führten aber nur selten zu Prozessen, so wurde auch ein gegen John Ehrenteit eröffnetes Verfahren im Herbst 1933 eingestellt.²³ Die Vorwürfe waren durchweg unbegründet, aber sie hatten nicht nur einen propagandistischen Zweck. In Berlin war am

16 Schreiben Wilhelm Petersen an das Spruchgericht Bielefeld, 16.10.1947, in: FZH-Archiv, 96241: DAF Betriebe Volksfürsorge; Hochmuth / Meyer, Streiflichter (wie Anm. 18), S. 98 – 101.

17 Vgl. die Aussagen von Hans Weisshaar und Wolfgang Thiele im Spruchgerichtsverfahren gegen Habedank 1949, in: FZH-Archiv, 96241: DAF Betriebe Volksfürsorge.

18 Zeugenaussage Karl Wilhelm Klus bei der Polizei Hamburg, 17.2.1949; Aus der Spruchgerichtsakte (Beiakte) Habedank, Rudolf, (Bergedorf 15 Sp Ls 2/49), in: FZH-Archiv, 96241: DAF Betriebe Volksfürsorge.

19 Schreiben Ernst Rathlov an Walter Todt, 31.3.1948, in: FZH-Archiv, 554-9: Gewerkschaften Hamburg Persönl. u. geschäft. Anliegen.

20 Uebernahme der freien Gewerkschaften durch die NSBO, in: Hamburger Nachrichten, Abend-Ausgabe, 2.5.1933.

21 Skandalöse Mißwirtschaft bei den Gewerkschaften. Unsaubere Geschäfte aufgedeckt, in: Hamburger Nachrichten, Abend-Ausgabe, 4.5.1933; Mißwirtschaft bei der Volksfürsorge, in: Hamburger Fremdenblatt, 5.5.1933.

22 Ein Foto in den Hamburger Nachrichten vom 8.5.1933 zeigte eine Menschenschlange, die darauf wartete, die Volksfürsorge zu besichtigen; Die Prunkräume der Volksfürsorge, in: Hamburger Fremdenblatt, 8.5.1933. Über das Einstellen teurer Möbel durch die Nationalsozialisten das Schreiben von Wilhelm Petersen an das Spruchgericht Bielefeld, 16.10.1947, in: FZH-Archiv, 96241: DAF Betriebe Volksfürsorge.

23 Hamburger Tageblatt, 16.11.1933.

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

9. Mai ein Hauptverfahren gegen den ADGB-Vorsitzen- den Theodor Leipart (1867 – 1947) eingeleitet worden, durch das die Beschlagnahmungen einen rechtlichen Rahmen erhielten: Das Gericht setzte Robert Ley als Verfügungsberechtigten für das Gewerkschaftsvermögen ein, der daraufhin NSBO-Angehörige als Leiter der Gewerkschaften bestimmen durfte.²⁴ Die Kampagnen waren die propagandistische Begleitung, um die Ressourcen der Gewerkschaften unter Kontrolle zu bekommen.²⁵ Damit war die materielle Grundlage zur Gründung der DAF am 10. Mai 1933 in Berlin gegeben, die schließlich – nach einigem Kompetenzgerangel mit der NSBO – nicht als Gewerkschaft, sondern als gemeinsame NS-Organisation für Arbeiter und Arbeitgeber fungierte und ein mächtiges Wirtschaftsimperium aufbaute.

Es waren also zwei Motive, die zu den Besetzungen führten. Politisch ging es darum, die Strukturen für einen möglichen Widerstand zu zerschlagen und damit ein Zeichen für die »Gleichschaltung« auch anderer Verbände zu setzen. Die christlichen Gewerkschaften, die von den Besetzungen nicht betroffen waren, unterstellten sich am 3. Mai dem »Aktionskomitee«. Der zweite Grund war die Übernahme der materiellen Ressourcen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder, um die Grundlage für eine neue Organisation zu schaffen. Daher arbeiteten die Gewerkschaftsangestellten noch einige Wochen weiter, um die Übergabe der Kassentbücher und Mitgliederkarteien an die NSBO vorzubereiten. Sie wurden erst im Juni 1933 entlassen.

Die Nationalsozialisten selbst hielten die Erinnerung an die Besetzungsaktion hoch. Rudolf Habeldank schrieb zum ersten Jahrestag 1934 einen Artikel, in dem er die disziplinierte Durchführung herausstellte. Auch später wurde auf seine leitende Funktion bei der Zerschlagung immer wieder verwiesen.²⁶

24 Der Presseobmann der NSBO 1934: «Die revolutionäre Aktion steht also auf dem legalen Boden geltenden Rechts! Ein völliges Novum in der Geschichte revolutionärer Zugriffe!» Krüger, Befreiung (wie Anm. 4), S. 48.

25 So die überzeugende Deutung bei Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933 – 1945, Göttingen 2012, S. 58 – 60.

26 Erinnerung an die Besetzung des Hamburger Gewerkschaftshauses, in: Hamburger Tageblatt, 30.4.1934; Der Weg eines Arbeiters, in: Hamburger Tageblatt, 25.2.1938; Habeldank 50 Jahre alt, in: Hamburger Tageblatt, 24.12.1943.

Erinnerung an die Besetzung des Hamburger Gewerkschaftshauses

Von Staatsrat Rudolf Habedank, Gaubetriebszellen-Obmann

Nach der Nachübernahme und nach der so überaus erfolgreichen Wahl im März vorigen Jahres tauchte schon Ende April bei der NSD der Gedanke auf, nun auch die Hauptstützpunkte des Marxismus, die Gewerkschaften, unter nationalsozialistische Führung zu bringen. In aller Stille wurden in Hamburg durch mich und meinen engeren Stab die Pläne für die Besetzung des Gewerkschaftshauses fertiggestellt. Jedes einzelne Büro innerhalb und außerhalb dieses Gebäudes verfiel der Ueberwachung und wurde in die Berechnungen mit einbezogen.

Die Truppe, die die Besetzung übernehmen sollte, bestand aus auserwählten Männern, denn schon damals, Anfang April, wußten wir, daß die Besetzung nicht einfach sein würde. Nachrichten waren zu uns gelangt, daß das Gewerkschaftshaus durch Reichsbannerleute schwer besetzt und daß man nicht gewillt sei, das Haus ohne Kampf und Widerstand zu übergeben.

So war die Lage in den ersten Tagen des Aprils. Unser Plan wurde strengstens geheim gehalten. Schon waren die Mannschaften, bereits zum Losschlagen, angetreten. Da geschah es, daß noch in allerletzter Minute von der obersten Stelle in Berlin, die von unseren Absichten erfahren hatte, Einhalt geboten wurde.

Mit großer Enttäufung im Herzen, vertrösteten wir uns auf eine spätere Zeit. Denn, daß die Uebernahme der Gewerkschaften kommen mußte, das stand außer Zweifel. Und schon recht bald war die Zeit reif geworden.

In den letzten Tagen des Aprils traf aus Berlin der Befehl ein, am 2. Mai morgens um 10 Uhr die Uebernahme der Gewerkschaften durch die NSD zu vollziehen. Offenbar wollte man damals den ersten Feiertag der nationalen Arbeit abwarten, um zu sehen, ob die deutsche Arbeiterschaft hinter dem Hakenkreuz marschiert, und Gottlob, der Aufmarsch verlief überall in deutschen Landen überwältigend. In Hamburg allein nahm der Vorbeimarsch von sechs Säulen fünf Stunden in Anspruch und die Stadtparkwiese war nicht in der Lage, die gewaltigen Menschenmassen aufzunehmen.

Der Abend des 1. Mai brach herein, und während noch das Riesenseuerwerk über dem Stadtparke abbrannte, während die Volksgenossen sich überall in den Sälen zu Belustigun-

gen zusammengefunden hatten, rief ich als Gaubetriebszellen-Obmann meine engsten Mitarbeiter zusammen, um hier, inmitten des Trubels und der Festesfreude, unauffällig die letzten Anweisungen für den folgenden Morgen zu geben. Geschlafen haben wir in dieser Nacht nicht.

In der Frühe des 2. Mai, um 9 Uhr, sammelte sich der Stoßtrupp im Gauhaus der NSD. Um 10 Uhr sollte die Besetzung des Gewerkschaftshauses am Besenbindehof gemeinsam mit der SA erfolgen. Eine halbe Stunde vorher rückten die einzelnen Trupps vom Gauhaus ab, die SA hatte überall Posten gesetzt, und pünktlich um 10 Uhr drangen wir in das Gewerkschaftshaus ein und vollzogen damit den ersten Schritt zur Uebernahme. Es klappte alles wie verabredet. Die Uebernahme war so vollkommen, daß an keiner Stelle ernsthafter Widerstand geleistet wurde.

Willig und über alle Maßen verängstigt fügten sich die seitenden Männer des alten Systems unseren Anordnungen. Die Führer der Gewerkschaften und der SPD versammelten sich auf unseren Befehl im großen Saal des Gewerkschaftshauses, wo ihnen durch den ebenfalls anwesenden Landesobmann Hg. Bruno Stamer und durch mich die Lage der Dinge, und das Ende ihrer Wirksamkeit auseinandergesetzt wurde.

Nach diesem ersten Vorstoß gingen andere Trupps dazu über, die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften und der SPD zu besetzen und ihre Weiterführung zu übernehmen. So besetzten unter anderem Hg. August Schneider die Arbeiterbank, Hg. Czerniok die „Eigenhilfe“, und ich selbst übernahm es, das Riesenunternehmen der „Volksfürsorge“ unter nationalsozialistische Leitung zu bringen.

So verging der erste Tag. Während die zentrale Führung der ganzen Aktion sich nachts im Gebäude der „Volksfürsorge“ aufhielt, arbeiteten sie am Tage im Gewerkschaftshaus am Besenbindehof. Tag und Nacht blieben wir auf den Beinen, um die Dinge nicht ins Stocken geraten zu lassen. Vor allem galt es immer wieder, die an allen Enden verübte Sabotage abzuwehren. Zum Schlafen kamen wir nicht mehr. Man lag höchstens ein oder zwei Stunden mit

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

- 27 Rückblickend in Erinnerungserzählungen ehemaliger Reichsbannerangehöriger geäußert. Vgl. für Hamburg Ditt, Sozialdemokraten (wie Anm. 1), S. 42 f.; Friedrich-Wilhelm Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30 – 1933, Hannover 1971, S. 165.
- 28 Aufruf »An die Mitglieder der Gewerkschaften«, 30. Januar 1933, unterzeichnet vom ADGB, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, abgedruckt in: Gewerkschaften in der Endphase der Republik (wie Anm. 6), S. 829.
- 29 13. Bundesausschußsitzung des ADGB am 31. Januar 1933, in: ebd., S. 830 – 832.
- 30 Sitzung des SPD-Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB, 5.2.1933, in: ebd., S. 833 – 838.
- 31 Vgl. hierzu immer noch als Überblick: Gerd Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Köln 1975.
- 32 Die ablehnende Haltung der Hamburger SPD gegenüber den Angeboten der KPD im Februar 1933 skizziert: Witt, Sozialdemokratie (wie Anm. 27), S. 165 – 168; mit stärkerer Sympathie für die KPD: Hochmuth / Meyer, Streiflichter (wie Anm. 14), S. 17 – 22.

2. Die Anpassungspolitik der Gewerkschaftsführungen

Die Besetzungen der Gewerkschaftshäuser fanden zu einem Zeitpunkt statt, als große Massenaktionen der Arbeiterbewegung wie ein politischer Generalstreik nicht mehr denkbar waren. Sie markierten die endgültige Niederlage der Gewerkschaftsbewegung. Dass es im Frühjahr 1933 nicht zu einer großen Widerstandskampagne gekommen war, hat immer wieder erbitterte Diskussionen ausgelöst und einen zurückhaltenden Umgang mit dem Datum in der gewerkschaftlichen Erinnerungspolitik bedingt. Warum war die einst so mächtige sozialistische Arbeiterbewegung untätig geblieben? Oder, zugespitzter, warum hatte man nicht, wie 1920 so erfolgreich beim Kapp-Lüttwitz-Putsch, zum Generalstreik aufgerufen? Vor allem Mitglieder des sozialdemokratisch dominierten Reichsbanners wiesen daraufhin, dass in den paramilitärischen Formationen des Reichsbanners viele auf ein Signal der Partei- und Gewerkschaftsführung zum offenen Widerstand gewartet hätten.²⁷ Bereits der Verzicht auf Massenaktionen gegen die Absetzung der sozialdemokratischen Regierung Preußens am 20. Juli 1932 durch die Reichsregierung Franz von Papens war auf Unverständnis bei Teilen der Mitgliedschaft gestoßen. Es entsprach aber nicht der Politik von SPD und ADGB, ein solches Signal zu geben, auch wenn in der Endphase der Weimarer Republik die politische Rhetorik von vielen Anspielungen auf die Kampffentschlossenheit geprägt war.

Die ADGB-Führung hatte nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler anfangs versucht – wie auch die SPD – einen Kurs als legale Opposition fortzusetzen. Sie rief ihre Mitglieder dazu auf, »kühles Blut und Besonnenheit« zu zeigen.²⁸ Man wollte die neue Regierung an

ihren Taten messen. Theodor Leipart betonte in einer Bundesvorstandssitzung des ADGB, dass jetzt »Organisation – nicht Demonstration« das Gebot der Stunde sei. Leipart befürchtete eine »tariflose Zeit«, aber die Arbeiterbewegung hätte schon größere Rückschläge hinnehmen müssen; die Zeit des Sozialistengesetzes war hier historische Referenz. Hitler sei legal an die Macht gekommen, es fehlte der offene Verfassungsbruch.²⁹ Auch aus diesem Grund schien ein Generalstreik nicht möglich, dessen Durchführung von der ADGB- und SPD-Führung in Berlin gemeinsam diskutiert wurde. Wenn es auch aus der Mitgliedschaft heraus Forderungen nach einem Generalstreik gab, sprach der hohe Anteil von arbeitslosen Gewerkschaftern gegen diese Maßnahme.³⁰ Wie viele andere auch, erwarteten die gewerkschaftlichen Führungsgruppen im Februar 1933 ein rasches Ende der neuen Regierung. Erst nach dem Reichstagsbrand und der Reichstagswahl vom 5. März war erkennbar, dass der Weg in die nationalsozialistische Diktatur kaum noch aufzuhalten war. Die ADGB-Führung ging nun offensiv auf Distanz zur SPD und versuchte mit einem Anpassungskurs die Organisation zu retten. Im März schrieb Theodor Leipart an Hitler, dass die Gewerkschaften keine allgemeinpolitischen Aufgaben übernehmen, sondern allein sozialpolitische Ziele verfolgen wollten. Die Gewerkschaften betonten nun, dass sie das nationale Element in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen wollten.³¹ Gespräche mit den christlichen und liberalen Gewerkschaften führten noch Ende April 1933 zu einem Zusammenschluss auf der Führungsebene, um eine gemeinsame Organisation zu schaffen, von der man hoffte, sie würde von den Nationalsozialisten akzeptiert.

Die Hamburger ADGB-Führung trug den gewerkschaftlichen Anpassungskurs voll mit. Die Forderung nach einer Einheitsfront, gemeint war der Zusammenschluss von SPD, KPD und den freien Gewerkschaften, erhob im Februar 1933 vor allem die KPD. Aufgrund des jahrelang gewachsenen Misstrauens von ADGB und SPD gegenüber der KPD und vice versa bestanden für ein solches Bündnis kaum Realisierungschancen.³² Der Hamburger ADGB wurde seit 1921 von John Ehrenteit (1885-1968) geführt, der aus der Angestelltengewerkschaft kam und 1929 halbamtlicher, also unbezahlter Senator wurde. Im Februar hatte der Hamburger ADGB noch zur Wahl der SPD aufgerufen. Ehrenteit gehörte zu den sozialdemokratischen Senatoren, die am 3. März 1933 zurücktraten, da sie das von der Reichsregierung angeordnete Verbot des sozialdemokratischen »Hamburger



John Ehrenteit als Hamburger Senator, um 1930. • Quelle: Staatsarchiv Hamburg

33 Vgl. Ursula Büttner, Der Aufstieg der NSDAP, in: Hamburg im »Dritten Reich«, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 27 – 65, hier S. 59 – 64.

34 Zur Mitarbeit am Aufbau von Staat, Wirtschaft und Nation bereit! in: Die freie Gewerkschaft. Offizielles Mitteilungsblatt des ADGB, Ortsausschuß Groß-Hamburg, Nr. 14, 19.4.1933, abgedruckt bei: Ditt, Sozialdemokraten (wie Anm. 1), S. 55 – 57, Zitat S. 57.

35 Darüber hätten die Gewerkschafter John Ehrenteit, Karl Klus und Hugo Schotte mit Hans Podyen und den ehemaligen Senatoren Adolph Schönfelder und Emil Krause gesprochen. Vgl. Vermerk (ohne Überschrift) von Ferdinand Vieth (nach Mai 1946), in: FZH-Archiv, 591: Konsumgenossenschaft Produktion 1945.

Echos« nicht akzeptieren wollten. So war nach der Reichstagswahl der Weg frei für die Bildung eines nationalsozialistisch dominierten Senats am 8. März.³³ Ehrenteit war Ende März zu Gesprächen mit der ADGB-Führung in Berlin und erklärte am 13. April in einer Rede vor 3.000 Hamburger Gewerkschaftsfunktionären das weitere Vorgehen. Die Aufgabe bestehe nun darin, sich mit dem neuen Regime zu arrangieren und darin gewerkschaftliche Aufgaben wahrzunehmen: »Wir fühlen uns nicht als Fremdkörper, sondern als einen gewichtigen Teil der vom Reichskanzler Hitler proklamierten Volksgemeinschaft«, betonte Ehrenteit. Als »Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft« glaubte Ehrenteit noch an eine Zukunft der Gewerkschaften im neuen Staat.³⁴

Ehrenteit sprach mit einigen Mitgliedern der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft über den Beschluss des Ortsausschusses des ADGB vom 18. April, eine Gewerkschaftsfraktion in der Bürgerschaft aufzubauen.³⁵ Kurz darauf verhandelte Ehrenteit mit dem neuen Senatsrat Georg Ahrens über einen Austritt aus der SPD-Fraktion. Schon Ende April wurde über die Gespräche in der Presse berichtet.³⁶

Zu dieser Zeit waren die Vorbereitungen für die Zerschlagung der Gewerkschaften bereits angelaufen. Aber auch nach dem 2. Mai und seiner persönlichen Demütigung hielt Ehrenteit an dem eingeschlagenen Weg fest. Vor der Bürgerschaftssitzung am 31. Mai 1933 erklärten Ehrenteit und drei weitere Bürgerschaftsabgeordnete ihren Austritt aus der SPD-Fraktion und gründeten eine eigene »Gewerkschaftsgruppe«: Wilhelm Petersen (1889 – 1968), Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Hamburg und erst seit April 1933 in der Bürgerschaft, Hugo

Schotte (1875 – 1962), Bezirksleiter des Maschinisten- und Heizerverbandes Hamburg, sowie Georg Amlung (1896 – 1973), damals Angestellter des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Auch der Anfang Mai in Schutzhaft genommene Bezirksleiter des AfA-Bundes, Alfred Ehlers (1898 – unbekannt), schloss sich nach seiner Freilassung der »Gewerkschaftsfraktion« an und erklärte am 8. Juni 1933, er wolle »aus eigener Erkenntnis heraus meine Kräfte dem Wiederaufbau des Vaterlandes widmen«. ³⁷ Der ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionär Peter Haß (1903 – 1975) trat noch am 21. Juni aus der SPD-Fraktion aus, gehörte der »Gewerkschaftsgruppe« aber nicht mehr an. Diesen Schritt, den in ähnlicher Form nur Kieler Stadtverordnete der SPD im Mai 1933 vollzogen, empfanden Sozialdemokraten und auch Gewerkschafter als Verrat. Karl Klus hatte sich im April an den Vorgesprächen beteiligt, war im Mai noch in Haft und schloss sich später nicht mehr der Gruppe an. ³⁸ Auch der Gewerkschaftssekretär Heinrich Steinfeldt (1892 – 1955) verblieb in der SPD-Fraktion. In einer der letzten Publikationen der SPD vom Juni 1933 wurde das Verhalten der Abgeordneten als »ungeheuerlich und würdelos« bezeichnet. ³⁹ Der nationalsozialistische Bürgerschaftspräsident Fritz Meyer (1881 – 1953) lobte am 31. Mai 1933 in der Bürgerschaftssitzung ihren Austritt hingegen als Abkehr vom Marxismus, der Vorbild für die anderen Sozialdemokraten sein sollte. Da die fünf Abgeordneten keinen Fraktionsstatus erreichten, gingen sie mit der NSDAP-Fraktion ein sogenanntes Hospitantenverhältnis ein, hatten allerdings kaum noch Möglichkeiten, Aktivitäten zu entfalten. Die Hamburger SPD-Führung war bei einer Zusammenkunft am 16. Juni verhaftet worden, den sozialdemokratischen Abgeordneten wurden die Mandate entzogen und die SPD wurde am 22. Juni endgültig

36 Henning Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, Frankfurt am Main 1964, S. 86 f.; so der Hinweis in dem Artikel »Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion«, in: Hamburger Nachrichten, Morgen-Ausgabe, 28.4.1933.

37 Schreiben des Bürgerschaftsabgeordneten Alfred Ehlers an Präsidenten der Bürgerschaft, 8.6.1933, abgedruckt in: Timpke, Dokumente (wie Anm. 36), S. 117.

38 Ditt, Sozialdemokraten (wie Anm. 1), S. 67 f.

39 Aus der Partei, in: Rotes Blitzlicht, Mitteilungen nur für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, 3.6.1933, abgedruckt bei: Martens, Weg (wie Anm. 1), S. 128.

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

verboten. Den fünf Mitgliedern der Gewerkschaftsfraktion sowie Peter Haß räumte Bürgerschaftspräsident Fritz Meyer in der letzten Sitzung der Bürgerschaft am 28. Juni noch eine Gnadenfrist ein, denn alle sechs hätten in »langen Ausführungen« dargelegt, dass sie keine Verbindungen mehr zur SPD hätten.⁴⁰ Rudolf Habedank notierte am selben Tag, dass die sechs Marxisten seien und ihr Wechsel nur beweise, »daß diese Herren entweder keinen Charakter haben, oder aber ihre Angaben sind bewußte Täuschung.«⁴¹ Am 10. Juli 1933 verloren auch sie ihre Mandate.

Die Gründe für den Austritt aus der SPD-Fraktion sind nur schwer nachzuvollziehen, da es nur die öffentlichen Aussagen oder spätere Rechtfertigungen gibt. John Ehrenteit behauptete nach dem Krieg, der Austritt sei mit der SPD-Fraktion abgestimmt gewesen und das Lob von Meyer hätte ihre Tarnung unterstützt. Es sei die offizielle ADGB-Linie gewesen, weil das Verbot der SPD erwartet wurde und sie parlamentarischen Einfluss behalten wollten.⁴² Es wirkt wie ein hoffnungsloser Versuch, in einer Situation des Zusammenbruchs vertrauter parlamentarischer Routinen noch Handlungsoptionen zu eröffnen. Dies war aber angesichts des Terrors gegen Angehörige der Arbeiterbewegung und der bald überflüssigen Rolle der Bürgerschaft, die nach Juni 1933 gar nicht mehr zusammentrat, in jeder Hinsicht zum Scheitern verurteilt. Es war schon nach der Sitzung am 10. Mai erkennbar, dass die Bürgerschaft nur noch der Akklamation diene. Aber für die Zeit nach 1945 war mit der Gewerkschaftsfraktion eine moralische Hypothek vorhanden, da dieser Schritt – wie die Anpassungspolitik insgesamt – mit Bekenntnissen zum Nationalsozialismus und zur unpolitischen Rolle der Gewerkschaften einherging.

Insbesondere John Ehrenteit wurde zur Negativfigur des kleinmütigen Gewerkschaftsfunktionärs. Der

40 Stenographische Berichte über die Sitzung der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1933, Hamburg 1933, S. 154 und S. 160.

41 Timpke, Dokumente (wie Anm. 36), S. 90, Anm. 1.

42 Dazu knapp: Tormin, Geschichte (wie Anm. 1), S. 16.

Münchener Sozialdemokrat (und bayrische Ministerpräsident nach dem Krieg) Wilhelm Hoegner sprach am 28. Februar 1933 in Hamburg und skizzierte Ehrenteits Reaktion auf die Reichstagsbrand-Notverordnung als kopflos und ängstlich, es sei »echt deutsche bürokratische Art« gewesen.⁴³ Adolph Kummerluss berichtete, Ehrenteit habe zu ihm und anderen jüngeren Gewerkschaftern, die das Gewerkschaftshaus schützen wollten, Ende April nach einem Gespräch in Berlin gesagt: »Keinen Widerstand – alles zwecklos.«⁴⁴ Ob dieses Verhalten allein durch fehlenden Mut zu erklären ist, scheint fraglich, denn die heute so verstörende Abspaltung folgte der Rationalität der Anpassungspolitik des ADGB und der Illusion eines möglichen Einflusses.

Es waren die Nationalsozialisten, die keinerlei Interesse hatten, frühere Gewerkschaftsfunktionäre in ihr System einzubinden. Von den Angehörigen der Gewerkschaftsfraktion waren drei von späteren Verfolgungsmaßnahmen betroffen: Peter Haß hielt Kontakt zu früheren Reichsbannerangehörigen und emigrierte 1936 mit seiner Familie nach Schweden.⁴⁵ Wilhelm Petersen war 1935/36 inhaftiert, Hugo Schotte kam 1944 für mehrere Wochen in Haft.⁴⁶ Zu John Ehrenteit finden sich in den verschiedenen Erinnerungsschriften zu verfolgten Hamburger Sozialdemokraten nur wenige Hinweise, Alfred Ehlers und Georg Amlung hingegen werden gar nicht erwähnt. Ehlers soll nach 1933 nach Mecklenburg verzogen sein.⁴⁷ Amlung blieb in Hamburg, trat aber nach 1945 nicht mehr den Gewerkschaften bei.⁴⁸ Alle drei sind – soweit erkennbar – nicht von Verfolgungsmaßnahmen betroffen gewesen.

Kaum einer der führenden Gewerkschaftsfunktionäre lief allerdings zu den Nationalsozialisten über. Die meisten blieben längere Zeit arbeitslos oder hielten sich mit Vertreter- und Reisegeschäftstätigkeiten

43 Hoegner hatte seinen Bericht über die »Kapitulation« der Arbeiterbewegung noch im Schweizer Exil verfasst und die Anpassungspolitik kritisiert, veröffentlichte das Buch aber erst 1977. Vgl. Wilhelm Hoegner, *Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933*, München 1977, Zitat S. 86. Die Aussage zitiert: Joho, *Haus* (wie Anm. 8), S. 91.

44 Hochmuth / Meyer, *Streiflichter* (wie Anm. 14), S. 98.

45 *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration seit 1933*, hg. vom Institut für Zeitgeschichte München, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, Leitung und Bearbeitung Werner Röder, München 1980, S. 274.

46 *Knappe Angaben bei: Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933–1945*, hg. von der SPD Landesorganisation Hamburg, Arbeitskreis Geschichte und Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Hamburg 2003, S. 354, 392.

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

47 So ein Hinweis in der Datenbank über sozialdemokratische Parlamentarier, http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop_db/biosoprecherche.php (14.2.2014).

48 Amlung stellte 1954 einen Antrag auf Entschädigung für Verdienstausfall aufgrund seiner Entlassung 1933. Vgl. Staatsarchiv Hamburg, 351-11 Amt für Wiedergutmachung Nr. 18961.

49 Als neuere Forschung zum gewerkschaftlichen Widerstand in Deutschland vgl. Siegfried Mielke / Stefan Heinz (Hg.) unter Mitarbeit von Marion Goers, Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012; zu Hamburg: Detlef Garbe, Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen, in: Hamburg im »Dritten Reich« (wie Anm. 33), S. 519 – 572, zum sozialdemokratischen Widerstand ebd. S. 560 – 562.

50 Vgl. Dieter Nelles, Widerstand und internationale Solidarität. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen 2001, S. 139.

über Wasser, wodurch Kontakte zwischen den Funktionären aufrechterhalten werden konnten. Die unterschiedlichen Netzwerke von Widerstandsgruppen, die meist Verbindung zur Exilführung der SPD in Prag suchten, wurden jedoch überwiegend bis 1935/36 von der Gestapo zerschlagen.⁴⁹ Dies galt auch für das große Widerstandsnetzwerk der Transportarbeiter und Seeleute der Internationalen Transportarbeiterföderation, die in Hamburg von Adolph Kummernuss geleitet wurde.⁵⁰ Immer mehr begrenzte sich die ablehnende Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur auf kleine Kreise von alten Bekannten oder die in manchen Betrieben anhaltende Verbundenheit unter alten Sozialdemokraten oder Kommunisten.

3. Narrative über den 2. Mai 1933 nach dem Krieg

1945 waren es frühere Gewerkschaftsfunktionäre, die mit dem Wiederaufbau ihrer alten Organisationen begannen, um die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. In den ersten Tagen nach Kriegsende gründete sich in Hamburg die Sozialistische Freie Gewerkschaft (SFG), an der Sozialdemokraten und Kommunisten wie auch ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre beteiligt waren. Die SFG wurde als Vorform einer Einheitsgewerkschaft, aber auch als Vorläufer einer Einheitspartei der Arbeiterbewegung verstanden. Politische Parteien waren von der britischen Militäradministration noch nicht zugelassen und der politische Charakter der SFG entsprach nicht den britischen Vorgaben, sodass sie am 20. Juni 1945 aufgelöst wurde. Auch einige der früheren Gewerkschafter plädierten für parteipolitische Zurückhaltung und trafen sich im »Ketzerklub«. Dazu gehörten Wilhelm Petersen und Hugo Schotte, aber auch Franz Spliedt (1877 – 1963),



Der Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft, Paul Bebert, schlägt am 12. September 1945 vor einer großen Zuschauermenge die DAF-Symbole am Gewerkschaftshaus ab. • Foto: DGB Hamburg

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

51 Tormin, Geschichte (wie Anm. 1),
S. 26.

52 Ein Film über die Aktion (mit
einem falschen Datum) unter:
[http://www.criticalpast.com/
video/65675070695_trade-unions_
Colonel-Armetage_Paul-Bebert_
destroys-swastika](http://www.criticalpast.com/video/65675070695_trade-unions_Colonel-Armetage_Paul-Bebert_destroys-swastika) (7.1.2014).

53 Tormin, Geschichte (wie Anm. 1),
S. 53, 102.

54 Dazu Beier, Lehrstück (wie Anm.
31), S. 14.

55 Vermerk (ohne Überschrift)
von Ferdinand Vieth (nach Mai
1946) in: FZH-Archiv, 591: Kon-
sumgenossenschaft Produktion
1945. Zu seiner Person vgl. die
kritische Würdigung: Hartmut
Bickelmann, Zwischen Innova-
tion und Beharrung. Ferdinand
Vieth – ein Multifunktionsär der
Konsumgenossenschaftsbewegung,
in: Gemeinsam geht es besser.
Beiträge zur 1. Tagung zur Genos-
senschaftsgeschichte, hg. von der
Heinrich-Kaufmann-Stiftung,
Norderstedt 2011, S. 98 – 121.

56 An die Sozialdemokratische Partei
Deutschlands zu Händen von Her-
mann Wilke, Berlin Zietenstraße,
(hs. 6.9.1946), in: FZH-Archiv, 12:
Eb-p Personalakten.

der 1933 im Bundesvorstand des ADGB in Berlin war und inhaftiert wurde. Nach der Auflösung der SFG wurde aus diesem Kreis der Verwaltungsausschuss der Hamburger Gewerkschaften unter dem Vorsitz von Spliedt gebildet, der sich um den organisatorischen Wiederaufbau im Sinne der britischen Vorgaben kümmerte. In den ersten Jahren nach dem Krieg war das Verhältnis zwischen der bald wiedererstehenden SPD und den Gewerkschaften in Hamburg aus diesem Grund nicht spannungsfrei.⁵¹

Das Gewerkschaftshaus wurde dem Verwaltungsausschuss am 14. September 1945 zurückgegeben. Aus diesem Anlass sprach zuerst der britischer Kommandant von Hamburg, Colonel Harry William Hugh Armytage, danach Paul Bebert (1893 – 1973), Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft und mehrere Jahre inhaftiert. Er stieg vor einigen hundert Zuschauern auf ein Baugerüst und schlug das DAF- und andere nationalsozialistische Zeichen an dem Gebäude ab.

Diese symbolische Handlung sollte dazu beitragen, so hatte Bebert ausgeführt, das »Gift der Nazi-Propaganda restlos aus dem deutschen Volk« zu beseitigen.⁵² Als wichtigste Lehre galt nach 1945 die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Dies war in zwei Richtungen zu verstehen: Die Spaltung in Richtungsgewerkschaften, also sozialistische, christliche und liberale, sollte nicht wiederholt werden – ein Grundsatz, der bis heute Bestand hat. Zum Zweiten sollten alle politischen Parteien – von Konservativen bis zu den Kommunisten – in der Einheitsgewerkschaft zusammenarbeiten. Diese Einheit wurde aber angesichts der deutschen Teilung bald hinfällig, und die Kommunisten wurden in den 1950er Jahren aus den gewerkschaftlichen Funktionen verdrängt.

Die Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften kurz nach dem Krieg begründeten sich auch aus

den Ereignissen 1933. Insbesondere die Angehörigen der Gewerkschaftsfraktion von 1933 – in der ernannten Bürgerschaft von 1946 gab es ebenfalls eine Gewerkschaftsfraktion – wurden von der SPD, aber auch in den Gewerkschaften skeptisch beäugt. Die Aufnahme von Wilhelm Petersen in die SPD zog sich Anfang 1946 über einen längeren Zeitraum hin. Nachdem sich Peter Haß im Dezember 1945 aus Schweden gemeldet hatte, wurde im SPD-Vorstand zunächst längere Zeit über sein damaliges Verhalten diskutiert. Als Sekretär der Arbeiterwohlfahrt wurde er schließlich rehabilitiert, kehrte aber 1949 wieder nach Schweden zurück.⁵³

Als im Frühjahr 1946 Funktionärsposten in der Konsumgenossenschaft zu wählen waren, hatten die Gewerkschaften eine Vorschlagsliste eingereicht und erwarteten Unterstützung von der SPD. Aber bei der Gründungsversammlung im April 1946 sprach u. a. der SPD-Landesvorsitzende Karl Meitmann (1891 – 1971) gegen den gewerkschaftlichen Vorschlag mit Verweisen auf die Vorgänge 1933. Meitmann, 1933 Landesvorsitzender der SPD in Hamburg, hatte zu den Befürwortern eines offensiven Widerstandes im Frühjahr 1933 gehört.⁵⁴ Der Konsumgenossenschaftler Ferdinand Vieth (1869 – 1946) ging in einem langen Bericht auf die Vorwürfe ein und betonte, Petersen und Schotte hätten sich nichts vorzuwerfen, da sie im Sinne der ADGB-Beschlüsse handelten.⁵⁵ Zu ihrer Rehabilitation habe auch beigetragen, dass sie an Widerstandsaktivitäten beteiligt und inhaftiert waren. Schotte wurde später in den Aufsichtsrat der Konsumgenossenschaft gewählt, Petersen stieg bis in den geschäftsführenden Bundesvorstand der IG Metall auf.

Gegenüber John Ehrenteit waren aber auch die Gewerkschafter verhaltener. Als Ehrenteit, der in Berlin lebte, sich politisch wieder betätigen wollte, forderte die Berliner SPD im September 1946 Auskünfte über ihn an. Ernst Rathlov (1899 – 1988) gab die eher freundliche Auskunft, dass Ehrenteit viel für die Arbeiterbewegung getan habe, für sein Verhalten 1933 aber von der SPD und anderen Gewerkschafter angefeindet werde, obwohl er den Entschluss, sich mit dem NS-Regime zu arrangieren, nicht allein gefällt habe.⁵⁶ Der Hamburger Ortsausschuss diskutierte länger über den »Fall Ehrenteit« und kam zu dem Ergebnis, dass er »taktische Vergehen sich hat zuschulden kommen lassen und daß seine Haltung Zwiespältigkeiten an den Tag brachte«. Der Ortsausschuss empfahl, dass Ehrenteit in Hamburg nicht mehr öffentlich auftrete, aber gegen ein Engagement in anderen Städten

- 57 Vorstandssitzung des OA Gr. Hamburg des Deutschen Gewerkschaftsbundes, (Protokollauszug), 17.1.1947, in: FZH-Archiv, 12: Eb-p Personalakten.
- 58 Vermerk (ohne Überschrift) von Ferdinand Vieth (nach Mai 1946), in: FZH-Archiv, 591: Konsumgenossenschaft Produktion 1945.
- 59 Franz Spliedt an Friedrich Böttcher, Kiel, 9.1.1946, in: FZH-Archiv, 554-9: Gewerkschaften Hamburg Persönl. u. geschäft. Anliegen.
- 60 Franz Spliedt, Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge. Ihr Wiederaufbau nach 1945, Hamburg (1947), S. 76 – 87.
- 61 Theodor Leipart, in: Gewerkschafts-Zeitung. Zeitschrift der Freien Gewerkschaften in der Britischen Zone, Hamburg 2 (April 1947), Nr. 4, S. 1. Für die Autorenschaft von Spliedt spricht, dass der Autor aus persönlicher Bekanntschaft mit Leipart schreibt und sich als Mitglied der Spitzengremien des ADGB bezeichnet. Spliedt war verantwortlicher Redakteur der Zeitung.
- 62 Garbe, Institutionen (wie Anm. 48), S. 571.
- 63 Vgl. die Diskussion über Wolfgang Abendroths 1954 erschienenes Buch »Die deutschen Gewerkschaften. Weg der Integration« in den »Gewerkschaftlichen Monatsheften«: Rezension von Franz Spliedt zu Abendroth: Die deutschen Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5 (1955), Nr. 3, S. 195 – 197; Wolfgang Abendroth, Aussprache. Apologie vergangener Fehler oder kritische Analyse? in: ebd., Nr. 4, S. 260 – 262; Otto Brenner, Aussprache. Spliedt gegen Abendroth, in: ebd., Nr. 5, S. 321 – 323.

werde von Hamburger Seite kein Einwand erhoben.⁵⁷ Ehrenteit lebte später wieder in Hamburg, war aber politisch nicht mehr aktiv.

Diese Auseinandersetzungen waren noch von persönlichen Beziehungen geprägt, aber erinnerungspolitische Aspekte spielten bereits eine Rolle. Ferdinand Vieth wies darauf hin, dass Petersen und Schotte sich nicht öffentlich zu den Vorwürfen äußerten, um die »jüngere Generation, die von der Bewegung vor 1933 wenig oder nichts weiß und nur zaghaft und tastend zur Organisation findet, nicht im Anfang durch solche unliebsamen Auseinandersetzungen abzustoßen«.⁵⁸

Auch Franz Spliedt wollte von dem Anpassungskurs nichts mehr wissen. Er beschied eine Anfrage aus Kiel über die Ereignisse 1933 abschlägig. Damals hätten sich die Ereignisse überschlagen und er könne sich nicht mehr an Einzelheiten erinnern.⁵⁹ Für den kurz darauf als Historiker der Gewerkschaftsbewegung hervorgetretenen Spliedt eine etwas überraschende Aussage, in der sich aber die Konturen eines Narratives abzeichnen, welche die gewerkschaftliche Organisation in das Zentrum stellen. Die 1947 erschienene Geschichte der Hamburger Gewerkschaften enthielt nichts über die Anpassungspolitik, auch die Zerschlagung wurde nur knapp erwähnt. Spliedt schilderte die gewerkschaftlichen Erfolge in der Weimarer Republik, die geringe Affizierung der organisierten Arbeiterschaft mit dem Nationalsozialismus und den Widerstand der Funktionäre. Der Aufstieg der Nationalsozialisten sei für die durch Wirtschaftskrise und hohe Arbeitslosigkeit geschwächten Gewerkschaften nicht mehr zu verhindern gewesen, ihre Zerschlagung habe aber nicht ihren Geist besiegen können und die Deutsche Arbeitsfront sei eine seelenlose Zwangsgemeinschaft gewesen.⁶⁰ Die gewerkschaftliche Politik stellte er in die demokratische und sozialpolitische Kontinuität zur Weimarer

Republik, dieses Bild sollte nicht durch politische Fehler getrübt werden. In einem Nachruf auf den im April 1947 verstorbenen Theodor Leipart bezeichnete Spliidt Leiparts Eintritt in die SED als tragisch und grenzte ihn von kommunistischer Vereinnahmung ab. Zu den Ereignissen 1933 schrieb er: »Als die deutsche Gewerkschaftsbewegung, trotz ihrer Stärke das Hitler-Unheil nicht aufhalten konnte, bleiben ihm hässliche Angriffe nicht erspart. (...) Er hätte die Machtmittel der Gewerkschaften nicht genutzt, nicht zum Generalstreik aufgerufen. Wäre dieser Vorwurf berechtigt, er träfe nicht Leipart allein; denn wie immer, so auch in jenen Tagen und Wochen, lag die Führung nicht in den Händen eines einzelnen. Alles unterlag den Kollegial-Beschlüssen und der Vorstände-Konferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir wären alle schuldig.«⁶¹

Neben der persönlichen Dimension ist in diesen Zeilen auch eine erinnerungspolitische Komponente angesprochen. Die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus war konstitutiv für die Gewerkschaften, die sich nach 1945 dagegen wehrten, die kurze Phase der Anpassungspolitik in das Zentrum zu rücken. Daher prägte das Organisationsnarrativ folgendes Muster: Auch wenn die Entscheidungen falsch waren, so wurden sie gemeinsam in der Hoffnung gefasst, die Organisation zu retten. Die organisierte Arbeiterschaft habe sich dem Nationalsozialismus aber danach verweigert. Diese Deutung war innerhalb der Gewerkschaften lange prägend.

Detlef Garbe hat darauf hingewiesen, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus keine Aussicht auf politischen Erfolg in der Zeit gehabt habe, seine Bedeutung erhalte er vor allem in der »Erinnerung *an die Zeit*«. ⁶² Dieses erinnerungspolitische Motiv war durch die gewerkschaftliche Anpassungspolitik und in Hamburg besonders durch die Gewerkschaftsfraktion eingetrübt und belastet. Dabei ging es bald nicht mehr um das konkrete Verhalten einzelner Personen. Gegen das Organisationsnarrativ etablierte sich eine Gegenerzählung, die als Aktionsnarrativ bezeichnet werden kann: Das legalistische Abwarten, eine reformistische Linie der Gewerkschaften und der SPD seit 1914 oder Kleinmütigkeit der Akteure hätten zur Untätigkeit geführt. Diese Argumentation wurde nicht allein von kommunistischer Seite vorgebracht, sondern auch von ehemaligen Reichsbannerangehörigen und Gewerkschaftern. In der gewerkschaftsnahen Sozialwissenschaft wurde diese Frage ebenfalls aufgeworfen, ⁶³ und nach 1968 in der Neuen Linken und der Geschichtswissenschaft intensiv diskutiert. Vor dem Hintergrund

KNUD ANDRESEN

■ 2. MAI 1933 – DIE BESETZUNG
DES HAMBURGER
GEWERKSCHAFTSHAUSES UND
DIE GEWERKSCHAFTLICHE
ANPASSUNGSPOLITIK

64 Eine gute Übersicht mit entsprechenden Literaturverweisen bei: Gerhard Beier, Die Wiederentdeckung der Gewerkschaftsgeschichte als politisches Problem, in: ders., Geschichte und Gewerkschaft. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen, Köln 1981, S. 455–482, bes. S. 466–481.

65 Vgl. den Konferenzband: Breit, Aufstieg (wie Anm. 2).

66 »Deutschland braucht Demokratie im Arbeitsalltag«, in: Mitbestimmung (2013), Nr. 5, S. 52–55.

AXEL SCHILDT

■ HAMBURG – EINE METROPOLE
DES GEISTES?

ANMERKUNGEN

1 Alfred Andersch, Sartre erobert Hamburg. Kleiner Rundgang um eine Litfaß-Säule, in: Frankfurter Rundschau, 27.4.1949, zit. nach Stephan Reinhardt, Alfred Andersch. Eine Biographie, Zürich 1990, S. 170.

einer partiellen linken Radikalisierung insbesondere der Gewerkschaftsjugend, führte die DGB-Spitze erst in den 1970er Jahren öffentliche Debatten über die Anpassungspolitik 1933.⁶⁴ Wenn auch aus politischer Kritik an den Gewerkschaftsführungen gespeist, trugen diese Debatten langfristig dazu bei, den Blick stärker auf die Opfer zu richten. 1983, zum 50. Jahrestag der Ereignisse im Mai 1933, organisierte der DGB Gedenkveranstaltungen, auf denen die Anpassungspolitik kritisch gewürdigt, gleichwohl die feste Gegnerschaft zum Nationalsozialismus betont wurde.⁶⁵ Mit dem Abklingen politischer Deutungskämpfe verschmolzen Organisations- und Aktionsnarrativ.

Heute ist es in den Gewerkschaften kaum noch umstritten, die Anpassungspolitik als schweren Fehler zu markieren – meist garniert mit der Einschränkung, man wolle nicht historisch richten. 2013 sprach Bundespräsident Joachim Gauck auf der Gedenkveranstaltung in Berlin davon, dass »Anpassung bis zur Unterwerfung (...) politischer Selbstmord« sei und »den Menschen zusätzlich seiner Selbstachtung« beraube.⁶⁶ Erinnerungspolitik war der 2. Mai 1933, ungeachtet der vielen Opfer, auch eine Art »Glücksfall« für die Gewerkschaften, denn er verhinderte, dass sie sich durch eine irgendwie geartete Einbindung in den Nationalsozialismus langfristig moralisch diskreditierten.

HAMBURG – EINE METROPOLE DES GEISTES?

Zur Intellektuellengeografie nach dem Zweiten Weltkrieg

Im Anschluss an eine Dienstreise zum Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) nach Hamburg im Frühjahr 1949 verglich der Schriftsteller Alfred Andersch das »aufregende und anstrengende« Hamburger Kulturleben mit dem »lieben, ruhigen« Frankfurts.¹ Diese Äußerung, die sich auf die intellektuelle und hochkulturelle Szene der Hansestadt bezog, könnte Irritationen auslösen.

Denn soweit das Bild des gegenwärtigen Hamburg als einer Hafemetropole mit pulsierender Wirtschaft überhaupt Kultur einschließt, assoziiert man, obwohl die Theater und die Oper durchaus zur deutschen Spitzengruppe zählen, eher populäre Angebote: große Musicals, den Dom, der in Hamburg kein Bauwerk kennzeichnet, »Alstervergnügen« und »Hafengeburtstag«, Spiele der ersten und zweiten Bundesliga sowie eine Vielzahl weiterer Events vom Marathon bis zum Motorradtreffen. Die folgende Skizze soll zeigen, dass aber nach dem Zweiten Weltkrieg Hamburg für etwa zwei Jahrzehnte zu einem der intellektuellen Zentren der Bonner Republik aufstieg.

I. Ende des kulturellen Zentralismus

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte sich das geistige Leben Deutschlands noch in Berlin, der Reichshauptstadt, konzentriert. Dort, in einer inspirierenden Atmosphäre mit einer pluralistischen Presselandschaft, mit Zeitungen, die zum Teil mehrmals täglich erschienen, mit modernen Illustrierten und Filmpalästen, mit Zirkeln von Künstlern und Schriftstellern jeglicher politisch-weltanschaulicher Provenienz, befand sich das intellektuelle Zentrum der Nation. Hamburg und Leipzig, Frankfurt, München und Stuttgart bildeten demgegenüber nur die zweite Liga.

■ HAMBURG – EINE METROPOLE
DES GEISTES?

- 2 1930 lebte z. B. die Hälfte aller Mitglieder des Deutschen PEN-Zentrums, einer Vereinigung prominenter Schriftsteller und Publizisten, in Berlin, in den 1950er Jahren waren es weniger als zehn Prozent; vgl. Sven Hanuschek, *Geschichte des bundesdeutschen PEN-Zentrums von 1951 bis 1990*, Tübingen 2004.
- 3 Wolfgang Schivelbusch, *Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945 – 1948*, München 1995.
- 4 Vgl. Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 – 2000*, Leipzig 2001; Dorothee Bores, *Das ostdeutsche PEN-Zentrum 1951 – 1998. Ein Werkzeug der Diktatur?*, Berlin 2010.
- 5 Vgl. Matthias Bauer (Hg.), *Berlin. Medien- und Kulturgeschichte einer Hauptstadt im 20. Jahrhundert*, Tübingen 2007; Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948 – 1990*, München 2009, S. 203 ff.
- 6 Vgl. Karl Christian Führer, *Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930 – 1960*, München / Hamburg 2008.
- 7 Ein Beispiel liefert die Biografie von Siegfried Lenz; vgl. Erich Maletzke, *Siegfried Lenz. Eine biographische Annäherung*, Springe 2006, S. 38 ff., 55 ff.; Peter von Rüden (Hg.), *Siegfried Lenz. Der Schriftsteller und die Medien*, Hamburg 2004.
- 8 Konrad Dussel, *Hörfunk in Deutschland. Politik, Programm, Publikum (1923 – 1960)*, Potsdam 2002, S. 84 ff.

Zwei Gründe gab es für den Abstieg von Berlin. Der erste war die Verödung des Kulturbetriebs durch die Vertreibung – und Ermordung – der vielen jüdischen und linken Intellektuellen nach 1933, deren Wirken der Reichshauptstadt überhaupt erst ihre singuläre kulturelle Attraktivität verliehen hatte. Die Ära der großen Verleger Leopold Ullstein, Samuel Fischer, Rudolf Mosse, der Theaterleute von Bertolt Brecht bis Max Reinhardt, der Schriftsteller Alfred Döblin, Else Lasker-Schüler, Arnold Zweig und vieler mehr, der glänzend gemachten »Weltbühne« der linken Intellektuellen um Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky war 1933 unwiderruflich beendet.²

Der zweite Grund lag darin, dass Berlin 1945 geteilt wurde und seine nationale Ausstrahlung – nach einem kurzen Zwischenspiel in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor Ausbruch des Kalten Krieges³ – verlor. Der Ostteil wurde, vom Westen nicht anerkannt, zur Hauptstadt der DDR. Da der »Arbeiter- und Bauernstaat« aber keine freie Diskussion vorsah, verkamen die Medien zu Propagandainstrumenten des Staates und seiner führenden Partei. Es gab nur wenige Nischen für Nonkonformisten in kleinen Verlagen, literarischen Zeitschriften, Feuilletons und universitären Fachbereichen.⁴ Ein intellektuelles Milieu wie in früheren Zeiten konnte sich in Ost-Berlin wie auch in anderen Städten der DDR nicht entwickeln.

West-Berlin wiederum, zwar nicht formal, aber real ein Teil der Bundesrepublik, war in eine Randlage geraten. Erst seit Mitte der 1960er Jahre, nach dem Mauerbau, als die existenzielle Bedrohung durch den Kalten Krieg abnahm und sich der großstädtische Alltag normalisierte, stieg die Bedeutung West-Berlins im Verbund kultureller Zentren wieder an, ohne erneut die frühere zentrale Rolle erlangen zu können.⁵

Gewinner der neuen Konstellation nach Ende des



Erste Tagung des »PEN-Zentrums Deutschland« am 12.4.1949 im Kleinen Sitzungssaal des Hamburger Rathauses. V.r.n.l. am Tisch: Herbert Friedmann, Dolf Sternberger, Axel Eggebrecht, Herbert Eulenberg, Hermann Kasack, Rudolf Schneider-Schelde (stehend), Erich Kästner, Hanns Heniry Jahn, Ernst Penzoldt. • Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Bild 183-R76032

Krieges und im anschließenden Kalten Krieg waren dagegen einige westdeutsche Großstädte, darunter auch Hamburg.⁶ Zu neuen Zentren konnten nur Orte aufsteigen, die spezifische mediale Infrastrukturen besaßen. Zum ersten musste es dort eine Rundfunkstation geben. Die Existenz einer Rundfunkstation war im ersten Nachkriegsjahrzehnt eine notwendige Bedingung, um ein medialer Knotenpunkt und kultureller Anziehungspunkt für Intellektuelle zu werden, die oft nur durch Aufträge der gut bezahlenden Sendeanstalten ihr Auskommen finden konnten.⁷ Die Radiostation in der Hansestadt, der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) hatte das größte Sendegebiet, nämlich die gesamte Britische Zone, die von Flensburg bis ins Rheinland reichte und eine Station im Britischen Sektor von Berlin einschloss, während die US-Behörden für die späteren südlichen Bundesländer und Bremen jeweils eine eigene Station errichteten.⁸

Allerdings war das Vorhandensein einer Rundfunkanstalt nur die notwendige, nicht aber bereits eine hinreichende Rahmenbedingung für die

- 9 Vgl. Axel Schildt, Großstadt und Massenmedien. Hamburg von den 1950er bis zu den 1980er Jahren, in: Clemens Zimmermann (Hg.) Stadt und Medien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Köln u. a. 2012, S. 249 – 263.
- 10 Vgl. als Überblick Daniel A. Gosel, Die Hamburger Presse nach dem 2. Weltkrieg. Neuanfänge unter britischer Besatzungsherrschaft, Hamburg 1993.
- 11 Vgl. Karl-Heinz Harenberg, Die Welt 1946 – 1953. Eine deutsche oder eine britische Zeitung, Phil. Diss. Hamburg 1976; Gudrun Kruij, Das »Welt«-«Bild» des Axel Springer Verlages. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999, S. 77 ff.; Christian Sonntag, Medienkarrieren. Biografische Studien über Hamburger Nachkriegsjournalisten 1946 – 1949, München 2006, S. 83 ff.
- 12 Vgl. Mathias von der Heide / Christian Wagener, »Weiter rechts als die CDU«. Das erste Jahrzehnt der Zeit, in: Lutz Hachmeister / Friedemann Siering (Hg.), Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002; zur Frühzeit auch einige der Beiträge in Christian Haase / Axel Schildt (Hg.), »Die Zeit« und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008.
- 13 Zur Charakterisierung des »Spiegel« in den 1950er Jahren vgl. Daniela Münkel, Willy Brandt und die »vierte Gewalt«. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt am Main / New York 2005, S. 82 ff.; Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945 – 1973, Göttingen 2006, S. 200 ff.

künftigen Kulturmetropolen. Hinzu kommen mussten Presseunternehmen mit überregional beachteten Qualitätszeitungen, Buchverlage und eine Universität als akademischer Resonanzboden und personeller Kern für die Herausbildung eines größeren medialen Ensembles und einer intellektuellen Szene. Diese Kriterien erfüllten drei Großstädte in besonderem Maße, nämlich München, Frankfurt am Main und Hamburg; weit dahinter rangierten Stuttgart, Köln und – erst wieder seit den 1960er Jahren – West-Berlin.⁹

Die Hamburger Presselandschaft war in ihrer Vielfalt bemerkenswert.¹⁰ Überregional beachtet wurde die unter der Ägide der britischen Besatzungsmacht herausgegebene Tageszeitung »Die Welt«, die 1953 vom Axel-Springer-Konzern erworben wurde.¹¹ Besonders die große Zahl wöchentlich erscheinender Organe bildete ein Alleinstellungsmerkmal, darunter die zunächst nationalkonservativ ausgerichtete »Zeit«¹², der regierungskritische »Spiegel«¹³ und das in den 1950er Jahren auflagenstarke evangelisch-lutherische »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt«¹⁴; vor allem der Rowohlt Verlag begründete die Position der Hansestadt als führender Verlagsort. Auch wenn er vor den Toren Hamburgs, in Reinbek, ansässig wurde, blieb er doch fest mit dem kulturellen Leben der Metropole verbunden.¹⁵ Wichtig war auch, dass die Filmindustrie in Hamburg rascher als anderswo auf das Fernsehen setzte, das zuerst vom NWDR entwickelt wurde. Hamburg war das Zentrum des frühen Fernsehens. Das erste kritische TV-Magazin Anfang der 1960er Jahre, »Panorama«, kam aus der Hansestadt.¹⁶

II. Hamburgs intellektuelles Rundfunkprofil – der NWDR

Hamburg übte im ersten Nachkriegsjahrzehnt eine geradezu magnetische Anziehungskraft auf Intellektuelle aus. Dabei ist zunächst der Nordwestdeutsche Rundfunk als Aufnahmeort zu nennen.¹⁷ Peter Bamm, ein früherer Mitarbeiter des kulturellen Ressorts des Senders, sprach mit Blick auf die Herkunft seiner Kollegen von einem »niedersächsischen Rundfunk in obersächsischer Besetzung«¹⁸; er selbst war im Rheinland geboren worden.

Ein Blick auf die Intellektuellen im NWDR lohnt für eine erste Charakterisierung der intellektuellen Nachkriegsszene. Wer fand sich dort ein? Ein Mann der ersten Stunde war Axel Eggebrecht, ein Mitarbeiter der legendären »Weltbühne« der Weimarer Republik. Aus gutbürgerlichem Leipziger Elternhaus stammend, lebte er in den 1920er Jahren, bis 1925 Mitglied der KPD, in einer Berliner Künstlerkolonie. 1933 für einige Monate in ein Konzentrationslager eingeliefert, schlug er sich in den folgenden Jahren, mit Schreibverbot belegt und deshalb unter Decknamen, mit Auftragsarbeiten für die Ufa und als Filmkritiker durch. Axel Eggebrecht, der als einer der ersten fünf Wochen nach Kriegsende im ostholsteinischen Eutin von der Besatzungsmacht aufgespürt und zum Rundfunk gebracht wurde¹⁹, prägte das Programm des NWDR mit seiner ruhigen und feinen hohen Stimme als moralische Instanz. Als Berichterstatter der ersten großen NS-Kriegsverbrecherprozesse blieb er im Gedächtnis vieler Zeitgenossen.²⁰ Peter von Zahn kam aus einem Chemnitzer Offiziershaushalt, hatte bis zum Ausbruch des Krieges Rechtswissenschaft, Zeitungskunde und Geschichtswissenschaft studiert und dann in einer Propaganda-Kompanie (PK) der Wehrmacht als Reporter gearbeitet. Er wurde,

14 Vgl. Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist, Mainz 1971, S. 154 ff.; Hans Uden, Hanns Lilje. Bischof der Öffentlichkeit, Hannover 1998, S. 85 ff.

15 Vgl. David Oels, Rowohlts Rotationsroutine. Markterfolge und Modernisierung eines Buchverlags vom Ende der Weimarer Republik bis in die fünfziger Jahre, Essen 2013.

16 Vgl. dazu ausführlich Gerhard Lampe, Panorama, Report und Monitor. Geschichte der politischen Fernsehmagazine 1957 – 1990, Konstanz 2000.

17 Hans Peter Schwarz, Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2008, S. 110 ff.

18 Peter Bamm, Eines Menschen Zeit, München 1972, S. 391. Der Arzt und Publizist Peter Bamm (Pseudonym für Curt Emmrich (1897 – 1975)) war noch in der Kriegsgefangenschaft 1945 für den britischen Militärsender in Hamburg, den Vorläufer des NWDR, angeworben worden. Bereits in den 1920er Jahren hatte er vor allem für das Feuilleton der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (Berlin) gearbeitet. Im »Dritten Reich« hatte er nach der Entlassung Fritz Kleins aus der DAZ in dessen Wochenzeitung »Die Zukunft« geschrieben. Der weiteren Mitarbeit nach deren Fusionierung mit Goebbels' Wochenzeitung »Das Reich« entzog er sich bald durch freiwillige Meldung zur Wehrmacht.

19 Ein Gespräch mit Axel Eggebrecht. »Wiemann, wir setzen uns jetzt vor ein Mikrofon.« Einer der Allerersten beim NWDR berichtet, in: Ludwig Fischer u. a. (Hg.), Dann waren die Sieger da. Studien zur literarischen Kultur in Hamburg, Hamburg 1999, S. 325 – 329;

zur Biografie von Eggebrecht vgl. Alexander Gallus, Heimat »Weltbühne«. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 185 ff.; für die Zeit seit den 1950er Jahren auch Thomas Berndt, Nur das Wort kann die Welt verändern. Der politische Journalist Axel Eggebrecht. Mit einem Vorwort von Peter von Zahn, Herzberg 1998, S. 151 ff.

20 Vgl. Christof Schneider, Nationalsozialismus als Thema im Programm des Nordwestdeutschen Rundfunks (1945 – 1948), Potsdam 1999.

21 Peter von Zahn, Reporter der Windrose. Erinnerungen 1951 – 1964, Stuttgart 1994; Peter von Zahn (1913 – 2001) hatte sich Anfang der 1950er Jahre mit Adolf Grimme, dem Generaldirektor des NWDR, überworfen.

22 Vgl. Charles Schüddekopf, Vor den Toren der Wirklichkeit. Deutschland 1946 – 1947 im Spiegel der Nordwestdeutschen Hefte, Berlin 1980; Anke Hüsig, Peter von Zahn als Rundfunkjournalist 1945 – 1951, unveröffentlichte Magisterarbeit Universität Hamburg 2000.

23 Zu Schnabel (1913 – 1986) vgl. Wolfram Wessels, Ernst Schnabel, in: Jahrbuch Medien und Geschichte 2 (2002), S. 99 – 123.

24 Vgl. zu Inhalten und Autoren das Kapitel »Elitäre Diskurse zur Nachtzeit«, in: Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, S. 83 – 110.

25 Vgl. zu Jürgen Schüddekopf (1909 – 1962) den Nekrolog von Siegfried Lenz, in: Die Zeit, 9.3.1962.

wie Peter Bamm, von der britischen Besatzungsmacht direkt aus einem Gefangenenerlager rekrutiert. Bis zu seinem Weggang aus Hamburg als Leiter des Düsseldorfer Studios und später als erfolgreicher Fernsehreporter²¹ hatte er die Hauptabteilung Wort geleitet und mit Axel Eggebrecht die »Nordwestdeutschen Hefte« herausgegeben, in denen intellektuelle Wortbeiträge des NWDR in gedruckter Form Aufnahme fanden, eine frühe Form des Medienverbunds von Radio und Zeitschriften.²² Die Zeitschrift, deren Lizenz als Verleger – auf Vorschlag von Eggebrecht – Axel Springer erhielt, hatte zeitweise eine Auflage von 100.000 Exemplaren und wurde nach der Währungsreform 1948 unter dem Titel »Kristall« als unterhaltende Illustrierte weitergeführt. Zur intellektuellen Mannschaft des NWDR zählte auch der aus Zittau in Sachsen stammende Seemann und Schriftsteller Ernst Schnabel, der 1946 bis 1949 als Chefdramaturg und – nach einem Auslandsaufenthalt bei der BBC – als Intendant des Senders arbeitete, bevor er sich seit Mitte der 1950er Jahre als freier Schriftsteller niederließ.²³

Intellektuelles Aushängeschild des NWDR war das nach dem Vorbild des Third Programme in der britischen BBC gestaltete »Nachtprogramm«, das erste seiner Art in Deutschland und bald von allen Sendeanstalten kopiert, das seit dem 2. November 1947 – in der Regel von 22.30 bis 0.00 Uhr ausgestrahlt wurde und sich von vornherein an eine kleine intellektuelle Elite wandte.²⁴ Leiter der Nachtprogramm-Redaktion wurde Jürgen Schüddekopf²⁵; er stammte aus einer Weimarer Professorenfamilie und hatte nach dem Abschluss seines Studiums in Literaturwissenschaft, Soziologie und Philosophie 1935 für das Feuilleton der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« und dann für die Wochenzeitung »Das Reich« gearbeitet. Nicht nur Schüddekopf hatte an dieser enorm erfolgreichen

Zeitung, die Goebbels 1940 gründete und die für die Gewinnung der geistigen Eliten des »Dritten Reiches« konzipiert war, mitgewirkt. Obwohl der Propagandaminister dort wöchentlich mit widerwärtigen antisemitischen Hetzkolumnen vertreten war, gelang es allen Beteiligten nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Mitarbeit im Feuilleton als unpolitisch darzustellen und so die berufliche Kontinuität zu sichern.²⁶

Die Intellektuellen im NWDR der ersten Nachkriegsjahre, dies lässt sich generalisierend feststellen, stammten in der Regel nicht aus Hamburg, wenn auch nicht alle aus »Obersachsen«, wie Peter Bamm pointiert vermerkt hatte. Geboren meist um die Jahrhundertwende bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges, kamen sie aus bürgerlichen, protestantisch-nationalen Elternhäusern, waren meist akademisch gebildet und hatten im »Dritten Reich« zwar publizistisch gearbeitet, aber entweder in temporär geduldeten Kultur-nischen oder eben – nach 1945 gerade noch geduldet – im Feuilleton der nationalsozialistischen Presse. Remigranten gab es im NWDR nicht, sieht man einmal ab vom Leiter der 1947 gegründeten Rundfunkschule des Senders, Alexander Maaß, der aus britischem Exil als Kontrolloffizier zurückkehrte²⁷, und dem kurzzeitigen Gastspiel des Publizisten Karl-Eduard von Schnitzler. Auch er war aus dem britischen Exil zurückgekehrt, wechselte aber nach seiner Kündigung wegen kommunistischer Texte Anfang 1948 in die Sowjetische Besatzungszone.²⁸

26 Die Liste der Redakteure und gelegentlichen Autoren reicht von Karl Korn, später Feuilletonchef der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, bis zu Theodor Heuss, dem ersten Bundespräsidenten. Auch der erste Nachtprogramm-Chef des WDR, Carl Linfert, war Redakteur beim »Reich« gewesen.

27 Vgl. Florian Huber, Die Umerziehungspolitik der britischen Besatzungsmacht in Deutschland am Beispiel des NWDR, Hamburg 2006; vgl. zum Kontext Gabriele Clemens, Remigranten in der Kultur- und Medienpolitik der Britischen Zone, in: Claus-Dieter Krohn / Axel Schildt (Hg.), Zwischen den Stühlen? Remigration und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 50 – 65.

28 Vgl. Axel Schildt, Schnitzler, Karl-Eduard Richard Arthur Gerhard von, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 23, Berlin 2007, S. 333 f.

III. Hamburgs intellektuelle Spezifik – die Presse- und Verlagslandschaft

Das Verhältnis von institutionellem Neuanfang und dem personellen Profil der Intellektuellen, die in den neu gegründeten Zeitungen, vor allem im Feuilleton unterkamen, unterschied sich kaum von jenem der Rundfunk-Redaktionen des NWDR. Entgegen mancher Legende handelte es sich bei der großen Mehrheit der Redakteure in der sogenannten Lizenzpresse, zwei Drittel waren noch im 19. Jahrhundert geboren worden, um Personen, die ihren journalistischen Beruf auch im »Dritten Reich« ausgeübt hatten, sehr viele in Berlin.²⁹ Unterhalb der Ebene der unbelasteten Lizenznehmer, wie etwa Gerd Bucerus für die »Zeit«, war sehr viel mehr Kontinuität als meist angenommen. Dies gilt in besonderem Maße für den Bereich des Feuilletons im weitesten Sinne. Berufsanfänger gab es hier überhaupt nicht, Remigranten und Verfolgte des NS-Regimes fast ausschließlich bei den sozialdemokratischen und kommunistischen »Parteirichtungszeitungen«, Mitglieder der NSDAP dagegen vor allem in den Redaktionen der konservativ-christdemokratischen »Hamburger Allgemeinen Zeitung«, der liberal firmierenden Wochenzeitung »Die Zeit«, aber auch bei der unter der Ägide der Besatzungsmacht herausgegebenen Tageszeitung »Die Welt«. Erstaunlich viele Feuilleton-Journalisten, sie finden sich vor allem in den zuletzt genannten Blättern, hatten in der Wochenzeitung »Das Reich« geschrieben.³⁰ Man könnte geradezu annehmen, dass es angesichts der dadurch bestehenden Kontakte eher berufliche Vorteile bot, im Feuilleton von Goebbels' Blatt geschrieben zu haben. Zum Konflikt mit der Besatzungsmacht führte auch die vormalige Parteimitgliedschaft nicht unbedingt; ein Hans-Georg von Studnitz etwa, NSDAP-Mitglied seit 1933 und nach dem Zweiten Weltkrieg ohne

29 Vgl. für detaillierte Nachweise Sonntag, Medienkarrieren (wie Anm. 11).

30 Vgl. ebd. den tabellarischen Anhang.

31 Vgl. Nils Asmussen, Hans-Georg von Studnitz. Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 75 – 119.

32 Vgl. Demant, Schleicher (wie Anm. 14), S. 154 ff.; Hans B. von Sothen, Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Frank-Lothar Kroll (Hg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005, S. 125 – 178.

33 Zit. nach Axel Schildt, Deutschlands Platz in einem »christlichen Abendland«. Konservative Publizisten aus dem Tat-Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Thomas Koebner u. a. (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939 – 1949, Opladen 1987, S. 344 – 369, hier S. 356.

jede Selbstkritik zeitlich auf der äußersten Rechten beheimatet, konnte problemlos für die »Zeit« von den Nürnberger Prozessen berichten.³¹ Als einziger musste Hans Zehrer, in den letzten Jahren der Weimarer Republik Chefredakteur der legendären »konservativ-revolutionären« Monatszeitschrift »Die Tat«, einen Karriereknick hinnehmen.³² Er war als Chefredakteur der »Welt« vorgesehen, wurde aber bereits nach mehreren Wochen aufgrund einer Intervention aus den Reihen der SPD entlassen. An seine Stelle rückte der Publizist und Ökonom Rudolf Küstermeier, der elf Jahre in Konzentrationslagern überlebt hatte. In der Entlassung von Zehrer lag eine gewisse Ironie, denn dieser hatte zwar gegen Demokratie und Republik agitiert und für einen autoritären Staat geworben, aber war für eine Militärdiktatur und nicht für das NS-Regime eingetreten. Deshalb und wegen seiner jüdischen Ehefrau, von der er sich Ende der 1930er Jahre scheiden ließ (sie emigrierte nach England), war er zur persona non grata geworden und verbrachte einige Jahre hauptsächlich auf Sylt, wo er enge Kontakte zum jungen Verlegersohn Axel Springer unterhielt. Unter Pseudonym veröffentlichte er einen sehr erfolgreichen Unterhaltungsroman und machte Karriere in der Geschäftsleitung des Oldenburger Stalling-Verlages. Auf der Insel Sylt verfasste er unmittelbar nach Kriegsende ein Parteiprogramm für eine Konservative Partei, die vor allem vormalige Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sammeln sollte. Zehrer verabschiedete sich dann für einige Jahre scheinbar aus der Politik in die Sphäre der Religion. Tatsächlich handelte es sich bei seiner nur schwer lesbaren Schrift »Der Mensch in dieser Welt«, die 1948 erschien, um eine kirchenpolitische Schrift zur sogenannten Schulddebatte, die den Protestantismus in unterschiedliche Lager spaltete. Zehrer setzte sozusagen die gesamte Menschheit vor Gott auf die Anklagebank, weil sie sich spätestens seit der Heraufkunft der Moderne von ihm abgewandt und durch Vermassung und Zerstörung der Eliten dem nihilistischen Dämon Hitler die Gelegenheit zur Ausfüllung des Werte-Vakuums gegeben hätte. Die Zukunft des Konservatismus sah er in einer engen Verbindung mit der Religion, bekannt wurde seine Formel, Konservatismus ohne Christentum sei wie eine Dame ohne Unterleib.³³ Er übernahm die Chefredaktion des »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts« in Hamburg, dessen Verleger der hannoversche Landesbischof Hanns Lilje war, den er seit den 1920er Jahren kannte. Interessant ist der Verlagsort der religiösen Programmschrift Zehrer, die sozusagen das Eintrittsbillet für die Übernahme

der Redaktion des »Sonntagsblatts« war. Sie erschien im Rotationsdruck bei Rowohlt. Auch der Verlag von Ernst Rowohlt, der Hamburgs intellektuellen Rang im Buchsektor der Bundesrepublik festigte, kann im ersten Nachkriegsjahrzehnt nicht umstandslos auf der linken Seite des politisch-kulturellen Spektrums verortet werden. So kam etwa der westdeutsche Bestseller des Jahres 1951, Ernst von Salomons »Fragebogen«, eine antide-mokratische Rechtfertigungsschrift, in der die anglo-amerikanischen Besatzer mit den kleinbürgerlichen Nazis auf die gleiche Stufe der Kulturlosigkeit gestellt wurden, aus seinem Hause. Salomon, ehemals in die Auseinandersetzungen rechtsradikaler Geheimorganisationen gegen die Weimarer Republik verstrickt, hatte sich in der NS-Zeit verbittert aus der Politik zurückgezogen. Mit Ernst Rowohlt befreundet, avancierte er bald zu einem wichtigen Lektor des Verlags.³⁴

IV. Vom konservativen Sonderbewusstsein zur Hamburger Kumpanei

Der dominierende intellektuelle Medienverbund der Hansestadt war bürgerlich-konservativ im Sinne des zeitüblichen elitären Dünkels bis hin zum Kult des Genies, das in den ersten Nachkriegsjahren gern dem banausischen NS-Regime als Widersacher entgegengestellt wurde. Auch in Hamburg waren die Reden zur Wiedereröffnung der Universität von der Behauptung bestimmt, zumindest die eigene alma mater sei im »Dritten Reich« sauber geblieben und man könne mit einigen Blessuren, einigen schmerzlichen Erfahrungen, die nur den Wert der deutschen Bildungstraditionen bestärkten, dort weitermachen, wo man aufgehört hatte. Umrahmt vom Allegro aus dem Orgelkonzert F-Dur von Georg Friedrich Händel, den Fest- und

34 Zu Salomon und seinem »Fragebogen« vgl. Walter Kiaulehn, *Mein Freund, der Verleger. Ernst Rowohlt und seine Zeit*, Reinbek 1967, S. 269 ff.; Hans Sarkowicz / Alf Mentzner, *Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon*, Baden-Baden 2011, S. 512 – 515.

35 Universität Hamburg. Reden von Senator Heinrich Landahl und Professor Dr. Emil Wolff, gehalten bei der Feier der Wiedereröffnung am 6. November 1945 in der Musikhalle, Hamburg 1946, S. 6, 17.

36 Vgl. den dreibändigen Nachdruck und den Begleitband, hg. von Angela Bottin, Berlin / Hamburg 1991.

Gedenksprüchen von Johannes Brahms und der Phantasie G-Moll für Orgel von Johann Sebastian Bach, wies der für Bildung und Wissenschaft zuständige neue Senator Heinrich Landahl, ein prominenter Reformpädagoge der Weimarer Zeit, in seiner Eröffnungsrede auf die Chance zum Neuanfang durch eine Rückbesinnung hin: »Aus der Seele und dem Geist aber muss die Gesundung kommen. Und hier blieb uns ein Erbe erhalten, das nicht in Trümmer sinken konnte, wie die Dome und Schlösser und Rathäuser der Vergangenheit. Die gewaltigen Meisterwerke deutscher Musik konnten durch nichts zerstört werden. Die unsterblichen Klänge Bachs und Mozarts und Beethovens tönen so rein und eindringlich wie je. Wer in den letzten Wochen häufig in diesem Raum einem der vielen Konzerte beiwohnte, hat erlebt, was an Läuterung und Kraft von diesem Erbe unserer Volksseele ausgeht.« Auch in der anschließenden Rede des neuen Rektors Emil Wolff war viel von Humboldt, aber wie bei dem Senator kein Wort zur notwendigen personellen Säuberung zu vernehmen. Und im Kern bemühte sich Wolff um den Nachweis, dass die Universität sich im »Dritten Reich« die Kraft geistigen Widerstandes und seelischer Selbstbehauptung in einer Umwelt sittlicher Verwilderung und beständiger Todesdrohung erhalten und genährt [habe]. Im eigenen Herd hat sie die Glut gehegt, aus der von dem starken Atem der Freiheit angefacht die Flamme wieder aufsteigen soll, klar erhellend und warm belebend.«³⁵

Von 1946 bis 1949 erschien die »Akademische Rundschau«, die von Dozenten und Studenten der Hamburger Universität herausgegeben wurde. Einer der Initiatoren, Karl Ludwig Schneider, hatte sich im Krieg an der Widerstandstätigkeit der Weißen Rose beteiligt. Auch diese Zeitschrift, für die etwa die Studenten Conrad Ahlers, später als Journalist beim »Spiegel« und als sozialdemokratischer Regierungssprecher tätig, der spätere Banker Jürgen Ponto und der spätere Soziologe und FDP-Politiker Ralf Dahrendorf zur Feder griffen, bemühte sich besonders um die geistige Überwindung der düsteren NS-Vergangenheit und vermittelte dafür auch intellektuelles Gedankengut aus dem europäischen Ausland. Artikel von Bertrand Russell, José Ortega y Gasset, Arnold J. Toynbee, Nikolai Berdjajew oder Ernesto Grassi entfalteten dort das Panorama humanistischer europäischer Geistigkeit.³⁶

Für die mediale Feier ausländischer Schriftsteller, auf deren Besuch sich die Hansestadt viel zugute hielt, gibt es zahlreiche Beispiele. Sie mussten

- 37 Ernst Jünger und Gerhard Nebel. Briefe 1938 – 1974, Stuttgart 2003, S. 586.
- 38 Zit. nach Schildt, *Abendland* (wie Anm. 24), S. 90.
- 39 Adolf Frisé, Mit T. S. Eliot in Hamburg, in: *Deutsche Zeitung* (Stuttgart), 5.11.1949; Eine Stunde mit Graham Greene, in: ebd., 1.4.1950; beide Artikel dokumentiert in Adolf Frisé. *Spiegelungen. Berichte, Kommentare, Texte 1933 – 1998*. Festgabe der Internationalen Robert-Musil-Gesellschaft zum 90. Geburtstag von Adolf Frisé, Bern u. a. 2000, S. 193 f., 197 – 199. Frisé, Feuilletonchef der »Hamburger Allgemeinen Zeitung«, wechselte 1954 zum Hessischen Rundfunk. Er machte sich einen Namen als Herausgeber der Werke von Robert Musil.
- 40 Rainer Hering, *Theologie im Spannungsfeld von Kirche und Staat. Die Entstehung der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Universität Hamburg 1895 – 1955*, Berlin / Hamburg 1992.
- 41 Hans Wollschläger, *Der Startheologe*, in: Karlheinz Deschner (Hg.), *Wer lehrt an deutschen Universitäten?* Wiesbaden 1968, S. 9 – 54; Norbert Friedrich, Helmut Thielicke als Antipode der sozialen Bewegungen, in: Siegfried Hermle (Hg.), *Umbrüche: der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 1970er Jahren*, Göttingen 2007, S. 247 – 261; vgl. auch die Memoiren: Helmut Thielicke, *Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen*, Hamburg 1984, S. 483 ff.
- 42 Vgl. Michael Grüttner, *Hort der Reaktion oder Hochburg des Liberalismus? Die Hamburger Universität in der Weimarer Republik*, in: Karl Christian Führer u. a. (Hg.), *Eliten im Wandel*.

allerdings eine Bedingung erfüllen, nämlich sich als nonkonformistische Geister gegen die Diktatur der Masse profiliert zu haben. Ernst Jünger wurde im NWDR (1946) bereits wieder gehuldigt, als er noch von den US-Besatzungsbehörden ein Schreibverbot auferlegt bekommen hatte³⁷; der erwähnte Conrad Ahlers schwadronierte in der 100. Sendung des NWDR-Nachtprogramms am 6. Juli 1948 unter dem Eindruck eines Auftritts des populären spanischen Philosophen José Ortega y Gasset: »Jenseits der Grenzen des Raumes und der Zeit sucht man verwandte Geister und dient so dem Bedürfnis einer echten Bindung, die ihren Standort bestimmen will.«³⁸ Ähnlich schwülstig klangen die Huldigungen für den zum katholischen Glauben konvertierten und nach England übergesiedelten US-amerikanischen Schriftsteller T. S. Eliot oder für Graham Greene bei ihren Auftritten in der Hansestadt.³⁹

Als Prediger der Hauptkirche St. Michaelis und Star-Theologe sorgte Helmut Thielicke, der 1954 von Tübingen zur neu gegründeten theologischen Fakultät⁴⁰ nach Hamburg wechselte, für volle Säle. Thielicke, der 1960/61 als Rektor der Universität amtierte, verfügte über hervorragende Verbindungen zu den lokalen Medien, den Blättern des Springer-Verlags, der »Zeit« und zum NDR, die seine Attacken gegen den »linken Zeitgeist«, besonders radikal 1968, gern druckten und ausstrahlten.⁴¹

Die Universität, an deren geisteswissenschaftlichen Seminaren in der Gründerzeit der 1920er Jahre sowohl liberale deutsch-jüdische Gelehrte wie der Philosoph Ernst Cassirer oder Kunstwissenschaftler wie Aby Warburg und Erwin Panofsky als auch Rassisten und Nationalsozialisten wie der Geograf Siegfried Passarge oder der Soziologe Andreas Walter lehrten⁴², stand zwei Jahrzehnte später wohl im Zenit ihres Ansehens

in der medial konstruierten städtischen Öffentlichkeit. Zwar war kaum einer der von den Nationalsozialisten vertriebenen Professoren zurückgeholt worden und die wenigen wurden von den Kollegen eher gemieden. Aber das störte kaum jemand.⁴³ Beim professoralen Personal waltete, wie fast überall sonst in der Bundesrepublik auch, eine bedrückende Kontinuität nicht derart, dass die meisten bereits vor 1945 in der Hansestadt gelehrt hatten⁴⁴, sondern darin, dass es sich bei den Neuzugängen häufig um »amtsverdrängte« und, dies wurde lange Zeit nicht thematisiert⁴⁵, nicht allein durch ihre NSDAP-Mitgliedschaft, sondern durch ihre antisemitischen Schriften im »Dritten Reich« belastete Personen handelte, vom theoretischen Physiker Pascual Jordan bis zu den Historikern Egmont Zechlin und Hermann Aubin oder dem Soziologen Helmut Schelsky, der zum öffentlichkeitswirksamen Star seiner Zunft im Gründungsjahrzehnt der Bundesrepublik aufstieg. Als Professor an der 1948 gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft (seit 1970 Hochschule für Wirtschaft und Politik, 2005 in die Universität integriert) unterhielt er in den frühen 1950er Jahren hervorragende Verbindungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund, der etliche seiner Forschungsprojekte unterstützte.⁴⁶

Damals keineswegs als Skandalon, sondern geradezu als Ort gelehrter Reputierlichkeit empfunden wurde die Ranke-Gesellschaft, eine Vereinigung zur Verbreitung eines deutschnationalen Geschichtsbildes in der Öffentlichkeit, die maßgeblich von dem ehemaligen NS-Rektor der Hamburger Universität, Adolf Rein, initiiert worden war und von Kreisen der Hamburger Unternehmerschaft gefördert wurde – auch die Professoren des Historischen Seminars der Universität zählten fast ausnahmslos zu den Mitgliedern.⁴⁷ Überhaupt gab es durchaus einen engen Schulterschluss des tonangebenden konservativen Bürgertums mit der

Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 179–197.

43 Vgl. Rainer Nicolaysen, Die Frage der Rückkehr. Zur Remigration Hamburger Hochschullehrer nach 1945, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 94 (2008), S. 117–152.

44 Vgl. dazu Eckart Krause u. a. (Hg.), Hochschulalltag im Dritten Reich. Die Hamburger Universität 1933–1945, 3 Bde., Berlin/Hamburg 1991.

45 Eckart Krause, Auch der unbequemen Wahrheit verpflichtet. Der lange Weg der Universität Hamburg zu ihrer Geschichte im »Dritten Reich«, in: Peter Reichel (Hg.), Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Hamburg 1997, S. 187–217.

46 Anders als etwa für die Kirchen ist eine Geschichte der Gewerkschaften in ihrer Rolle als Institution zur Entnazifizierung bisher noch nicht geschrieben worden.

47 Arnt Goede, Adolf Rein und die Idee der »politischen Universität«, Berlin/Hamburg 2008, S. 230 ff.; vgl. auch die Hinweise in Rainer Nicolaysen/Axel Schildt (Hg.), 100 Jahre Geschichtswissenschaft in Hamburg, Berlin/Hamburg 2011; Anton F. Guhl, Entlassung, Entnazifizierung, Rehabilitierung? Die philosophische Fakultät der Hamburger Universität zwischen Bruch und Kontinuität nach 1945, in: Myriam Richter/Mirko Nottscheid (Hg.), 100 Jahre Germanistik in Hamburg. Traditionen und Perspektiven, Berlin/Hamburg 2011, S. 261–280.

akademischen Elite, ersichtlich etwa in der Verleihung der Kulturpreise der Toepfer-Stiftung in den 1950er Jahren, für die wiederum Adolf Rein als einflussreicher Berater fungierte.⁴⁸ Ob Universität, Mäzenatentum oder die wichtigsten Medien: Der mainstream des Hamburger intellektuellen Lebens war in diesem Sinne eindeutig konservativ imprägniert.

Das Besondere der politisch-kulturellen Atmosphäre in der Hansestadt bestand aber nicht allein in der hingebungsvollen Pflege konservativer Gesinnung, diese entsprach nur dem allgemeinen »Zeitgeist« in der westdeutschen Gründergesellschaft.⁴⁹ Auch das Nebeneinander eines Verständnisses der Klassik im Sinne von Werkimmanenz und der Affirmation einer bereits aus der Zwischenkriegszeit bekannten Moderne in Literatur, Bildender Kunst und Musik, der Bogen vom Bau der Wohnhochhäuser am Grindelberg in der ersten Hälfte der 1950er Jahre bis zur umjubelten Faust-Inszenierung Gustav Gründgens⁵⁰ im Schauspielhaus 1957, war mindestens für die zeitgenössische urbane Kultur nicht ungewöhnlich. Die Nachtprogramm-Sendungen des NWDR zum Beispiel hatten neben klassischer Musik immer wieder Stücke von Paul Hindemith, Igor Strawinsky oder sogar Arnold Schönberg zwischen den Wortbeiträgen zu Gehör gebracht. Das wohl aufwendigste Unternehmen des Rowohlt-Verlages, die Reihe »rowohlts deutsche enzyklopädie« (rde), die 1955 gegründet wurde und bereits in den ersten vier Jahren vier Bände mit einem enormen thematischen Spektrum – von der Malerei des Mittelalters bis zu aktuellen Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft – hervorbrachte, die mit Anfangsauflagen zwischen 40.000 und 80.000 Exemplaren erschienen, profilierte Hamburg verlegerisch geradezu als Zentrum der zeitgenössischen Synthese von traditionellem und modernem Konservatismus.⁵¹ Der im rde-Programm

48 Vgl. als biografischen Überblick Jan Zimmermann, Alfred Toepfer, Hamburg 2008.

49 Vgl. Axel Schildt / Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik Deutschland. 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 98 ff.

50 Vgl. Joachim Szodrozynski, Kulturhochburg Hamburg? Skizze einer unverhofften Chance, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2012, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2013, S. 13 – 26, hier S. 22 ff.

mehrfach vertretene und nationalsozialistisch belastete Kunsthistoriker Hans Sedlmayr zählte zu den kämpferischen Antimodernisten der 1950er Jahre, Helmut Schelsky, der dort seine immer wieder neu aufgelegte »Soziologie der Sexualität« (1955) publizierte, galt als theoretischer Avantgardist.

Was Hamburgs intellektuelles Klima in seiner Spezifik ausmachte, war über die konservative Prägung hinaus ein »internationalistischer«, aber damit auch nationalneutralistischer Zug, der sich in einer parteiübergreifenden und sogar Honoratioren der CDU einschließenden Abneigung gegen die katholisch imprägnierte Ideologie des Abendlandes äußerte, die mit ihrer aggressiven »antibolschewistischen« Note den Eisernen Vorhang befestigte.⁵² Selbst der erwähnte Hans Zehrer, der zeitweise auf dieser Klaviatur gespielt hatte, hob nun, spätestens, als er 1953 zu Axel Springers »Welt« wechselte, wieder die Argumentationsfigur einer »dritten Kraft« zwischen den Blöcken hervor. Dies entsprach Hamburgs wirtschaftspolitischen Sonderinteressen als Hafenstadt, die einstmals als Tor auch nach Mittel- und Südosteuropa fungiert hatte. Die nationalneutralistischen Tendenzen waren stark vertreten im »Spiegel«, der seit 1952 in Hamburg erschien, namentlich bei dessen Verleger Rudolf Augstein unter dem Pseudonym Jens Daniel⁵³, und in der Wochenzeitung »Die Zeit«⁵⁴, aber auch im NWDR, wo Anfang der 1950er Jahre erbitterte Kämpfe tobten, weil Adolf Grimme, der mit der Leitung der Sendeanstalt restlos überforderte Generaldirektor, mit Herbert Blank ein ehemaliges Mitglied der Schwarzen Front des NSDAP-Dissidenten Otto Straßer zum Intendanten berufen hatte.⁵⁵ Die Bedeutung des NWDR als intellektuelles Zentrum nahm allerdings auch insgesamt ab. Konkurrierende Sendeanstalten, vor allem der Süddeutsche Rundfunk, gaben seit der Mitte der 1950er Jahre den

51 Vgl. als Überblick zur rde Hermann Gieselbusch u. a., 100 Jahre Rowohlts. Eine illustrierte Chronik, Reinbek 2008, S. 200 ff.

52 Vgl. Frank Bajohr, Hanseat und Grenzgänger. Erik Blumenfeld – eine politische Biographie, Göttingen 2010, S. 95 ff.

53 Vgl. komprimiert die Broschüre: Jens Daniel (= Rudolf Augstein), Deutschland ein Rheinbund?, Darmstadt 1953; Markus Kiefer, Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949 – 1955, Frankfurt am Main 1992, S. 24 ff.

54 Alexander Gallus, Deutschland-politische Querdenker in einer konservativen »Zeit« – die ersten beiden Chefredakteure Samhaber und Tüngel 1946 – 1955, in: Haase/Schildt (Hg.), Die ZEIT und die Bonner Republik (wie Anm. 12), S. 225 – 244.

55 Vgl. Peter von Rügen, Konflikte, Kämpfe, Kontroversen: Der NWDR unter deutscher Verantwortung, in: ders./Hans-Ulrich Wagner (Hg.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Hamburg 2005, S. 87 – 130, hier S. 90 ff., 98 ff.; Gallus, »Heimat Weltbühne« (wie Anm. 19), S. 183 ff.; Berndt, Nur das Wort kann die Welt verändern (wie Anm. 19), S. 144 ff.; aus der Sicht eines Beteiligten Klaus Peter Schulz, Authentische Spuren. Begegnungen mit Personen der Zeitgeschichte, Boppard am Rhein 1993, S. 241 ff.; zu den Presseangriffen auf Grimme und Blank vgl. Daniel Münzner, Kurt Hiller. Der Intellektuelle gegen Staat und Demokratie, Staat und Demokratie gegen den Intellektuellen, Phil. Diss. Rostock 2013, S. 235 ff.

- 56 Josef Schmid, Ein »Geschenk« wird zerpfückt. Zur Teilung des NWDR in WDR und NDR, Hamburg 2002.
- 57 Vgl. Birgit Rättsch-Langejürgen, Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch, Bonn 1997.
- 58 L(eo) L(awrence) Matthias, Die Entdeckung Amerikas anno 1953 oder Das geordnete Chaos, Reinbek 1953.
- 59 Richard Scheringer, Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Reinbek 1959.
- 60 Rüdiger Schütt (Hg.), Werner Riegel, Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf – Briefwechsel mit Kurt Hiller, München 2009, S. 62.
- 61 Bajohr, Hanseat (wie Anm. 52), S. 149 ff.
- 62 Eine der wenigen Ausnahmen war der jüdische Remigrant und Bundestagsabgeordnete Peter Blachstein; zur Hamburger SPD der 1950er Jahre vgl. Christel Oldenburg, Tradition und Modernität. Die Hamburger SPD 1950 – 1966, Berlin / Münster 2009.
- 63 Schütt, Werner Riegel (wie Anm. 60), S. 155, 221 ff.
- 64 Vgl. Axel Schildt, »Atomzeitalter« – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre, in: »Kampf dem Atomtod!« Die Protestbewegung 1957 / 58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg u. a., München / Hamburg 2009, S. 39 – 56.
- 65 Erich Lüth, Die Friedensbitte an Israel 1951. Eine Hamburger Initiative, Hamburg o. O. (1976); zu den Aktivitäten von Erich Lüth forscht Kirsten Heinsohn (Kopenhagen).

Ton an. Zudem wurde der NWDR gerade in diesem Zeitraum aufgeteilt in NDR und WDR.⁵⁶ Nicht zuletzt gab es im Rowohlt-Verlag nationalrevolutionäre Tendenzen, die sich etwa darin äußerten, dass dort 1953 das Buch »Die niederen Dämonen« von Ernst Niekisch erschien, der Hitler vor 1933 von rechts als »parlamentarisch« und »romhörig« kritisiert hatte, von 1937 bis zum Kriegsende in Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert war, danach eine Professur an der Humboldt-Universität in Ostberlin annahm und Mitglied der SED wurde.⁵⁷ Bei Rowohlt erschien in den 1950er Jahren nicht nur der antiamerikanisch getönte »Fragebogen« Ernst von Salomons, sondern danach auch eine weitere, einhellig von der überregionalen Presse abgelehnte Polemik gegen die US-Politik und -Gesellschaft⁵⁸ sowie die Erinnerungen des von der nationalen Rechten zur Kommunistischen Partei konvertierten Bayern Richard Scheringer.⁵⁹ Der Schriftsteller und frühere Publizist der »Weltbühne«, Kurt Hiller, charakterisierte aus seinem Londoner Exil heraus den Rowohlt-Verlag als »zu alkoholisch-nationalbolschewistisch-palαιο-belletristisch-kaufmännisch«⁶⁰; dass Ernst Rowohlt 1958 die Ehrendoktorwürde der Leipziger Universität annahm, löste in der Presse der Bundesrepublik einhellige Empörung aus.

Die Tendenzen der Unbotmäßigkeit verdichteten sich Mitte der 1950er Jahre zu einer Art Hamburger Sonderbewusstsein, das in Bonn mit größtem Misstrauen aufgenommen wurde, und zwar umso mehr, als es sich nicht nur mehr um eine reservierte Haltung gegenüber der Westintegration handelte, sondern um die Anmaßung einer gegen die Kulturhoheit der Adenauer-Regierung gerichteten Meinungsführerschaft.⁶¹ In diesem Klima erfolgte eine linke Politisierung der Künstler und Schriftsteller früher und radikaler als in anderen Großstädten der Bundesrepublik. Vielleicht

sorgte gerade der Umstand, dass die Sozialdemokratie der Hansestadt traditionell auf der rechten Seite der Partei angesiedelt war, für die Bildung einer linkssozialistischen Strömung außerhalb der SPD.⁶² Der erwähnte pazifistisch-sozialistische Publizist Kurt Hiller konnte sich nur Hamburg als Aufnahmeort nach seiner Remigration vorstellen. Er zog 1955 in eines der gerade fertiggestellten Grindelhochhäuser. Nur in der Hansestadt vermutete er eine unabhängige linksintellektuelle Szene, zum einen im Blick auf die Gründung des Wochenblatts »Die Andere Zeitung«, die von dem vormaligen Chefredakteur des sozialdemokratischen »Neuen Vorwärts«, Gerhard Gleißberg, seit 1955 in Hamburg publiziert wurde. Das bis 1968 bestehende Blatt glänzte nicht zuletzt durch sein Feuilleton, zu dem Kurt Hiller beitrug, bis er sich zurückzog, weil er eine Subventionierung durch die DDR als erwiesen ansah. Gleißberg wurde 1956 aus der SPD ausgeschlossen. Der andere Grund war der Kreis junger Literaten um Peter Rühmkorf und Klaus Rainer Röhl, der zunächst die Zeitschrift »Zwischen den Kriegen« herausgab, danach den »Studentenkurier«, der schließlich nach dem Wechsel des Titels in »Konkret« in den 1960er Jahren einen Höhenflug antrat.⁶³

Eine nicht leicht zu bewertende Rolle für die allmähliche Herausbildung einer linken intellektuellen Szene spielte zum einen wohl die Kampagne »Kampf dem Atomtod«, die in Hamburg im ersten Halbjahr 1958 Hunderttausende auf Kundgebungen vereinte. Der Erste Bürgermeister Max Brauer kündigte vom Balkon des Rathauses aus eine Volksbefragung an, die dann vom Bundesverfassungsgericht untersagt wurde, der Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt schloss in einem Interview mit der Zeitschrift »Konkret« sogar einen politischen Generalstreik nicht aus.⁶⁴ Auch wenn die Bewegung bald verebte, blieb doch das Thema – etwa auf den Ostermärschen der 1960er Jahre – in der Öffentlichkeit.

Das andere große Thema war das Engagement gegen den Antisemitismus, das sehr früh etwa in den Aktivitäten des Senatspressesprechers Erich Lüth zum Ausdruck kam. Seine »Friedensbitte an Israel 1951«⁶⁵ und die beinahe das ganze Jahrzehnt dauernde juristische Auseinandersetzung um den Regisseur von »Jud Süß«, Veit Harlan, trugen zur politischen Sensibilisierung eines Teils der Öffentlichkeit bei. Der Sieg von Erich Lüth vor dem Bundesverfassungsgericht 1958, das die Meinungsfreiheit als oberstes Gut anerkannte, gilt als Meilenstein der Rechtsprechung.⁶⁶ Im September 1959 hielt Hannah Arendt in Hamburg einen Vortrag und wohnte im Gästehaus

66 Thomas Henne / Arne Riedlinger (Hg.), Das Lüth-Urteil aus (rechts-) historischer Sicht. Der Konflikt um Veit Harlan und die Grundrechtsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts, Berlin 2005.

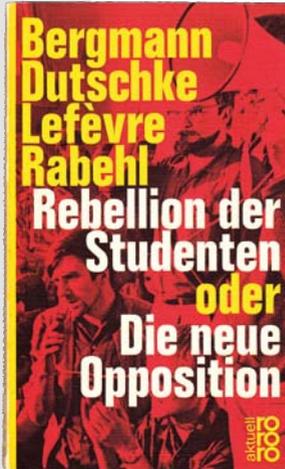
67 Hannah Arendt / Karl Jaspers. Briefwechsel 1926 – 1969, München 1985, S. 415f.

68 Axel Schildt, »Schlafende Höllenhunde«. Reaktionen auf die antisemitische Schmierwelle 1959 / 60, in: Andreas Brämer / Stefanie Schüler-Springorum / Michael Studemund-Halévy (Hg.), Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. Festschrift für Ina Lorenz zum 65. Geburtstag, Hamburg 2005, S. 313 – 321.

69 Martin Walser (Hg.), Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?, Reinbek 1961.

70 Vgl. die umfassende Dokumentation von Jens Thiel (Hg.), Ja-Sager oder Nein-Sager. Das Hamburger Streitgespräch deutscher Autoren aus Ost und West 1961. Eine Dokumentation, Berlin 2011.

71 Vgl. zuletzt die Beiträge in Martin Doerry / Hauke Janssen (Hg.), Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, München / Hamburg 2013.



des Senats. In einem Brief an Karl Jaspers lobte sie die lockere Gastfreundschaft der Stadt als »gar nicht steif, ganz unkonventionell«. ⁶⁷ Als es nach der Schändung der Kölner Synagoge Ende 1959 auch in Hamburg zu zahlreichen antisemitischen Delikten kam, traf dies auf öffentliche Empörung; die Presse forderte verstärkte Anstrengungen zur Aufklärung der Jugend und die Hamburger Bürgerschaft beschloss im März 1960 einmütig die Gründung der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg (aus der 1997 die FZH hervorging). ⁶⁸

Hamburg wurde um 1960 auch zur medialen Hochburg gegen den Kurs der Bundesregierung, auf überkommenen Rechtsstandpunkten – Deutschland in den Grenzen von 1937 – zu beharren und die argumentative Auseinandersetzung mit dem SED-Regime zu verweigern. Eine vieldiskutierte Intervention der Gruppe 47 in den Wahlkampf erfolgte mit einem Taschenbuch des Rowohlt-Verlages, des ersten Bandes der neuen Reihe »rororo-aktuell«. ⁶⁹ Zwei Dutzend namhafte Schriftsteller empfahlen direkt oder indirekt die Wahl der SPD, trotz aller Kritik an deren Abkehr von linker Politik. Bei Rowohlt arbeiteten nun Peter Rühmkorf und Fritz J. Raddatz, der aus der DDR geflüchtet war, als Lektoren und prägten ein kämpferisches linkes Verlagsprogramm. Eine progressive Wende erfuhr auch die Wochenzeitung »Die Zeit«. Es war signifikant, dass diese Linkswendung zugleich ein erfolgreiches

Veröffentlichung aus der Reihe »rororo aktuell« von 1968. Die Auflage dieses Bandes betrug 170.000 Exemplare.

• Quelle: Privatbesitz

Geschäftsmodell darstellte, die Auflage der »Zeit« verdreifachte sich von 1956 bis 1962 auf ca. 130.000 und verdoppelte sich dann bis zum Ende der 1960er Jahre nochmals. Die Richtungsänderung der »Zeit« wurde von demonstrativen Aktionen ihres Verlegers Gerd Bucerius begleitet.

Als der Hamburger Senat Ende 1960 die Generalversammlung des von der DDR dirigierten »PEN-Zentrums Ost und West« verbot und die ange-reisten »roten Dichter«, darunter der Vorsitzende Arnold Zweig, von der Polizei aus dem Hotel geworfen und zur Abreise gezwungen wurden, wurde dies in der »Zeit« heftig kritisiert. Bucerius lud die ostdeutschen Schriftsteller auf eigene Kosten erneut in die Hansestadt ein. Im Auditorium Maximum der Universität fand am 7. und 8. April 1961 ein spektakuläres deutsch-deutsches Streitgespräch statt, an dem sich unter anderen Martin Walser, Siegfried Lenz, Peter Hacks und Stephan Hermlin beteiligten.⁷⁰ Im Deutschland-Funk der DDR diskutierten zuvor Bucerius, Marion Gräfin Dönhoff und Theo Sommer mit DDR-Redakteuren, darunter Karl Eduard von Schnitzler, über Möglichkeiten der Wiedervereinigung. Es lag in der Logik der politischen Richtungsänderung, dass sich Bucerius, Abgeordneter der CDU im Bundestag, endgültig mit Adenauer überwarf und 1962 aus dem Parlament ausschied.

Die Wahrnehmung einer tonangebenden »Hamburger Kumpanei« gegen die Bundesregierung bildete auch den politisch-kulturellen Hintergrund für den heftigsten Angriff auf die Pressefreiheit, den die Bundesrepublik in ihrer Geschichte erlebt hat, den Polizei-Überfall auf das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« im Oktober 1962, der mit einem »Abgrund von Landesverrat« (Konrad Adenauer) begründet wurde. Dass der Angriff auf den »Spiegel« sich für die Regierenden bald als Bumerang erwies und in einer schweren Regierungskrise mündete, zeigt besonders deutlich, dass sich mittlerweile eine kritische Grundstimmung ausgebreitet hatte, für die Hamburg als medialer Kern galt⁷¹, der auf Intellektuelle anziehend wirkte. Zwischen »Zeit«, »Spiegel«, bald auch dem »Stern«, und der ganz links angesiedelten »Konkret« gab es für etwa ein Jahrzehnt personellen Austausch und die Bildung eines, wie es Peter Rühmkorf nannte, »Hamburger Geselligkeits-Trusts«; in Villen an der Elbe oder in Kampen auf Sylt wurden Partys gefeiert, bei denen von Klaus Rainer Röhl bis Gerd Bucerius, von Joachim C. Fest bis Ulrike Meinhof und von Rudolf Augstein bis Fritz J. Raddatz alle vertreten waren, die als Schriftsteller, Publizisten und

AXEL SCHILD

■ HAMBURG – EINE METROPOLE
DES GEISTES?

72 Peter Rühmkorf, Die Jahre, die Ihr kennt. Anfälle und Erinnerungen, Reinbek 1972, S. 225; vgl. auch Hellmuth Karasek, Auf der Flucht. Erinnerungen, Berlin 3. Aufl. 2004, S. 422 ff.

DANIEL GERSTER

■ »KEHRT UM – ENTRÜSTET
EUCH!«

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Ein friedlicher Marsch für Frieden und Abrüstung, in: Hamburger Abendblatt, 22.6.1981, S. 9. Die konservative Zeitung spricht hier von 60.000 Teilnehmern. Wissenschaftlich ausgewogener scheinen mir die Ausführungen bei Sebastian Kalden / Jan Ole Wiechmann, Kirchen, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), »Entrüstet Euch!« Nuklear-krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 247 – 261, hier S. 250, auf die ich mich im Folgenden beziehen werde.

Verleger einen Namen hatten.⁷² In diesen Jahren wurde vor allem der Verleger des »Spiegel« immer wieder genannt, wenn es um Pläne zur Finanzierung einer internationalen linksintellektuellen Zeitschrift ging. Die anfängliche Sympathie der »Zeit« und des »Spiegel« für die Studentenbewegung von 1968 kam also nicht von ungefähr.

V. Erosion einer Konstellation

Mitte der 1960er Jahre war der Höhepunkt einer linksintellektuell geprägten Medienkultur, die Hamburg in der Bundesrepublik hervorhob, erreicht. Sicherlich, die Auflagen der linksliberalen Leitmedien wuchsen weiter an. Aber es fällt auf, dass in Hamburg jene Zirkel und avantgardistischen Gruppen fehlten, die in den 1960er Jahren Frankfurt als Stadt der Kritischen Theorie und »Suhrkamp-Kultur« oder West-Berlin mit Zeitschriften wie »Argument«, »Alternative« oder dem Merve-Verlag ein inspirierendes intellektuelles Gepräge gaben. Innerhalb des SDS galt die Hamburger Gruppe als antiintellektuell und proletaroid, die Studentenrevolte verlief hier wesentlich in sozialdemokratischen Bahnen. »Zeit« und »Spiegel« gaben ihre für kurze Zeit dezidiert linksliberale Linie bald auf zugunsten einer pluralistischen Spannbreite von Positionen. In den 1970er Jahren zerfiel allmählich – vor dem Hintergrund eines generellen gesellschaftlichen Trends – eine Konstellation, die Hamburg eine besondere medienintellektuelle Bedeutung verliehen hatte. Die Gründe dafür müssen noch näher erforscht werden.

»KEHRT UM – ENTRÜSTET EUCH!«

Religion und Protestbewegungen im Kalten Krieg

Unterschiedlichen Schätzungen zufolge versammelten sich am Sonnabend, dem 20. Juni 1981, zwischen 70.000 und 100.000 Menschen in der Hamburger Innenstadt, um gegen die geplante Nachrüstung und für Frieden und Sicherheit zu demonstrieren.¹ Die Kundgebung fand aus Anlass des 19. Deutschen Kirchentages statt, der an diesem Wochenende von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Hansestadt abgehalten wurde. Er gilt gemeinhin als Startschuss für eine bundesweite Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss – ein Startschuss, nicht nur für protestantische oder christliche Friedensaktivisten, sondern für die Protestbewegung in ihrer ganzen gesellschaftlichen Breite. Diese Einschätzung teilen nicht nur Zeitzeugen und Historiker, sondern sie lässt sich dezidiert an Organisation und Symbolik der Hamburger Demonstration festmachen. Sie war außer von evangelischen Studentengemeinden und dem Verband christlicher Pfadfinder auch vom Sozialistischen Schülerbund und vom Juso-Bundesvorstand organisiert worden. Und neben Plakaten mit dem offiziellen Motto »Selig sind, die Frieden schaffen« fanden sich »blutdurchtränkte« Transparente mit der profanen Forderung »Nieder wieder Krieg«.

Die Hamburger Ereignisse und ihre Bedeutung für die Friedensproteste der frühen 1980er Jahre werfen grundsätzliche Fragen nach dem Verhältnis von Religion und Protestbewegungen auf: Welche Haltung nehmen Religionen und ihre Vertreter gegenüber Protestbewegungen, ihren Themen und Akteuren ein? Inwiefern beteiligen sich religiöse Akteure selbst an den Protestbewegungen? Welche Rolle spielen religiöse Semantik und Protestformen? Im vorliegenden Beitrag wird nach Antworten auf solche Fragen gesucht, indem die drei wichtigsten Antirüstungs- und Friedensbewegungen der bundesdeutschen Nachkriegszeit in den Blick genommen werden: die Antiatomwaffenproteste der späten 1950er und frühen 1960er Jahre, der vor allem studentisch geprägte Protest gegen den Vietnamkrieg

- 2 Die Auswahl ist forschungspragmatisch aus meiner bisherigen Arbeit begründet. Vgl. u. a. Daniel Gerster, Friedensdialoge im Kalten Krieg. Eine Geschichte der Katholiken in der Bundesrepublik, 1957–1983, Frankfurt am Main / New York 2012. Ich werde mich im Folgenden wiederholt auf diese Arbeit beziehen.
- 3 Einen kurzen Überblick über die Kontroversen bietet: Detlef Pollack, Rückkehr des Religiösen?, Tübingen 2009, S. 19–104.
- 4 Zur Selbstreferenzialität vgl. Pascal Eitler, Politik und Religion. Semantische Grenzen und Grenzverschiebungen in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1975, in: Ute Frevert / Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main / New York 2005, S. 268–303, hier S. 268–272.
- 5 Vgl. Benjamin Ziemann, Situating Peace Movements in the Political Culture of the Cold War. Introduction, in: ders. (Hg.), Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War, Essen 2008, S. 11–38, hier S. 25–30.
- 6 Vgl. Pascal Eitler, Körper – Kosmos – Kybernetik. Transformationen der Religion im »New Age« (Westdeutschland 1970–1990), in: Zeithistorische Forschungen 4,1/2 (2007), S. 116–136.

und schließlich die Proteste gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss zu Beginn der 1980er Jahre. Diese Fallbeispiele bilden selbstverständlich nur einen Ausschnitt aus dem breiten Spektrum westdeutscher Protestbewegungen nach 1945 ab. Dennoch sollen am Ende des Beitrags einige weitergehende Überlegungen zum allgemeinen Verhältnis von Religion und Protestbewegungen angestellt werden. Dabei geht es auch um die Frage einer Übertragung der gewonnenen Ergebnisse auf oder Abgrenzung gegenüber anderen Protestbewegungen wie der Umweltbewegung oder der Frauen- und Homosexuellenbewegungen.²

Der eigentlichen Untersuchung seien einige Bemerkungen zu den Grundkategorien »Religion« und »Protestbewegung« vorangestellt. Mit Blick auf die Religion soll hier nicht näher auf die großen theoretischen Debatten eingegangen werden, in denen verhandelt wird, was Religion ist und wie wir sie verstehen und messen können.³ Der vorliegende Beitrag wählt einen diskursanalytischen Zugriff, indem er nach Selbstzuschreibungen von Akteuren fragt. Katholik, Protestant, Christ usw. ist entsprechend derjenige, der sich explizit oder implizit als solcher bezeichnet, aber auch der, der sich in einem Medium äußert, das von Zeitgenossen als spezifisch »religiös« wahrgenommen wurde, und sich nicht explizit davon distanziert.⁴ Ein solches Verständnis von »Religion« eignet sich nachdrücklich, um deren Verhältnis zu »Protestbewegungen« zu untersuchen, insbesondere dann wenn man Protestbewegungen nicht über eine lose organisatorische Vernetzung disparater sozialer Akteure zu begreifen versucht, sondern über ihre Kommunikations-, Symbol- und Protestkultur. Forscher wie der Historiker Benjamin Ziemann haben in letzter Zeit wiederholt betont, dass es letztlich die Symbol- und Kommunikationskultur ist, die Interaktion gesellschaftlicher Akteure

verschiedener Couleur ermöglicht und die Kommunikation von Themen und Anliegen in die breite Öffentlichkeit sicherstellt.⁵

Untersucht man das Verhältnis von Religion und Friedensbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 1945 bis 1989/90, so rücken zwangsläufig Christen und die christlichen Kirchen als die prägenden religiösen Akteure in den Fokus. Juden und Muslime waren in diesen Debatten wenig präsent, wie sie insgesamt zu dieser Zeit kaum als öffentliche Akteure in der Bundesrepublik wahrgenommen wurden. Eine Ausnahme hiervon bildeten letztlich nur die jüdischen Wortmeldungen im deutschen Vergangenheitsdiskurs. Ein Augenmerk gilt es indes auf esoterische Religiosität, wie sie beispielsweise in der New-Age-Bewegung zutage trat, zu richten. Sie stellte zwar gesamtgesellschaftlich ein eher vernachlässigbares Phänomen dar, fand aber gerade unter den Mitgliedern der Protestbewegungen Verbreitung.⁶ In Konsequenz dieser gesamtreligiösen Verortung wird im vorliegenden Beitrag primär nach inneren Differenzierungen und äußeren Entgrenzungen der christlichen Gemeinschaften gefragt. Generell ist dabei eine zunehmend bewusst vertretene Trennung zwischen (individueller) Religiosität und Kirchenzugehörigkeit zu attestieren. Diese Entwicklung verläuft im Einzelnen sehr vielschichtig: vom Changieren der Selbstbezeichnung, zum Beispiel von »Katholik« zu »katholischer Christ«, über die radikale Distanzierung von der Kirche in Form eines Kirchenausstretes bis hin zu Synkretismen, d. h. der Vermengung verschiedener religiöser Vorstellungen und Traditionen.

1. Kampagne »Kampf dem Atomtod« und Ostermarschbewegung

Im April 1957, nur zwei Jahre nach der Gründung der Bundeswehr, machte sich die Regierung von Bundeskanzler Konrad Adenauer dafür stark, die junge Armee im Kriegsfall mit US-amerikanischen Atomwaffen auszustatten. Der Plan erregte heftigen Widerspruch und die oppositionellen Sozialdemokraten trugen den Protest in den öffentlichen Raum, indem sie im Januar 1958 die Kampagne »Kampf dem Atomtod« ins Leben riefen. Die Kampagne bündelte bestehende lokale Initiativen und organisierte im Frühjahr 1958 bundesweite Großdemonstrationen. Allerdings war der Sommer 1958 nicht nur Höhe-, sondern bereits Endpunkt der Kampagne. Sie löste

- 7 Als Gesamtdarstellung zu den westdeutschen Friedensbewegungen noch immer grundlegend ist: Alice Holmes Cooper, *Paradoxes of Peace*. German Peace Movement since 1945, Ann Arbor 1996. Zur Kampagne »Kampf dem Atomtod« vgl. ebd., S. 25–81, sowie: »Kampf dem Atomtod!« Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg u. a., München/Hamburg 2009.
- 8 Eine detailreiche, wenn auch nicht immer unparteiische Geschichte der frühen Ostermarschbewegung bietet: Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO*. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt am Main 1977, S. 65–144. Zur Symbolpolitik der Ostermarschbewegung vgl. Holger Nehring, *Sicherheitstherapien*. Religiöse und moralische Semantiken des Friedens in den britischen und deutschen Protesten gegen Atomwaffen, 1957–1983, in: Helke Stadtland (Hg.), »Friede auf Erden«. Religiöse Semantiken und Konzepte des Friedens im 20. Jahrhundert, Essen 2009, S. 231–254, hier S. 245.
- 9 Vgl. *Kirchliche Bruderschaft im Rheinland/Kirchliche Bruderschaft in Westfalen*, Anfrage an die Synode der EKD, März 1958 (Auszug), in: Christian Walther (Hg.), *Atomwaffen und Ethik*. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954–1961. Dokumente und Kommentare, München 1981, S. 83–85. Für weitere protestantische Einlassungen vgl. ebd., S. 73–113. Eine

sich 1959 endgültig auf, nachdem die SPD sich zuvor aus parteipolitischen Erwägungen zurückgezogen hatte.⁷ An ihre Stelle trat die Ostermarschbewegung, die 1960 in Hamburg gegründet worden war und in der sich bald die Mehrzahl der deutschen Atomwaffengegner versammelte. Die maßgebliche Rolle, die christliche Friedensvorstellungen in der Gründungs- und Frühphase der Ostermärsche gespielt haben, lässt sich bereits an der Namensgebung der Bewegung ablesen. Die Initiatoren um den Hamburger Quäker Hans Konrad Tempel, gleichzeitig SPD-Mitglied, wählten bewusst den Ostermontag 1960 als Termin für ihren ersten Protestzug zum Bundeswehrtruppenübungsplatz Bergen-Hohne, wo eine Batterie Kurzstreckenraketen stationiert werden sollte. Mit ihrer Terminwahl verknüpften die ersten Ostermarschierer ihr Eintreten für atomare Abrüstung und Frieden mit der christlichen Hoffnung auf Erneuerung durch Tod und Auferstehung Jesu.⁸

In den beiden christlichen Großkirchen blieben die atomaren Rüstungspläne der Bundesregierung gleichfalls nicht ohne Widerhall. Im Protestantismus förderte die Frage alte Konfliktlinien zutage, die auf der Spandauer Synode der EKD vom April 1958 fast zu einem Bruch der Konfessionsgemeinschaft geführt hätten. Insbesondere die reformierten Kirchlichen Bruderschaften brachten ihre Ablehnung atomarer Rüstung deutlich zum Ausdruck.⁹ Sie begründeten diese mit ihrem Verständnis von der Kirche als eine Art »Wächteramt des Staates« – eine Auffassung, die sie bereits im Nationalsozialismus in Opposition zum Regime gebracht hatte. Dagegen plädierte die Mehrheit der Lutheraner entsprechend der Zwei-Reiche-Lehre für eine Zurückhaltung gegenüber dem Staat.¹⁰ Viele reformierte Christen wie Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer und Gustav Heinemann machten ihre



Ostermarsch von Atomwaffengegnern im Frühjahr 1965 in Stuttgart. • Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Bild 183-Do512-0049-004

Ablehnung atomarer Bewaffnung aber nicht nur im kircheninternen Streit deutlich, sondern auch durch ihre Teilnahme am öffentlichen Protest. Zusammen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern unterstützten sie die Kampagne »Kampf dem Atomtod«, deren Protestformen und Symbolik ihnen eine Beteiligung leicht machten. Im Mittelpunkt der Schweigemärsche und Mahnwachen standen in erster Linie die eigenen Gewalterfahrungen des vergangenen Krieges. Der eigene Kampf gegen den »Atom-Tod« wurde als Teil der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verstanden.¹¹

Eines vergleichbaren Protestarsenals bediente sich die frühe Ostermarschbewegung. Sie brachte ihren »Gewissensprotest« gegen die atomare Rüstung häufig durch tagelange strapaziöse Fußmärsche zum Ausdruck. Allerdings ergaben sich aus der Zusammenarbeit mit linken politischen Gruppen wie der

gelungene Übersicht über das protestantische Engagement in den sozialen Bewegungen bietet: Claudia Lepp, Zwischen Konfrontation und Kooperation. Kirchen und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik (1950 – 1983), in: Zeithistorische Forschungen 7,3 (2010), S. 364 – 385. Ich beziehe mich im Folgenden u. a. auf ebd., S. 365 – 370.

10 Eine knappe Zusammenfassung der theologischen Auseinandersetzung liefert u. a. Gerhard Besier, Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 25 f.

11 Vgl. Holger Nehring, Angst, Gewalterfahrungen und das Ende des Pazifismus. Die britischen und westdeutschen Proteste gegen Atomwaffen, 1957 – 1964, in: Bernd Greiner u. a. (Hg.), Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 436 – 464, hier S. 439.

- 12 Vgl. Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner, in: Werkhefte 16,3 (1962). Vgl. ferner Otto, Ostermarsch (wie Anm. 8), S. 92 – 94 und 102 – 113.
- 13 Wort zur christlichen Friedenspolitik und zur atomaren Rüstung, in: Katholische Nachrichten Agentur (KNA), 5.5.1958, § X.
- 14 Vgl. u. a. Christel Beilmann, Brief an Karl Otto, 21.2.1972, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) Bonn, Nachlass (NL) Beilmann 14.
- 15 Vgl. François Mabile, *Les catholiques et la paix au temps de la guerre froide. Le mouvement catholique international pour la paix Pax Christi*, Paris 2004 und Friedhelm Boll/Jens Oboth, »Wir waren vereint in der großen Familie der Weltkirche.« Die Entstehung der Pax-Christi-Bewegung in Frankreich und Deutschland (1944-1955), in: Wolfram Wette/Detlef Bald (Hg.), *Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945 – 1955*, Essen 2011, S. 107 – 132.

Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) bald nicht nur politische Spannungen. Der in den »Grundsätzen des Ostermarschs der Atomwaffengegner« vom Oktober 1961 vorübergehend gefundene Kompromiss führte daher auch zu einer Ausweitung der Protestformen.¹² Neben Schweigemärsche und Mahnwachen traten nun Unterschriftenkampagnen, Filmvorführungen und Autokorsos. Dieser Wandel der Ostermärsche veranlasste letztlich nur wenige radikal-pazifistische Protestanten wie den Gründungsvater Hans Konrad Tempel zum Austritt aus der Bewegung. Die Mehrzahl blieb aktiv, wodurch ein wichtiger Lernprozess für die Protest- und Kommunikationskultur des deutschen Protestantismus einsetzte.

Der Blick auf die Katholiken in Deutschland zeigt ein ganz anderes Bild. Die große Mehrheit der Bischöfe und die Laienführung im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) unterstützten trotz vorhandener Skepsis gegenüber Atomwaffen grundsätzlich den Kurs der Regierung. In ihrem Namen verurteilten sieben führende Moraltheologen in einem »Wort der Kirche« auch jeglichen Protest gegen die Regierungspläne: »Es widerspricht den sittlichen Grundlagen dieser Demokratie, wenn eine Gruppe im Volk für sich das Monopol des Sachverstandes und des Gewissens in Anspruch nimmt. Es widerspricht ihnen erst recht, wenn (sie den Staat) (...) durch organisierte Aktionen unter Druck setzen.«¹³ Unterstützung fand die Kampagne »Kampf dem Atomtod« dagegen bei kirchenkritischen Katholiken wie den Herausgebern der links-katholischen »Frankfurter Hefte«, Walter Dirks und Eugen Kogon. Eine Teilnahme von Katholiken an den Kampagnen-Demonstrationen ist daher wahrscheinlich. Anders war es bei der Ostermarschbewegung. Hier ist zwar das Engagement einzelner Katholiken wie

der Mitbegründerin der katholischen Jugendorganisation BDKJ, Christel Beilmann, belegt. Sie beklagte sich allerdings wiederholt über den mangelnden Rückhalt der Ostermärsche unter den Katholiken.¹⁴

Das katholische Schweigen wurde einerseits durch eine Diffamierungskampagne konservativ-katholischer Kreise erzwungen, die Friedensaktivisten pauschal als Kommunisten verunglimpften. Andererseits – und damit zusammenhängend – war das fehlende katholische Engagement im Charakter der Proteste selbst begründet. Die große Mehrheit der Katholiken konnte sich offensichtlich nicht mit politisierten öffentlichen Demonstrationen identifizieren, wie sie die Ostermarschbewegung zunehmend praktizierte. Stattdessen war man bestrebt, die katholische Friedenshaltung in eigenen Protestformen zum Ausdruck zu bringen, wie sich anhand des Engagements der Friedensgruppe Pax Christi belegen lässt. Diese war 1945 in Frankreich als katholische Bewegung für Frieden und Versöhnung in Europa gegründet worden. In ihrem deutschen Zweig engagierten sich früh Katholiken aller Couleur, darunter auch zahlreiche Bischöfe und CDU-Politiker, und selbst Konrad Adenauer zählte sich anfangs zu ihrem Sympathisantenkreis.¹⁵ An Pax Christi lassen sich die typischen »katholischen« Protestformen der späten 1950er Jahre beispielhaft abbilden. Hier wurde für den Frieden bei Wallfahrten, Andachten und Kreuzwegen gebetet und Versöhnung in internationalen Begegnungen »erwandert«. Ein solcher Protest war nicht per se unpolitisch, aber er grenzte sich deutlich vom Protest anderer Gruppen wie »Kampf dem Atomtod« oder den Ostermärschen ab.

2. Anti-Vietnamkriegs-Bewegung und Studentenproteste

Anfang der 1960er Jahre, das haben die bisherigen Schilderungen illustriert, war das Verhältnis von Religion und Protestbewegung bereits äußerst vielschichtig: auf der einen Seite Kirchenführungen, die die Proteste ablehnten oder ihnen zumindest kritisch gegenüberstanden, auf der anderen Seite Gläubige, die sich in den öffentlichen Bewegungen beteiligten oder mit einem eigenen Protestarsenal für den Frieden engagierten. Im Laufe des Jahrzehnts sollte sich dieses Bild weiter ausdifferenzieren und zugleich grundlegend wandeln. Der Grund hierfür war nicht zuletzt der Vietnamkrieg, der sich seit Mitte der 1960er Jahre verstärkt in das

Bewusstsein der westdeutschen Öffentlichkeit schob. Er ließ selbst die Sorge vor einer atomaren Bewaffnung in den Hintergrund treten. Sehr vereinfacht dargestellt kämpften dabei nordvietnamesische Kommunisten im Verbund mit der sogenannten Nationalen Befreiungsfront Südvietnams gegen ein reaktionäres Regime im Süden des Landes und die mit ihm verbündeten USA. In der Bundesrepublik wurde das Thema vor allem von studentischen Kreisen im Umfeld der »Neuen Linken« aufgegriffen. Es diente ihnen als konkretes Beispiel für ihre Kritik am westlichen Politik- und Gesellschaftsverständnis und ermöglichte ihnen zugleich, ihren eigenen Protest als Teil einer weltweiten (Befreiungs-) Bewegung zu verstehen.¹⁶

Für die christlichen Kirchen brachte diese gesellschaftliche Gemengelage zusätzlichen Konfliktstoff in der Frage mit sich, wie man mit dem Vietnamkrieg und dem Protest dagegen umgehen sollte. Die katholische Kirche war hiervon, nicht nur wegen ihres prinzipiell schwierigen Verhältnisses zu linken Protestbewegungen, stärker betroffen als die protestantische. Sie hatte als »Weltkirche« zugleich direkten Anteil an dem Konflikt, da etwa zehn Prozent der vietnamesischen Gesamtbevölkerung katholisch waren. Davon befanden sich viele auf der Flucht vor den Kommunisten im Norden, aber Katholiken bildeten auch die wesentliche Stütze des autoritären Regimes in Südvietnam.¹⁷ In der Bundesrepublik standen sowohl die Leitung als auch die Mehrheit der Gläubigen der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung im eigenen Land ablehnend gegenüber. In der Frage des Krieges selbst war die Haltung dagegen ambivalent. Einerseits plädierten die Bischofskonferenz und das ZdK öffentlich für Friedensverhandlungen und beteten für ein rasches Ende des Krieges in Vietnam, andererseits rechtfertigten dieselben Institutionen die militärischen Aktionen der USA als

16 Einen kurzen Überblick über den Vietnamkrieg und seine gesellschaftliche Perzeption bietet: Marc Frey, Das Scheitern des »begrenzten Krieges«. Vietnamkrieg und Indochinakonflikt, in: Zeithistorische Forschungen 2,1 (2005), S. 17 – 34. Eine detaillierte Darstellung des studentischen Protests findet sich bei: Jost Dülffer, Die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Frieden stiften. Deeskalations- und Friedenspolitik im 20. Jahrhundert, Köln 2008, S. 316 – 331.

17 Zu Geschichte der Katholiken in Vietnam vgl. Quang-Hung Nguyen, Katholizismus in Vietnam von 1954 bis 1975, Berlin 2003.

Selbstverteidigung.¹⁸ Eine Nuancierung gegenüber den 1950er Jahren stellte die erhöhte Spendenbereitschaft der westdeutschen Katholiken dar. Sie lässt sich in erster Linie durch die »reelle Kriegserfahrung« erklären, die der Vietnamkrieg in Folge der medialen Berichterstattung für viele Deutsche darstellte. Sie stand im Gegensatz zur »abstrakten« Gefahr eines Atomkrieges.

Die Spendenbereitschaft deutscher Katholiken kann zugleich als Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels im katholischen Friedensdiskurs während der 1960er Jahre gedeutet werden. Zentral war hierbei ein erweitertes Friedensverständnis, das die Rolle präventiver politischer, wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen für die Friedenssicherung betonte. Lehramtlich wurde es durch Papst Johannes XXIII. und das Zweite Vatikanische Konzil fixiert.¹⁹ Mit dieser Expansion des Friedensbegriffs lag die katholische Kirche durchaus im Trend der Zeit, wie die Diskussionen um das von dem norwegischen Soziologen Johan Galtung geprägte Konzept des »positiven Frieden« belegen.²⁰ Die Transformationen gingen im katholischen Bereich jedoch weit über den semantischen Bereich hinaus, wie sich an der Gruppe Pax Christi veranschaulichen lässt. Deren Mitglieder forderten seit Mitte des Jahrzehnts eine stärkere Politisierung der eigenen Arbeit. Als Katalysator fungierte dabei weniger das Thema »Vietnamkrieg« als vielmehr die Aussöhnungsbemühungen mit Polen. Der eigenen Politisierung waren im Fall der institutionell an die Kirche gebundenen Pax Christi, deren Präsident jeweils ein Ortsbischof war, jedoch enge Grenzen gesetzt. Dies führte 1966 zur Ausgründung des sogenannten »Bensberger Kreises«, dessen Mitglieder sich als Vereinigung kirchenunabhängiger »katholischer Christen« verstanden. Der Bensberger Kreis äußerte sich fortan kritisch zu aktuellen politischen Themen wie dem Vietnamkrieg, lehnte jedoch

18 Vgl. Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 7. Mai 1968 über den Frieden unter den Völkern und in der Gesellschaft, in: Dokumente der Deutschen Bischofskonferenz, Bd. 1: 1965 – 1968, hg. vom Sekretariat der DBK, Köln 1998, S. 403 und ZdK, Entwurf »Vietnam-Erklärung«, 27.3.1967, Archiv des ZdK Gemeinsamer Ausschuss (GA) 1966 – 1970 2202, 2A/2B-1781/1782.

19 Vgl. Johannes XXIII., Enzyklika »Pacem in Terris« (11.4.1963), in: Herder-Korrespondenz 17 (1962/63), S. 476 – 492 und Gaudium et Spes. Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, in: Karl Rahner / Herbert Vorgrimler (Hg.), Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanums, Freiburg im Breisgau 2003, S. 449 – 552.

20 Eine äußerst kritische Auseinandersetzung mit Galtungs Konzept bietet: Ernst-Otto Czempel, Der Friedensbegriff der Friedensforschung, in: Benjamin Ziemann (Hg.), Perspektiven der Historischen Friedensforschung, Essen 2002, S. 43 f.

- 21 Zum Politischen Nachtgebet vgl. Lepp, Zwischen Konfrontation und Kooperation (wie Anm. 9), S. 374. Zur Geschichte des Bensberger Kreises vgl. Friedhelm Boll, Der Bensberger Kreis und sein Polenmemorandum (1968). Vom Zweiten Vatikanischen Konzil zur Unterstützung sozial-liberaler Entspannungspolitik, in: ders. u. a. (Hg.), Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009, S. 77 – 116.
- 22 Vgl. Dokumentation »Gemeindeauftrag, Theologie und Gottesdienst – politisch gesehen: Modell KSG Bochum in Aktionen, Analysen und Berichten«, 12.2.1968, Historisches Archiv des Erzbistums Köln (AEK) Depositum (DP) Katholische Deutsche Studenteneinigung (KDSE) 2052. Vgl. ferner Thomas Großbölting, Zwischen Kontestation und Beharrung. Katholische Studierende und die Studentenbewegung, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 157 – 189.
- 23 Vgl. Thomas Mittmann, Katholische Akademien und Katholikentage als Agenturen der kirchlichen »Selbstmodernisierung« in der Bundesrepublik in den »langen 1960er Jahren«, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 104 (2010), S. 79 – 100.
- 24 Lepp, Zwischen Konfrontation und Kooperation (wie Anm. 9), S. 371. Hier wie im Folgenden beziehe ich mich auf ebd., S. 371 f.
- 25 Eine detaillierte Untersuchung der Diskussionen zur Gewaltfrage in beiden Konfessionen im Umfeld der Studentenbewegung bietet: Pascal Eitler, »Gott ist tot – Gott ist rot«. Max Horkheimer und die Politisierung der Religion um

eine Beteiligung an Protestbewegungen vehement ab. Dagegen bemühte man sich um Zusammenarbeit mit Protestanten und entwickelte beispielsweise mit dem berühmten Format »Politisches Nachtgebet« ein gemeinsames Protestarsenal.²¹

Im Gegensatz zur Zurückhaltung von Pax Christi und dem Bensberger Kreis suchten katholische Studierende über ihre Hochschulgemeinden explizit den Kontakt zu nicht-christlichen Gruppen wie dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) oder der Humanistischen Studenten-Union (HSU). Der Vietnamkrieg wirkte dabei letztlich als Katalysator eines sich bereits im Wandel befindlichen Selbstverständnisses der katholischen Studierenden. Das Thema beförderte eine verstärkte Zusammenarbeit, wie sich am Beispiel der Katholischen Studentengemeinde (KSG) Bochum veranschaulichen lässt. Dort planten katholische Studierende zusammen mit Vertretern von SDS und HSU für den Dezember 1967 eine Vietnamaktion mit Filmvorführungen, Informationsabenden und Protestveranstaltungen. Die Pläne führten allerdings zu heftigem Streit innerhalb der KSG, sodass die Veranstaltung schließlich lediglich in Kooperation mit protestantischen Hochschulgruppen stattfand.²² Folglich erwies sich auch im studentischen Bereich die ökumenische Zusammenarbeit als weniger problematisch als die Kooperation mit nicht-christlichen Gruppen. Aber auch über die ökumenische Zusammenarbeit lernten die katholischen Studierenden neue Protestformen wie Sit-Ins und Unterschriftenaktionen kennen und trugen sie schließlich in den katholischen Raum hinein, wie die Auseinandersetzungen um die sogenannte Pillen-Enzyklika »Humanae Vitae« von Paul VI. auf dem Katholikentag 1968 in Essen verdeutlichen.²³

Hatte die studentische Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg für die katholischen Studierenden eher

den Charakter eines nachholenden Lernprozesses, so lässt sie sich für den Protestantismus als eine Phase der Radikalisierung charakterisieren. Viele Evangelische Studentengemeinden (ESG) schlossen sich den Forderungen der »Neuen Linken« und ihrer Ideologie- und Gesellschaftskritik an und trugen diese auch gegen die eigene Kirche vor. Es kam zur verstärkten Zusammenarbeit mit dem SDS und anderen linken Gruppen und das Engagement protestantischer Studierender in der Protestbewegung war enorm, nicht zuletzt nach dem Tod des ESG-Mitglieds Benno Ohnesorg 1967. Innerhalb der protestantischen Kirche führte der studentische Protest sowohl zu »Widerstand« als auch zu »Widerhall«. ²⁴ In vielen konservativen Gemeinden kam es zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Gemeindevorständen und Jugendgruppen und nicht wenige konservative Protestanten warnten vor einem weiteren Linksruck der Evangelischen Kirche. Zentraler Konfliktpunkt war die Frage, wann von wem (und gegen wen) und in welcher Form Gewalt angewandt werden durfte. Die Gewaltfrage spaltete den deutschen Protestantismus zutiefst und beschäftigte prominente Theologen wie Helmut Gollwitzer, Dorothee Sölle und Jürgen Moltmann. Sie alle distanzieren sich prinzipiell von Gewalt gegen Personen in einem demokratisch legitimierten Rechtsstaat. Aber vor allem Gollwitzer lieferte wichtige argumentative Grundlagen für eine Radikalisierung des Studentenprotestes in den späten 1960er Jahren und für neue Formen des zivilen Ungehorsams, wie sie die Friedensbewegung der 1980er Jahre nutzen sollte. ²⁵

3. Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss

Die Protestbewegung der frühen 1980er Jahre entstand in erster Linie in Gegnerschaft zu den Plänen der NATO, weitere Abrüstungsgespräche mit der Sowjetunion an Aufrüstungsdrohungen zu knüpfen. Gegen diesen sogenannten »NATO-Doppel- oder Nachrüstungsbeschluss« gingen seit dem Sommer 1981 immer mehr Menschen auf die Straße. Herkunft und Motivation der Protestierenden waren dabei von Anfang an äußerst heterogen. Neben altgedienten Friedensaktivisten engagierten sich Frauen- und Umweltgruppen, Bürgerrechtsinitiativen, zersprengte sozialistische Vereinigungen sowie kirchliche Verbände. Ihre Gründe reichten von der Forderung nach Geschlechteremanzipation über die Sorge um Natur und

1968. Frankfurt am Main 2009, S. 293 – 309. Vgl. ferner Lepp, Zwischen Konfrontation und Kooperation (wie Anm. 9), S. 372.

26 Einen Überblick über die Akteure und ihre Motive bietet: Holmes Cooper, Paradoxes of Peace (wie Anm. 7), S. 151 – 210. Zur übergreifenden Symbolik und Semantik der Friedensbewegungen vgl. Benjamin Ziemann, The Code of Protest. Images of Peace in the West German Peace Movements, 1945 – 1990, in: Contemporary European History 17,2 (2008), S. 237 – 261.

27 Vgl. Kalden / Wiechmann, Kirchen (wie Anm. 1), S. 247 – 252 und Lepp, Zwischen Konfrontation und Kooperation (wie Anm. 9), S. 380 – 383.

28 Vgl. Helmut Zander, Die Christen und die Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten. Beiträge zu einem Vergleich für die Jahre 1978 – 1987, Berlin 1989, S. 135 – 137.



Friedensdemonstration auf dem Evangelischen Kirchentag 1983 in Hannover. • Quelle: epd

Umwelt bis hin zu politischen Umsturzphantasien. Lediglich die Ablehnung der Nachrüstungspläne und die Angst vor einem Atomkrieg brachten die Aktivitäten der Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre auf einen gemeinsamen Nenner. In Semantik, Symbolik und Protestformen knüpfte sie zunächst an die Vorgängerbewegungen der 1960er und 1970er Jahre an.²⁶

Die grundlegende Bedeutung religiöser Akteure für die Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss wurde bereits durch die Ausführungen zum Hamburger Kirchentag vom Juni 1981 und seiner Katalysatorfunktion zu Beginn deutlich gemacht. Während der ersten Monate bildeten protestantische Christen zweifelsohne eine wichtige Basis in der aufkeimenden Friedensbewegung. Über kirchliche Organisationen wie die Evangelischen Studentengemeinden und die 1958 für die Versöhnungsarbeit gegründete Organisation »Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste« boten sie außerdem institutionelle Grundlagen für die Proteste und übernahmen in der Frühphase Führungspositionen. Der protestantische Protest erfolgte dabei zunächst ganz bewusst öffentlich und mit anderen

gesellschaftlichen Gruppierungen zusammen, da die Demonstranten sich durch die Parteien und die SPD-Regierung politisch nicht mehr vertreten sahen. Diese Haltung, sich als Christ in das politische Geschehen einzumischen, erinnert stark an die Auseinandersetzungen der 1950er Jahre und tatsächlich riefen die Proteste der 1980er Jahre wiederum starke Frikationen zwischen reformierten Protestanten und Lutheranern hervor. Die Konflikte traten während des Kirchentags 1983 in Hannover offen zutage, führten aber auch jetzt nicht zum endgültigen Bruch der Konfessionsgemeinschaft.²⁷ Stattdessen erzeugten diese innerprotestantischen Auseinandersetzungen einen Kohäsionsdruck gegenüber den Friedensaktivisten, sich stärker im christlichen Raum zu engagieren.

Ein solcher Rückzug in den religiös-christlichen Bereich fand mittelfristig auch Anklang bei katholischen Friedensaktivisten. Unter ihnen ist für die frühen 1980er Jahre zunächst eine bis dahin in der deutschen Geschichte nicht gekannte Partizipation an der öffentlichen Friedensbewegung zu verzeichnen. Allerdings waren die meisten Katholiken – mit Ausnahme der kirchenkritischen und unabhängigen Initiative »Kirche von unten« (IKvu) – als Einzelpersonen oder über lokale Gruppen von Pax Christi und BDJ eingebunden und nicht durch kirchen-offizielle Gruppierungen. Das wundert wenig, stellten sich doch die meisten Bischöfe und das Zentralkomitee gegen die Friedensbewegung und ihre Forderungen. Darüber hinaus waren sie bemüht, katholische Friedensaktivisten über eine enge institutionelle Einbindung und antikommunistische Ressentiments von der Teilnahme am gesamtgesellschaftlichen Protest abzuhalten. Dass dies nur teilweise gelang, zeigte z. B. der Katholikentag 1982 in Düsseldorf. Dort demonstrierten insgesamt mehrere Zehntausende Gläubige für Frieden und Abrüstung. Sie taten dies allerdings in drei separaten Großveranstaltungen: einem von der IKvu zusammen mit protestantischen und sozialistischen Gruppen organisierten Protestmarsch unter dem Motto »Kehrt um – Entrüstet Euch!«, einem von katholischen Organisationen wie Pax Christi und BDJ durchgeführten Schweigemarsch und in einer vom katholischen »Establishment« initiierten Friedensandacht, auf der auch Bundeskanzler Helmut Schmidt und Oppositionsführer Helmut Kohl zu Wort kamen. Der Katholikentag brachte damit nicht nur das neue öffentliche Friedensengagement der westdeutschen Katholiken zum Ausdruck, sondern auch deren Fraktionierung.²⁸

der Bergpredigt«, das der katholische Journalist Franz Alt, der der breiten Öffentlichkeit als Moderator des Politmagazins »Report« im Südwestfunk bekannt war, 1983 veröffentlichte, kann dazu als aufschlussreiches Beispiel herangezogen werden.³² In dem äußerst populären und erfolgreichen Werk verbreitete Alt seine eigene radikal-pazifistische Lesart der Bergpredigt und ging dabei weit über eine christlich-pazifistische Deutung hinaus. Beispielsweise zog er die Texte des Psychoanalytikers Carl Gustav Jung zurate. Gleichzeitig verwies er auf Friedensgesinnungen im asiatischen Raum, die seiner Meinung nach einen vergleichbaren Inhalt wie die Bergpredigt besaßen, und stellte sich damit wohl eher unbewusst in die Tradition der New Age-Bewegung. Ganz in deren Sinne stellte er schließlich das eigene Ich in den Mittelpunkt seiner Wahrnehmung und Selbsteinschätzung und kam gar zu dem Schluss: »Ich habe heute manchmal den Eindruck, die Bergpredigt hat schon lange auf mich gewartet.«³³

5. Resümee

Drei Thesen kann man aus den skizzierten Beobachtungen ableiten. Erstens hat sich gezeigt, dass die Zustimmung religiöser Akteure zu einer Protestbewegung wesentlich von dem Gegenstand abhängt, über den diese sich definiert, sowie von der Kommunikation und Symbolik, mit denen dieser vermittelt wird. Mit Blick auf die Zeit des Kalten Krieges lässt sich eine grundsätzliche Konvergenz zwischen Friedensbewegungen und christlicher Religion feststellen. Kontrovers waren in erster Linie nicht die grundlegenden Ziele, sondern der Weg und die Mittel, mit denen diese erreicht werden sollten. Mittelfristig öffneten sich folglich beide Konfessionen, wenn auch die Katholiken zeitversetzt, dem öffentlichen Protest für Frieden und gegen Aufrüstung. Dieser Wandel ist nicht allein auf das Engagement der Protestbewegungen zurückzuführen, sondern geht auf innerkirchliche Aufbrüche ebenso zurück wie auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Umbrüche. Aufgrund struktureller Ähnlichkeiten ließe sich ein vergleichbares Verhältnis von (christlichen) Religionen und Umweltbewegung vermuten, das aber bisher in der Forschung nicht thematisiert wurde. Dagegen ist zu vermuten, dass Religionen und ihre Akteure Protestbewegungen, die sich gegen religiöse Grundansichten wenden, beispielsweise die Frauen- und

Homosexuellenbewegungen, prinzipiell skeptischer gegenüberstehen.

Zweitens ließ sich zeigen, dass die Teilnahme religiöser Akteure in einer Protestbewegung mittelfristig dazu führt, dass sich Protestkulturen wechselseitig beeinflussen und grundlegend transformieren. Im Kontext der untersuchten Friedensproteste waren es in der frühen Bundesrepublik in erster Linie Anhänger der reformierten Kirchen, die sich aufgrund ihrer Überzeugung, sich als Christ politisch engagieren zu müssen, einbrachten. Sie initiierten nicht selten wichtige Impulse für die Bewegungen als solche oder für die Protestkultur im Allgemeinen. Die Protestbewegungen speisten sich und ihr Symbol- und Protestarsenal allerdings nicht nur aus dem Protestantismus. Gerade anhand der Kampagne »Kampf dem Atomtod« und der Ostermarschbewegung konnten andere Einflüsse, z. B. der Arbeiterbewegung und linksalternativer Milieus, und deren Verschmelzung miteinander nachgewiesen werden. Ein Engagement religiöser Akteure in den Protestbewegungen musste daher mittelfristig auf das eigene religiöse Symbol- und Protestarsenal zurückwirken. Eine solche Entwicklung nahm etwa der katholische Friedensprotest, der anfangs noch weitgehend abgetrennt stattfand, sich aber vor allem durch das Engagement katholischer Studierender und Jugendlicher seit den 1960er Jahren öffnete.

Spiegelbildlich zur Transformation der Protestkultur kann man drittens konstatieren, dass die Teilnahme religiöser Akteure in einer Protestbewegung zum Wandel religiöser Gemeinschaften und zur religiösen Individualisierung beigetragen hat. Insbesondere personelle Konstellationen dienten dabei als Transmissionsriemen von Religion in der Moderne. Zum einen förderte das Engagement von Christen in den Friedensbewegungen die Zusammenarbeit über

34 Vgl. Eckart Conze, Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen 7,2 (2010), S. 220 – 239.

Konfessionsgrenzen hinweg. Obwohl sich daraus keine Interkonfessionalität ableiten lässt,³⁴ beeinflusste dies wesentlich die Selbst- und Fremdwahrnehmung vom Christen in Deutschland und trug damit zum heutigen »entkonfessionalisierten« Verständnis von Christ-Sein bei. Zum anderen unterstützte das Engagement in den Protestbewegungen die Individualisierung von Religion in der Bundesrepublik. Denn es waren eben nicht die christlichen Kirchen, die sich hier als Organisationen einbrachten. Sie lehnten im Gegenteil die Protestbewegung tendenziell als konkurrierende Sozialformen ab. Letztlich waren es einzelne Gläubige, die sich darin engagierten und gleichzeitig Mitglied in ihren religiösen Gemeinschaften blieben, oder auch nicht. Wer sich hier einbrachte, fand Sinn außerhalb der kirchlichen Großorganisationen und lernte, die eigene Religiosität unabhängig davon zu leben.

Abschließend lässt sich folglich zum Verhältnis von Religion und Protestbewegungen im Kalten Krieg festhalten, dass das Engagement christlicher, zunächst in erster Linie protestantischer, Gläubiger in den Protesten von Anfang an grundlegend war. Mit ihrer Teilnahme trugen sie zu einem Wandel von Gesellschaft und politischer Kultur in der Bundesrepublik bei. Gleichzeitig wirkte ihr Engagement zurück und hatte Anteil an der Transformation von Religion in der deutschen Gesellschaft. Die zunehmende Abkehr von den christlichen Großkirchen und Formen von entkonfessionalisierter und individualisierter Religion wären heutzutage kaum vorstellbar ohne das Engagement von Christen in den Protestbewegungen der Nachkriegszeit.

SEBASTIAN JUSTKE

■ AUSGEWIESEN AUS NAMIBIA
UND ZURÜCKBERUFEN
NACH WESTDEUTSCHLAND

ANMERKUNGEN

- 1 Hanns Lessing u. a., Einleitung der Herausgeber und des Wissenschaftlichen Beirats, in: dies. (Hg.), Deutsche evangelische Kirche im kolonialen südlichen Afrika. Die Rolle der Auslandsarbeit von den Anfängen bis in die 1920er Jahre, Wiesbaden 2011, S. 15 – 55, hier S. 15.
- 2 Vgl. Britta Wellnitz, Deutsche evangelische Gemeinden im Ausland. Ihre Entstehungsgeschichte und die Entwicklung ihrer Rechtsbeziehungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland, Tübingen 2003, S. 311.
- 3 Vgl. Hermann Vogt, Die Kirchen als gesellschaftliche Akteure im Rassismuskonflikt, in: Leonhard Harding / Manfred Schulz / ders., Die Südafrikapolitik der UNO und der Kirchen. Studien zum Konflikt im Südlichen Afrika, München / Mainz 1977, S. 73 – 136, hier S. 76.
- 4 Vgl. Archiv der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia, Windhoek (DELK), Akte »II. 1.3«, Pakendorf als Präsident der »Federation of Evangelical Lutheran Churches in Southern Africa (FELCSA)« an die Kirchenleitungen im südlichen Afrika, 7.12.1967.

AUSGEWIESEN AUS NAMIBIA UND ZURÜCKBERUFEN NACH WESTDEUTSCHLAND

Auslandspfarrrer, Linksprotestanten und Evangelikale im Spannungsfeld der Apartheid Anfang der 1970er Jahre

Die bis heute bestehenden Beziehungen der evangelischen Kirchen in Deutschland zu den Kirchen im südlichen Afrika reichen bis ins 18. Jahrhundert zurück,¹ beruhen aber vor allem auf der Arbeit von Missionsgesellschaften und den Gemeindegründungen deutscher Auswanderer im 19. Jahrhundert. Bis in die 1960er Jahre hinein betreuten Missionare im Doppelamt deutschsprachige Auslandsgemeinden und die aus der Missionsarbeit hervorgegangenen Gemeinden der einheimischen Bevölkerung. Diese Praxis änderte sich Anfang der 1960er Jahre durch die Bildung deutschsprachiger evangelischer Kirchen im südlichen Afrika, welche kurz darauf Verträge mit dem Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) abschlossen. Diese garantierten den Auslandsgemeinden finanzielle und personelle Unterstützung.² Für einen Zeitraum von jeweils sechs bis zwölf Jahren wurden nun systematisch Pfarrer nach Namibia und Südafrika entsandt, um ausschließlich in deutschsprachigen Gemeinden zu arbeiten. Ausländische kirchliche Mitarbeiter standen seit den 1960er Jahren unter verstärkter Beobachtung der südafrikanischen Regierung, da insbesondere Geistliche aus der anglikanischen Kirche das System der Apartheid wiederholt und öffentlichkeitswirksam an den Pranger gestellt hatten.³ Um sich dieser unliebsamen Kritiker zu entledigen, griff das Apartheidregime auf das Instrument der Ausweisung zurück. Ab 1967 wurden kirchlichen Mitarbeitern aus dem Ausland grundsätzlich nur noch temporäre Aufenthaltsgenehmigungen gewährt,⁴ was diese Personengruppe gleichsam unter Generalverdacht stellte. Als Auslandspfarrrer oder Missionare ins südliche Afrika entsandt, gerieten dabei auch einige westdeutsche evangelische Geistliche in Konflikt mit dem Apartheidregime und wurden als Folge dessen des Landes verwiesen.

- 5 Im Rahmen dieses Verbundprojekts erforscht Knud Andresen an der FZH derzeit ein ebenfalls von der DFG gefördertes Projekt unter dem Titel »Apartheid im ›Strukturbruch‹: Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre.«
- 6 Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Aufsatzes für einen u. a. von der EKD geförderten Band: »Study Process on the Role of German-Southern African Church Relations during the 1930s, World War Two and the Apartheid Era«, der 2015 erscheint.
- 7 Überschrift eines Interviews mit Gerhard Dunze und Wolfgang Krüger im Zeitmagazin vom 9.11.1973.

Aufgrund ihres langjährigen Aufenthalts im südlichen Afrika kann angenommen werden, dass die Gruppe der westdeutschen Auslandspfarrer im Unterschied zu den Entscheidungsträgern im Kirchlichen Außenamt, der Synode und dem Rat der EKD, die nur im Kontext von kurzen Delegationsreisen in direkten Kontakt mit den sozialen, gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen des Systems der Apartheid kamen, dieses ungleich intensiver erlebten und rezipierten. Dabei waren sie keine passiven Beobachter, sondern nahmen durch den pastoralen Dienst in ihren Gemeinden, durch Freizeitaktivitäten, durch die Arbeit ihrer Ehepartner und auch durch die Sozialisation ihrer Kinder außerhalb des Elternhauses aktiv am »Alltag der Apartheid« teil. Mit ihren Auslandserfahrungen beeinflussten diese Pfarrer Perzeptions- und Rezeptionsprozesse in den evangelischen Kirchen in Westdeutschland, die nicht allein das Verhältnis zur »Apartheid« thematisierten, sondern auch damit verbundene Themenfelder wie die »Dritte Welt«, den »Nord-Süd-Konflikt«, die Frage nach der Universalität der Menschenrechte oder das Problem der Gewaltanwendung sogenannter »Befreiungsbewegungen« berührten. Umgekehrt trugen sie durch ihre Sozialisationserfahrungen in der Bundesrepublik dazu bei, dass sich die theologisch und politisch begründeten Polarisierungen und Friktionen innerhalb des westdeutschen Protestantismus auch auf die deutschsprachigen Auslandskirchen auswirkten. Insbesondere in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren und verhandelt zwischen den Polen des Linksprotestantismus und des konservativen Evangelikalismus ging es bei diesen innerkirchlichen Friktionen in Westdeutschland um die Frage, ob und in welchem Ausmaß sich die Kirche gesellschaftspolitisch engagieren dürfe. In den deutschsprachigen Auslandsgemeinden in Namibia

und Südafrika wurde diese Debatte auf die eigene gesellschaftspolitische Situation übertragen und mit der Frage verflochten, ob man sich als Kirche vor Ort gegenüber dem System der Apartheid öffentlich zu positionieren und wenn ja, wie man dieses zu bewerten habe. In dieser Debatte spielten westdeutsche Pfarrer, die aus verschiedenen Alterskohorten stammten und unterschiedliche theologische und politische Ansichten mit ins Land brachten, eine nicht unwesentliche Rolle.

In meiner Dissertation, die Teil eines größeren deutsch-dänischen Forschungsverbundprojekts zu westeuropäischen Reaktionen auf das Apartheidsystem in Südafrika von 1948 bis 1994 ist,⁵ frage ich nach den Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen dieser Auslandspfarrer in der Zeit vor, während und nach ihrem Auslandsdienst. Im Fokus stehen dabei vor allem die 1970er und 1980er Jahre, in denen sich einerseits der Apartheidkonflikt innerhalb des südlichen Afrikas zuspitzte und in denen andererseits der Druck aus dem Ausland auf die südafrikanische Regierung deutlich zunahm. Am Beispiel von Ereignissen in der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche (DELK) in Namibia Anfang der 1970er Jahre, in deren Folge nahezu alle westdeutschen Pfarrer das Land vorzeitig wieder verließen, sollen an dieser Stelle erste Teilergebnisse vorgestellt werden.⁶

»Verjagt aus Deutsch-Südwest«?⁷

Ausweisungen und Rückberufungen westdeutscher Auslandspfarrer aus Namibia Anfang der 1970er Jahre

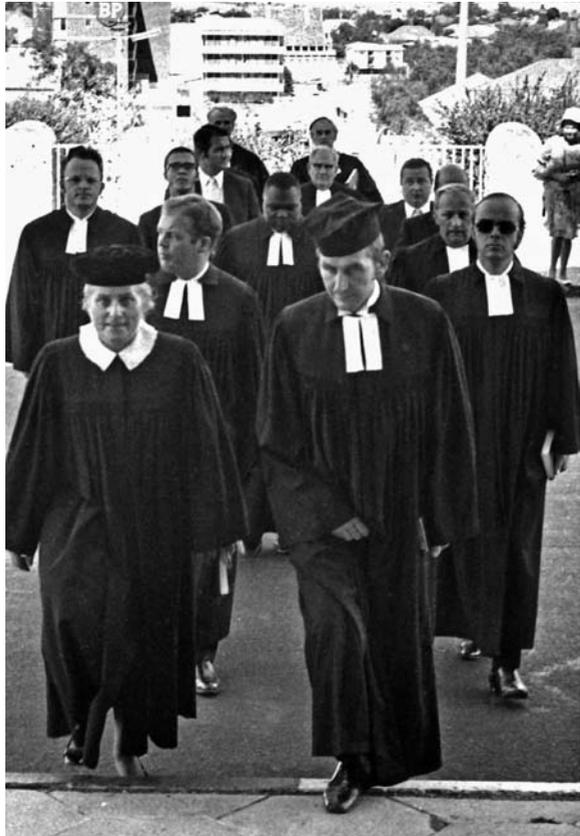
Keine drei Jahre währte die Phase zu Beginn der 1970er Jahre, in der die Gemeinden der DELK in Namibia erstmals und fast vollständig von westdeutschen Pfarrern betreut wurden. Mit einer Ausnahme hatten alle Auslandspfarrer das Land zwischen März 1973 und Januar 1974 – teils gegen ihren Willen, teils freiwillig – vorzeitig wieder verlassen und waren in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt. Grund hierfür waren tiefgreifende Konflikte innerhalb der deutschsprachigen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika, die alle explizit oder implizit auf den Umgang mit dem System der Apartheid zurückzuführen sind.

Dabei ging es zum einen um die zunehmende Kritik am Apartheidregime aus dem Ausland, wie sie im kirchlichen Bereich besonders im September

SEBASTIAN JUSTKE

■ AUSGEWIESEN AUS NAMIBIA
UND ZURÜCKBERUFEN
NACH WESTDEUTSCHLAND

- 8 Zum Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen vgl. Gunther J. Hermann, Apartheid als ökumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirche im Südafrikakonflikt, Frankfurt am Main 2006, S. 21 – 33; Hans-Wolfgang Heßler (Hg.), Anti-Rassismus-Programm der Ökumene. Dokumentation einer Auseinandersetzung, Witten / Frankfurt am Main / Berlin 1971.
- 9 Vgl. beispielhaft die Resolution der V. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, Evian 1970, über die Gemeinschaft aller Rassen, in: Klaus Kremkau (Bearb.), EKD und Kirchen im südlichen Afrika. Das Problem der kirchlichen Einheit im Rassen-Konflikt. Dokumente und andere Texte, Bielefeld u.a. 1974, S. 271.
- 10 Archiv der DELK, Akte »Protokolle Pfarrkonfer. 1967 – 1981«, Protokoll der Pfarrkonferenz in Windhoek am 10.8.1971, Anlage 2, Hartmut Höfener: »Die Stellung der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Südwestafrika als Auslandskirche«, S. 1.
- 11 Ebd., Protokoll der Pfarrkonferenz in Windhoek am 10.8.1971, Anlage 4, Gerhard Dunze: »Die Zusammenarbeit mit den luth. Schwesterkirchen. Erfahrungen im Süden«, S. 2.
- 12 Ebd., S. 4.
- 13 Vgl. Evangelisches Zentralarchiv, Berlin (EZA), 6/2770, Gerhard Dunze an das Kirchliche Außenamt, 30.7.1972, S. 1.
- 14 Archiv der DELK, Akte »Wolfgang Krüger«, epd Nr. 135, 15.8.1973.



Einzug der Pfarrer bei der Einführung von Landespropst Kirschneireit in Windhoek 1973 • Quelle: Mit freundlicher Genehmigung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (DELK)

1970 beschlossenen Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen,⁸ aber auch in den Verlautbarungen des Lutherischen Weltbundes zum Ausdruck kam,⁹ zum anderen um die Frage einer kirchlichen Einheit mit den lutherischen Schwesterkirchen in Namibia. Innerhalb der deutschsprachigen Auslandsgemeinden entscheidend war das Verhältnis der Auslandspfarrer zu den Kirchenmitgliedern, das

sich aufgrund unterschiedlicher Auffassungen in den beiden angesprochenen Punkten zunehmend verschlechterte.

So attestierte Pfarrer Hartmut Höfener im August 1971 den Mitgliedern der DELK ein »zwiespältig[es]« Verhältnis zu ihren Pfarrern, da diese als »Vertragspastor[en]« ein »fremdes Deutschland, [...] das man missverstehet«, mit nach Namibia gebracht hätten.¹⁰ Die Bemühungen, in ihren Gemeinden ein kritisches Bewusstsein gegenüber der Apartheid zu entwickeln, brachten den Pfarrern in extremer Form den Vorwurf ein, »liberalistische Tendenzen« zu haben und »kommunistische Unterwanderung« zu betreiben.¹¹ Elementar unterschiedliche Ansichten ergaben sich in der Wahrnehmung der Pfarrer in der »Rassenfrage«. Von einer Diskussion mit Gemeindegliedern wusste der aus Hamburg stammende und seit Februar 1971 in Mariental und Maltahöhe tätige Pastor Gerhard Dunze zu berichten: »Mein Einwand, dass der ganze Begriff der Rasse ein Mythos sei, dass reine Rassen gar nicht existieren, [...] wurde mir nicht ab- und auch gar nicht zur Kenntnis genommen.«¹² Aufgrund seines Eintretens gegen die Apartheid musste Dunze als erster Auslandspfarrer das Land verlassen. Nachdem er im Juli 1972 einen Brandbrief an das Kirchliche Außenamt gerichtet und sich über eine weit verbreitete affirmative Haltung zur Apartheid in der DELK beklagt hatte,¹³ stellte er drei Monate später einen Antrag auf Rückberufung nach Westdeutschland. Kurz darauf erhielt er einen Ruf an die theologische Ausbildungsstätte der schwarzen lutherischen Kirchen in Namibia und zog seinen Antrag zurück. Da seine vom Apartheidregime ausgestellte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis an den Pfarrdienst in den deutschsprachigen Auslandsgemeinden gebunden war, wurde er im März 1973 ausgewiesen. Ein ähnliches Schicksal ereilte wenige Monate später Wolfgang Krüger, der nach seiner Rückkehr mutmaßte, eine Anzeige von Gemeindegliedern bei der südafrikanischen Sicherheitspolizei sowie die von der deutschsprachigen konservativen »Allgemeinen Zeitung« »gegen ihn persönlich und andere kirchliche Mitarbeiter systematisch betriebene Rufmord-Kampagne« hätten zu der Ausweisung geführt.¹⁴ Offenbar hatten einige Mitglieder der deutschsprachigen Kirchen gute Kontakte zu behördlichen Stellen des Apartheidregimes, die über Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse von Ausländern entschieden.

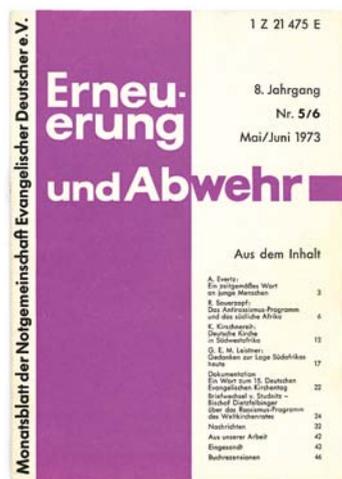
Im Zuge der Ausweisungen verschärften sich die Gegensätze zwischen den übrigen Pfarrern und ihren Gemeinden so stark, dass diese im

- 15 Thomas Kroll, Der Linksprotestantismus in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre. Helmut Gollwitzer, Dorothee Sölle und Jürgen Moltmann, in: ders. / Tilman Reitz, Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, Göttingen 2013, S. 103 – 122, hier S. 122.
- 16 Dimitrij Owetschkin, Die Suche nach dem Eigentlichen. Studien zu evangelischen Pfarrern und religiöser Sozialisation in der Bundesrepublik der 1950er bis 1970er Jahre, Essen 2011, S. 161.
- 17 Kroll, Linksprotestantismus (wie Anm. 15), S. 108.
- 18 Vgl. Sebastian Tripp, Die Weltkirche vor Ort. Die Globalisierung der Kirchen und die Entstehung christlicher »Dritte-Welt«-Gruppen, in: Wilhelm Damberg (Hg.), Soziale Strukturen und Semantiken des Religiösen im Wandel. Transformationen in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989, Essen 2011, S. 123 – 136, hier S. 123.
- 19 Kurt Kirschnereit, Deutsche Kirche in Südwestafrika. Evangelium ohne Ideologie, in: Erneuerung und Abwehr 8 (1973), Nr. 5/6, S. 12 – 17.

September 1973 geschlossen einen Rückberufungsantrag beim Kirchlichen Außenamt stellten, dem der Rat der EKD drei Monate später stattgab. Bemerkenswerterweise war es nicht allein das »Apartheidsdenken« in ihren Gemeinden, mit dem die Pfarrer ihren Antrag begründeten. Ausschlaggebend war auch das gebrochene Verhältnis zu ihrem Vorgesetzten Kurt Kirschnereit, der selbst von der EKD nach Namibia entsandt und 1972 zum Landespropst der DELK gewählt worden war. Die Ursachen dieses zum Teil sehr persönlich ausgetragenen Konflikts zwischen Pfarren und Landespropst sind indes nicht allein in der spezifischen Situation Namibias zu Beginn der 1970er Jahre, sondern auch in den massiven Veränderungen der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren zu suchen. In Reaktion auf die Transformation von Teilen der westdeutschen Gesellschaft während der 1960er und 1970er Jahre kam es innerhalb der evangelischen Kirchen zu Pluralisierungsprozessen sowie zu einer »Demokratisierung und einer zunehmenden politischen Öffnung«.¹⁵ Die verschiedenen politischen und theologischen Strömungen waren dabei zum Teil kongruent mit unterschiedlichen Alterskohorten von Theologen. Landespropst Kurt Kirschnereit, Jahrgang 1921, war Vertreter einer konservativen Gegenbewegung, deren bestimmende Charakteristika die Ablehnung »moderner« Theologien und der Widerstand gegen eine befürchtete Linkspolisierung der Kirchen waren. Die ausgewiesenen und zurückberufenen Pfarrer, Jahrgänge 1934 bis 1939, gehörten hingegen zu einer Generation, aus der die »Hauptträger der Reformprozesse« in den Kirchen hervorgegangen waren.¹⁶ Diese Reformtendenzen zeigten sich in einem neuen »politisch-gesellschaftliche[n] Geltungsanspruch des Protestantismus«,¹⁷ der seinen Ausdruck beispielsweise in einer Hinwendung zur »Dritten Welt« fand.¹⁸

Diese Umbruchs- und Pluralisierungsprozesse innerhalb des westdeutschen Protestantismus Anfang der 1970er Jahre wirkten durch die aus Deutschland entsandten Pfarrer in die deutschsprachigen Kirchen im südlichen Afrika hinein und kulminierten dort in der Behandlung der Apartheidfrage. Mit ihren Bemühungen um engere Kontakte zu den anderen lutherischen Kirchen stießen die Auslandspfarrer im Fall Namibias auf Widerstand bei Gemeindemitgliedern, welche die Annäherungsversuche an die schwarzen lutherischen Kirchen als politische Handlung werteten. Von ihren Pfarrern aber erwarteten sie ein Kirchenverständnis frei von gesellschaftspolitischen Implikationen, welches Kritik an der Apartheid ausschloss. Als Vertreter der konservativen Gegenbewegung war es wohl kein Zufall, dass Kirschnereit zum Vorsteher der DELK gewählt wurde und als einziger Auslandspfarrer in Namibia verblieb. Wiederholt meldete er sich während seines Auslandsdienstes in namibischen, südafrikanischen und westdeutschen Publikationen zu Wort und nahm dabei einen zurückhaltenden Standpunkt gegenüber dem System der Apartheid ein, das er konform mit den offiziellen Verlautbarungen der südafrikanischen Regierung euphemistisch als System der »pluralen« oder »getrennten« Entwicklung bezeichnete. Im Frühjahr 1973 veröffentlichte er einen Artikel in der Vereinszeitschrift der »Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland« (ENiD) mit dem Titel »Deutsche Kirche in Südwestafrika«.¹⁹

Dass der Landespropst inmitten des Konflikts zwischen Pfarrern und Gemeinden der DELK einen Aufsatz zur Situation der Kirche in einer evangelikalen Zeitschrift in Westdeutschland veröffentlichte, trug vermutlich nicht zur Deeskalation der Lage bei. Der programmatische Untertitel »Evangelium ohne Ideologie« verwies bereits auf ein für große Teile der evangelikalen Bewegung typisches Kirchenverständnis, nach dem »Politik« nicht mit »Kirche« vereinbar sei. Kirschnereit wandte sich aber vor allem gegen die sogenannten »modernen Theologien«, hier verstanden als



Zeitschrift der »Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher e.V.« mit Themenschwerpunkt zu Südafrika vom Mai/Juni 1973.

20 Vgl. Siegfried Hermle, Die Evangelikalen als Gegenbewegung, in: ders. / Claudia Lepp / Harry Oelke (Hg.), Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren, Göttingen 2007, S. 325 – 351, hier S. 326.

21 Kirschnereit, Deutsche Kirche (wie Anm. 19), S. 15.

22 Vgl. Archiv der DELK, Akte »Pfar-
rer Aushilfen + Bewerbungen.
1974 – 1977«, Gerhard Engel an
Kurt Kirschnereit, 20.12.1973.

23 Die DSAG war ein westdeutscher
Verein, der es sich zur Aufgabe
gemacht hatte, die Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und Südafrika zu
fördern. Dabei wurde sie von der
»South African Foundation« und
der südafrikanischen Botschaft
in Bonn »mit erheblichen Mitteln
unterstützt und auch instrumen-
talisiert.« Martin Pabst, Südafrika,
München 2. Aufl. 2008, S. 187.

24 Archiv der DELK, Akte »Landes-
propst 1973 / 1974«, Gerhard Engel
an Kurt Kirschnereit, 31.1.1974.

»Ideologie«,²⁰ und trat einer befürchteten Politisierung der Kirche von linksprotestantischer Seite entgegen. In die spezifische gesellschaftliche und politische Situation im südlichen Afrika übersetzt, leitete er aus seinem konservativ-evangelikalen Kirchenverständnis einen neutralen Standpunkt gegenüber der Apartheid ab: »Die DELK hatte sich aber gehütet, mit einer Partei zu verhandeln und ein Parteiprogramm zu unterstützen. Frei von Ideologie, kann sie die politische Entscheidung ihren Mitgliedern überlassen. Die DELK hat also die Politik der Regierung weder unterstützt noch abgelehnt.«²¹ Spätestens aber mit der Veröffentlichung des »Offenen Briefes« der schwarzen lutherischen Kirchen vom 30. Juni 1971 an den Premierminister von Südafrika, in dem die Unabhängigkeit Namibias und die Einhaltung von Menschenrechten gefordert wurden, waren die politischen und die kirchlichen Fragen in Namibia aufs Engste miteinander verbunden. Dass Kirschnereit diesen Zusammenhang wiederholt verneinte, stieß bei den übrigen Pfarrern auf Unverständnis und war eine der Ursachen für die Konflikte in der DELK.

Wechselbeziehungen zwischen westdeutschen Evangelikalen und Mitgliedern der deutschsprachigen Auslandsgemeinden in Namibia zeigten sich auch unabhängig von der Person des Landespropstes. Bereits kurz nachdem die Rückberufung der Pfarrer publik geworden war, bot ein westdeutscher Pfarrer der DELK an, während seiner Urlaubszeit Gottesdienste in Namibia zu halten.²² Dieser hatte das Land schon einige Jahre zuvor besucht, war Vorstandsmitglied der »Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft« (DSAG)²³ und kannte den südafrikanischen Generalkonsul in der Bundesrepublik Deutschland »sehr gut persönlich.«²⁴ Mit finanzieller Hilfe des südafrikanischen Generalkonsulats und der südafrikanischen Botschaft sowie

der DSAG²⁵ reiste er tatsächlich 1974 nach Namibia und hielt dort Gottesdienste.²⁶ Exemplarisch zeigt sich hier eine noch näher zu erforschende inhaltliche Koinzidenz evangelikaler Gruppen, insbesondere der ENiD, mit nichtkirchlichen Organisationen wie der DSAG in Westdeutschland, die sich positiv zum System der Apartheid äußerten, sowie mit offiziellen Vertretern des Apartheidregimes selbst.

In der Folgezeit meldeten sich wiederholt Pfarrer in Namibia, welche der evangelikalen Bewegung nahestanden oder Mitglied in einer ihrer Gruppen waren,²⁷ eine »linksgerichtete Theologie« ablehnten²⁸ oder schlicht »von der Richtigkeit der Apartheid überzeugt«²⁹ und die bereit waren, in der DELK aushilfsweise Dienst zu tun. Es kann angenommen werden, dass diese Pfarrer im Unterschied zu den zurückberufenen und ausgewiesenen Pfarrern eine überwiegend unkritische Haltung zum Apartheidsystem hatten oder dieses billigten.

Im namibischen Winter von 1975 waren zum Teil prominente Vertreter der evangelikalen Bewegung aus der Bundesrepublik Deutschland zu Gast. Gemeinsam mit Joachim Ruff, einem Pfarrer der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg,³⁰ reiste für den »Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea)«, deren Leitung er zwei Jahre später übernahm, der Journalist Helmut Matthies nach Namibia und knüpfte u. a. Kontakte mit Kirschnerit.³¹ Matthies war wie Ruff Mitglied in der ENiD. Kurz zuvor war bereits eine weitere Gruppe von Evangelikalen im Land gewesen: In einem Schreiben an das südafrikanische Informationsministerium hatte der Landespropst der DELK den Interviewtermin einer EKD-Delegation mit dem Ministerium bestätigt. Als Delegationsleiter und »anerkannten Sprecher der EKD« stellte Kirschnerit dabei Rolf Sauerzapf vor,³² der allerdings zu dieser Zeit keine

25 Ebd., Gerhard Engel an Kurt Kirschnerit, 14.3.1974.

26 Ebd., Gerhard Engel an Kurt Kirschnerit, 24.6.1974.

27 Vgl. ebd., W. Herbst an die Kirchenleitung der DELK, 26.6.1974.

28 Ebd., Alfred Meyer-Prüßner an Kurt Kirschnerit, 7.9.1974.

29 Ebd., Gerhard Muras an Kurt Kirschnerit, 29.1.1973.

30 Vgl. zu Ruff Jens Motschmann / Helmut Matthies (Hg.), Rotbuch Kirche, Stuttgart 1976, S. 233. Ruff wurde kurz nach seinem Namibia-besuch 1975 von der Gemeinde Karibib zu ihrem Pfarrer gewählt, ohne im Vorfeld eine Freigabe von seiner Landeskirche erhalten oder Gespräche mit dem Kirchlichen Außenamt geführt zu haben. (vgl. Archiv der DELK, Akte »Joachim Ruff«, Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg an das Kirchliche Außenamt, 24.11.1975) Knapp ein Jahr später wurde Ruff von der Gemeinde Otjiwarongo zum Pfarrer gewählt. Auch hier lag weder eine Freigabe seiner Landeskirche vor, noch war das Kirchliche Außenamt gewillt, einer Entsendung zuzustimmen: »Sie [die Vertreter des Kirchlichen Außenamtes] wiesen ferner auf die Härten mündlicher und schriftlicher Kontroversen hin, die Pfarrer Ruff mit Vertretern der VELKS-WA [Zusammenschluss der ELK und der ELOK, SJ] gehabt hat.« EZA 6/2949, Vermerk über einen Besuch von Pfarrer Chr. Kutscher am 29.6.1976 im Kirchlichen Außenamt, 30.6.1976, S. 1.

31 Archiv der DELK, Akte »Korrespondenz Kirschnerit. Landespropst der DELK 1975 – 1976«, Helmut Matthies für »idea« an Kurt Kirschnerit, 2.9.1975.

32 Ebd., Akte »Korrespondenz KA 1967 – 1976«, Kurt Kirschnerit

SEBASTIAN JUSTKE

■ AUSGEWIESEN AUS NAMIBIA
UND ZURÜCKBERUFEN
NACH WESTDEUTSCHLAND

an »The Regional Representative,
Department of Information«,
6.6.1975.

33 Vgl. Gisa Bauer, Evangelikale
Bewegung und evangelische
Kirche in der Bundesrepublik
Deutschland. Geschichte eines
Grundsatzkonflikts. 1945 bis 1989,
Göttingen 2012, S. 766.

34 Archiv für alternatives Schrifttum
(afas), Duisburg, MAKSA.4, idea-
Informationsdienst Nr. 40/75,
S. 3, in: Textzusammenstellung
des Presse-Referats des Berliner
Missionswerks, 30.9.1975.

35 Ebd., S. 2.

36 Vgl. Archiv für alternatives
Schrifttum (afas), Duisburg,
MAKSA.5, epd-Zentralausgabe,
22.10.1975, S. 1; ebd., epd-Zentral-
ausgabe, 27.10.1975, S. 5.

offizielle Funktion in der EKD innehatte, aber Mitglied der ENiD war. Ein weiteres Delegationsmitglied war der Pfarrer Jens Motschmann aus Itzehoe, Mitglied der ENiD und gemeinsam mit Helmut Matthies, der wenige Wochen ebenfalls zu Gast in Namibia war, Mit herausgeber des 1976 erschienenen »Rotbuch Kirche«. ³³

Für Unruhe in den deutschsprachigen Gemeinden Namibias und einen Eklat in der kirchlichen Öffentlichkeit Westdeutschlands sorgte eine Reise Jürgen Wilhelm Winterhagers, zum damaligen Zeitpunkt Professor für ökumenische Theologie an der Kirchlichen Hochschule zu Berlin, mit einer Gruppe von Studierenden im Juli 1975 nach Südafrika und Namibia. Nach seiner Rückkehr befürwortete er in einem Interview mit »idea« das System der Apartheid und positionierte sich als Gegner einer Einheit der lutherischen Kirchen in Namibia, da deren Vertreter »die Terminologie der UNO verwenden« und durch diesen »säkularen, primär politischen Charakter« dem »biblischen Evangelium« widersprechen würden. ³⁴ Kongruent mit einem evangelikalen Kirchenverständnis berichtete Winterhager zudem von regelmäßigen Exkursionen in »Kirchengebiete, in denen lebendige Gemeinden stark genug sind, um den politisch bestimmten Welt-Einheitsprogrammen inneren und äußeren Widerstand leisten zu können«. ³⁵ Ein solches »Kirchengebiet« repräsentierte für ihn offenbar in dieser Zeit die DELK. Für einen Eklat in den evangelischen Kirchen in Deutschland sorgten nicht allein die Aussagen Winterhagers zur Apartheid und zur weltweiten Ökumene, sondern auch die Finanzierung der Reise durch staatliche Stellen aus Südafrika. ³⁶

Fazit

Widersprüche und Spannungen im protestantischen Milieu der Bundesrepublik Deutschland wurden von westdeutschen Auslandspfarrern in die deutschsprachigen Auslandsgemeinden Namibias »importiert«, wo sie auf die spezifische gesellschaftliche und politische Konstellation übertragen und quasi rekonfiguriert wurden. Die unterschiedlichen Auffassungen über den kirchlichen Auftrag, verhandelt zwischen den beiden Polen des Linksprotestantismus und des konservativ-evangelikalen Feldes, waren dabei ein entscheidender Faktor bei der Beurteilung des Apartheidsystems. Während die ausgewiesenen und zurückberufenen Pfarrer zugespitzt als Vertreter einer »modernen« Theologie bezeichnet werden können, die den kirchlichen Auftrag auch gesellschaftspolitisch verstanden und die Apartheid als Unrechtssystem begriffen, berief sich u. a. der damalige Landespropst Kirschnereit auf einen konservativ-evangelikalen Standpunkt, nach dem sich die Kirche nicht in die Belange des Staates einzumischen habe. Eine Verurteilung des Apartheidsystems fand dadurch nicht statt und es muss an dieser Stelle offen bleiben, inwieweit ein solcher Standpunkt nicht auch als Vorwand dienen konnte, eigene affirmative Ansichten zur Apartheid zu verbergen.

LINDE APEL

■ GEDENKEN AN DIE
DEPORTATIONEN
VON JUDEN, ROMA
UND SINTI
IM GEDENKJAHR 2013



*Gedenken an die Deportationen, 16. Mai 2013, im Vordergrund:
Matthäus Weiß, Landesverband der Sinti und Roma,
Schleswig-Holstein, Rudko Kawczinski, RCU Hamburg,
Robert Weiß (*), Landesverein der Sinti in Hamburg.*

• Foto: Miguel Ferraz im Auftrag der Hafency GmbH

GEDENKEN AN DIE DEPORTATIONEN VON JUDEN, ROMA UND SINTI IM GEDENKJAHR 2013

Die Ausstellung »In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945« wurde während des 34. Kirchentages vom 29. April bis zum 16. Mai 2013 auf dem Lohseplatz in der Hafencity gezeigt. Initiatorin war die Kulturbehörde in Zusammenarbeit mit der Hafen City Hamburg GmbH. Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung sprachen die Kultursenatorin Barbara Kisseler und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Hafencity Hamburg GmbH, Jürgen Bruns-Berentelg. Der Vorsitzende des Landesvereins der Sinti in Hamburg, Robert Weiß (†), Rudko Kawczynski von der Roma und Cinti Union (RCU) sowie Linde Apel ergriffen ebenfalls das Wort.

Am 3. Mai 2013 fand im Ausstellungszelt die von Barbara Guggenheim konzipierte Veranstaltung »In die Erinnerung und zurück: Der Hamburger Lohseplatz« statt. Linde Apel ging in ihrem Vortrag auf die Verantwortlichen für die Deportationen, die Opfer sowie auf jene Menschen ein, die die Ereignisse beobachtet oder davon profitiert hatten. Die Schweizer Schauspielerin, Autorin und Regisseurin, Laura de Weck las aus der Autobiografie der nach Theresienstadt deportierten jüdischen Theaterwissenschaftlerin Käthe Starke-Goldschmidt. Zudem präsentierte sie Auszüge aus Interviews mit Hamburger Sinti, die über das Leben nach dem Überleben berichteten. Ordon und Martin Glowacki sorgten für die musikalische Begleitung. Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit einem Vortrag von Andreas Schneider (Hafencity GmbH) über aktuelle Planungen für den Lohsepark. Beeindruckend war die Lichtinstallation der Künstlerin Katrin Bethge, durch die historische Aufnahmen des Hannoverschen Bahnhofs auf ein umliegendes Gebäude projiziert wurden. Ihren feierlichen Abschluss fand die Ausstellung mit dem Gedenken der Hamburger Sinti an die Deportation, das jährlich am 16. Mai begangen wird. Am 16. Mai 1940 hatte die Hamburger Kriminalpolizei Razzien und Inhaftierungen durchgeführt, die

die Deportation von 910 Roma und Sinti aus Hamburg und Norddeutschland nach Belzec vorbereiteten.

Die Ausstellung und die Veranstaltungen wurden insgesamt von etwa 2.000 Personen besucht. Die Resonanz der Presse war positiv. Das ausliegende Besucherbuch machte deutlich, dass es ein großes Interesse an einer dauerhaften Einrichtung der Deportationsausstellung gibt.

Um dem Gedenken an die Deportationen weiterhin Aufmerksamkeit zu verleihen und auf den historischen Ort des Geschehens in der Hafencity hinzuweisen, wurde am 24. September der Info-Pavillon Hannoverscher Bahnhof auf dem Lohseplatz eröffnet. Auf wenigen Quadratmetern verfolgt die darin gezeigte Ausstellung drei Anliegen:

Sie informiert über das Schicksal der Opfer der Deportationen, die Verantwortung der Täter und die Mitverantwortung der schweigenden Mehrheit. In Teilen basiert sie auf der Deportationsausstellung von 2009 und wurde von Linde Apel und Kristina Vagt mit finanzieller Unterstützung durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung neu entworfen. Ein von der Kulturbehörde in Zusammenarbeit mit der HafenCity GmbH erarbeiteter Teil der Ausstellung widmet sich dem politischen Prozess der Stadt Hamburg, durch den seit 2004 eine Gedenkstätte über die Geschichte der Deportationen von Juden, Roma und Sinti entwickelt wird.

Ein weiterer Bereich gibt Auskunft über das Partizipationsprojekt »Wie wollt ihr euch erinnern?«, in dem Jugendliche 2011/2012 nach zeitgemäßen Formen des Erinnerens an diese Verbrechen suchten. Verantwortlich dafür war die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Die Gestaltung der Ausstellung übernahm Peter Wentzler von der Agentur Hinz & Kunst, Braunschweig. Der Pavillon, den bis Ende Oktober 2013 ca. 800 Personen



Eröffnung des Info-Pavillons auf dem Lohseplatz, 24. September 2013. • Quelle: Denkmalschutzamt Hamburg Bildarchiv, Foto: Nicolai Wieckmann

besuchten, ist von November bis März 2014 auf Nachfrage und ab April von dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Weitere Informationen unter <http://hannoverscher-bahnhof.hamburg.de/infopavillon/>.

LU SEEGERS

■ DIE 5. HAMBURGER NACHT
DES WISSENS IN DER FZH



Alle Fotos zur Nacht des Wissens: Moritz Liebeknecht

DIE 5. HAMBURGER NACHT DES WISSENS IN DER FZH

Die fünfte Nacht des Wissens in Hamburg, initiiert von der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF), fand am 2. November 2013 statt. Die FZH nahm nach 2009 und 2011 wieder mit ihren Nachbarinstituten, dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung an dieser Veranstaltung teil, die von 17 Uhr bis Mitternacht interessierten Besucherinnen und Besuchern Einblicke in die Hamburger Wissenschaftslandschaft bot.

Die FZH präsentierte sich erneut mit allen Abteilungen und bot verschiedene Formate an, darunter erneut das Quiz zur Hamburger Geschichte nach 1945. Unter den Mitratenden befanden sich in diesem Jahr die Zweite Bürgermeisterin und Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Frau Dr. Dorothee Stapelfeldt, mit ihrer Delegation.



Für die zahlreichen Gäste gab es ein abwechslungsreiches Programm: »Hamburg streitet – schon immer«: unter diesem Titel stellte die Forschungsstelle in zwei Blöcken Themen vor, die in Hamburg nicht nur aktuell, sondern schon seit der Weimarer Republik für Kontroversen gesorgt hatten. Den ersten Teil eröffnete Knud Andresen mit seinem Beitrag zur Debatte um Feiertage. Christoph Strupp machte in seinem Vortrag deutlich, dass das Thema »Verkehrsgerechtigkeit« bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts viel

diskutiert war. Dabei stand schon damals die Frage im Mittelpunkt, wie möglichst viele Menschen zügig und günstig in andere Stadtteile gelangen konnten. Kirsten Heinsohn beleuchtete den öffentlichen Streit um die Hamburger Schulreform und verwies dabei auf dessen Kontinuität seit den späten 1940er Jahren. Im zweiten, ebenfalls von Axel Schildt moderierten Teil standen Streitfragen seit den 1970er Jahren im Mittelpunkt.

David Templin erörterte, wie Jugendliche mit den Jugendzentren in den frühen 1970er Jahren selbstverwaltete Räume für sich beanspruchten. Alexandra Jaeger berichtete über die Berufsverbote für Beamte in Hamburg, die als nicht verfassungstreu galten, weil sie der DKP angehörten. Joachim Szodrzynski schilderte, wie sich Umweltbelange und eine planungseuphorische Hafenpolitik seit den 1970er Jahren gegenüber standen.

»Keine Angst vor Kurrent-Handschriften!« Mit diesem Appell führte Christoph Strupp zwei Mitmach-Aktionen durch, von denen die zweite um 23 Uhr noch gut besucht war. Dabei ging es darum, mit der Entzifferung von handschriftlichen Dokumenten einen der vielen Arbeitsschritte der Historiker von der Idee eines Themas bis zum fertigen Buch nachzuvollziehen. Bei den Feldpostbriefen aus dem Ersten Weltkrieg, die Christoph Strupp ausgewählt hatte, handelte es sich zudem um eine, für die Alltags- und Sozialgeschichte wichtige Quellengruppe.

»Einblicke in ein außergewöhnliches Archiv«, nämlich in die Werkstatt der Erinnerung, vermittelten Andrea Althaus und Janine Schemmer. Sie präsentierten die Vielfalt der hier gesammelten Oral History Interviews und Materialien. Unter anderem stellten sie ein Videointerview mit Leo Arbel vor,



einem jüdischen Zeitzeugen, der 1931 in Hamburg geboren wurde und 1938 zunächst nach Uruguay und später nach Israel emigriert war. Ein ganz anderes Beispiel ist hingegen Otto Pilchert, 1937 in Altona geboren. Er spricht im Interview darüber, wie er in den 1950er Jahren als Jugendlicher in verschiedenen Hamburger Tanzcafés »herumbutscherte«. Den Besuchern zeigte sich plastisch, zu welch unterschiedlichen Themen der Hamburger Geschichte im 20. Jahrhundert die Werkstatt der Erinnerung Interviews führt und archiviert.

Angelika Voß und Karl Otto Schütt führten ihre Gäste durch verborgene Räume des Archivs und der Bibliothek, die für die Öffentlichkeit sonst nicht zugänglich sind. Im Archiv stellte Angelika Voß unter anderem den Briefwechsel eines Hamburger Ehepaares mit Bürgern aus Schwerin vor. Das Ehepaar hatte im Februar 1990 in der »Schweriner Volkszeitung« eine Anzeige aufgegeben, um dort eine private Unterkunft zu finden. Daraufhin erhielt es 350 Briefe aus Schwerin und Umland von Menschen, die von ihrer Situation nach dem Mauerfall berichteten – eine einmalige alltagsgeschichtliche Quelle. Das Interesse der Besucher in der Bibliothek war breit gestreut – von Literatur über Hamburg aus der Zeit des Nationalsozialismus bis hin zu alten Hamburger Zeitungen im Original. Besondere Beachtung fand auch in diesem Jahr der »Buchdurchlauf«, d. h. die unterschiedlichen Stationen, die ein Buch vom Ankauf an durchlaufen muss, bis es ausgeliehen werden kann.

Last but not least sei das FZH-Geschichtsquiz erwähnt, das Claudia Kemper in diesem Jahr unter dem Titel »Umnachtetes Wissen« präsentierte. Keineswegs »umnachtet« waren die Kandidatinnen und Kandidaten, die Fragen rund um das Thema »Hamburg nach 1945« beantworten mussten. Dabei erschlossen sich neue Horizonte. So nahm ein Teilnehmer erstaunt zur Kenntnis, dass bei der Bürgerschaftswahl 1986 auf der Liste der »Grün-Alternativen Liste« ausschließlich Frauen kandidiert hatten. Für ihr Wissen konnten die Befragten bis zu sechs Bücher gewinnen

Am Tag danach vermeldete die BWF einen neuen Rekord: 31.235 Besucher und damit rund 11.000 mehr als vor zwei Jahren, erlebten, wie interessant und vielseitig Wissenschaft und Forschung in der Hansestadt sind. Einen neuen Besucherrekord verzeichneten dabei auch die »Vier Institute Beim Schlump 83«. Hier wurden 933 Gäste gezählt, ein Drittel mehr als im Jahr 2011! Die sechste Hamburger Nacht des Wissens ist für 2015 geplant.

KIRSTEN HEINSOHN

■ IN SEARCH OF REVOLUTION,
1916 – 1923: GERMANY
AND ITS EUROPEAN CONTEXT

- 1 Wie sehr die Politikgeschichte noch immer die Geschichtsschreibung über die Revolution beeinflusst, konstatierte zuletzt auch Nils Freytag in einer Sammelrezension. Nils Freytag: Stecken geblieben – Vernachlässigt – Vergessen. Neuerscheinungen zur Revolution 1918 / 19 (Rezension), in: sehepunkte 13 (2013), Nr. 3 [15.03.2013], URL: <http://www.sehepunkte.de/2013/03/21766.html>.

IN SEARCH OF REVOLUTION, 1916 – 1923: GERMANY AND ITS EUROPEAN CONTEXT

Tagung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung, Köln, 21.–23. März 2013, organisiert von Anthony McElligott (Department of History / University of Limerick), Klaus Weinbauer (Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften / Universität der Bundeswehr München), Kirsten Heinsohn (Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Fritz Thyssen Stiftung

Die internationale Tagung zur deutschen Revolution 1918/19 im europäischen Kontext hatte zum Ziel, neuere Forschungsprojekte zur Revolution zu präsentieren und dabei den traditionellen Zugriff auf das Thema über politikhistorische Ansätze zu vermeiden. Gefragt und eingeladen waren daher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Europa und den USA, die mit ihren Projekten einen erweiterten sozial- und kulturwissenschaftlichen Zugriff auf die Revolutionsmonate erproben.¹ Gemeinsam sollte reflektiert werden, wie das historische Bild der deutschen Revolution erweitert und zugleich in einen europäischen Kontext eingeordnet werden kann.

Aufgrund einiger krankheitsbedingter Absagen musste das ursprünglich geplante Programm verändert werden. Die Veranstalter entschieden, die in Panels organisierten Vorträge kompakt an den beiden ersten Konferenztagen zu diskutieren und am Ende eine gemeinsame Diskussionsrunde über Ergebnisse der Konferenz und offen gebliebene Fragen durchzuführen. Diese Entscheidung erwies sich als ein Glücksfall für die Tagung, da sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr produktiv an dieser Diskussion beteiligten. Alle präsentierten Texte zu Aspekten der Revolution im europäischen und deutschen Kontext aus laufenden oder gerade abgeschlossenen

Arbeiten. Die umsichtige Begleitung durch das Team der Thyssen-Stiftung und die besondere Atmosphäre des kleinen Vortragssaales im Domizil der Stiftung trugen wesentlich zum Erfolg der Tagung bei.

Zusammengefasst stellten die Vorträge neue Einsichten zu drei unterschiedlichen Feldern bzw. Perspektiven der Revolution vor:

1. Ein zentrales Thema aller Beiträge war die Auseinandersetzung mit Gewalt, Staat und Ordnungen. Für diesen Komplex ist auch die Ausweitung des Betrachtungszeitraumes von Bedeutung: Einerseits setzen schon seit 1916 im Deutschen Reich Prozesse der politischen Delegitimierung des Staates und seiner (monarchischen) Ordnung ein, andererseits zog sich die Phase der Neuordnung des Staates bis 1923 hin, als mit der vorübergehenden Bewältigung der schweren wirtschaftlichen Folgen des Krieges eine zeitweise Beruhigung, ja Stabilisierung der neuen Ordnung erreicht war. Die Frage der Periodisierung schwang in vielen Beiträgen mit, stand aber nicht im Vordergrund der Argumentation. Lediglich Christine Hikel plädierte mit Blick auf die Gewalterfahrungen offensiv dafür, von einer europäischen »revolutionären Epoche« im Zeitraum von 1917 bis 1945 zu sprechen.

Es wurde deutlich, dass die Wochen der staatlichen Umwälzung im November und Anfang Dezember 1918 im Deutschen Reich relativ friedlich verliefen, bevor Ende des Jahres eine Steigerung von gewalttätigen Übergriffen einsetzte. Diese Zunahme von Gewalt hatte ihren Ursprung in einer Art Machtkampf der politischen Kräfte (die sich zugleich selbst in diesem Kampf produzierten und profilierten) um die neue Gestaltung von Staat und Gesellschaft. Anthony McElligott postulierte daher auch, dass es den Beteiligten eigentlich nicht um Revolution und Umwälzung gegangen sei, sondern um die Suche nach Ordnung und Stabilität.

Dieser Interpretation stimmten andere zu, etwa Christine Hikel, die über das Leitbild von »Ruhe und Ordnung« sprach, oder auch Mark Jones, der auf den Charakter der Revolution als »spatial contestation of power« hinwies. Damit war eine weitere Dimension eingeführt: »Die Revolution« fand nicht nur auf der nationalen, sondern mehr noch auf regionaler und städtischer Ebene statt, wo es oftmals mehr um die Begleichung alter Rechnungen als um die Neuordnung der Verhältnisse ging (Klaus Weinbauer). Florian Grafl konnte die Zentralität von regionalen Konflikten mit Blick auf revolutionäre Ereignisse in Barcelona verstärken, ebenso Sara Sophie Stern in ihrem Beitrag über Minenarbeiterstreiks in England und Deutschland im frühen 20. Jahrhundert. Nadine Rossol thematisierte die Versuche von demokratisch orientierten Polizeireformern, sich im Prozess der Bildung einer nationalen Polizei ab 1919 als »Teil des Volkes« und nicht als ordnungsdurchsetzende Staatsmacht zu inszenieren.

2. Aus einer kulturhistorischen Perspektive waren die Themenfelder Kommunikation und Ideenwelt zentral für einen neuen Blick auf die revolutionäre Zeit. In fast allen Beiträgen spielten das Reden über, die Vorstellung von Zukunft und Vergangenheit, die Hoffnungen und Ängste bei den jeweils untersuchten historischen Akteuren eine wichtige Rolle, aber auch Fehlinterpretationen, wie etwa Oliver Haller in seiner Analyse der Gründe für die Kriegsniederlage der deutschen Armee zeigte, in der die Auswirkungen der Grippewelle eine weitaus wichtigere Rolle spielten als von Zeitgenossen und Historikern angenommen. Ein von Kathleen Canning geforderter »ethnografischer Blick« auf Akteure und Ereignisse offenbart die Macht der Imagination auf konkrete Handlungen. Ähnlich argumentierte Christine Hikel in ihrem schon erwähnten Beitrag zum Sprechen über »Ruhe und Ordnung«, aber auch Norma Lisa Flores, die am Beispiel von Unruhen in Berlin und Washington über den Einfluss der allgegenwärtigen »Angst« vor der russischen Revolution bzw. »den Russen« zu Beginn der 1920er Jahren sprach. Heide Tworek bereicherte die Debatte mit ihrem Beitrag zur Rolle von Nachrichtenagenturen für die Verbreitung von Angst, Hoffnung oder sogar der Revolution an sich: Gab es eine Revolution, wenn die Nachrichtenagenturen nicht mit dieser Bezeichnung über soziale oder politische Unruhen berichteten?

3. Schließlich war es allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Anliegen, den forschenden Blick auch auf die Formierung von Subjektivitäten

und sozialen Bewegungen in und durch die Revolution zu richten. Für diesen Kontext war zunächst einmal die Kritik an der hegemonialen politikhistorischen Sicht auf die Revolution bezeichnend, denn diese Sicht nimmt stets nur die politischen Parteien und die Gewerkschaften als handelnde Akteure wahr. Insbesondere Kathleen Canning zielte mit ihren Beiträgen zum Konzept des »citizenship« in einer Gender-Perspektive auf die zeitgenössische Konstruktion von politischen Identitäten jenseits der Parteipolitik. Aber auch Moritz Föllmer zeigte in seiner diskursanalytischen Arbeit über das »revolutionäre Subjekt«, wie stark die Zeitgenossen an ihrer Subjektwerdung als »moderne«, »demokratische« oder eben »revolutionäre« Menschen »arbeiteten«. Ähnlich starke Hoffnungen auf eine neue Zeit äußerten auch die Sexualreformer in Deutschland, wie Laurie Marhoefer ausführte. Ian Grimmer wiederum stellte die »Räte geistiger Arbeiter« vor, die sich in den Dienst der Revolution stellen wollten, indem sie eine radikale Transformation der Kultur forderten, um den »neuen Menschen« zu schaffen. Jens Boysen verwies in seinem vergleichenden Beitrag zu Polen und Deutschland auf die Rolle der polnischen bzw. deutschen Minderheiten in den jeweiligen Staaten während der revolutionären Ereignisse.

Für den Kontext der Subjektivitäten und Ideenwelten wird es zukünftig wichtig sein, auch einen Blick auf die gegenseitige Konkurrenz in diesem Feld zu werfen.

Im Abschlusspanel wurden viele der schon vorgestellten Überlegungen noch einmal aufgenommen und zugespitzt, darunter auch folgende Themen bzw. Fragen:

- Wie kann die Beweglichkeit (»fluidity«) der Revolution auf regionaler und nationaler Ebene angemessen historiografisch dargestellt werden?

- Wie kann der starke regionale / städtische Bezug der revolutionären Ereignisse mit dem Geschehen auf nationaler Ebene verbunden werden? Wie kann die europäische Verflechtung Berücksichtigung finden – hatte die Revolution überhaupt europäische Dimensionen oder doch eher nationale?
- Gewalt und die Suche nach Ordnung sind Teilaspekte von politischer Partizipation – akzeptiert man diese These, dann muss der Fluchtpunkt für die Darstellung der Revolution das gesamte 20. Jahrhundert sein.
- Raum und Raumbezüge sollten stärker Berücksichtigung finden.
- Die Veranstalter beabsichtigen die meisten Beiträge der Tagung in einem englisch-sprachigen Sammelband zu publizieren und haben dazu bereits ein Konzept entwickelt. Die Publikation ist für Herbst 2014 / Frühjahr 2015 geplant.

ZEITGESCHICHTE TRANSNATIONAL – DEUTSCHLAND NACH 1945*

Tagung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in
Hamburg (FZH) in Kooperation mit Detlef Siegfried
(Kopenhagen) und Alexander Gallus (Rostock / Chemnitz),
15.–17. Mai 2013, Universität Kopenhagen

Was ist von dem oft erhobenen Vorwurf zu halten, transnationale Zusammenhänge flößen zu wenig in die deutsche Zeitgeschichtsforschung ein? Was sind die Charakteristika eines spezifisch transnationalen Ansatzes? Stellt er eine Ergänzung oder Alternative zur nationalen Geschichtsschreibung dar? Diese von Detlef Siegfried in seinem Eröffnungsvortrag formulierten Leitfragen bildeten den Ausgangspunkt einer von der Fritz Thyssen Stiftung und dem Center for Modern European Studies der Universität Kopenhagen geförderten Tagung über »Zeitgeschichte transnational«.

In der von Christoph Cornelißen zum Auftakt moderierten Podiumsdiskussion mit Norbert Frei, Martin Sabrow und Mary Fulbrook herrschte zunächst Einigkeit, dass es sich bei »transnationaler Geschichte« um eine Perspektive handelt und nicht, wie in den letzten Jahren des Öfteren postuliert, um ein neues Forschungsparadigma. Ob eine transnationale Perspektive sinnvoll sei, hänge dabei schlicht von der jeweiligen Fragestellung ab. Eine nationale Fokussierung in der

* Langfassung in: H-Soz-u-Kult, 30.7.2013, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4949>>.

deutschen Zeitgeschichtsforschung, so das Podium einstimmig, habe es jedenfalls nie gegeben. Diese Einschätzung wurde von den übrigen Konferenzteilnehmern nicht uneingeschränkt geteilt: Transnationale Geschichte sei weitaus mehr als eine Modeerscheinung und in ihrem Innovationspotential auf jeden Fall ernst zu nehmen. Letzteres sei in der deutschen Zeitgeschichtsforschung keineswegs immer geschehen.

Die erste Sektion über »Zäsuren transnationaler Herausforderungen« eröffnete Dietmar Süß mit einem Vortrag über »1945« und damit verbundene deutsche und europäische Erinnerungskulturen. Er stellte den Luftkrieg als Erinnerungsort in den Mittelpunkt, der ein starkes identitätsstiftendes Potential entfaltet habe, dabei aber sehr unterschiedliche nationale Gedächtniskulturen ausprägte. Dabei fungiere in der kollektiven Erinnerung der Begriff der Versöhnung als Teil nationaler Opfernarrative, sei darüber hinaus aber auch zu einem zentralen Teil internationaler Wiederannäherungen geworden. Süß hob die Kathedrale in Coventry als herausragendes Beispiel für einen transnationalen und ökumenischen Ort der Erinnerung heraus. Karen Schönwalder machte ausgehend von der symbolischen Bedeutung des Anwerbevertrags mit Italien im Jahr 1955 die transnationale Perspektive bei der Betrachtung der Migration und Migrationspolitik stark. Dabei wurde etwa in Bezug auf die Gastarbeiterpolitik ersichtlich, dass Druck aus den Herkunftsländern politische Entscheidungen in der Bundesrepublik beeinflusst hat. Hinsichtlich der Rückwirkungen der Migration auf die ansässigen Gesellschaften sei bei persönlichen Netzwerken ein »Transnationalismus im Innern« zu beobachten, wobei die Diversität der transnationalen Netzwerke mit abnehmendem Alter zunahm: eine signifikante Veränderung der Gesamtgesellschaft durch Migration sei zwar langsam, aber deutlich nachweisbar. Für Frank Bösch war 1984 als »Orwell-Jahr« bereits vorab zur Zäsur stilisiert worden und avancierte zur Chiffre für diverse Ängste, besonders für die bundesdeutsche Linke. Begreift man »1984« als mediale Revolution, so stelle sich die Frage, inwiefern das Jahr durch die Medien im Nachhinein umgewidmet worden sei und, allgemeiner, inwieweit nicht Medien selbst – meist ex post – Zäsuren ausbildeten.

Zu Beginn der zweiten Sektion über »Globales Engagement in Deutschland« stellte Claudia Kemper die Organisation »International Physicians for the Prevention of Nuclear War« (IPPNW) vor, die als Gegenentwurf

zur »Sprachlosigkeit« des Kalten Krieges einen grenz- und blockübergreifenden Dialog propagierte. Der so entstandene Dialog- und Aktionsraum war jedoch zeitlich begrenzt und spiegelte oft auch die Strukturen der Blockkonfrontation wider. Nicht nur deswegen müsse letztendlich bezweifelt werden, dass internationale Organisationen zwangsläufig zu transnationalen Beziehungen führten. Detlev Brunner legte dar, dass in der DDR die »antiimperialistische Solidarität« als offizielle Staatspolitik mit ihrer Verflechtung außen- und innenpolitischer Zielsetzungen auch der Identitätsstiftung und der Systemlegitimation gedient habe. Bei den Solidaritätsaktionen und Auslandseinsätzen von FDGB oder FDJ kam es zu teilweise engen Kontakten nicht nur mit einheimischen Bevölkerungen, sondern auch mit Hilfsbrigaden anderer sozialistischer Staaten. Der Alltag ausländischer Vertragsarbeiter in der DDR wiederum war stark reglementiert, trotzdem seien deren Erinnerungen an die DDR meist positiv. Insgesamt sei die DDR durch die internationalen Kontakte in vielfältiger Weise beeinflusst worden. Bart van der Steen nahm mitteleuropäische Hausbesetzerszenen der 1980er Jahre in den Blick. Die dabei entstandenen internationalen Kontakte hatten meist persönlichen Charakter und waren informell organisiert. Als Katalysatoren fungierten z. B. Kampagnen gegen Räumungen, aber auch bestimmte Musikgruppen. Van der Steen hob hervor, dass das Lokale in der Hausbesetzerszene – trotz zunehmender transnationaler Vernetzung – immer ein zentraler Aspekt geblieben sei und deshalb hier eher das Konzept der »Glokalisierung« zum Tragen komme.

In der dritten Sektion über »Lebensstile und Konsummuster in der multikulturellen Gesellschaft« betrachtete Maren Möhring zunächst »ausländische Spezialitätenrestaurants« als transnationale Orte, an

denen Personal und Gäste mit und ohne Migrationshintergrund interagierten. Anstelle der Kategorie »transnational« zog sie »translokal« vor, um damit einen engeren Bezug auf verschiedene räumliche Ebenen herzustellen. Der zweite Strang des Vortrags thematisierte die Faszination dieser Restaurants als spezielle Orte des Konsums besonders für die links-alternative Szene. Christian Kleinschmidt eröffnete seinen Beitrag über das Automobil als Konsumprodukt mit dem Hinweis, dass in der Wirtschaftsgeschichte weniger von »Transnationalisierung« als von »Internationalisierung« gesprochen werde. In den 1960er und 1970er Jahren spielte dabei der Anteil der Importe auf dem bundesdeutschen Markt noch eine untergeordnete Rolle. Von einer Internationalisierung des Konsums könne frühestens ab Ende der 1970er Jahre gesprochen werden, als sich die japanische Autoindustrie als Konkurrenz herauskristallisierte, sodass man beim bundesdeutschen Automobilkonsum von einer »aufgeschobenen Internationalisierung« sprechen müsse. Isabel Richter thematisierte den Aufstieg »individueller« Reisepraktiken und die Etablierung des so genannten »alternativen Tourismus« nach Indien in den 1970er Jahren. Anna Klie stellte abschließend die bundesweit größten und einflussreichsten türkisch-islamischen Moscheeverbände vor. Seit dem 11. September 2001 und einer zunehmenden Islamfeindlichkeit in Deutschland würden sie einerseits als Orte des Fundamentalismus, als Integrationshindernisse oder Parallelgesellschaften betrachtet. Andererseits seien aber auch positive Entwicklungen wie die Anerkennung als gleichberechtigte Gesprächspartner oder die rechtliche Gleichstellung islamischer Religionsgemeinschaften zu beobachten.

Die vierte Sektion über »Medien und Populärkultur« eröffnete Malte Zierenberg mit einem Beitrag über internationale Bildagenturen. Die Geschichte der deutschen Pressefotografie sei als »eine erweiterte infrastrukturelle Transnationalisierungsgeschichte« zu konzipieren, wobei es besonders um jene medialen Infrastrukturen gehe, die sowohl das Ergebnis als auch eine Grundlage für transnationale Kommunikationen bildeten. Christina von Hodenberg beleuchtete das Fernsehen als ein von vornherein transnationales Phänomen. Seit den 1950er Jahren war der internationale Austausch von Formaten und Konzepten schon allein aufgrund der Produktionskosten üblich geworden. Dabei entstand ein Spannungsverhältnis zwischen dem Fernsehen als Instrument nationaler Diskurse auf der einen

und der starken Präsenz internationaler Programmimporte und transnationaler Vernetzungen auf der anderen Seite. Dies führte aber nicht automatisch zum Aufbrechen nationaler Öffentlichkeiten; im Gegenteil konnten solche Importe die Dominanz nationaler Kulturen sogar noch bestärken und in internationalen Diskussionen als Träger aggressiver nationalistischer Stereotype dienen. Alexander Simmeth nahm mit der »Krautrock«-Rezeption in den USA und Großbritannien die junge bundesdeutsche Popmusikszene in den Blick, die sich um 1968 formierte und ab Beginn der 1970er Jahre auf die angloamerikanischen Zentren der Popmusik zurückzuwirken begann. Die Suche nach einer »eigenen« kulturellen Identität und der damit zusammenhängende Rückgriff auf kulturelle Versatzstücke außerhalb der Popmusik und außerhalb der angloamerikanischen Sphäre habe eine vor allem in den USA und Großbritannien als avantgardistisch und neuartig wahrgenommene Popmusik hervorgebracht, der bis heute transnational eine enorme Wirkungs- und Innovationskraft zugesprochen werde. Frank Bajohr diskutierte nationale, internationale und transnationale Aspekte des deutsch-deutschen Fußballs. So entwickelte sich die westdeutsche Nationalmannschaft nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft 1954 zur gemeinsamen nationalen Projektionsfläche. Nach einer post-nationalen Phase in den 1980er und frühen 1990er Jahren, in der sich eine signifikante Zahl junger Westdeutscher mit »Außenseitern« und Nationalmannschaften kleiner Länder identifizierte, sei spätestens mit der WM 2006 im eigenen Land wieder eine Begeisterung für das eigene Team erwacht. Dabei böten sowohl das Nationalteam wie auch die Vereinskmannschaften heute aufgrund ihrer multiethnischen bzw. multikulturellen Zusammensetzung kaum mehr eine Basis für nationale Projektionen.

Die fünfte Sektion über »Erinnerungskulturen« begann mit einem Beitrag von Stefanie Schüler-Springorum über Museen, die sich mit dem Nationalsozialismus oder dem Holocaust beschäftigen und in der Regel keine transnationalen Orte seien. Vielmehr seien sie gekennzeichnet von transnationalen Darstellungen für einen nationalen Kontext. Claudia Kraft referierte über Erinnerungskulturen in Osteuropa im Spannungsfeld zwischen Nationalisierung und Transnationalisierung. Im postsozialistischen Umfeld nach 1989 gab es dabei einen regelrechten »Boom«, wobei die Verknüpfung von Erinnerung und Identität ein zentraler Aspekt war. Die Herausbildung einer dezidiert europäisch-transnationalen Erinnerungskultur sei allerdings unwahrscheinlich. Im letzten Beitrag untersuchte Simone Lässig den Wandel zeitgeschichtlicher Darstellungen in Schulbüchern, bei denen sie seit den 1970er Jahren eine Entwicklung weg von rein nationalen Perspektiven feststellte.

Alexander Gallus hielt abschließend als Konsens der Konferenz fest, dass transnationale Geschichte – nicht als neue Meistererzählung oder neues Paradigma, wohl aber als Forschungsperspektive – eine große Bedeutung für kultur-, kommunikations- und mikrogeschichtliche Themen habe. Zu den offenen Fragen gehörten sowohl die Integration empirischer Daten und *hard facts* als auch die Verbindung mit der Gesellschaftsgeschichte oder der »klassischen« Politikgeschichte. Zudem wurde die Uneindeutigkeit des Begriffs »transnational« ebenso hervorgehoben wie die Tatsache, dass ähnlich wie bei dem Terminus »international« letztlich die Nation der Bezugspunkt bleibt. Als begriffliche Alternativen erschienen im Kontext der jeweiligen Fragestellungen etwa »glokal«, »translokal« sowie »transkulturell«. Der Begriff »global« spielte dagegen interessanterweise an keiner Stelle eine Rolle. Insgesamt bekräftigten die thematisch außerordentlich vielfältigen Beiträge und Diskussionen das bisher vernachlässigte Potential der transnationalen Perspektive in der Zeitgeschichtsforschung.

GESPANNTE VERHÄLTNISSE

Frieden und Protest in Europa in den
1970er und 80er Jahren*

Jahrestagung des Arbeitskreises Historische
Friedensforschung, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in
Hamburg (FZH), 17.–19. Oktober 2013

Nicht nur die Bewegung ist in Bewegung, sondern auch der Frieden«, begrüßte Claudia Kemper (Hamburg) etwa 40 Teilnehmer/innen der Jahrestagung des Arbeitskreises Historische Friedensforschung: Sie forderte die anwesenden Wissenschaftler/innen damit zur Kritikbereitschaft ihrer Forschung gegenüber auf. Denn aus der Gegenwart sind immer neue Fragen an die historische Friedensforschung zu richten, die sich mit Handlungsprozessen, -optionen und -alternativen der Akteure der Friedensbewegung befasst. Der Veranstaltungstitel »Gespannte Verhältnisse« nahm daher explizit die Aushandlungsprozesse einer heterogenen Friedensbewegung in den Blick. Auch auf der Tagung sollten sich befruchtende kommunikative Spannungen ergeben. Kemper wies auf die »soziale Praxis« hin, die im Rahmen von sozialen Bewegungen zu gemeinsamen Wertvorstellungen führen konnte oder sollte. Inwiefern die Friedensidee moralisch-ethisch hergeleitet und transnational war, oder ob sie primär als kommunikatives Instrument diente, war Gegenstand der Diskussionen.

Der geografische Rahmen wurde vom europäischen Ost-West-Konflikt bis zu den transatlantischen

* Langfassung in: H-Soz-u-Kult, 30.11.2013, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=5121>>.

Vernetzungen gespannt. Kongruenzen kristallisierten sich in der bereits im ersten Vortrag von Robert Brier (Warschau) betonten kommunikativen Analyse heraus. Die divergierende Aufladung von Kernsemantiken einzelner Bewegungsteile erschwerte die langfristige Zusammenarbeit von Gruppen unterschiedlicher nationaler Prägung, ließ aber teilweise kurzfristige Kooperationen zu. Das galt unter anderem für die sozialen Bewegungen in Ostmitteleuropa Ende der 1970er Jahre, die Helmut Fehr (Bielsko-Biala) mit dem »indigenen Gemeinschaftsansatz« verglich. Dieser könnte sich auch als hilfreich für die von Benjamin Kireenko (Mannheim) und Christian Helm (Hannover) untersuchte deutsche Solidaritätsbewegung mit Befreiungsbewegungen in Mittelamerika erweisen. Einer instrumentellen Verflechtung kam die Kooperation einiger Vertreter der SPD mit der US-amerikanischen »freeze«-Bewegung gleich, wie sie Jan Hansen (Berlin) einordnete: Er sprach von einer »Deutungsgemeinschaft«, in der die SPD eine ihr nachgesagte Amerikafeindlichkeit widerlegen und die amerikanische Basisbewegung mit Willy Brandt im US-Kongress 1983 einen prominenten Fürsprecher präsentieren konnte. Vor allem in den Diskussionen konnte die Erkenntnis bestärkt werden, die Einordnung der unterschiedlichen Bewegungen mithilfe diskursiver Strategien vorzunehmen: Jene Solidaritätsbewegung für Nicaragua sei vor allem durch ein USA-kritisches Narrativ (Kireenko) bestimmt worden, während die Gewaltfrage vor dem Hintergrund des »Friedens« neu verhandelt werden musste. Nach Helm kam es dabei zu einer »Erweiterung des Friedensbegriffs« in Richtung eines emanzipatorischen Gesellschaftsmodells. Kommentator Detlef Siegfried (Kopenhagen) fragte, ob dies nicht vielmehr in eine dem Zeitgeist entsprechende »Protestkultur« einzuordnen sei. Philipp Baur (Augsburg) Darstellung der popmusikalischen Protestveranstaltungen bestätigte diesen Eindruck hinsichtlich der Ausweitung des Massenphänomens »Protest« auf den Konsum.

Doch selbst im globalisierten Kultursegment Popmusik seien die transnationalen Differenzen unverkennbar gewesen – besonders deutlich bei blockübergreifender Zusammenarbeit. Der Schwerpunkt, den ostmitteleuropäische Bewegungen wie *Solidarność* in Polen legten, zielte vor allem auf die Einforderung von »Menschenrechten« – während der westeuropäische Friedensbegriff militärische Abrüstung meinte. Nicht nur der Streit um Semantiken, sondern die unterschiedlichen Möglichkeiten, politische

Freiheiten wahrzunehmen, konnten zur kommunikativen Barriere werden. Der von jenen unter sowjetischer Unterdrückung entstandenen Gruppen angewendete »Legalismus«, die Umdeutung offizieller Propagandaformeln, sei charakteristisch, hielt Monica Rütters (Hamburg) fest: Christian Domnitz (Berlin) untersuchte die staatssozialistische Formel »Unteilbarkeit des Friedens«, Ernst Wawra (Erlangen) ergänzte außerdem das Insistieren sowjetischer Dissidenten auf die Menschenrechtswahrung nach der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975.

Die Differenz zwischen Aktivisten der unterschiedlichen politischen Blöcke galt auch für die konfessionellen Gruppierungen: Sebastian Kalden (Marburg) betonte die Zusammenarbeit der evangelischen *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* und der ökumenischen *Initiative Kirche von unten* mit europäischen Kircheninitiativen. Dem stand Daniel Gersters (Münster) These gegenüber, der in seiner Untersuchung der katholischen Organisation *Pax Christi* vor allem auf die schwierige Vermittlung über politische Blockgrenzen hinaus verwies. *Pax Christi* blieb demnach eine westeuropäische Organisation trotz des universellen katholischen Kirchenlehrenpostulats, das beide Referenten für eine interkonfessionelle Zusammenarbeit als hinderlich bezeichneten. Das Blockübergreifende beschrieb Angelika Dörfler (Potsdam) dagegen als befördernd für die evangelische Friedensbewegung im Austausch zwischen BRD und DDR. Der finanziellen und materiellen Unterstützung der deutschen Ost- durch die Westkirche stand andersherum eine moralisch-ethische Befruchtung gegenüber. Kirsten Heinsohn (Kopenhagen) ordnete dies als »besondere Qualität« des gesellschaftlichen Faktors Kirche ein, der stärker zu untersuchen sei als die Akteure. Konnte

Kirche als »Oppositionspartner« zu jener so wichtigen kommunikativen Atmosphäre beitragen, um interkonfessionelle Diskurse zur Friedensdebatte zu ermöglichen?

Eine Einordnung der Nachwirkungen der Friedensbewegungen als »Lehrstück« nahm Andreas Wirsching (München) in einem Abendvortrag vor. In einem Dreischritt zeigte er emotionsgeschichtlich auf, wie die Friedensbewegten ihren Aktivismus mit positiver »Reaktivierbarkeit« verknüpften. Diese Atmosphäre habe dazu beigetragen, auf der politischen Ebene jede weitere Nachrüstungsdebatte zu verhindern und die Abrüstungsdiskussion in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ermöglicht. Verfassungsgeschichtlich hob Wirsching auf den Volksvertretungsanspruch der Bewegung ab, der den Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zur Versammlungsfreiheit 1985 als »Kompensation fehlender plebiszitärer Elemente« beeinflusst habe – laut Wirsching ein »stiller Verfassungswandel«. Dieses Urteil nach einer Anti-Atomkraft-Demonstration verdeutlicht, warum Corinna Hauswedell (Bonn) die Friedensbewegung als »größten gemeinsamen Tanzboden« verschiedener Akteure bezeichnete, als Konvergenzphänomen. Neben den synchronen verwies Axel Schildt (Hamburg) auf die diachronen Strukturen der Friedensbewegung, die sich etwa im Vergleich mit früheren sozialen Bewegungen in der verfassungsrechtlichen Diskussion um Plebiszite und Versammlungsfreiheit zeigten.

Die viel diskutierte Kategorie Transnationalität ergab sich vor allem aus der sozialen Praxis: Es etablierten sich zwar vielerlei Zusammenarbeiten, weshalb Shelley Rose (Cleveland) von »kooperativen Aktivisten« sprach. Auch Makiko Takemoto (Hiroshima) machte einen Impuls deutscher auf japanische Anti-Atom-Aktivisten aus. Die Zielsetzungen blieben jedoch national intendiert, sodass die Friedensbewegung mit einem »internationalen Pluralismus« zu beschreiben ist, was Christoph Laucht (Swansea) anhand der Organisation *International Physicians for the Prevention of Nuclear War* bekräftigte. Vor diesem Hintergrund fragte Philipp Gassert (Augsburg) nach genauer Verortung des Transnationalen, das sich lediglich in physischer Interaktion, Imagination oder symbolpolitischen Elementen äußern könne.

Welche Impulse hat die Tagung der historische Friedensforschung gegeben? Themenkomplexität und kohärenter Tagungsaufbau wurden durch viele Perspektivwechsel und große Diskussionsbereitschaft ermöglicht. In

NIKLAS WIECZOREK

■ GESPANNTE VERHÄLTNISSE

- 1 Zur Diskussion vgl. Benjamin Ziemann, Perspektiven der Historischen Friedensforschung, in: Ders. (Hrsg.), Perspektiven der historischen Friedensforschung, Essen 2002, S. 13-39.

den Referaten überwog eine Akteurszentrierung, weshalb Christa Hämmerle (Wien) aufforderte, Methoden und Konzepte zu explizieren. Auf diese Weise ließe sich deutlicher herausstellen, welche Bedeutung Semantiken im Kommunikationsprozess der Friedensbewegung einnehmen konnten. Die von Kemper in der Begrüßung zu bedenken gegebene Komplementarität von Frieden und Gewalt – im Unterschied zu Frieden und Krieg¹ – kann in der historischen Friedensforschung weiter geschärft werden, indem die diskursive Aneignung beider Dimensionen im Mittelpunkt steht. Die Beiträge der Tagung regten an, den kommunikativen Prädispositionen, Strategien und Narrativen einzelner und interagierender Bewegungsteile weiter nachzugehen, um die »gespannten Verhältnisse« in der Friedensbewegung zu erhellen. Die historische Friedensforschung bleibt in Bewegung.

SEBASTIAN JUSTKE

■ ÜBER GRENZEN

- * Langfassung in: H-Soz-u-Kult, 7.1.2014, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=5165>>.

ÜBER GRENZEN

Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik der 1950er bis 1980er Jahre*

Tagung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH),
6.–8. November 2013, Haus der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschafts-
förderung, Köln

Ohne ausländische Einflüsse lasse sich die westdeutsche Intellektuellengeschichte nicht adäquat verstehen, postulierte Axel Schildt gleich zu Beginn der von ihm organisierten und von der Thyssen Stiftung geförderten Tagung. Zwar müsse die deutsche Geschichte nicht gänzlich umgeschrieben werden, da der politische Kern der Verwestlichung – der durch medial geförderte intellektuelle Ressourcen vorangetrieben wurde und gegenläufige Elemente sukzessive verdrängte – als »gesicherte Tatsache« bestehen bliebe. Allerdings ließen sich einige große Narrative von der Verwestlichung und Amerikanisierung durch den Blick auf ausländische intellektuelle Einflüsse neu kontextualisieren, so Schildt. Wie er am Beispiel des Ideenimports aus Frankreich während der 1950er Jahre veranschaulichte, war dabei weniger die Faszination für eine fremde nationale Kultur ausschlaggebend, sondern deren inhaltliche Position, vor allem aber ihre Nützlichkeit und Passfähigkeit für die Ideenlandschaft in Westdeutschland.

Dabei stellten sich folgende Ausgangsfragen: Welche wichtigen Ideenimporte lassen sich identifizieren? Gab es spezifische Konjunkturen der Aufnahme? Welche Umstände begünstigten oder behinderten eine Rezeption? Welche Akteure bzw. »Gatekeeper« waren dafür verantwortlich? Wie wurden die intellektuellen Angebote dem westdeutschen Ideenmarkt angepasst? Und schließlich: Lässt sich etwas über die Attraktivität und Wirkung solcher Angebote aussagen und welche Indikatoren gäbe es dafür?

Eine deutlich akteurszentrierte Dimension kam in allen Vorträgen der ersten Sektion zu »Intellektuellen Projektionen der Wiederaufbaugesellschaft« zum Ausdruck. Warum T. S. Eliots christliches Europadenken im

ersten Nachkriegsjahrzehnt in Deutschland begierig aufgegriffen wurde, erörterte Alexander Gallus. Mit seinen 1946 in Deutschland ausgestrahlten BBC-Rundfunkreden zur »Einheit der europäischen Kultur« habe der britische Dramatiker und Lyriker den Deutschen ein attraktives Integrationsangebot gemacht. Eliot habe sich schon früh für eine Reintegration Deutschlands nach 1945 ausgesprochen und dies mit einer gemeinsamen europäischen, christlich geprägten Kultur begründet, deren Wurzeln bis in die Antike zurückreichten. Diese Imagination einer grenzüberschreitenden, geistigen Gemeinschaft in Europa, welche sowohl traditionsverhaftet als auch modern erschien, habe deutschen Intellektuellen nach 1945 einen Weg aus der Krise gewiesen.

Als »idealen Integrationsintellektuellen« der Nachkriegsgesellschaft charakterisierte Birgit Aschmann den in der frühen Bundesrepublik breit rezipierten spanischen Philosophen Ortega y Gasset. Als Bedingungsfaktoren und Verstärker seiner Wirksamkeit benannte sie zum einen die Mischung aus »Exotik und Vertrautheit«, welche bei Ortega wahrgenommen wurde, zum anderen die persönlichen Netzwerke, die der spanische Essayist aufgebaut hatte. Seine Schriften thematisierten zentrale Ängste und damit zusammenhängende zeitgenössische Diskursfelder wie Masse, Technik und Entfremdung. Dass sich Übersetzungsprozesse bei der Rezeption ausländischer Intellektueller nicht immer als unproblematisch erwiesen, zeigte Aschmann anschaulich am »Aufstand der Massen« (1929/1931), einer Zeitdiagnose Ortegas über das Spanien der 1920er Jahre, die gut 20 Jahre später von deutschen Lesern umstandslos auf die eigene »Stunde Null« bezogen worden sei.

Christian Hufen beleuchtete die späte Schaffensphase des russisch-deutschen Soziologen Fedor Stepun,

der während der NS-Zeit mit Rede- und Schreibverbot belegt worden war und nach Kriegsende eine neue Wirkungsstätte in Westdeutschland gefunden hatte.

Klaus Große Kracht referierte über das Verhältnis Jean Paul Sartres zu Deutschland während der späten 1940er und frühen 1950er Jahre, welche durch eine »Mode des Existentialismus« geprägt gewesen seien. Dabei wertete er den aus Frankreich nach Deutschland reimportierten Existentialismus als eine populäre Spielart der deutschen Existenzphilosophie der Zwischenkriegszeit. Den Erfolg Sartres in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft führte er nicht nur auf die zeitgenössische Befindlichkeit der Angst, der Desorientierung und des Werteverlusts zurück, welche die Aufnahme der Philosophie Sartres erleichtert habe, sondern auch auf dessen dezidiert vertretene Position eines dritten Weges zwischen Liberalismus und Kommunismus.

In seinem Kommentar attestierte Dirk van Laak der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft ein starkes Bedürfnis nach Einflüssen geistiger Leitfiguren aus dem Ausland. Dabei habe nicht einmal der eiserne Vorhang die Zirkulation von Wissen und Ideen dauerhaft behindern können. Van Laak verwies auf die Rolle einzelner »cultural broker« – Übersetzer, Verleger und Autoren – welche ausländischen Intellektuellen überhaupt erst ein Forum in Westdeutschland geboten hätten.

Mit einem Beitrag zum Einfluss deutsch-schweizerischer liberaler Ökonomen auf die intellektuelle Öffentlichkeit der Bundesrepublik eröffnete Josef Mooser die zweite Sektion über »Vorbilder für eine neue Gesellschaft des Konsums«. Die Schweiz habe den Nationalökonom Wilhelm Röpke und Edgar Salin als »Diagnosevorbild« für die westdeutsche Entwicklung während der 1950er und 1960er Jahre gedient. In den Wahrnehmungen Röpkes und Salins habe sich die Demokratie in der Schweiz bewährt, und es habe kein Totalversagen der bürgerlichen Eliten gegeben.

Thomas Mergel argumentierte, dass sich der Gesellschaftsbegriff in der Bundesrepublik nach 1945 durch den Einfluss US-amerikanischer Sozialtheorien und Demoskopieforschungen »technokratisiert« habe. Warum in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vor allem die quantitative Sozialforschung ihren Weg nach Deutschland fand, erklärte Mergel mit dem Bedürfnis nach einer Großtheorie, welche gesellschaftliche Phänomene scheinbar umfassend und eindeutig erklären konnten.

Dass die Rezeption schwedischer Alltags-, Sozial- und Wirtschaftspraktiken in der bundesdeutschen Gesellschaft in erster Linie durch eigene Projektionen und Wertehaltungen geprägt gewesen sei, beschrieb Thomas Etzemüller. Detlef Siegfried schilderte, wie der Remigrant Ernst Borneman von der Bundesregierung Anfang der 1960er Jahre beauftragt wurde, ein zweites deutsches Fernsehen nach britischem Vorbild zu schaffen und an dieser Aufgabe scheiterte. Knud Andresen hob in seinem Kommentar hervor, dass nach den Sprechpositionen der ausländischen Intellektuellen, vor allem aber nach den Wahrnehmungen und Zuschreibungen durch westdeutsche Rezipienten zu fragen sei, speziell bei den Akteuren, deren Zugehörigkeit zu einer Nation zum Beispiel durch Remigration nicht eindeutig bestimmbar gewesen sei. Die exogenen Einflüsse auf die westdeutsche Intellektuellenlandschaft müssten somit auch als Wahrnehmungsgeschichte begriffen werden.

In der dritten Sektion zu »Politischen Orientierungshilfen nach der Revolte« fragte Thomas Kroll nach der Attraktivität des Eurokommunismus für marxistische Intellektuelle im Westdeutschland der späten 1970er Jahre. Obwohl die Aneignungsprozesse innerhalb der bundesdeutschen Linken sehr disparat ausfielen, habe dieser eine große Rolle sowohl bei den radikalen Linken als auch bei den im Entstehen begriffenen Alternativbewegungen gespielt.

Als »dunkle Seite« der transnationalen Geschichte bezeichnete Petra Terhoeven die italienischen Einflüsse auf den deutschen Linksterrorismus. Intensive grenzübergreifende Kontakte zwischen linksterroristischen Gruppen in beiden Staaten mündeten in eine »transnationale Solidargemeinschaft mit identischen Freund- und Feindesbildern«, die zugleich von Rivalität geprägt war.

Die Wahrnehmung der »Dritten Welt« und damit zusammenhängende Projektionen anhand der Geschichte westdeutscher Solidaritätsbewegungen von den späten 1960er bis zu den frühen 1990er Jahren stellte Andreas Eckert vor. Die Verheißungen nationaler Befreiungsbewegungen von Vietnam über Kuba bis ins südliche Afrika, so Eckert, hätten für viele Aktivisten die scheinbar sehr viel begrenzteren Chancen zur Einlösung ihrer Visionen von einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft im eigenen Land kompensiert.

Auf Anregungen und Einflüsse europäischer und US-amerikanischer Feministinnen während der 1960er und 1970er Jahre ging Ute Gerhard ein. In seinem Kommentar fragte Martin Sabrow nach der grundsätzlichen Funktionsweise von Ideentransfers und kulturellen Einflüssen von außen und forderte, den Blick nicht allein auf linksintellektuelle Bewegungen sondern auch auf konservative Stimmen aus dem Ausland und osteuropäische Ideenströme zu richten.

Die unter den Schlagwörtern »Postmoderne – Diversifizierung« firmierende vierte Sektion leitete Martin Kindtner mit einem Vortrag zum Poststrukturalismus ein. Am Beispiel der westdeutschen Aneignung französischer Wissenskritik veranschaulichte Kindtner eine »Schichtung der Sedimente aufeinanderfolgender Rezeptionswellen«. Besondere Aufmerksamkeit ließ er den intellektuellen und institutionellen Vermittlern zukommen, welche die französischen Theorien nicht nur in Deutschland eingeführt, sondern gleichsam einem Übersetzungsprozess auch im bundesrepublikanischen Geistesleben verortet hätten.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung westdeutscher Intellektueller mit osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen sprach Hans-Jürgen Bömelburg von deren vielfältigen und »bunten Rezeptionskanälen«. So hätten die Ideen osteuropäischer Intellektueller ihren Weg in die Bundesrepublik nur über den Umweg westlicher Zentren wie Paris und Wien gefunden, da die direkten Rezeptionswege aus historischen und politischen Gründen blockiert gewesen seien.

Die »New-Age-Bewegung« als größtenteils transnationales Phänomen, das seinen Aufschwung in den späten 1960er Jahren erlebte und zu Beginn der 1970er Jahre Europa erreichte, thematisierte Pascal Eitler. In diesem Kontext sprach Eitler von Orientalisierungsprozessen in den 1970er und 1980er Jahren nicht nur im religiösen Feld der bundesrepublikanischen

Gesellschaft, sondern auch in Bereichen der Sexualität, der Ernährung, der Kleidung und der Musik. Die »New-Age-Bewegung« sei darüber hinaus engmaschig mit dem alternativen Milieu, der Umweltbewegung, der Frauenbewegung und der Entstehungsgeschichte der »Grünen« verwoben gewesen.

Durchaus kritisch kommentierte Lutz Raphael den seines Erachtens ausgebliebenen Verweis auf das »aufziehende Gespenst des Neoliberalismus«, das im Gepäck des US-amerikanischen Neokonservatismus nach Europa transferiert worden sei. Darüber hinaus monierte er, dass Religionen und Kirchen auf der Tagung zu wenig Beachtung gefunden hätten, da auch religiöse Bezüge im westdeutschen intellektuellen Feld bis zu den 1980er Jahren von hoher Relevanz gewesen seien.

In ihrem Schlusskommentar fragte Simone Lässig nach den Voraussetzungen und Kosten gelingender kultureller Übersetzungen und ob neben dem Blick auf einzelne Akteure und spezifische Momente nicht auch ein systematisches Nachdenken über Strukturen und Asymmetrien im Feld der Intellektuellengeschichte stattfinden müsse. Als eine der Stärken der Konferenz bezeichnete sie die Spezifizierung, welche Akteure das Feld exogener Einflüsse auf die westdeutsche Intellektuellenlandschaft bestimmt hätten, wer dabei als »Gatekeeper«, »Verhinderer« oder »Vermittler« aufgetreten sei. Dabei sei allerdings stärker nach den Funktionsweisen der Übersetzung zu fragen.

Dass der Begriff der kulturellen Übersetzung einen wichtigen Zugang zum bislang nicht systematisch erforschten Feld westdeutscher Intellektuellengeschichte sowie der darauf wirkenden Einflüsse ausländischer Provenienz darstelle, wurde in der abschließenden Diskussion der Tagung bekräftigt. Dabei müssten Übersetzungsprozesse bei Ideenimporten aus

dem Ausland aber auch immer als Anverwandlungsprozesse verstanden werden. In der Perspektive jüngster Zeitgeschichte seien ferner nationale Diskursgemeinschaften weiter als wichtige Dimensionen zu begreifen. Das Untersuchungsfeld der Intellektuellengeschichte sei nicht frei von Grenzen, sondern werde durch diese geformt. Über den eigentlichen Themenradius der Tagung hinaus wurde wiederholt auf die Zeitzeugenschaft eines Großteils der anwesenden Historiker eingegangen. Dabei stellte sich die Frage, ob bestimmte Fragestellungen, Perspektiven und Themenschwerpunkte nicht auch durch die Brille biografisch geprägter Wahrnehmungen und Deutungen beeinflusst worden seien.

TÄTIGKEITSBERICHT 2013

INHALT

1. Personal und Gremien der FZH	138
2. Forschung	141
<i>a) Die NS-Herrschaft, ihre Folgen und »zweite Geschichte«</i>	142
<i>b) Das lange 20. Jahrhundert</i>	146
<i>c) Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts</i>	149
<i>d) Perspektiven der jüngsten Geschichte (1945–1990)</i>	152
<i>Drittmittel 2013</i>	157
3. Vorträge / Tagungen / Veranstaltungen 2013	157
4. Kooperationsbeziehungen	173
5. Bibliothek	177
6. Archiv	178
7. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)	180
8. Veröffentlichungen der FZH	183
9. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	183
10. Rezensionen über Veröffentlichungen der FZH und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH	190
11. Vorträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	193
12. Medienecho (Auswahl)	204
13. Lehrveranstaltungen	207

1. PERSONAL UND GREMIEN DER FZH

(Stand 31.12.2013)

DIREKTOR (UND VORSTAND)

Prof. Dr. Axel Schildt (für Forschungsprojekt freigestellt
vom 1.10.2011 bis 30.9.2013)

PD Dr. Kirsten Heinsohn (Vertretung bis 15.9.2013)

STELLV. DIREKTORIN (UND STELLV. VORSTAND)

Prof. Dr. Dorothee Wierling (vom 1.10.2013 bis 30.9.2014
Gerda Henkel Visiting Professor am Deutschen Histori-
schen Institut, London, und der London School of
Economics and Political Science; Wahrnehmung ihrer
administrativen Funktionen durch Dr. Christoph Strupp)

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Dr. Knud Andresen

PD Dr. Frank Bajohr (beurlaubt vom 1.8.2013 bis 30.6.2015
für die Leitung des Zentrums für Holocaust-Studien am
Institut für Zeitgeschichte, München)

Sebastian Justke, M.A. (ab 1.5.2013)

Dr. Claudia Kemper

Marc-Simon Lengowski (ab 15.7.2013)

Dr. Christiane Reinecke (beurlaubt vom 1.12.2012 bis
30.11.2013 für ein Marie Curie Fellowship am Centre
d'Histoire Sociale du XXe siècle [Université Paris 1,
Sorbonne] in Paris)

PD Dr. Lu Seegers (ab 1.10.2013)

Dr. Christoph Strupp

David Templin, M.A.

WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)

Dr. Linde Apel

Andrea Althaus, M.A. (ab 1.10.2013)

Jessica Leffers, M.A. (bis 14.4.2013)

DOKTORANDENSTIPENDIUM DER ZEIT-STIFTUNG

EBELIN UND GERD BUCERIUS

Lina Nikou, M.A.

LEKTORAT DER FZH-PUBLIKATIONEN

Joachim Szodrzynski

BIBLIOTHEK

Dipl. Bibl. Karl Otto Schütt, M.A.

Dipl. Dok. Dorothee Mateika

Günther Scharmberg

ARCHIV, DOKUMENTATION UND EDV

Dipl. Bibl. Angelika Voß-Louis

Ewald Dawid

ORGANISATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Maike Raap, M.A.

Rupert A. Marienfeld, M.A.

VERWALTUNG

Susanne Linnig

Birgit Steude (ab 17.6.2013)

STUDENTISCHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Miriam Braun

Jessica Erdelmann

Moritz Liebeknecht

Cäcilia Maag

Henrike Rehders

Martin Schneider

Anna Tartakovskij

PRAKTIKANTINNEN UND PRAKTIKANTEN

Natalie Lasarenko (bis 2.2.2013)

Carmen Ludwig (15.1. – 21.3.2013)

- Direktor und Vorstand
- Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Werkstatt der Erinnerung (WdE)
- Doktorandenstipendium der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucorius
- Lektorat der FZH-Publikationen
- Bibliothek
- Archiv und Dokumentation
- Organisation und Öffentlichkeitsarbeit
- Verwaltung
- Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Praktikantinnen und Praktikanten

Moritz Liebeknecht (4.2. – 15.3.2013)

Daniel Wallburg (4.2. – 15.3.2013)

Philipp Kühlthau (4.3. – 12.4.2013)

Jessica Burmester (15.4. – 24.5.2013)

Florian Tropp (2.9. – 11.10.2013)

Mit Werkverträgen waren für Projekte der Werkstatt der Erinnerung Dr. Kristina Vagt und Janine Schemmer, M.A., tätig. Zudem unterstützten uns Schreibkräfte auf Honorarbasis.

KURATORIUM

Dr. Dorothee Stapelfeldt

*Zweite Bürgermeisterin, Senatorin der Behörde für Wissenschaft und
Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitz*

Uwe Grund

Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg, stellvertretender Vorsitz

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

*Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorsitzender
des Wissenschaftlichen Beirats der FZH*

Ina Dinslage

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Holger Fischer

Vizepräsident der Universität Hamburg

Dr. Manfred Jäger

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

Dr. Willfried Maier

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Dr. Sven Tode

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorsitzender

Prof. Dr. Andreas Gestrich

German Historical Institute London

Prof. Dr. Birthe Kundrus

Universität Hamburg (ab 1.2.2013)

Prof. Dr. Simone Lässig

*Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung,
Braunschweig*

Prof. Dr. Cornelia Rauh

Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Angelika Schaser

Universität Hamburg, stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Dieter Schott

Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Detlef Siegfried

Universität Kopenhagen (ab 1.2.2013)

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze

Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Barbara Vogel

Universität Hamburg (bis 31.1.2013)

2. FORSCHUNG

Die Forschungsprojekte der FZH gliedern sich in vier inhaltliche Schwerpunkte. Den ersten Arbeitsbereich bilden die Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«, d. h. die politischen und gesellschaftlichen Folgen der NS-Diktatur sowie die komplexe Geschichte persönlicher Erinnerungen, gesellschaftlicher Verarbeitungen und öffentlichen Gedenkens. Der zweite Bereich umfasst Projekte, die historische Entwicklungen im gesamten 20. Jahrhundert in den Blick nehmen und dabei nach

langen historischen Linien, Brüchen und Kontinuitäten jenseits der politischen Systemwechsel fragen. Der dritte Arbeitsschwerpunkt bezieht aktuelle Ansätze der Zeitgeschichtsforschung auf die Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dazu zählen u. a. der Wandel politischer Partizipation, Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen, außenpolitischer Beziehungen und der Arbeitswelt oder neue Formen individueller Lebensgestaltung. Die Forschungsprojekte des vierten Schwerpunkts – Perspektiven der jüngsten Geschichte – beschäftigen sich mit Phänomenen der politischen Kulturgeschichte von den späten 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre.

Die konzeptionellen Grundlagen der Forschung wurden mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert und im Kuratorium der FZH vorgestellt. In internen Forschungskolloquien wird regelmäßig über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert. Mehrere Forschungsprojekte lassen sich verschiedenen Schwerpunkten der FZH zuordnen, sie werden in der folgenden Kurzdarstellung aber nur in einem Themenbereich genannt.

a) DIE NS-HERRSCHAFT, IHRE FOLGEN UND »ZWEITE GESCHICHTE«

- Deportationsort Hannoverscher Bahnhof
(Koordination: Dr. Linde Apel)

Die »Expertenrunde ehemaliger Hannoverscher Bahnhof« zur Entwicklung des Dokumentationszentrums und Gedenkortes über die Geschichte der Deportationen von Juden, Roma und Sinti 1940 bis 1945 trat unter der Leitung der Kulturbehörde 2013 einmal zusammen. Das Gremium wurde über die erneute Verzögerung beim Bau des geplanten Gedenkortes in der Hafencity informiert. Die 2012 entwickelte Idee, die Ausstellung »In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945« während des in Hamburg 2013 stattfindenden

Kirchentags zu zeigen, wurde ebenso realisiert wie die Aufstellung des Info-Pavillons auf dem Lohseplatz zur Vermittlung von zentralen Ausstellungsinhalten, Informationen über den Prozess hin zu einer Gedenkstätte und das Beteiligungsprojekt Hamburger Jugendlicher »Wie wollt ihr euch erinnern?«

- »Es vollzieht sich gerade eine Revolution mit unbekanntem Ausgang«. Vier Hamburger erleben das Jahr 1933. Ein Blick in zeitgenössische Tagebücher
(Bearbeiter: PD Dr. Frank Bajohr / Joachim Szodrzynski / Dr. Beate Meyer, IGdJ)

Der 80. Jahrestag der NS-Machtübernahme am 30. Januar 2013 wurde zum Anlass genommen, zeitgenössische Wahrnehmungen näher in den Blick zu nehmen. Wie reagierten die Hamburger auf die Ereignisse des Jahres 1933? Begriffen sie diese als einen tiefgreifenden Einschnitt im politischen und auch in ihrem persönlichen Leben? Welche Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Alltag wurden von ihnen registriert, wie gingen sie mit den Ansprüchen und Anforderungen um, die das neue Regime schon bald an sie stellte? Dominierten eher Hoffnung und Begeisterung, oder bestimmten Bedrückung, Verfolgungsangst und düstere Vorahnungen das Bild?

Ein Vergleich der Tagebuchaufzeichnungen einer Hamburgerin und dreier Hamburger arbeitet die vielfältigen Reaktionen und Wahrnehmungen heraus und geht dabei nicht zuletzt der Frage nach, welche Dimensionen die NS-Machtübernahme in Hamburg kennzeichneten und wie die Ereignisse in einer Hafen- und Handelsstadt wahrgenommen wurden, die sich bis dahin als weltoffen und liberal begriffen hatte. Die Ergebnisse wurden im November 2013 als gemeinsame Publikation der FZH und des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) im Wallstein Verlag veröffentlicht.

- a) Die NS-Herrschaft, ihre Folgen und »zweite Geschichte«
- Deportationsort Hannoverischer Bahnhof
- »Es vollzieht sich gerade eine Revolution mit unbekanntem Ausgang«. Vier Hamburger erleben das Jahr 1933. Ein Blick in zeitgenössische Tagebücher

- Die Beschlagnahmung, Rücknahme, Abwicklung und Übertragung des ehemaligen NS- und Reichsvermögens 1945–1970 in Hamburg (Bearbeiter: Marc-Simon Lengowski)

Unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation des »Dritten Reiches« beschlagnahmten die Alliierten das Vermögen der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen. Auch das ehemalige Reichsvermögen musste unter Kontrolle gestellt werden, war das Deutsche Reich als Rechtsperson doch nicht mehr handlungsfähig. Mit der Verwaltung dieser beträchtlichen Werte wurden nach einer Übergangszeit die Oberfinanzdirektion und ein neu eingerichtetes »Landesamt für Vermögenskontrolle« betraut. Das NS-Vermögen wurde bis 1954 über drei verschiedene, zonenweit arbeitende Rück erstattungsausschüsse entweder an seine vorigen Besitzer zurück- erstattet, an demokratische Nachfolgeorganisationen übertragen oder der Stadt Hamburg zugewiesen. Das ehemalige Reichs- und Wehrmachtsvermögen hingegen sorgte für jahrzehntelange Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Hamburg und dem Bund, die beide möglichst weitgehende Ansprüche geltend machen wollten.

In dem Projekt soll nicht nur für Hamburg eine materielle Gesamtbilanz der NS-Herrschaft, ihrer Verlierer und Nutznießer vorgelegt werden. Besonderes Augenmerk verdient die Frage, wie und nach welchen Kriterien das NS-Herrschaftssystem, das oft weder eine klare Trennung von Staats- und Parteiorganisationen noch von Reichs- und Regionalinstitutionen kannte, in ein föderales, demokratisches Gemeinwesen umgewandelt wurde. Konzeptionell erarbeitet und betreut wird dieses seit Juli 2013 von der DFG geförderte Projekt von PD Dr. Frank Bajohr. Zurzeit finden umfangreiche Archivrecherchen statt.

- Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramm deutscher Großstädte für Verfolgte des Nationalsozialismus (Bearbeiterin: Lina Nikou, M.A.)

Deutsche Großstädte nahmen seit den 1960er Jahren zögernd Kontakt zu ehemaligen Bürgern im Ausland auf, die in der NS-Zeit verfolgt und zur Auswanderung gezwungen oder deportiert wurden und nach ihrer Befreiung auswanderten. Zwar äußerten zahlreiche Emigranten den Wunsch, ihre einstigen Wohnorte zu besuchen, bis in die 1980er Jahre sprachen jedoch nur wenige Stadtregierungen Einladungen aus. Zurückhaltung auf deutscher Seite und Sehnsucht nach einem Besuch bei den Verfolgten – dieses scheinbare Paradox bildet den Ausgangspunkt des Dissertationsprojekts, das seit November 2010 von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius gefördert wird. Grundlage der Analyse bilden städtische Akten sowie Interviews.

Am Beispiel der Entwicklungen der Einladungsinitiativen in München, Frankfurt am Main, (West-)Berlin und Hamburg strebt das Projekt einen Vergleich auf drei Ebenen an: Erstens geht die Arbeit dem lokalpolitischen Umgang mit den Einladungsprogrammen nach, zweitens wird die Interaktion zwischen Stadt und einstigen Bürgern untersucht und drittens wird die Rezeption der Programme durch die Eingeladenen in den Blick genommen.

Dieser dritte Aspekt wurde im Sommer 2013 im Rahmen eines sechswöchigen Aufenthalts in Washington, D.C. am American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) als »Harry & Helen Gray Reconciliation Fellow« intensiv bearbeitet. Teilaspekte des Projekts wurden 2013 in Berlin, Hamburg und Washington, D.C. vorgestellt. Archivaufenthalte erfolgten in Berlin, Frankfurt am Main und den USA, wo auch Interviews mit fünf einstigen Gästen geführt wurden. 2014 wird die Niederschrift weitergeführt.

- a) Die NS-Herrschaft, ihre Folgen und »zweite Geschichte«
- Die Beschlagnahmung, Rücknahme, Abwicklung und Übertragung des ehemaligen NS- und Reichsvermögens 1945–1970 in Hamburg
- Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramm deutscher Großstädte für Verfolgte des Nationalsozialismus

b) DAS LANGE 20. JAHRHUNDERT

- In die Schweiz Gehen. Lebensgeschichtliche Selbst- und Vergangenheitsnarrationen deutscher und österreichischer Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz (1918 bis 1970)
(Bearbeiterin: Andrea Althaus, M.A.)

Nach der Wende zum 20. Jahrhundert bis in die 1960er Jahre gingen Zehntausende deutsche und österreichische Frauen in die Schweiz, um dort ihren Lebensunterhalt als Angestellte in Privathaushalten oder im Gastgewerbe zu verdienen. In dem Dissertationsprojekt wird diese Wanderungsbewegung – die in der historischen Forschung bisher kaum Beachtung fand –, ausgehend von lebensgeschichtlichen Erzählungen ehemaliger Hausangestellter, Köchinnen, Serviertöchtern, Zimmermädchen etc. untersucht. Für das Projekt wurden 28 biografisch-narrative Interviews geführt. In Oral History Archiven – darunter auch der Werkstatt der Erinnerung – wurden weitere lebensgeschichtliche Quellen gefunden. Die Erzähltexte werden nicht nur in ihrer thematisch-inhaltlichen Dimension erfasst und kontextuell verortet, sondern darüber hinaus in Bezug auf ihre narrative Strukturierung analysiert. Das Promotionsprojekt positioniert sich im Spannungsverhältnis von Geschichte und Erzählen und reflektiert das Zusammenspiel von Erlebnis und Erzählung in Vergangenheits(re)konstruktionen. Das Projekt, das bisher von der Landesgraduiertenförderung Baden-Württemberg finanziert wurde und nun an der FZH fortgeführt wird, befindet sich nach der Quellenerhebung in der Phase der Quellenanalyse.

- Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen
(Bearbeiterin: Dr. Linde Apel)

Dem Editionsprojekt zugrunde liegen die autobiografischen Aufzeichnungen von Vater Walter und Sohn Moshe Wolff, orthodox-zionistische Hamburger Juden aus bürgerlichem Milieu, die

1938 ihre Heimat verließen und nach USA und Palästina auswanderten. 1962 schrieb Walter Wolff seine Familienerinnerungen in deutscher Sprache nieder. Knapp 50 Jahre später begann sein Sohn Moshe zu schreiben. Beide Lebensberichte wurden in chronologischer Abfolge miteinander verschränkt und durch Aussagen der jüngeren Söhne von Walter Wolff ergänzt, die Mitte der 1990er Jahre für die »Werkstatt der Erinnerung« interviewt wurden. Die Aufzeichnungen der Autoren aus zwei Generationen bilden sowohl jüdisches Leben in Hamburg wie auch die Neuanfänge in verschiedenen Exilländern exemplarisch ab. Sie umfassen verschriftlichte Erinnerungen an jüdisches Leben vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute. Die Selbstzeugnisse unterschiedlicher Gattungen, Entstehungszeiten und Perspektiven, darunter etwa 200 Fotos und Dokumente aus Privatbesitz, wurden zusammengestellt, eingeleitet und kommentiert, um in der Verknüpfung von privaten Erfahrungen, Erinnerungen und Verarbeitungen einer aus ihrer Heimat vertriebenen jüdischen Familie zentrale Ereignisse der Zeitgeschichte sichtbar zu machen.

Das Buch wird gemeinsam herausgegeben von der FZH, dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) und dem Verein für Hamburgische Geschichte und erscheint im ersten Halbjahr 2014.

- »Hanseaten« und das »Hanseatische« im 20. Jahrhundert
(Bearbeiterin: PD Dr. Lu Seegers)

Der Begriff »hanseatisch« spielt heute eine zentrale Rolle in der Selbstbeschreibung von Hamburgerinnen und Hamburgern. Gemeint ist damit eine diffuse Grundhaltung, die durch Nüchternheit, Pragmatismus, Weltoffenheit, Toleranz und Internationalität gekennzeichnet ist. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das »Hanseatische« im Lauf der Zeit mit sehr unterschiedlichen Bedeutungsinhalten verbunden war. So beschrieb das »Hanseatische« im späten 19. Jahrhundert vor allem die geografische Herkunft aus den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck,

b) Das lange 20. Jahrhundert

- **In die Schweiz Gehen. Lebensgeschichtliche Selbst- und Vergangenheitsnarrationen deutscher und österreichischer Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz (1918 bis 1970)**
- **Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen**
- **»Hanseaten« und das »Hanseatische« im 20. Jahrhundert**

während es in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts als Kampfbegriff gegen die Sozialdemokratie genutzt wurde. Ziel des geplanten Projekts ist es, die Begriffe »Hanseaten« und »hanseatisch« längsschnittartig als Selbstbeschreibung der Hamburger zu untersuchen.

- Eine Familie im Krieg – Lily, Heinrich, Otto Braun und die Freundin Julie Vogelstein: Leben, Sterben und Schreiben im Ersten Weltkrieg (Bearbeiterin: Prof. Dr. Dorothee Wierling)

Das Projekt wurde 2013 mit der Veröffentlichung des Buches »Eine Familie im Krieg. Leben, Sterben und Schreiben 1914–1918« im Wallstein Verlag abgeschlossen.

- Kaffee-Welten. Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert (Bearbeiterinnen: Prof. Dr. Dorothee Wierling, Dr. Christiane Berth, Dr. des. Monika Sigmund)

Das von der DFG und der Stiftung Aufarbeitung geförderte Projekt ist abgeschlossen. Das Buchmanuskript zum Teilprojekt 1 (Hamburger Handel, Wierling) wird im Rahmen der Gastprofessur am DHI London fertiggestellt; das als Dissertation bearbeitete Teilprojekt 2 (Hamburg-Lateinamerika, Berth) ist Anfang 2014 unter dem Titel »Biografien und Netzwerke im Kaffeehandel zwischen Deutschland und Zentralamerika, 1920–1959« bei Hamburg University Press erschienen; die Dissertation von Monika Sigmund (Teilprojekt 3, deutsch-deutscher Kaffeekonsum) wird ebenfalls 2014 veröffentlicht. Zur Zeit wird ein Konferenzband zur Tagung vom Dezember 2012 über die moderne Geschichte des Kaffees vorbereitet, der im Herbst 2014 herauskommen soll.

c) HAMBURG IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Bearbeiterin: Dr. Linde Apel)

Das Projekt wurde für die Bearbeitung der Edition »Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen« unterbrochen und wird 2014 fortgesetzt.

- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Zur Hamburger Außenpolitik (Bearbeiterin: PD Dr. Kirsten Heinsohn) Kooperationsprojekt der FZH und des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ)

Das Projekt soll das gesellschaftliche Feld der »hamburgischen Israelpolitik« von den 1950er Jahren bis Ende der 1980er Jahre ausleuchten und untersuchen, wer die Träger waren, welche Interessen formuliert wurden, wie sich die offiziellen Vertreter der Stadt zu diesem Komplex verhielten und welche Wirkung die Initiativen entfalteten. 2013 wurde die Archivarbeit zur Biografie Erich Lüths weitergeführt und eine erste Konzeption dazu erstellt. Ein Beitrag zur Prägung Lüths durch die bürgerliche Jugendbewegung wurde veröffentlicht.

b) Das lange 20. Jahrhundert

- Eine Familie im Krieg – Lily, Heinrich, Otto Braun und die Freundin Julie Vogelstein: Leben, Sterben und Schreiben im Ersten Weltkrieg
- Kaffee-Welten. Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert

c) Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre
- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Zur Hamburger Außenpolitik

- Migration und Raum. (Sozial-)Räumliche Bezüge spanischer ArbeitsmigrantInnen der ersten und der neuen Einwanderungswelle in Hamburg
(Bearbeiterin: Jessica Leffers, M.A.)

Im März 1960 schloss die Bundesrepublik Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland ab, um nach Italien auch aus diesen Ländern Arbeitskräfte rekrutieren zu können. Rund 50 Jahre später, im Februar 2011, verkündete Bundeskanzlerin Merkel in Spanien, dass Deutschland Fachkräfte sucht. Waren es in den 1960er Jahren überwiegend ungelernte Arbeitskräfte, die nach Hamburg kamen und in der Produktion und im verarbeitenden Gewerbe eingesetzt wurden, sind es nun gut ausgebildete Männer und Frauen, die vor allem als Ingenieure und IT-Kräfte aus Spanien nach Hamburg kommen.

In dem Projekt sollten Unterschiede und Verbindungen zwischen den beiden Migrationsgenerationen herausgearbeitet werden. Ziel war es, einen Beitrag zur Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte und zu aktuellen, auf »Raum« als Analysekatgorie bezogenen Debatten der Migrationsforschung zu leisten. Da die Bearbeiterin im April 2013 eine Stelle am Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg angetreten hat, wird das Projekt an der FZH nicht fortgeführt.

- Hafendarbeit erzählen. Ethnographie zum Wandel der Arbeitswelt Hamburger Hafen
(Bearbeiterin: Janine Schemmer, M.A.)

Ziel der Dissertation ist es, die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster ehemaliger Hamburger Hafendarbeiter über den arbeitsweltlichen Strukturwandel aufzuzeigen und diese in den historischen Kontext der Umbruchsituation seit den 1970er Jahren einzubetten. Mit der technischen Transformation ging auch eine Historisierung der traditionellen Hafendarbeit einher, die sowohl von städtischer Seite als auch von ehemaligen Hafendarbeitern

vorangebracht wurde und den Rahmen der Untersuchung bildet. Das Projekt wurde 2009 an der FZH begonnen, befindet sich in der Niederschrift und wird 2014 abgeschlossen werden.

- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005 (Bearbeiter: Dr. Christoph Strupp)

Der Hafen war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein zentrales Thema Hamburger Politik. Zugleich spiegeln sich in seiner Entwicklung wesentliche weltwirtschaftliche Prozesse dieser Epoche. Die Strukturen aller großen Seehäfen und ihre Abläufe waren nach 1945 dramatischen Veränderungen unterworfen. Sie lassen sich als Entwicklung von klassischen Handels- und Industriehäfen zu modernen Distributions- bzw. Netzhäfen beschreiben, deren Charakter von der Containerisierung des Warenverkehrs bestimmt ist.

Im Rahmen des Projekts wird eine Studie erarbeitet, die diese Prozesse für Hamburg erstmals auf breiter Quellengrundlage untersucht. Zentrale Themen der Untersuchung sind u. a. die hafensorientierte Osteuropa- und EWG-Politik der Senate, die Stellung des Freihafens, die öffentliche Inszenierung und Instrumentalisierung des Hafens sowie Zielkonflikte zwischen dem Hafen und anderen Politikfeldern. Dabei werden lokale Entwicklungen im Zusammenhang mit nationalen und internationalen Veränderungen analysiert und aktuelle Perspektiven wie der in der Zeitgeschichte zuletzt intensiv diskutierte »Strukturbruch« der 1970er Jahre oder die Folgen der Globalisierung nach 1989/90 berücksichtigt.

Im Jahr 2013 standen die Fortführung der Archivarbeit und die Auswertung des bisher gesammelten umfangreichen Materials im Mittelpunkt.

c) Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

- Migration und Raum. (Sozial-)Räumliche Bezüge spanischer ArbeitsmigrantInnen der ersten und der neuen Einwanderungswelle in Hamburg
- Hafendarbeit erzählen. Ethnographie zum Wandel der Arbeitswelt Hamburger Hafen
- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005

d) PERSPEKTIVEN DER JÜNGSTEN GESCHICHTE (1945 – 1990)

- Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation. Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

Das Projekt ist abgeschlossen. Zurzeit wird die Buchveröffentlichung vorbereitet, die für 2015 geplant ist.

- Erinnerungen eines sozialen Milieus und lokale gewerkschaftliche Erfahrungsräume. Lebensgeschichtliche Interviews mit gewerkschaftspolitischen Akteuren in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

In dem seit April 2011 von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt wird durch lebensgeschichtliche Befragungen von gewerkschaftlichen Akteuren auf lokaler Ebene erkundet, in welcher Form und Ausprägung die gewerkschaftlichen Aktivitäten unter Bezügen auf den eigenen Lebenslauf erinnert und verarbeitet werden. Das Manuskript ist abgeschlossen und wird für die Publikation im Klartext-Verlag Essen vorbereitet.

- Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

Das Projekt hat am 1. August 2013 begonnen und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Es gehört zu einem Verbund von bundesdeutschen und dänischen Projekten, die aus

unterschiedlichen Perspektiven nach europäischen Wahrnehmungen der Apartheid fragen (siehe auch das FZH-Projekt Westdeutsche Pfarrer im Land der Apartheid, Bearbeiter Sebastian Justke). In dem Projekt werden Wahrnehmungen und Praktiken westdeutscher und schwedischer Manager multinationaler Konzerne der Metall- und Elektroindustrie im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre vergleichend untersucht. Wie gestalteten sie ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse, wie nahmen sie den Rassismus im Alltag und in den von ihnen geleiteten Werken wahr? Wie wurde auf die wachsende Kritik an einem ökonomischen Engagement in Südafrika von den Beteiligten reagiert? Hierzu wird die Literatur ausgewertet und es werden Firmenarchive aufgesucht. Geplant ist auch, Interviews mit ehemaligen Managern zu führen. Potentielle Gesprächspartner werden zur Zeit identifiziert und angeschrieben. Das Projekt leistet einen Beitrag zur historischen Fundierung der aktuellen Diskussion über die Bedeutung von Verhaltensnormen für multinationale Unternehmen in Staaten mit autoritär geprägter Arbeitsverfassung

- Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren (Bearbeiter: Sebastian Justke, M.A.)

Die Entstehungsgeschichte deutschsprachiger evangelischer Auslandsgemeinden im südlichen Afrika ist eng mit der Tätigkeit deutscher lutherischer Missionsgesellschaften verbunden, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts Missionare ins heutige Südafrika und Namibia schickten. Partnerschaftsverträge mit der EKD systematisierten schließlich die traditionellen Beziehungen der Auslandskirchen nach Deutschland in den 1960er und 1970er Jahren. Neben finanziellen Beihilfen regelten die Verträge vor allem die Entsendung westdeutscher Pfarrer, die Anfang der 1970er Jahre annähernd 80 Prozent der Auslandsgemeinden im südlichen Afrika seelsorgerisch betreuten. Durch den Druck auf das

- d) Perspektiven der jüngsten Geschichte (1945–1990)
- Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation. Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre
 - Erinnerungen eines sozialen Milieus und lokale gewerkschaftliche Erfahrungsräume. Lebensgeschichtliche Interviews mit gewerkschaftspolitischen Akteuren in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland
 - Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre
 - Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren

Apartheidregime aus dem In- und Ausland ab Ende der 1960er Jahre geriet auch die EKD in die Kritik. Zentrale Akteure in diesem Konflikt waren die westdeutschen Auslandspfarrrer. Ihre Identitäts- und Alteritätserfahrungen, Wahrnehmungen, Praktiken und Reaktionen im Land der Apartheid stehen im Fokus des von der DFG geförderten Projekts: Was bewog sie zu einem mehrjährigen Aufenthalt im südlichen Afrika? Wie erlebten sie die Apartheid im beruflichen und alltäglichen Leben vor Ort? Was nahmen sie bei ihrer Rückkehr mit und welche Konsequenzen zogen sie aus den gesammelten Erfahrungen?

- Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. Die deutsche Sektion der IPPNW
(Bearbeiterin: Dr. Claudia Kemper)

Das Projekt geht am Beispiel der anti-atomaren Friedens-Ärzte-Organisation »International Physicians for the Prevention of Nuclear War« (IPPNW) den gesellschaftspolitischen Zusammenhängen in den 1980er Jahren nach. Die IPPNW wurde 1980 als eine amerikanisch-sowjetische Friedenskooperation gegründet; es folgten zahlreiche nationale Sektionsgründungen. Ausgehend von der westdeutschen Sektion untersucht das Projekt, wie diese sich, nicht immer konfliktfrei in der internationalen Zusammenarbeit, professionalisierte und medizinischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der atomaren Bedrohung nachging, wie etwa dem Zivilschutz oder den psychologischen Folgen für die Gesellschaft. Neben der internen Dimension nimmt das Forschungsprojekt weitere Aspekte der jüngeren Zeitgeschichte in den Blick wie die politische Auseinandersetzung im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses, die deutsch-deutschen, europäischen und transatlantischen Beziehungen und Abgrenzungen innerhalb der anti-atomaren Friedensbewegung und das Spannungsverhältnis innerhalb der Ärzteschaft.

Das Postdoc-Projekt wird seit Mai 2010 von der DFG gefördert. Nach einer Zwischenevaluation im Sommer 2012 wurden weitere 18 Förderungsmonate bewilligt. Erste Teilergebnisse des Projekts erschienen 2012 in verschiedenen Aufsätzen, 2013 folgte die schriftliche Ausarbeitung der Monografie, die 2014 abgeschlossen wird.

- **Badlands. Problemviertel und die Entdeckung urbaner Marginalität in Westdeutschland und Frankreich, 1950–1990**
(Bearbeiterin: Dr. Christiane Reinecke)

Die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit war in den westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften mit urbanen Entwicklungen verknüpft: Zum einen, weil staatliche Wohnungspolitik neue Formen der Benachteiligung und Privilegierung mit sich brachten. Zum anderen, weil urbane Problemzonen wichtige Schauplätze der Erforschung sozialer Benachteiligung waren. Dementsprechend befasst sich das Projekt mit der Geschichte der Problematisierung von urbaner Marginalisierung und Segregation. Es geht der Frage nach, welche Räume jeweils als *urban badlands* galten und welche Praktiken mit dieser Beschreibung einher gingen. Die Untersuchung nähert sich dem aus einer wissenschaftlichen Perspektive. Schließlich waren es maßgeblich sozialwissenschaftliche Experten, die lokale Probleme in einem gesellschaftlichen Kontext verorteten. Wie zeitgenössische Akteure urbane Entwicklungen verstanden, hing mit ihrem Wissen über *andere Städte* und Gesellschaften zusammen. Den »Metamorphosen der sozialen Frage« (Castel) folgt die Analyse daher aus einer transnationalen Perspektive, ausgehend vom westdeutschen und französischen Beispiel.

Die Recherchen in Frankreich und Deutschland sind in weiten Teilen abgeschlossen. 2014 soll, unterbrochen von gezielten Nachrecherchen, mit der Niederschrift begonnen werden.

d) Perspektiven der jüngsten Geschichte (1945–1990)

- **Ärzte in der anti-atomanen Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. Die deutsche Sektion der IPPNW**
- **Badlands. Problemviertel und die Entdeckung urbaner Marginalität in Westdeutschland und Frankreich, 1950–1990**

- Medien-Intellektuelle. Intellektuelle Positionen und mediale Netzwerke in der Bundesrepublik (1949–1990)
(Bearbeiter: Prof. Dr. Axel Schildt)

Das Projekt einer Zeitgeschichte der Intellektuellen im Schnittpunkt von *Intellectual History* und Mediengeschichte verbindet die Untersuchung zentraler Stränge intellektueller Positionen mit einer Analyse von Intellektuellen-Netzwerken in und zwischen Medien und zielt vor allem auf die medial gesteuerten Vermittlungsprozesse intellektueller Positionen. Die Recherchen sind mittlerweile abgeschlossen worden. In mehr als zwei Dutzend Archiven wurden ca. 100 Nachlässe von Intellektuellen gesichtet, dazu Bestände von Zeitschriften- und Zeitungsredaktionen sowie Verlagen. Mittlerweile ist mit der Niederschrift begonnen worden.

Das Projekt wurde bis September 2013 gefördert im Rahmen der Förderinitiative PRO GEISTESWISSENSCHAFTEN / Opus magnum der VolkswagenStiftung und der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung.

- Jugendliche Freizeiträume und der Wandel staatlicher Jugendpolitik. Die Jugendzentrumsbewegung und kommunalpolitische Konflikte um selbstverwaltete Jugendzentren in der Bundesrepublik der 1970er Jahre
(Bearbeiter: David Templin, M.A.)

Das Projekt, das die Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre und die mit ihr einhergehenden Konflikte und Aushandlungsprozesse um selbstverwaltete Jugendräume zwischen jugendlichen Initiativgruppen und Kommunen untersucht, ist vom 1.11.2010 bis 23.11.2013 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert worden.

Die Arbeit befindet sich seit Januar 2013 im Stadium der Niederschrift, die zu großen Teilen bereits fertiggestellt worden ist. Erste Ergebnisse des Projekts wurden in mehreren Vorträgen präsentiert und zur Diskussion gestellt. Der mit der Promotion

verbundene Abschluss des Projekts wird – gefördert durch ein Stipendium der FAZIT-Stiftung – 2014 erfolgen.

DRITTMITTEL 2013

Für die laufenden Forschungsprojekte an der FZH sind 2013 insgesamt 621.096 Euro an Drittmitteln neu bewilligt worden. Aus den Ende 2012 im Rahmen einer einmaligen Projektförderung seitens der Behörde für Wissenschaft und Forschung bewilligten 90.000 Euro für ausgewählte Arbeitsvorhaben für die Jahre 2012 bis 2014 wurden 2013 die ersten Projekte abgeschlossen. Wir danken allen Förderern für ihre Unterstützung, ohne die wir unser Forschungsprogramm nicht angemessen realisieren könnten.

3. VORTRÄGE / TAGUNGEN / VERANSTALTUNGEN 2013

VORTRAGSREIHEN

- **STADT UND ZEITGESCHICHTE. EREIGNISSE UND ENTWICKLUNGEN IN HAMBURG SEIT DEN 1950er JAHREN** (Fortsetzung aus dem Wintersemester 2012/13)

10.1.2013

Joachim Szodrzynski (Hamburg): Fliegen Schmetterlinge nur einen Sommer? Prolog der Grün-Alternativen in Hamburg – Stichtag: 18. März 1978

17.1.2013

Claudia Kemper (Hamburg): Als die Entrüstung begann. Bürgerprotest, atomwaffenfreie Zonen und große Politik in Hamburg in den 1980er Jahren – Stichtag: 7. April 1983

d) Perspektiven der jüngsten Geschichte (1945–1990)

- **Medien-Intellektuelle. Intellektuelle Positionen und mediale Netzwerke in der Bundesrepublik (1949–1990)**
- **Jugendliche Freizeiträume und der Wandel staatlicher Jugendpolitik. Die Jugendzentrumsbewegung und kommunalpolitische Konflikte um selbstverwaltete Jugendzentren in der Bundesrepublik der 1970er Jahre**

Drittmittel 2013

Vortragsreihen:

- **Stadt und Zeitgeschichte. Ereignisse und Entwicklungen in Hamburg seit den 1950er Jahren**

24.1.2013

Rainer Hering (Schleswig): Protestantismus und Religiosität in Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Stichtag: 4. April 1992

31.1.2013

Jan-Henrik Friedrichs (Vancouver / Berlin): »Hamburg voll bedröhnt.« Illegalisierter Drogenkonsum im urbanen Raum – Stichtag: 16. Februar 1994

- **GLAUBE, HOFFNUNG, LIEBE. ZUR GESCHICHTE VON RELIGION IN DEUTSCHLAND NACH 1945**
(Sommersemester 2013)

30.5.2013

Thomas Großbölting (Münster): Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945

20.6.2013

Daniel Gerster (Münster): »Kehrt um – Entrüstet Euch!« Religion und Protestbewegungen im Kalten Krieg

4.7.2013

Christel Gärtner (Münster): Zur Pluralisierung des religiösen Selbstverständnisses

- **»ARBEIT IST DAS HALBE LEBEN«. NEUERE FORSCHUNGEN ZUM WANDEL DER ARBEITSWELTEN**
(Wintersemester 2013 /14)

14.11.2013

Andreas Eckert (Berlin): Jede Arbeit hat ihre Zeit. Globalhistorische Perspektiven auf Arbeit und Lebenslauf

28.11.2013

Thomas Raithel (München): Die Normalisierung der Krise. Bundesdeutsche Jugendarbeitslosigkeit in den 1970er und 1980er Jahren

DIE REIHE WIRD 2014 FORTGESETZT:

9.1.2014

Julia Paulus (Münster): Problemgruppe »Frau«: Geschlechtsspezifische Sichtweisen auf Berufsausbildung und Arbeitsmarkt in historischer Perspektive

16.1.2014

Ingo Köhler (Göttingen): Belohnt, beraten, beschimpft. Arbeitswelten deutscher Manager nach dem »Wirtschaftswunder«

23.1.2014

Jörg Neuheiser (Tübingen): Gab es einen Wertewandel in der Arbeitswelt? Der Streit um den »Verfall des Arbeitsethos« und die betriebliche Wirklichkeit in den 1970er Jahren

6.2.2014

Janine Schemmer (Udine): Die interessantere Zeit? Erzählungen ehemaliger Hamburger Hafentarbeiter zum Wandel der Arbeitswelt
Hafen

TAGUNGEN UND WORKSHOPS

- **TÄTERSCHAFTEN. AKTEURE DES TERRORS UND IHRE OPFER. NEUE FRAGESTELLUNGEN IN FORSCHUNG UND VERMITTLUNG AN KZ-GEDENKSTÄTTEN**

Neuengammer Kolloquium V, 27.–28.2.2013, Universität Hamburg / KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Kooperation mit der FZH

Vortragsreihen:

- **Glaube, Hoffnung, Liebe. Zur Geschichte von Religion in Deutschland nach 1945**
- **»Arbeit ist das halbe Leben«. Neuere Forschungen zum Wandel der Arbeitswelten**
Tagungen und Workshops:
- **Täterschaften. Akteure des Terrors und ihre Opfer. Neue Fragestellungen in Forschung und Vermittlung an KZ-Gedenkstätten**

Mittwoch, 27.2.2013:

Begrüßung durch die Veranstalter

PANEL 1: Instanzen der Verfolgung und ihre Opfer ■ Moderation:

Oliver von Wrochem ■ Claudia Schilling: Nationalsozialistische Konzentrationslager. Zur Entwicklung des Arbeitseinsatzes von KZ-Häftlingen am Beispiel des KZ Neuengamme ■ Kyra Köster: Diskriminierung der Sinti und Roma – Eine Betrachtung über die Registrierung und Vernichtung in der Zeit des Nationalsozialismus sowie der gegenwärtigen Situation in Europa ■ Katharina Möller: Sicherungsverwahrte im KZ Neuengamme – Beispiele institutioneller Verfolgung Hamburg ■ Ann-Kristin Glöckner: Frauen als Täterinnen: Die Aufseherinnen des Neuengamme KZ-Außenlagers Sasel / Poppenbüttel – Eine Untersuchung unter biographischen Perspektiven ■ Reimer Möller: Zur Überstellung von »Gewohnheitsverbrechern« aus Heilanstalten in Schleswig und Neustadt in die Konzentrationslager Neuengamme und Ravensbrück 1944 ■ Öffentlicher Abendvortrag: Frank Bajohr: Täter und Gesellschaft im Nationalsozialismus. Ertrag und Probleme neuerer Forschungen

Donnerstag, 28.2.2013:

PANEL 2: Zum Umgang mit Täterschaft in Politik und Gesellschaft

nach 1945: Der Hannoversche Bahnhof ■ Moderation: Detlef Garbe ■ Linde Apel: Der gesellschaftspolitische Prozess zur Entwicklung des Gedenkortes »Hannoverscher Bahnhof« – Ausdruck einer höheren Aufmerksamkeit für Täterschaften? ■ Sina Sauer: Zwischen Imagination und Politik. Kulturelle Aushandlungspraxen am Beispiel des Gedenkortes Hannoverscher Bahnhof ■ Carmen Ludwig: Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Erinnerung an Täter und Opfer durch Jugendliche am Beispiel des Projekts »Wie wollt ihr euch erinnern?« ■ Detlef Hoffmann: Zum Umgang mit Relikten von Täterschaft: Das KZ Neuengamme, seine Außenlager und der ehemalige Hannoversche Bahnhof

PANEL 3: Perspektiven des Erinnerns: Lokale Bevölkerung und

Überlebende ■ Moderation: Ulrike Jensen ■ Gesa Trojan: Wie ausgestanzt. Das Konzentrationslager Neuengamme in der lokalen

Erinnerung ■ Lena Hots: Die Bedeutung von Überlebenden der Konzentrationslager für die Gedenkstättenarbeit

PANEL 4: Täterschaften in der Vermittlungsarbeit ■ Moderation: Iris Groschek ■ Oliver von Wrochem: Zur Auseinandersetzung mit Täterschaften im Seminar »Ein Täter in der Familie?« und im Projekt »NS-Geschichte, Institutionen, Menschenrechte«

WORKSHOP ■ Ulrike Jensen, Ulrike Pastoor, Oliver von Wrochem: Täterschaften als Gegenstand »assoziativer« Interpretationen von Fotografien und Zeichnungen ■ Katja Ganske: Welche Lerntheorien liegen der Vermittlung von Täterschaft zugrunde und welche Lernprozesse werden ausgelöst?

Tagungskommentar: Karin Orth ■ Abschlussdiskussion

■ IN SEARCH OF REVOLUTION, 1916 – 1923. GERMANY AND ITS EUROPEAN CONTEXT

Tagung, 21.–23.3.2013, Haus der Fritz Thyssen Stiftung, Köln, organisiert von Anthony McElligott (University of Limerick), Klaus Weinbauer (Universität der Bundeswehr München), Kirsten Heinsohn (FZH), gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung

Donnerstag, 21.3.2013:

Anthony McElligott (Limerick): Keynote Lecture

PANEL 1 ■ Chair: Klaus Weinbauer (München) / Comment: Dirk Schumann (Göttingen) ■ Christine Hikel (München): (In)Security: Political Assassinations and Attempts at Revolution in the Early Weimar Republic ■ Mark Jones (Dublin): Violence and the German Revolution of 1918–19 ■ Nadine Rossol (Essex): »Unable of securing order ... ?« The Police and the German Revolution 1918 / 19 ■ Norma Lisa Flores (Bowling Green, OH): In the Wake of General Hysteria: The Spartacist Uprising, the Palmer Raids, and the Impasse of 1919

PANEL 2 ■ Chair and Comment: Kirsten Heinsohn (Hamburg) ■ Kathleen Canning (Ann Arbor): Gender, Citizenship and the Imaginary of Revolution ■ Laurie Marhoefer (Syracuse): Fomenting Sexual Revolution in Germany, 1916–1921

Tagungen und Workshops:

- In Search of Revolution, 1916–1923. Germany and its European Context

Freitag, 22.3.2013:

PANEL 3 ■ Chair: Anthony McElligott (Limerick) / Comment: Kathleen Canning (Ann Arbor) ■ Moritz Föllmer (Amsterdam): In Search of the Revolutionary Subject in Germany, 1918–1919 ■ Ian G. Grimmer (Burlington, VT): Intellectual Workers and Cultural Revolution: Räte geistiger Arbeiter in Central Europe, 1918–1919 ■ Heide J. Tworek (Cambridge): Spreading the Revolution: News Agencies and Politics in Weimar Germany, 1918–20

PANEL 4 ■ Chair: Kirsten Heinsohn (Hamburg) / Comment: Klaus Weinhauer (München) ■ Oliver Haller (Waterloo, ON): The Influenza Pandemic of 1918 and the Dolchstoßlegende ■ Peter Danylow (Hamburg): The Barricades of Hamburg (Larisa Rejsner) – (De)constructing Revolutionary Truth

PANEL 5 ■ Chair: Klaus Weinhauer (München) / Comment: Stefan Berger (Bochum) ■ Jens Boysen (Warschau): Simultaneity of the Un-simultaneous: German Social Revolution and Polish National Revolution in Germany 1918–1919 ■ Florian Graf (Gießen): Labour Leaders, Gun Men, Bomb Droppers – Revolution in its Everyday Setting during the Years of the Pistolerismo in Barcelona ■ Sara Sophie Stern (Tübingen): Rebellious Regions in Revolutionary Times. Riots and Strikes in German and British Mining Regions in the Early 1920s

Samstag, 23.3.2013:

ROUNDTABLE: In Search of Revolution, 1916–1923: Germany and its European Context ■ Introduction: Anthony McElligott (Limerick) / Klaus Weinhauer (München)

- **VON GUTSBESITZERN ZUR MEDIALEN ERINNERUNGS-GRUPPE? MARION GRÄFIN DÖNHOF UND DER PREUSSISCHE ADEL IM 20. JAHRHUNDERT**
Symposium, 27.4.2013, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), organisiert von Christian Haase (University of Nottingham) in Kooperation mit der FZH ■ Mit Beiträgen von Christian Haase (Nottingham), Axel Schildt (Hamburg), Eckart Conze (Marburg), Achim Baumgarten (Koblenz), Ingeborg Schnelling-Reinecke (Berlin)

■ ZEITGESCHICHTE TRANSNATIONAL. DEUTSCHLAND NACH 1945

Tagung, 15.5.–17.5.2013, Universität Kopenhagen, organisiert von Detlef Siegfried (Universität Kopenhagen), Axel Schildt (FZH / Universität Hamburg), Alexander Gallus (Universitäten Rostock / Chemnitz), gefördert von der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung und dem Center for Modern European Studies der Universität Kopenhagen

Mittwoch, 15.5.2013:

Detlef Siegfried (Kopenhagen): Einführung in die Tagung
Podiumsdiskussion ■ Moderation: Christoph Cornelißen (Frankfurt am Main) ■ Teilnehmer: Norbert Frei (Jena), Martin Sabrow (Potsdam), Mary Fulbrook (London)

Donnerstag, 16.5.2013:

SEKTION 1: Zäsuren transnationaler Herausforderungen ■ Moderation: Alexander Gallus (Rostock / Chemnitz) ■ Dietmar Süß (Augsburg): 1945. Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg als deutsches und europäisches Phänomen ■ Karen Schönwälder (Göttingen): 1955. Migrationspolitik ■ Frank Bösch (Potsdam): 1984. Mediale Revolution

SEKTION 2: Globales Engagement in Deutschland ■ Moderation: Andreas Eckert (Berlin) ■ Claudia Kemper (Hamburg): Internationale Vernetzungen der deutschen Sektion der IPPNW ■ Detlev Brunner (Leipzig): Internationale Solidaritätskampagnen der DDR ■ Bart van der Steen (Amsterdam): Transnationale Netzwerke von Hausbesetzern

SEKTION 3: Lebensstile und Konsummuster in der multikulturellen Gesellschaft ■ Moderation: Axel Schildt (Hamburg) ■ Maren Möhring (Potsdam): Transnational – TransLokal. Die ausländische Gastronomie in der Bundesrepublik ■ Christian Kleinschmidt (Marburg): Toyota contra Volkswagen. Internationalisierung des Automobilmarktes ■ Isabel Richter (Wien): Alternativer Tourismus in den 1960er und 1970er Jahren ■ Anna Klie (Osnabrück): Moscheenvereine in der Bundesrepublik zwischen Akzeptanz und Zurückweisung

Tagungen und Workshops:

- Von Gutsbesitzern zur medialen Erinnerungsgruppe? Marion Gräfin Dönhoff und der preußische Adel im 20. Jahrhundert
- Zeitgeschichte transnational. Deutschland nach 1945

Freitag, 17.5.2013:

SEKTION 4: Medien und Populärkultur ■ Moderation: Susanne Regener (Siegen/Kopenhagen) ■ Malte Zierenberg (Berlin): Internationale Bildagenturen ■ Christina von Hodenberg (London): Importiertes und Hausgemachtes: Serien im westdeutschen Fernsehen ■ Alexander Simmeth (Hamburg/Berlin): »Krautrock«-Rezeption in den USA und Großbritannien ■ Frank Bajohr (Hamburg): Deutsch-deutscher Fußball

SEKTION 5: Erinnerungskulturen ■ Moderation: Cornelia Rauh (Hannover) ■ Dietmar Süß (Jena): Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg als deutsches und europäisches Phänomen ■ Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Nationale Schande, Universelle Lehre: Die Darstellung von Nationalsozialismus und Holocaust in Museen ■ Claudia Kraft (Siegen): Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust im östlichen Europa ■ Simone Lässig (Braunschweig): Zeitgeschichte jenseits des Nationalen? Geschichte und Erinnerung im Schulbuch
Schlusskommentar: Alexander Gallus (Rostock/Chemnitz)

■ DIE FARBEN DER STADT

GSU-Nachwuchstagung, 22.6.2013, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), veranstaltet von der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) in Kooperation mit der FZH

Samstag, 22.6.2013:

Begrüßung durch FZH und GSU

SEKTION 1: Stadtimages und Stadtmarketing ■ Johannes Marent (Darmstadt): Mehrdeutigkeit und Unbestimmtheit. Zur Bedeutung von Farben und Schattierungen in städtischen Selbstbildern ■ Dirk Suckow (Trier): Diva in Grau. Halle und die Suche nach verllorener Zeit, Gegenwart und Zukunft

SEKTION 2: Städtische Protestbewegungen ■ Catarina Caetano da Rosa (Darmstadt): Blumen-Graffiti oder wem gehört der öffentliche Stadtraum? Guerilla Gardening als transnationale Bewegung ■ Nina Schierstädt (München): Stadtpolitik, soziale Konflikte und

Mobilisierung von links: Die »rote Peripherie Madrids« in den 1960er und 1970er Jahren

SEKTION 3: Städtische Etikettierungen ■ Matthias Lieb (Darmstadt): Geselliges Mainz – grünes Wiesbaden ■ Maria Bormuth (Berlin): Die Stadt unterm Regenbogen. Schwul-lesbisches Berlin seit den 1990er Jahren

SEKTION 4: Farbcodierungen des Stadtraumes ■ Christina Schraml (Wien)/Emilie Kleinszig (Wien): Rotes Wien – gestern und heute ■ Olaf Gisbertz (Braunschweig): »Gruß vom bunten Magdeburg« – Über die Farbmethaphoriken des Städtischen
Abschlussdiskussion

■ **GESPANNTEN VERHÄLTNISS. FRIEDEN UND PROTEST IN EUROPA SEIT DEN 1970er UND 1980er JAHREN**

Tagung, 17.–19.10.2013, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Veranstalter: Arbeitskreis Historische Friedensforschung, University of Stirling und FZH, gefördert durch die Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung und die Deutsche Stiftung Friedensforschung

Donnerstag, 17.10.2013:

Einleitung: Claudia Kemper (Hamburg)

SEKTION 1: Protest und Friedensidee im Ost-West-Konflikt ■

Robert Brier (Warschau): Politischer und gesellschaftlicher Wandel in Polen und der DDR in den frühen 1980er Jahren ■ Helmut Fehr (Bielsko-Biala): Frieden als Politisches Deutungsmuster sozialer Bewegungen in Ostmitteleuropa, 1976–1989/90 ■ Christian Domnitz (Berlin): Normentransfer transnational: Die Rezeption der »Unenteilbarkeit des Friedens« und das Verhalten der staatssozialistischen Geheimpolizei ■ Ernst Wawra (Erlangen): Der Einsatz für Menschenrechte und die Forderung nach Frieden am Beispiel der sowjetischen Andersdenkenden ■ Kommentar: Monica Rütters (Hamburg)

Öffentliche Veranstaltung: Gespräch mit Zeitzeugen: Über das Verhältnis von Protest und Identität ■ Moderation und Einleitung: Dorothee Wierling (Hamburg), Mitwirkende: Etienne de Jongh (Pax

Tagungen und Workshops:

- Die Farben der Stadt
- Gespannte Verhältnisse. Frieden und Protest in Europa seit den 1970er und 1980er Jahren

Christi, Antwerpen), Götz Neuneck (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/Pugwash, Hamburg), Milan Horacek (Die Grünen/Heinrich Böll Stiftung, Prag)

Freitag, 18.10.2013:

SEKTION 2: Friedensbewegung über Europa hinaus ■ Christian Helm (Hannover): »Der Friedenswillen der Nachrüster marschiert vor den Toren – Nicaraguas!« Sandinisten, Aktivisten – Pazifisten? ■ Benjamin Kireenko (Mannheim): Mittelamerika: Ein Schauplatz der bundesdeutschen Friedensbewegung? ■ Kommentar: Detlef Siegfried (Kopenhagen)

SEKTION 3: Frieden transatlantisch und pazifisch ■ Makiko Takemoto (Hiroshima): »Kein Euroshima!« Der Einfluss der deutschen Protestbewegung auf die japanische Anti-Atombewegung ■ Jan Hansen (Berlin): Die sozialdemokratische und die US-amerikanische Friedensbewegung im gemeinsamen Kampf gegen die Nachrüstung ■ Kommentar: Gottfried Niedhart (Mannheim)

SEKTION 4: Frieden und Kirche ■ Sebastian Kalden (Marburg): Die christliche Friedensbewegung nach dem NATO-Doppelbeschluss 1979. Transnationale Beziehungen zwischen Großbritannien, den Niederlanden und der BRD ■ Daniel Gerster (Münster): Katholische Friedensbewegung zwischen transnationaler Verflechtung und nationaler Eigendynamik ■ Angelika Dörfler (Potsdam): Evangelische Friedensbewegung BRD, DDR und Niederlande ■ Kommentar: Kirsten Heinsohn (Kopenhagen)

Abendvortrag: Andreas Wirsching (München): »Ist die Friedensbewegung gescheitert?«, anschließend Podiumsdiskussion mit Andreas Wirsching, Corinna Hauswedell (Conflict Analysis and Dialogue [CoAD], Bonn), Axel Schildt (Hamburg)

Samstag, 19.10.2013:

SEKTION 5: Friedensbewegung – westeuropäische Vernetzungen ■ Shelley Rose (Cleveland, OH): Transnationale Netzwerke, Kooperative Aktivisten und Politische Legitimität bei der Deutschen Linken, 1974–1987 ■ Philipp Baur (Augsburg): Atomangst. Entgrenzung durch Populärkultur? ■ Christoph Laucht (Swansea): Grenzenlose

Medizin? Die britische Medical Campaign Against Nuclear War (MCANW) ■ Kommentar: Philipp Gassert (Augsburg)

■ **ÜBER GRENZEN. AUSLÄNDISCHE INTELLEKTUELLE EINFLÜSSE IN DER BUNDESREPUBLIK DER 1950ER BIS 1980er JAHRE**

Tagung, 6.–8.11.2013, Haus der Fritz Thyssen Stiftung, Köln, organisiert von Axel Schildt (FZH), gefördert von der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung

Mittwoch, 6.11.2013:

Frank Suder (Fritz Thyssen Stiftung, Köln): Begrüßung ■ Axel Schildt (Hamburg): Einführung

SEKTION 1: Intellektuelle Projektionen der Wiederaufbaugesellschaft ■ Moderation: Gangolf Hübinger (Frankfurt an der Oder) ■

Alexander Gallus (Rostock / Chemnitz): Traditionstransfer an den offenen Grenzen des Geistes. T. S. Eliots »kulturelle« Remedur in der deutschen politisch-intellektuellen Diskussion nach 1945 ■ Birgit Aschmann (Berlin): Der Kult um den massenphobischen spanischen Geistesaristokraten Ortega y Gasset in den 1950er Jahren ■ Christian Hufen (Berlin): Mehrsprachig und multimedial – der politische Emigrant Fedor Stepun in der westdeutschen Nachkriegskultur ■ Klaus Große Kracht (Münster): »Das Wesentliche ist die Kontinenz«. Zur Sartre-Rezeption in der westdeutschen Zusammenbruchsgesellschaft ■ Kommentar: Dirk van Laak (Gießen)

Donnerstag, 7.11.2013:

SEKTION 2: Vorbilder für eine neue Gesellschaft des Konsums ■

Moderation: Anselm Doering-Manteuffel (Tübingen) ■ Josef Mooser (Basel): Von der Schweiz aus – der Einfluss deutschschweizerischer liberaler Ökonomen auf die intellektuelle Öffentlichkeit der Bundesrepublik ■ Thomas Mergel (Berlin): Die Theorie der gesellschaftlichen Transformation – zur Rezeption der US-Soziologie ■ Thomas Etzemüller (Oldenburg): Der Traum von sozialer Sicherheit – die Bedeutung des schwedischen Vorbilds ■ Detlef Siegfried (Kopenhagen): Grenzen der Internationalisierung. Ernest

Tagungen und Workshops:

- Über Grenzen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik der 1950er bis 1980er Jahre

Borneman und das Freie Fernsehen ■ Kommentar: Knud Andresen (Hamburg)

SEKTION 3: Politische Orientierungssuchen nach der Revolte ■

Moderation: Claudia Kemper (Hamburg) ■ Thomas Kroll (Jena): Der Eurokommunismus der 1970er Jahre – letzte Hoffnung marxistischer Intellektueller? ■ Petra Terhoeven (Göttingen): Von Gianciamo Feltrinelli bis Toni Negri – italienische Einflüsse auf den deutschen Linksterrorismus ■ Andreas Eckert (Berlin): Identifikation mit dem Befreiungskampf in der »Dritten Welt«: Von Frantz Fanon bis Nelson Mandela ■ Ute Gerhard (Frankfurt am Main): Anregungen durch die französische, britische und amerikanische Frauenbewegung ■ Kommentar: Martin Sabrow (Potsdam)

Freitag, 8.11.2013:

SEKTION 4: Postmoderne – Diversifizierung ■ Moderation:

Habbo Knoch (Celle / Göttingen) ■ Martin Kindtner (Tübingen): Theorie-Angebote aus Frankreich: Zur Rezeption der poststrukturalistischen Wissenskritik zwischen Wissenschaft und politischem Aktivismus ■ Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen): Bunter Widerstand, Mitteleuropaidealisationen und Bürgergesellschaft – der ostmitteleuropäische Dissens und die Bundesrepublik ■ Pascal Eitler (Berlin): Esoterisches Wissen und neue Spiritualität. Zur Zeitgeschichte des Körpers nach »1968« ■ Kommentar: Lutz Raphael (Trier) ■ Abschlussdiskussion ■ Moderation: Simone Lässig (Braunschweig)

■ **DER UMGANG MIT NATIONALSOZIALISTISCHER TÄTERSCHAFT IN DEN FAMILIEN VON TÄTERN UND TÄTERINNEN UND NS-VERFOLGTEN SOWIE IN DER GESELLSCHAFT VON 1945 BIS HEUTE**

Tagung, 5.12.–7.12.2013, KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit Unterstützung der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V.

Donnerstag, 5.12.2013:

Detlef Garbe (Neuengamme): Begrüßung ■ Hanna Huhtasaari (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn / Berlin): Grußwort ■ Oliver von Wrochem (Neuengamme): Einführung in die Tagung ■ **Eröffnungsvortrag:** Thomas Kühne (Worcester): Tatmotivationen von Tätern, die Gewaltdynamik im Nationalsozialismus und der Umgang mit nationalsozialistischer Massengewalt nach 1945 in Familien und Gesellschaft ■ Moderation: Bernd Wegner (Hamburg)

PANEL Gesellschaft ■ Moderation: Hanno Billerbeck (Hamburg) ■ Christian Schneider (Frankfurt am Main) und Ulrike Jureit (Hamburg): Filmgespräch zu »Herrenkinder« (2009) – Das Erbe nationalsozialistischer Indoktrination ■ Sabine Werner und Inga Dietrich (Berlin): Die Frau an seiner Seite (szenische Lesung). Zur Auseinandersetzung mit Nachkommen von TäterInnen ■ Moderation: Karin Heddinga (Hamburg) ■ Samson Munn (Boston, USA): Die Intentionen Dan Bar-Ons zur Etablierung von Gesprächsgruppen mit Kindern von TäterInnen ■ Sebastian Winter (Hannover): Konflikte von »Täterkindern« in sozialpsychologischer Perspektive

Freitag, 6.12.2013:

PANEL Medien / Bilder ■ Auseinandersetzung mit Nachkommen von TäterInnen in Literatur, Fotografien / Bildern, Architektur, Filmen, Ausstellungen und Gesprächskreisen ■ Moderation: Thomas Käpernick (Hamburg) ■ Gerhard Paul (Flensburg): Täterbilder in Publizistik, Film und Fernsehen in Deutschland-West und -Ost im Wandel der Generationen ■ Dietrich Kuhlbrodt (Hamburg): Was fasziniert uns an TäterInnen?

Podiumsgespräch: Niklas Frank (Hamburg), Alexandra Senfft (Hagenheim) und Malte Ludin (Berlin) im Gespräch mit Horst Ohde (Hamburg) über Literatur und Filme, die sich mit Eltern / Großeltern als TäterInnen auseinandersetzen

PANEL Täternachkommen ■ Nachkommen von TäterInnen in Ausstellungen von Gedenkstätten ■ **WORKSHOP 1:** Alyn Bessmann (Hamburg), Jeanette Toussaint (Fürstenberg / Havel) ■ **WORKSHOP 2:** Karin Heddinga (Hamburg) ■ Zur Arbeit mit Nachkommen

Tagungen und Workshops:

- **Der Umgang mit nationalsozialistischer Täterschaft in den Familien von Tätern und Täterinnen und NS-Verfolgten sowie in der Gesellschaft von 1945 bis heute**

von TäterInnen in Seminaren und Gesprächsgruppen ■ **WORKSHOP 3:** Tanja Hetzer, Simone Erpel, Achim Goeres (Berlin) ■ **WORKSHOP 4:** Thomas Käpernick, Oliver von Wrochem (Hamburg) **PANEL Dialoggruppen** ■ Moderation: Lu Seegers (Hamburg) ■ Dialoggruppen mit Nachkommen von TäterInnen und von NS-Verfolgten ■ Samson Munn (Boston) / Dirk Kuhl (Nürnberg): TRT-[To Reflect and Trust]-Gruppe ■ Martina Emme (Berlin): One-by-One ■ Andrea Cohen (Seattle) / Martin Dronsfield (Nienwohld): The Compassionate Listening Project **Abendveranstaltung, Abaton-Kino** ■ Filme: »Eine unmögliche Freundschaft« und »Im Schatten des Holocaust« (in Ausschnitten) ■ Anschließend: Dirk Kuhl (Braunschweig), Heike Mundzeck (Hamburg) und Samson Munn (Boston) im Gespräch ■ Moderation: Ulrich Gantz (Hamburg)

Samstag, 7.12.2013:

PANEL Bildung ■ Moderation: Simone Erpel (Berlin) ■ Astrid Messerschmidt (Karlsruhe): Selbstbilder zwischen Unschuld und Verantwortung – Beziehungen zu Täterschaft in Bildungskontexten **Workshops zu pädagogischen Fragestellungen** ■ **WORKSHOP 5:** Ulrike Pastoor (Hamburg), Thomas Köhler (Münster): Bildungsarbeit zu Täterschaft mit Gruppen von Justiz, Polizei und Verwaltung ■ **WORKSHOP 6:** Gottfried Kößler (Frankfurt am Main): Bildungsarbeit zu Täterschaft mit MultiplikatorInnen ■ **WORKSHOP 7:** Georg Erdelbrock (Hamburg): Bildungsarbeit zu Täterschaft an Gedenkstätten mit Schülerinnen und Schülern ■ **WORKSHOP 8:** Elke Gryglewski (Berlin): Bildungsarbeit zu Täterschaft in der Migrationsgesellschaft ■ Abschlussdiskussion ■ Moderation: Oliver von Wrochem (Hamburg) ■ Monique Eckmann (Genf), Verena Haug (Berlin), Astrid Messerschmidt (Karlsruhe), Jan Philipp Reemtsma (Hamburg) im Gespräch über Ergebnisse der Tagung und Perspektiven für die Zukunft

WEITERE ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

30.1.2013

Walter Pehle: Ein »Sperrriegel gegen das Vergessen«. Die Schwarze Reihe und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Bericht aus der Praxis. ■ Vortrag, Universität Hamburg, in Kooperation mit dem Historischen Seminar der Universität Hamburg

20.2.2013

Klaus Schönhoven: Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. ■ Buchpräsentation und Vortrag, Willy-Brandt-Haus Lübeck, in Kooperation mit dem Willy-Brandt-Haus Lübeck

25.4.2013

Babette Dorn: Die Hamburger Pianistin und Komponistin Ilse Fromm-Michaels. ■ Gesprächskonzert, Musikwissenschaftliches Institut Hamburg, in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) und dem Musikwissenschaftlichem Institut der Universität Hamburg

23.5.2013

Martin Cüppers: Das Dritte Reich und der Nahe Osten. ■ Vortrag, FZH, in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Rahmenprogramm der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«)

29.5.2013

Kristina Vagt: Politik durch die Blume – Gartenbauausstellungen in Hamburg und Erfurt im Kalten Krieg. ■ Buchpräsentation, Hamburg Museum

4.6.2013

Hilde Schramm: Meine Lehrerin, Dr. Dora Lux (1882–1959). ■ Buchpräsentation, Gästehaus der Universität Hamburg, in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ)

3. VORTRÄGE /
TAGUNGEN /
VERANSTALTUNGEN
2013

4. KOOPERATIONS-
BEZIEHUNGEN

13.6.2013

Sonja Wegner: Zuflucht in Uruguay und die Emigration der deutschsprachigen Juden 1933–1945. Vortrag, FZH, in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Rahmenprogramm der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«)

2.11.2013

5. Hamburger Nacht des Wissens – Vier Institute am Schlump:
Programm der FZH:

17.00–17.45 / 21.00–21.45 Uhr: Vortrag: Einblicke in ein außergewöhnliches Archiv (Andrea Althaus / Janine Schemmer)

17.00–17.45 / 20.00–20.45 Uhr: Führung durch das Archiv der FZH (Angelika Voß-Louis)

18.00–18.45 Uhr: Vortragsreihe Teil 1: Hamburg streitet – schon immer ... über Verkehrsgerechtigkeit, Feiertage und Schulreformen (Christoph Strupp, Knud Andresen, Kirsten Heinsohn, Moderation: Axel Schildt)

18.00–18.45 / 22.00–22.45 Uhr: Führung durch die Bibliothek der FZH (Karl-Otto Schütt)

19.00–19.45 / 23.00–23.45 Uhr: Vortrag, Mitmach-Aktion: Keine Angst vor Kurrent-Handschriften! Feldpostbriefe des Ersten Weltkriegs (Christoph Strupp)

19.00–20.00 Uhr: Präsentation: Vier Institute unter einem Dach (Mitwirkende: Michael Brzoska [IFSH], Gerald Kirchner [ZNF], Miriam Rürup [IGdJ], Axel Schildt)

20.00–20.45 Uhr: Vortragsreihe Teil 2: Hamburg streitet – schon immer ... über Jugendkultur, Berufsverbote und Ökonomie & Politik (David Templin, Alexandra Jaeger, Joachim Szodrzyński, Moderation: Axel Schildt)

22.00–23.00 Uhr: Mitmach-Aktion: Umnachtetes Wissen: Das legendäre FZH-Geschichtsquiz (Claudia Kemper, Technik: Sebastian Justke)

12.11.2013

Katharina Stengel: Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit.

Buchpräsentation, Centro Sociale (Hamburg), in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V.

18.11.2013

Frank Bajohr, Beate Meyer und Joachim Szodrzynski: Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933.

Buchpräsentation und Lesung, Warburg-Haus Hamburg, in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ)

a) Mitgliedschaft in Vereinigungen von Historikerinnen und Historikern

4. KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden: Der Direktor / die Direktorin der FZH ist zugleich Professor / Professorin für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH erbringen in jedem Semester mindestens vier Semesterwochenstunden Lehre am Historischen Seminar.

Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

SONSTIGE INSTITUTIONELLE KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN:

a) MITGLIEDSCHAFT IN VEREINIGUNGEN VON HISTORIKERINNEN UND HISTORIKERN

- Vorstand des Vereins für Hamburgische Geschichte (Linde Apel, Kirsten Heinsohn)
- Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung (AKHFG) (Kirsten Heinsohn)
- Sprecherin des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (AKHF) (Claudia Kemper)

- Arbeitskreis Geschichte + Theorie (Christiane Reinecke)
 - DFG gefördertes Nachwuchswissenschaftler(innen)-Netzwerk
»Population, Knowledge, Order, Change: Demography and
Politics in the Twentieth Century in Global Perspective«
(Christiane Reinecke)
 - Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte (Axel Schildt)
 - Vorsitzender des Fachkollegiums Geschichtswissenschaft der
Deutschen Forschungsgemeinschaft (Axel Schildt)
 - Arbeitskreis Hamburger Archive (Angelika Voß-Louis)
- b) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ZEITHISTORISCHER INSTITUTE
UND ANDERER EINRICHTUNGEN
- Assoziierter Hochschullehrer im Niedersächsischen For-
schungskolleg »Nationalsozialistische Volksgemeinschaft?«
(Frank Bajohr)
 - Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regional-
geschichte (IZRG) (Frank Bajohr)
 - Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Prora-Zentrums
e. V. (Frank Bajohr)
 - Mitglied des Fachbeirates Provenienzforschung und Restitu-
tion der Klassik Stiftung Weimar (Frank Bajohr)
 - Akademie der Wissenschaften in Hamburg (Axel Schildt)
 - Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen, Göttingen
(Axel Schildt)
 - Wissenschaftlicher Beirat des Instituts für Juristische Zeitge-
schichte an der Fernuniversität Hagen (Axel Schildt)
 - Mitglied des Beirats und Leiterin der Arbeitsgruppe Geschich-
te der Schaumburger Landschaft e. V. (Lu Seegers)
 - Erster Vorsitzender des Vereins »Galerie Morgenland«/
Geschichtswerkstatt Eimsbüttel (Joachim Szodrzynski)
 - Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des
Zentrums für Zeithistorische Forschungen, Potsdam (Dorothee
Wierling)
 - Board der German Studies Association (Dorothee Wierling)

c) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ÖFFENTLICHER
EINRICHTUNGEN

- Sprecher des altstipendiatischen Netzwerkes Geschichte der Hans-Böckler-Stiftung (Knud Andresen)
- Beraterkreis »Gewerkschaftsgeschichte« der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung (Knud Andresen)
- Expertenrunde Ehemaliger Hannoverscher Bahnhof (Linde Apel)
- Beirat zur Gestaltung der neuen Dauerausstellung in St. Nikolai (Linde Apel)
- Sachverständigenausschuss für Eintragungen in das Verzeichnis national wertvoller Archive / Hansestadt Hamburg (Kirsten Heinsohn)
- Beirat der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Forschungsstelle Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland (Axel Schildt)
- Mitglied im Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Axel Schildt)
- Gewähltes externes Mitglied des Senatsausschusses Wettbewerb der Leibniz-Gemeinschaft (Axel Schildt)
- Beirat der Stiftung Historische Museen Hamburg (Axel Schildt)
- Beirat für die Entschädigung ehemaliger Heimkinder bei der Hamburger Behörde für Soziales (Dorothee Wierling)
- Expertenrat der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz zum Entwurf eines deutsch-polnischen Schulbuchs (Dorothee Wierling)
- European Research Council (ERC) Panel: The Study of the Human Past, Advanced Grants Evaluation (Dorothee Wierling)

b) Mitgliedschaft in
Gremien zeithistorischer
Institute und anderer
Einrichtungen

c) Mitgliedschaft in
Gremien öffentlicher
Einrichtungen

d) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN PRIVATER STIFTUNGEN

- Kuratorium für den Max-Brauer-Preis der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S (Linde Apel)
- Wissenschaftlicher Beirat der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung (Kirsten Heinsohn, Axel Schildt)
- Auswahlgremium für die Vergabe von Archivstipendien der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)
- Zentraljury des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)

e) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN HISTORISCHER BZW. ZEIT-
GESCHICHTLICHER ZEITSCHRIFTEN UND BUCHREIHEN

- Beraterteam des Editionsprojekts »Zeitungszeugen«. Die Presse in der Zeit des Nationalsozialismus (Frank Bajohr)
- Rezensionsredaktion H-Soz-u-Kult (Kirsten Heinsohn)
- Herausgeberkreis und Redaktion der Informationen zur modernen Stadtgeschichte (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Hamburger Wirtschafts-Chronik. Neue Folge (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Helmut und Loki Schmidt Stiftung zur Herausgabe von Schriften über Helmut und Loki Schmidt (Axel Schildt)
- Herausgeberkreis und Redaktion der Zeitschrift WerkstattGeschichte (Dorothee Wierling)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Historische Anthropologie (Dorothee Wierling)
- Herausgeberkreis der Reihe Selbstzeugnisse der Neuzeit beim Verlag Böhlau (Dorothee Wierling)

- Advisory Board of H-German (Dorothee Wierling)
- Editorial Board der Zeitschrift History and Memory (Dorothee Wierling)
- Mitglied des Board of Editors der Publikationsreihe Spektrum: Publications of the German Studies Association (Dorothee Wierling)

d) Mitgliedschaft in Gremien privater Stiftungen

e) Mitgliedschaft in Gremien historischer bzw. zeitgeschichtlicher Zeitschriften und Buchreihen

5. BIBLIOTHEK

In diesem Jahr kamen 1.432 neue Titel in unsere Bibliothek. Damit erhöht sich der Gesamtbestand auf 91.444 Titel. 6.003 Ausleihvorgänge wurden gezählt – eine leichte Erhöhung der Ausleihen gegenüber 2012. Der größte Teil unserer Bibliotheksbenutzer sind Studierende der Universität, aber auch Familienforscher, freie Wissenschaftler, Schüler sowie die großen Hamburger Medien wie ZEIT, SPIEGEL, STERN oder GEO nehmen einen gewissen Anteil ein. Zugenommen haben auch die Ausleihen an Institute und Forschungsgruppen der Universität auf dem Wege der »Amtshilfe«. Neben den oben genannten regulären Zukäufen aus dem Buchhandel sind Belegexemplare, Schenkungen und Nachlässe die wichtigsten Quellen weiterer Buchzugänge. 2013 waren es vor allem die Schenkung Frank Bajohrs mit über 1.000 Titeln, der Nachlass Gunther Schmitz, einem Hamburger Lehrer, mit ca. 300 Titeln und der Nachlass Jürgen Seib, einem Physiker, mit ca. 100 Titeln. Durch die Übernahme des Archivs des Deutschen Jugendherbergs-Werks kam ein Bestand von ca. 200 Büchern zu diesem Themenbereich in unsere Bibliothek.

Durch Sondermittel der Behörde für Wissenschaft und Forschung war es uns möglich, die für uns zentralen Jahrgänge der »Hamburger Nachrichten« weiter zu verfilmen. Zwischen 1914 und 1939 liegen nun alle Ausgaben verfilmt vor. Außerdem konnten ebenfalls durch Sondermittel eine Anzahl von beschädigten Büchern neu eingebunden werden.

Die 2013 durchgeführte Revision ergab einen Fehlbestand von 61 Titeln, die, soweit erreichbar und als wichtige Bücher eingeschätzt, nachgekauft wurden. Bei einem Ausgangsbestand von 90.000 Titeln liegt die Verlustquote bei unter 0,1%. Das ist ein sehr guter Wert im Revisionszeitraum von fünf Jahren. Wir sehen darin den Beweis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Benutzern der Bibliothek, die wir gern fortführen werden.

Cäcilia Maag war bis zum 31.10.2013 als studentische Mitarbeiterin in der Bibliothek und hat insbesondere Nacharbeiten zur Revision durchgeführt. Günther Scharmberg war mit laufenden Ordnungsarbeiten der Bibliothek sowie dem Anfertigen von Sicherungskopien stark beschädigter Publikationen betraut. Daniel Wallberg absolvierte vom 25.2. bis 15.3.2013 ein Praktikum in der Bibliothek.

In der Nacht des Wissens gab es zwei Führungen durch die Bibliotheksbestände, die gut besucht waren. Anfragen und Beratungen zu Quellen- und Literatursituationen bei speziellen Themen sowie mehrere Führungen für Erstsemester runden die Aktivitäten der Bibliothek auch in diesem Jahr ab.

6. ARCHIV

2013 arbeiteten 71 (2012: 78) Benutzerinnen und Benutzer in unserem Archiv. In dieser Zahl nicht enthalten sind die internen Archivnutzungen für einzelne FZH-Projekte. Im letzten Jahr erreichten das Archiv 160 Anfragen, nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch aus der Hamburger Bevölkerung, die mit Unterlagen aus dem FZH-Archiv oder dem Verweis an andere Archive beantwortet werden konnten.

Für die Ausstellung »Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz: Die Wehrmachtsgerichtsbarkeit in Hamburg« der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die im Januar/Februar 2013 im Hamburger Rathaus zu sehen war, konnten Unterlagen aus einem

hier verwahrten Nachlass zur Verfügung gestellt und der Kontakt zur Familie vermittelt werden.

Im Mai betreuten wir den Besuch von Angehörigen zweier ehemaliger italienischer Zwangsarbeiter in Hamburg, denen wir bei der Spurensuche helfen und einen Besuch in den erhaltenen Zwangsarbeiterbaracken am Wilhelm-Raabe-Weg vermitteln konnten. Mein Dank geht an die Willi-Bredel-Gesellschaft, die diese Gedenkstätte unterhält und eine abendliche Führung mit Dolmetscherin ermöglicht hat.

In diesem Jahr fanden zwei Sitzungen des »Hamburger Überlieferungsverbands Nachlässe (HÜV-NL)« statt, der jetzt von Dr. Christine Axer vom Staatsarchiv Hamburg geleitet wird. Der Austausch zwischen den beteiligten kleineren Archiven ist wichtig und ermöglicht die Vermittlung von privaten Nachlässen an ein Archiv. Das FZH-Archiv beteiligt sich an diesem Verbund mit dem Sammelschwerpunkt »Alltagsgeschichte« und hat über den Verbund, aber auch durch direkte Angebote von Menschen, die ihre Familienunterlagen an ein Archiv geben möchten, zahlreiche interessante Neuzugänge erhalten.

Auch 2013 hat das FZH-Archiv als Schenkungen von Hans-Günter Löwe mehrere interessante private Nachlässe erhalten. Er vermittelte auch den Kontakt zur Nachlassverwalterin der Kinder eines Hamburger Lebensmittelfabrikanten, die uns das umfangreiche Familienarchiv überließ. Durch Vermittlung von Prof. Dr. Barbara Vogel und Prof. Dr. Birthe Kundrus gelangten zwei wichtige private Nachlässe aus Hamburger Arztfamilien in unser Archiv. Einer dieser Bestände wurde bisher im Warburg-Haus verwahrt. Die Unterlagen wurden in der FZH von Marianne Pieper in ehrenamtlicher Tätigkeit geordnet und verzeichnet. Dafür ist ihr die FZH sehr dankbar. Dank des Engagements von Dr. Josef Schmid ist das umfangreiche Archiv des Deutschen Jugendherbergswerk, Landesverband Nordmark jetzt voll erschlossen. Sein umfangreiches kommentiertes Findbuch liegt der DJH-Geschäftsleitung vor, die entscheidet, welche Teile des Archivs zur allgemeinen wissenschaftlichen Nutzung freigegeben werden und für welche eine Nutzungsgenehmigung eingeholt werden muss.

Seit September 2013 ist eine aktuelle Version der Online-Beständeübersicht über unsere Website einsehbar. Sie beinhaltet auch Neuzugänge und gestattet die Suche nach FZH-Archivbeständen.

Als Praktikanten waren Daniel Wallburg und Florian Tropp für das Archiv tätig und mit der Erschließung von alltagsgeschichtlich relevanten Beständen beschäftigt. Cäcilia Maag widmete sich für einige Monate als studentische Hilfskraft der Verzeichnung mehrerer kleiner und eines sehr umfangreichen Familienarchivs; Martin Schneider führte die Ordnungsarbeiten an einer umfangreichen Pressedokumentation fort und war an der Erstellung einer Bibliografie von Beiträgen eines Nachlassers beteiligt.

7. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENSLÄUFE (WdE)

Im Jahr 2013 nahmen 241 Personen Kontakt mit der Werkstatt der Erinnerung (WdE) auf und baten um Auskunft (2012: 205). Die Mehrheit der Anfragen stammt aus Hamburg, ein Zeichen für die gute Sichtbarkeit des Oral-History-Archivs in der Stadt. Es erreichten uns in diesem Jahr auch zahlreiche Anfragen aus dem europäischen Ausland, aus den USA und Israel. Ein großer Teil der Anfragen u. a. zu biografischen Recherchen, Hinweisen auf Quellen in Archiven, Vermittlung von Ansprechpersonen, Kontakten zu Zeitzeugen und Projektberatung konnte nach teils ausführlichen Recherchen schriftlich beantwortet werden. 49 Personen (2012: 51) entschieden sich für einen Besuch vor Ort und sahen insgesamt 533 Interviews ein (2012: 265). Zu den Benutzern der Interviews und der dazu gehörigen biografischen Quellen gehörten überwiegend Studierende oder Wissenschaftler, die mit Abschluss- oder Forschungsarbeiten beschäftigt waren. Die WdE erreichten Anfragen von Studierenden oder Mitarbeitern der Universitäten Hamburg, Kiel, Freiburg, Oldenburg, Marburg

sowie der FU Berlin, aus den Universitäten Groningen, Niederlande, Trondheim, Norwegen, und Iowa, USA. Nach wie vor sind Schüler und Lehrer häufige und aktive Nutzer der WdE. Zu diesem Nutzerkreis gehört auch das am benachbarten Institut für die Geschichte der deutschen Juden beheimatete Projekt Geschichtomat. Über 20 teils umfangreiche Anfragen kamen von Mitgliedern der Hamburger »Stolperstein«-Initiativen. Interviews und biografische Quellen für Ausstellungen wurden stark von Museen und Gedenkstätten nachgefragt. Insbesondere in der am 1. September 2013 eröffneten Dauerausstellung des Mahnmals St. Nikolai sind eine große Zahl von Interviews und Dokumenten aus der WdE zu sehen und zu hören. Für Ausstellungen recherchierten u. a. Mitarbeiter der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand, des in Hamburg geplanten Polizeimuseums, des Deutschen Exilmuseums in Frankfurt am Main sowie der Gedenkstätte Buchenwald. Besonders viele Anfragen stellten Journalisten (28), vermutlich eine Folge der städtischen Initiative »Hamburg erinnert sich« zum Gedenkjahr 2013.

Die Sammlung der WdE umfasst nun über 2.000 Interviews. Sie ist 2013 um 26 Interviews angewachsen. Dazu gehören sieben Interviews, die im Rahmen des von der Senatskanzlei geförderten Besuchsprogramms für die einstigen jüdischen Hamburger bzw. ihre Kinder geführt wurden.

Eine Einführung in die Theorie und Praxis der Oral History am Beispiel der WdE erhielten Studierende der Uni Hamburg (zwei Lehrveranstaltungen von Prof. Dr. Birthe Kundrus) sowie Lehrerinnen und Lehrer, die am Workshop »Die Werkstatt der Erinnerung. Interviews als Quellen für den Unterricht« im Rahmen der Tagung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung »Deutsche Juden, jüdische Deutsche und ihre Nachbarn. Perspektiven für den Hamburger Geschichtsunterricht« teilnahmen.

Mit Expertise zur Durchführung, Präsentation und Archivierung von Interviews unterstützt die WdE das im Oktober 2013 eröffnete »Museum für Hamburgische Geschichtchen« in der Millerntorwache. Dieses Interviewprojekt der Alfred Toepfer-Stiftung F.V.S. findet in Kooperation mit dem Hamburg Museum statt.

- 7. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENS-LÄUFE (WDE)
- 8. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH
- 9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

Als Kooperation zwischen der WdE und dem Verein für Hamburgische Geschichte (VHG) hat Linde Apel die »Hamburger Stadtgespräche« ins Leben gerufen. Dafür interviewen jüngere Vereinsmitglieder langjährige Mitglieder des VHG zu ihrem Verhältnis zur Stadt Hamburg und ihrer Geschichte. In mehreren Workshops erhielten Vereinsmitglieder die Möglichkeit, Interviewtechniken zu erlernen und sich mit dem Schnitt von Audio-dateien und der Präsentation der Ergebnisse im Internet vertraut zu machen. Die bisher entstandenen 13 Interviews werden in der WdE archiviert, Auszüge aus den Interviews werden nach und nach auf der Website des VHG unter <http://www.vfhg.de/dervhgf/interviewprojekt-menue.html> präsentiert.

In der WdE wird derzeit ein von der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) finanziertes Projekt durchgeführt, in dem Interviews mit Akteuren der Hamburger Erinnerungskultur in Bezug auf die Geschichte des Nationalsozialismus im Zentrum stehen. In Anlehnung an den Forschungsbereich »Die NS-Herrschaft, ihre Folgen und ›zweite Geschichte« werden Personen interviewt, die in den letzten Jahren auf dem Feld der Erinnerungskultur bzw. Geschichtspolitik innerhalb oder außerhalb von Institutionen aktiv waren und sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Verfolgung seiner Gegner und Opfer befassten. Bearbeiterin ist Gesa Trojan.

Mit finanzieller Unterstützung der BWF digitalisiert die WdE ihre umfangreichen Bestände an Fotos und Dokumenten. Da diese Quellen sowohl in Hamburg als auch überregional zunehmend nachgefragt werden, sorgen wir mit der Digitalisierung für die Erhaltung der teils sehr alten Dokumente und Fotos, zugleich erhöhen wir unser Angebot an wissenschaftlichen Dienstleistungen.

Wir danken der Bayerischen Staatsbibliothek dafür, dass sie seit November 2013 die Website der WdE in ihrem elektronischen Langzeitarchiv archiviert. In regelmäßigen Abständen wird die Seite www.werkstatt-der-erinnerung.de kopiert, im Katalog erschlossen, ggf. in neue Formate migriert und zur Nutzung bereitgestellt. Weitere Informationen unter <http://www.babs-muenchen.de/>.

Das von Linde Apel, Stefanie Schüler-Springorum und Klaus

David herausgegebene Buch »Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der Werkstatt der Erinnerung«, erschienen 2011 im Verlag Dölling und Galitz, gelangte auf die Shortlist des 2013 von der Staatsbibliothek erstmals vergebenen Buchpreises HamburgLesen (www.hamburglesen.de).

8. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH

(Lektorat für alle Bände: Joachim Szodrzynski)

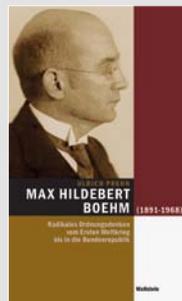
- Kristina Vagt, Politik durch die Blume. Gartenbauausstellungen in Hamburg und Erfurt im Kalten Krieg (1950–1974) (Forum Zeitgeschichte, Bd. 24), München/Hamburg 2013, 320 Seiten.
- Ulrich Prehn, Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 51), Göttingen 2013, 576 Seiten.
- Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933, hg. von Frank Bajohr, Beate Meyer und Joachim Szodrzynski (Veröffentlichung des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), Göttingen 2013, 494 Seiten.

9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- Zu Erzählmustern in lebensgeschichtlichen Interviews mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, in: Bios. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 25 (2012), H. 1, S. 118–134 [Nachtrag].

■ Knud Andresen



- Arbeiterjugend und Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg und nach der Novemberrevolution, in: Karl Christian Führer / Jürgen Mittag / Axel Schildt / Klaus Tenfelde (Hg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920*, Essen 2013, S. 157–173.
- »Aber all dieser Terror zeigt nur umso mehr den Arbeitern deutlich das Gesicht des DGB-Apparats«. Politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote, in: Bambule (Hg.), *Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD*, Bd. II, Hamburg 2013, S. 83–99.

LINDE APEL

- Die Werkstatt der Erinnerung, in: *Zeichen* Nr. 1 (2013), S. 10.
- Die Werkstatt der Erinnerung, ein außergewöhnliches Archiv erzählte Geschichte, in: *Tiedenkieker. Hamburgische Geschichtsblätter* N. F. Nr. 4 (2013), S. 42–46.
- Keine Unbeteiligten. Über Nähe und Distanz zum NS-System in der Retrospektive, in: Ulrich Lamparter / Silke Wiegand-Grefe / Dorothee Wierling (Hg.), *Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen*, Göttingen 2013, S. 147–166.
- Bombenkrieg und Nationalsozialismus. Erinnerungen an ein enges Verhältnis, in: Förderkreis Mahnmal St. Nikolai e.V. (Hg.), *Gomorra 1943. Die Zerstörung Hamburgs im Luftkrieg*, Hamburg 2013, S. 107–116 / *Aerial Warfare and National-Socialism. Memories of a close relationship*, in: Förderkreis Mahnmal St. Nikolai e.V. (Hg.), *Gomorra 1943. Hamburg's Destruction through Aerial Warfare*, Hamburg 2013, S. 101–109.
- Hamburgs Deportationsbahnhof. Geschichte und Erinnerung, in: Institut für aktuelle Kunst im Saarland (Hg.), *Erinnerungsort Rabbiner Rülff-Platz*, Saarbrücken 2013, S. 43–45, http://www.saarbruecken.de/assets/2013_9/1378113862_doku_erinnerungsort_rabbiner-ruelf-platz.pdf.
- Jung interviewt Alt. Ein Lehrstück des Scheiterns, in: *Bios. Zeitschrift für Biografieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen* 25 (2012), H. 3, S. 296–316 [Nachtrag].

- Stumbling Blocks in Germany, in: *Rethinking History* 18 (2013), H. 2, <http://dx.doi.org/10.1080/13642529.2013.858448>.

FRANK BAJOHR

- (Hg. mit Beate Meyer / Joachim Szodrzyński), *Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933*, Göttingen 2013.
- *Der Individualist und die Gemeinschaft*. Nikolaus Sieveking, in: *Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933*, hg. von Frank Bajohr / Beate Meyer / Joachim Szodrzyński, Göttingen 2013, S. 393–401.
- *Begeisterung und Zwang, Gemeinschaftssehnsucht und Individualisierung. Zur Wahrnehmungsgeschichte des Jahres 1933 in Tagebüchern*. Ein Nachwort, in: *Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933*, hg. von Frank Bajohr / Beate Meyer / Joachim Szodrzyński, Göttingen 2013, S. 463–471.
- *Eine Stadt macht mobil – Hamburg und die Spiegel-Affäre*, in: Martin Doerry / Hauke Janssen (Hg.), *Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen*, München 2013, S. 202–214.
- »... Die hatten immer das meiste Geld.« Funktion und Bedeutung eines antijüdischen Klischees im »Dritten Reich«, in: Fritz Backhaus / Raphael Gross / Liliane Weissberg (Hg.), *Juden. Geld. Eine Vorstellung*, Frankfurt am Main 2013, S. 364–373.
- *Neuere Täterforschung*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18.6.2013, http://www.docupedia.de/zg/Neuere_Taeterforschung.
- »1933« Eighty Years on. A Roundtable Discussion, in: *Politics, Religion & Ideology* 14 (2013), S. 431–448.
- »Volksgemeinschaft« von außen betrachtet. Gemeinschaftsutopien und soziale Praxis in Berichten ausländischer Diplomaten und des sozialdemokratischen Exils 1933–45, in: Dietmar von Reeken / Malte Thießen (Hg.), »Volksgemeinschaft« als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn 2013, S. 79–96.

KIRSTEN HEINSOHN

- Erich Lüth (1902–1989), in: Barbara Stambolis (Hg.), *Jugendbewegte Biographien im 20. Jahrhundert. Quellen und Essays*, Göttingen 2013, S. 451–460.

- Knud Andresen
- Linde Apel
- Frank Bajohr
- Kirsten Heinsohn

MARC-SIMON LENGOWSKI

- Vom Postulat der Gemeinschaftswerdung zum Primat der Außen-
darstellung – Autoren und Ziele Hamburger Universitätszeitungen
von 1919–2011, in: Anton F. Guhl / Malte Habscheidt / Alexandra
Jäger (Hg.), Gelebte Universitätsgeschichte. Erträge jüngster For-
schung. Eckart Krause zum 70. Geburtstag, Berlin / Hamburg 2013,
S. 23–39.
- Von der »pragmatischen Variante der Studentenbewegung« zum
»1. Befreiten Institut«. »1968« an der Universität Hamburg und
seine lokalen Besonderheiten, in: Zeitschrift des Vereins für Ham-
burgische Geschichte 99 (2013), S. 73–103.

LINA NIKOU

- (mit Janine Schemmer), Auf der Reeperbahn. (Re)Präsentationen
von und auf St. Pauli, in: Vokus 22/1 (2013), S. 29–38.
- Receiving Reconciliation? Invitations from German Cities to Jewish
Refugees of National Socialism in the United States, in: AICGS
Society, Culture & Politics Program, Washington, D.C. 2013, [http://
www.aicgs.org/publication/receiving-reconciliation-invitations-
from-german-cities-to-jewish-refugees-of-national-socialism-in-
the-united-states/](http://www.aicgs.org/publication/receiving-reconciliation-invitations-from-german-cities-to-jewish-refugees-of-national-socialism-in-the-united-states/).
- »Heimweh nach München«. Städtische Einladungen für Verfolgte
des Nationalsozialismus als Geschichts- und Imagepolitik in den
sechziger Jahren, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2012, hg. von der
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2013,
S. 81–94.

CHRISTIANE REINECKE

- Laboratorien des Abstiegs? Eigendynamiken der Kritik und der
schlechte Ruf zweier Großsiedlungen in Westdeutschland und
Frankreich, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte H. 1
(2013), S. 25–34.
- Verrufene Viertel. Topographien der Ungleichheit im urbanen Raum
in Westdeutschland und Frankreich, 1950–1990. Skizze eines For-
schungsprojektes, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2012, hg. von der
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2013,
S. 71–80.

AXEL SCHILDT

- (Hg. mit Karl Christian Führer / Jürgen Mittag / Klaus Tenfelde), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920*, Essen 2013.
- *Anpassung und Lernprozesse. Wiederaufstieg und Erneuerung des deutschen Konservatismus nach 1945*, in: Michael Großheim / Hans Jörg Hennecke (Hg.), *Staat und Ordnung im konservativen Denken*, Baden-Baden 2013, S. 189–209.
- *Zur Durchsetzung einer Apologie. Hermann Lübkes Vortrag zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933*, in: *Zeithistorische Forschungen* 10 (2013), H. 1, S. 148–152.
- *The Long Shadows of the Second World War. The Impact of Experiences and Memories of War on West German Society*, in: Jörg Echternkamp / Stefan Martens (Hg.), *Experience and Memory. The Second World War in Europe* (Paperback-Ausgabe), New York / Oxford 2013, S. 197–213.
- *Continuità e moment di rottura nella cultura tedesca dal 1945*, in: Paolo Pombeni / Heinz Gerhard Haupt (Hg.), *La Transizione come Problema storiografico. Le Fasi critiche dello Sviluppo della Modernità (1494–1973)*, Bologna 2013, S. 345–361.
- *Zum Kulturdiskurs der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren des Wiederaufbaus*, in: Karin Wilhelm / Kerstin Gust (Hg.), *Neue Städte für einen neuen Staat. Die städtebauliche Erfindung des modernen Israel und der Wiederaufbau in der BRD. Eine Annäherung*, Bielefeld 2013, S. 268–278.
- *»Augstein raus – Strauß rein«. Öffentliche Reaktionen auf die Spiegel-Affäre*, in: Martin Doerry / Hauke Janssen (Hg.), *Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen*, München 2013, S. 177–201.
- *Die Kampagne »Kampf dem Atomtod«*, in: Bernd Faulenbach / Andreas Helle (Hg.), *Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie*, Berlin 2013, S. 226–233.
- *»Als die Bücher noch geholfen haben«. Überlegungen zum Nutzen einer Lektüre von F. C. Delius für die zeithistorische Betrachtung der 1960er und 1970er Jahre*, in: *Text und Kritik. Zeitschrift für Literatur* H. 197 (2013), S. 78–87.

- Marc-Simon Lengowski
- Lina Nikou
- Christiane Reinecke
- Axel Schildt



- Herbert Weichmann, in: Barbara Stambolis (Hg.), *Jugendbewegt* geprägt. Essays zu autobiographischen Texten von Werner Heisenberg, Robert Jungk und vielen anderen, Göttingen 2013, S. 717–723.
- Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: Meik Woyke (Hg.), *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*, Bonn 2013, S. 25–50.
- Das Lambsdorff-Postulat. Zur Medialisierung von Wahrnehmungen für einen Bedrohungsdiskurs, in: Christian Frey / Thomas Kubetzky / Klaus Latzel / Heide Mehrkens / Christoph Friedrich Weber (Hg.), *Sinngeschichten. Kulturgeschichtliche Beiträge für Ute Daniel*, Köln / Weimar / Wien 2013, S. 198–207.

LU SEEGER

- »Vati blieb im Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen, Göttingen 2013.
- Die »Reichsbauernstadt« Goslar als städtische Repräsentation der »Volksgemeinschaft«?, in: Dietmar van Reeken / Malte Thießen, »Volksgemeinschaft« vor Ort? Neue Forschungen zur sozialen Praxis im Nationalsozialismus, Paderborn 2013, S. 175–190.
- Manager-Bilder. Leitvorstellungen und Wirtschaftshandeln in der Bundesrepublik Deutschland (1970–2000), in: Miriam Gebhardt / Katja Patzel-Mattern / Stefan Zahlmann (Hg.), *Das integrative Potential von Elitenkultur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Clemens Wischermann*, Stuttgart 2013, S. 177–189.
- Kriegsbedingte Vaterlosigkeit. Geschlechtsspezifische Deutungen in Deutschland und Polen, in: Barbara Stambolis (Hg.), *Vaterlosigkeit in vaterarmen Zeiten*, Weinheim / Basel 2013, S. 140–164.

CHRISTOPH STRUPP

- Bedrohung aus Bonn und Brüssel? Hafenwirtschaft, Strukturwandel und Freihafenprivileg in Hamburg seit den 1950er Jahren, in: *Vom Freihafen zum Seezollhafen. Der Hamburger Hafen im Wandel der Zeit. Begleitpublikation zur Sonderausstellung im Deutschen Zollmuseum*, Hamburg 2013, S. 29–55.

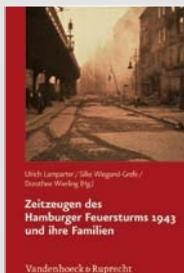
- Manager im Umbruch. Harry S. Truman, in: Zeitungszeugen. Sammeledition: Die Tageszeitung in der Zeit des Nationalsozialismus Nr. 53: Ein neues Europa nach dem Krieg? Herbst 1943, 10.1.2013, S. 8.
- Architekt des Sieges. Dwight D. Eisenhower, in: Zeitungszeugen. Sammeledition: Die Tageszeitung in der Zeit des Nationalsozialismus Nr. 54: D-Day 6. Juni 1944, 17.1.2013, S. 8.
- »Machtergreifung« aus Diplomatsicht. »Na, es hätte schlimmer ausfallen können«, in: einestages. Zeitgeschichten auf Spiegel Online, 29.1.2013, <http://einestages.spiegel.de/s/tb/27221/machtergreifung-hitlers-aus-sicht-der-diplomaten.html> / »Only a Phase«: How Diplomats Misjudged Hitler's Rise, in: Spiegel Online International, 31.1.2013, <http://www.spiegel.de/international/germany/marking-eighty-years-since-hitler-took-power-in-germany-a-880565.html>.
- (Co-Autor:) Colleges and universities; (Co-Autor:) Education; (Co-Autor:) Joint Venture; San Francisco; Science; Silicon Valley; (Co-Autor:) Taxation, in: Christof Mauch / Rüdiger B. Wersich (Hg.), USA-Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2013, S. 244–247, 343–348, 597–598, 965–967, 967–969, 981–982, 1034–1036.
- War of the Worlds. Orson Welles' fiktive Radio-Reportage, in: Gerhard Paul / Ralph Schock (Hg.), Sound des Jahrhunderts. Geräusche, Töne, Stimmen – 1889 bis heute, Bonn 2013, S. 226–229.

JOACHIM SZODRZYNSKI

- (Hg. mit Frank Bajohr / Beate Meyer), Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933, Göttingen 2013.
- Großbürgerlicher Eigensinn und Zivilcourage. Cornelius Freiherr v. Berenberg-Goßler, in: Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933, hg. von Frank Bajohr / Beate Meyer / Joachim Szodrzynski, Göttingen 2013, S. 271–288.
- Kulturhochburg Hamburg? Skizze einer unverhofften Chance, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2012, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2013, S. 13–26.

- Axel Schildt
- Lu Seegers
- Christoph Strupp
- Joachim Szodrzynski

9. VERÖFFENTLICHUN-
GEN DER MITARBEITE-
RINNEN UND
MITARBEITER DER FZH
10. REZENSIONEN ÜBER
VERÖFFENTLICHUN-
GEN DER FZH UND
VON MITARBEITERIN-
NEN UND MITARBEI-
TERN DER FZH



TÄTIGKEITSBERICHT DER FZH FÜR DAS JAHR 2013

DAVID TEMPLIN

- Zwischen APO und Gewerkschaft. Die Lehrlingsbewegung in Hamburg, 1968-1972, in: Sozial.Geschichte Online H. 10 (2013), S. 26–70, http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-32901/SGO_2013_10.pdf.

DOROTHEE WIERLING

- Hg. mit Ulrich Lamparter/Silke Wiegand-Greife, Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen, Göttingen 2013.
- Das Feuersturmprojekt. Eine interdisziplinäre Erfahrung aus der Sicht der Geschichtswissenschaft, in: Ulrich Lamparter/Silke Wiegand-Greife/Dorothee Wierling (Hg.), Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen, Göttingen 2013, S. 45–57.
- Eine Familie im Krieg. Leben, Sterben und Schreiben 1914–1918, Göttingen 2013.

10. REZENSIONEN ÜBER VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH UND VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DER FZH (AUSWAHL)

19 Tage Hamburg, Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, München/Hamburg 2012.

- Rezension, in: Hamburger Wirtschaft 68 (2013), H. 4, S. 59.

Linde Apel/Klaus David/Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der Werkstatt der Erinnerung, München/Hamburg 2011.

- Rainer Hering, Rezension, in: Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland 32 (2012), S. 387 [Nachtrag].

Frank Bajohr / Christoph Strupp (Hg.), Fremde Blicke auf das »Dritte Reich«, Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 49, Göttingen 2011.

- Melanie Hembera, Sammelband und Quellenedition zugleich, in: Neue Politische Literatur 58 (2013), H. 1, S.112 f.
- Hartmann Wunderer, Rezension, in: Geschichte für heute 2 (2013), S. 119 f.

Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933, hg. von Frank Bajohr, Beate Meyer und Joachim Szodrzynski, Göttingen 2013 (Veröffentlichung des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg).

- Frank Keil, Beten für Hitler. Vier Tagebücher erzählen, wie das Hamburger Bürgertum die Nationalsozialisten aufnahm, in: Welt am Sonntag, 15.12.2013.
- Frank Keil, »Die einzige Partei, für die ich mit dem Herzen eintreten kann«. Erinnern, in: Taz Nord, 17.12.2013.

Alexander Gallus, Heimat »Weltbühne«. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 50, Göttingen 2012.

- Bernd Heimberger, Zuversichtlicher Zweifler, in: Literaturmarkt. Literaturzeitschrift für Deutschland, 21.1.2013, http://www.literaturmarkt.info/cms/front_content.php?idcat=52&idart=6823.
- Heinz W. Konrad, Heimat Weltbühne, in: Das Blaettchen. Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft, 11.2.2013, <http://das-blaettchen.de/2013/02/heimat-weltbuehne-20800.html>.
- Clemens Albrecht, Rezension in: H-Soz-u-Kult, 25.9.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=19655>.

Sylvia Necker, Konstanty Gutschow (1902 – 1978), Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, Forum Zeitgeschichte, Sonderband, München / Hamburg 2012.

- Hermann Hipp, Rezension, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 99 (2013), S. 172–175.

- Rainer Hering, Rezension, in: Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland 33 (2013), S. 261.

Ulrich Prehn, Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 51, Göttingen 2013.

- Samuel Salzborn, Akademisches Karussell: Völkische Neuordnungspolitik, in: Publikaive.org, 22.10.2013, <http://www.publikaive.org/2013/10/22/akademisches-karussell-voelkische-neuordnungspolitik/>.

Christiane Reinecke / Thomas Mergel (Hg.), Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2012.

- David Kuchenbuch, Rezension, in: H-Soz-u-Kult, 5.3.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-1-140>.

Karl Christian Führer / Jürgen Mittag / Axel Schildt / Klaus Tenfelde (Hg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918 – 1920, Essen 2013.

- Eberhard Kolb, Im Schatten der Erinnerungskultur. Republikgründung und Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.2013.
- Reiner Tosstorff, Rezension, in: H-Soz-u-Kult, 14.11.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-4-126>.

Sebastian Ullrich, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 45, Göttingen 2009.

- Edgar Liebmann, Rezension, in: Journal der juristischen Zeitgeschichte (JoJZG) H. 3 (2013), S. 130 f.

Kristina Vagt, Politik durch die Blume. Gartenbauausstellungen in Hamburg und Erfurt im Kalten Krieg (1950 – 1974), Forum Zeitgeschichte, Bd. 24, München / Hamburg 2013.

- Martin Baumann, Rezension, in: Stadt + Grün. Fachzeitschrift für die gesamte öffentliche Grüngestaltung und Grünpflege 11 (2013), S. 55.
- Christian Hlavac, Rezension, in: Historische Gärten, Zeitschrift der Österreichischen Gesellschaft für historische Gärten H. 2 (2013), S. 44.
- Gerhard Hirschfeld, Rezension, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 99 (2013), S. 175–177.

Ulrich Lamparter / Silke Wiegand-Grefe / Dorothee Wierling (Hg.), Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen, Göttingen 2013.

- Lu Seegers, Rezension, in: H-Soz-u-Kult, 17.10.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=21318>.

Dorothee Wierling, Eine Familie im Krieg. Leben, Sterben und Schreiben 1914–1918, Göttingen 2013.

- Nina Verheyen, Otto Orest im Schützengraben. Der Erste Weltkrieg als deutsches Projekt und griechische Tragödie: Dorothee Wierling liest die Briefe einer außergewöhnlichen Familie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.2013.
- Sven Felix Kellerhoff, Er war 17 Jahre alt und gierte nach der Front, in: Die Welt, 7.12.2013.

11. VORTRÄGE DER MITARBEITERIN- UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- Die Anpassung vergessen? Zur gewerkschaftlichen Debatte um den 2. Mai 1933 seit den 1970er Jahren, Vortrag auf der Tagung »80 Jahre Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften – Erfahrungen, Erinnerungen, Lehren«, Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, Bochum, 13.–15.3.2013.

- 2. Mai 1933 – Die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Bedeutung nach 1945, Vortrag, DGB-Haus, Hamburg, 2.5.2013.
- 2. Mai 1933 – Die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Bedeutung nach 1945, Eröffnungsveranstaltung von »Arbeit und Leben«, Holzminden, 18.6.2013.
- »Vergangenheit in Zeiten sekundärer Zeugenschaft. Gedenkorte an den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik«, Organisation und Moderation des Workshops des altstipendiatischen Netzwerks Geschichte der Hans-Böckler-Stiftung, in Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg, 21.–22.6.2013.
- Erzählungen von Niedergang und Innovation. Gewerkschafter über Krisen in den 1970er und 1980er Jahren in drei bundesdeutschen Regionen, Vortrag auf dem Panel »Hard times come again no more.« Zur Alltagsrelevanz und sozialen Heterogenität des Erinnerns an Krisenzeiten, Schweizer Soziologie-Kongress, Bern, 28.6.2013.
- Betriebsarbeit zwischen Kümmerern, Co-Management und Arbeitskampf. Zur Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung, Vortrag auf der Betriebsrätetagung der IG BCE, Harburger Rathaus, Hamburg, 23.10.2013.
- Hamburg streitet ... über Feiertage! Kurzvortrag in der 5. Nacht des Wissens, FZH, Hamburg, 2.11.2013.
- Kommentar zum Panel »Vorbilder für eine neue Gesellschaft des Konsums« bei der Tagung »Über Grenzen. Ausländische intellektuelle. Einflüsse in der Bundesrepublik der 1950er bis 1980er Jahre«, Haus der Fritz Thyssen Stiftung, Köln 6.–8.11.2013.
- Moderation des Panels »Musealisierung der Arbeit« / Abschlussmoderation und Organisation der Tagung »Repräsentationen der Arbeit. Neue Perspektiven auf die Gewerkschaftsgeschichte IV«, Jahrestagung des Kooperationsprojekts »Jüngere und jüngste Gewerkschaftsgeschichte« des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 7.–8.11.2013.

LINDE APEL

- Der gesellschaftspolitische Prozess zur Entwicklung des Gedenkortes »Hannoverscher Bahnhof« – Ausdruck einer höheren

- Aufmerksamkeit für Täterschaften? Vortrag im V. Neuengammer Kolloquium, Hamburg, 28.2.2013.
- Einführung in die Ausstellung »In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg«, Hamburg, 29.4.2013.
 - Die Deportationen aus Hamburg, Vortrag im Rahmen der Veranstaltung »In die Erinnerung und zurück. Der Hamburger Lohseplatz«, Hafencity, Hamburg, 3.5.2013.
 - Die Werkstatt der Erinnerung, Vortrag auf der Tagung »Jüdische Geschichte digital«, Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 14.6.2013.
 - Zur Genese von Gedenkortern aus partizipativen Prozessen – das Beispiel Hafencity, Vortrag auf dem Workshop »Vergangenheit in Zeiten sekundärer Zeugenschaft. Gedenkort an den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik« des altstipendiatischen Netzwerks Geschichte der Hans-Böckler-Stiftung, Hamburg, 21.6.2013.
 - Laudatio Max-Brauer-Preis der Alfred Toepfer-Stiftung F.V.S. für die Hamburger Geschichtswerkstätten, Die Fabrik, Hamburg, 17.10.2013.
 - Die Werkstatt der Erinnerung. Interviews als Quellen für den Unterricht, Leitung des Workshops auf der Tagung »Deutsche Juden, jüdische Deutsche und ihre Nachbarn. Perspektiven für den Hamburger Geschichtsunterricht«, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburg, 18.10.2013.
 - Moderation der Buchvorstellung von Kathrina Stengel, »Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit«, Centro Sociale, Hamburg, 12.11.2013.
 - Gedenken an die Deportationen im Spannungsfeld von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft. Ein aktuelles Hamburger Beispiel, Vortrag auf der Tagung »Invented Jewish Traditions. Jüdisches Erbe in Europa zwischen Erinnerung und Inszenierung«, Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 20.11.2013.
 - Rede zur Einweihung des Gedenkzeichens an die Deportationen aus Lübeck, Lübeck, 6.12.2013.
 - Einführung in den Film »Die Wohnung« von Arnon Goldfinger im Rahmen der dokArt-Reihe, Metropolis Kino, Hamburg, 17.12.2013.

- Knud Andresen
- Linde Apel

FRANK BAJOHR

- Der Eichmann-Prozess und die Öffentlichkeit. Reaktionen und Konsequenzen in Hamburg und der Bundesrepublik, Vortrag im Rahmenprogramm der Ausstellung »Der Eichmann-Prozess in Jerusalem«, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg, 5.2.2013.
- Täter und Gesellschaft im Nationalsozialismus. Ertrag und Probleme neuerer Forschungen, Vortrag auf dem V. Neuengammer Kolloquium, Hamburg, 27.2.2013.
- Allein in der Masse. Erfahrungen und Vorstellungen eines alten Gewerkschaftsfunktionärs zwischen Widerstand, Wartestand und gewerkschaftlichem Neubeginn, Vortrag auf der Tagung »80 Jahre Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften. Erfahrungen, Lehren, Erinnerungen«, Institut für soziale Bewegungen, Bochum, 13.3.2013.
- Tätergeschichte oder Gesellschaftsgeschichte? Vortrag auf der Konferenz »Eichmann nach Jerusalem«, Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien, 23.3.2013.
- Hamburg im Dritten Reich. Rückblick und Ausblick, Vortrag vor dem Verein für Hamburgische Geschichte, Hamburg, 24.4.2013.
- Deutsch-deutscher Fußball: National, international, transnational, Vortrag auf der Tagung »Zeitgeschichte transnational. Deutschland nach 1945«, Universität Kopenhagen, 17.5.2013.
- Tätergeschichte oder Gesellschaftsgeschichte, Vortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe »Der Nationalsozialismus. Neuere Forschungen zur ersten Geschichte und zur zweiten Geschichte«, Universität Hamburg, 24.10.2013.
- Insel des Unpolitischen oder Spiegelbild der Verhältnisse? Die Gesellschaft »Harmonie« von 1789 im Dritten Reich, Vortrag auf dem 224. Herren-Jahresessen der Gesellschaft »Harmonie«, Hamburg, 15.11.2013.
- Zur Wahrnehmungsgeschichte des Jahres 1933 in Tagebüchern, Vortrag anlässlich der Buchpräsentation »Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933«, Warburg-Haus, Hamburg, 18.11.2013.

KIRSTEN HEINSOHN

- Berufsfeld Wissenschaft. Vortrag in der Vorlesungsreihe »Berufsfelder für Historiker«, Historisches Seminar, Universität Hamburg, 8.1.2013.
- Kommentar in der Podiumsdiskussion des Kolloquiums »50. Gründungsjubiläum des Seminars für Zeitgeschichte«, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 7.2.2013.
- Geschlechterordnung und (Partei-)Politik im Deutschen Reich, Vortrag auf der Tagung »Geschlechterordnung und Politik in der Weimarer Republik«, Reichspräsident Ebert Stiftung Heidelberg, 28.6.2013.
- Kommentar im Panel »Kirche und Religion« der Tagung »Gespannte Verhältnisse. Frieden und Protest in Europa seit den 1970er und 1980er Jahren« des Arbeitskreises Historische Friedensforschung, FZH, Hamburg, 18.10.2013.
- Hamburg streitet ... über Schulreformen! Kurzvortrag in der 5. Nacht des Wissens, FZH, Hamburg, 2.11.2013.

CLAUDIA KEMPER

- Dichotomien und binäre Codierungen in der Zeitgeschichtsschreibung und ihre notwendige Erschütterung, Vortrag beim Interdisziplinären und Transepochnalen Nachwuchsworkshop »Gender in History – integrated or separated?«, Historische Kulturwissenschaften, Johannes von Gutenberg Universität Mainz, 8. – 9.2.2013.
- Internationalismus und Frieden im Kalten Krieg. Zivilgesellschaftliches Ideal oder Aktionsraum für Experten? Vortrag beim Gründungsworkshop des »Netzwerk Internationale Geschichte«, Universität Bonn, 20. – 21.3.2013.
- Internationale Vernetzung der IPPNW, Vortrag auf der Tagung »Zeitgeschichte transnational. Deutschland nach 1945«, Universität Kopenhagen, 15. – 17.5.2013.
- Black ties and grassroots – making sense of an institutional bias in IPPNW, Vortrag bei dem Internationalen Workshop »Making Sense of America. Representations of the Americas in the 1980s West European Protest Movements and their Aftermath«, Humboldt Universität zu Berlin, 23. – 24.5.2013.

- Frank Bajohr
- Kirsten Heinsohn
- Claudia Kemper

- »Wir können und dürfen diesen Wahnsinn nicht mehr dulden, wenn unsere Erde überleben soll.« Über Ärzte, Krankheiten und Therapien in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er Jahre, Vortrag im Kolloquium des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg, 28.5.2013.
- Last Aid – Zum Präventionsgedanken der IPPNW, Vortrag in der mit Malte Thießen (Universität Oldenburg) eingereichten Sektion »Vorsorgen im Kalten Krieg: Medizin- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf gesundheitspolitische Verflechtungen im Ost-West-Konflikt«, Jahrestagung »Eiserne Vorhänge im Wissensfluss? Transfer und Verflechtungen von Wissenschaften, Technik und Medizin im Kalten Krieg« der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik e. V., Friedrich-Schiller-Universität Jena, 27. – 29.9.2013.
- Kommentar zur Sektion »Rationalität des Krieges – Evaluation und Planung militärischer Gewalt« beim Workshop »Experten des Krieges nach 1945«, Universität Augsburg, 31.10. – 1.11.2013.

LINA NIKOU

- Erinnerungskulturen vergleichen? Am Beispiel von Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramme für ehemalige Verfolgte des Nationalsozialismus in München, Berlin und Hamburg, Projektvorstellung im Forschungskolloquium zur Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin, 28.1.2013.
- In Search of Home? Visits by Jewish Emigrants and their Descendants to their former Hometowns in Germany, Vortrag auf der »Third Junior Scholars Conference in German-Jewish History. Germans and Americans in Israel: Israelis in Germany and the United States«, German Historical Institute (GHI), Washington, D. C., 3. – 4.4.2013.
- (Be)Suche in der alten Heimat. Hamburger Einladungen an Verfolgte des Nationalsozialismus, Vortrag in der Galerie Morgenland / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel in der Reihe »Erinnerungskultur«, Hamburg, 25.4.2013.

- (mit Romain Faure), *The Impact of Reconciliation Initiatives: Two German Case Studies*, Vortrag, American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), Washington, D.C., 24.9.2013.
- *Vergangenheitstouristen. Besuche jüdischer Emigranten auf Einladung des Hamburger Senats*, Vortrag auf der Tagung »*Invented Jewish Traditions. Jüdisches Erbe in Europa zwischen Erinnerung und Inszenierung*«, Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 17.–20.11.2013.

CHRISTIANE REINECKE

- *Der Lange Jammer, oder: Menschen am Stadtrand: Zur Hochhaussiedlung als Ort der Vereinzelung*, Vortrag bei dem Workshop »*Gefühlsräume – Raumgefühle. Zur Verschränkung von emotionalen Praktiken und Topografien der Moderne*«, Berlin, 10.–11.1.2013.
- *Émergence d'une ville transnationale? Recherche urbaine et topographies sociales en l'Allemagne de l'Ouest et la France*«, Projektvorstellung im Centre d'Histoire Sociale du XXe siècle, Paris, 15.3.2013.
- *Laboratorien modernen Lebens? Großsiedlungen als soziale Experimente und urbane Problemzonen in Westdeutschland und Frankreich*, Projektvorstellung im Colloquium zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Universität Bielefeld, 10.5.2013.
- *Reden wir über ... Klasse*, Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe *InstitutsMontage* am Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg, 3.6.2013.
- *Räume der Marginalisierung: Urbane Topographien der Ungleichheit in Westdeutschland und Frankreich*, Projektvorstellung im Colloquium zur Zeitgeschichte, Freie Universität Berlin, 13.6.2013.
- »*Urban Badlands*«: *Problemviertel als Untersuchungsfelder urbaner Ungleichheit in Westdeutschland und Frankreich*, Projektvorstellung im Oberseminar für Zeitgeschichte, Universität Tübingen, 9.7.2013.
- *La représentation des zones de pauvreté: Recherche historique sur les interactions entre chercheurs et habitants dans les années 1960 et 1970*, Vortrag bei dem Workshop »*Quelle mémoire recueillir, quelle histoire écrire avec les plus pauvres pour pouvoir, face à la*

- Claudia Kemper
- Lina Nikou
- Christiane Reinecke

violence de la misère, construire un avenir commun?«, Pierrelaye, 13.–14.9.2013.

- Kommentar bei der Konferenz »Migrants as ›Translators‹: Mediating External Influences on Post-World War II Western Europe, 1945–1973«, Hamburg, 24.–26.10.2013.
- Topographien der Randständigkeit: Urbane Problemzonen und die Herstellung sozialer Marginalität als Problem, Vortrag bei dem Workshop »Soziale Ungleichheit vom 19. bis zum 21. Jahrhundert« des Archivs für Sozialgeschichte, Bonn, 20.–21.11.2013.

AXEL SCHILDT

- Kommentar in der Podiumsdiskussion des Kolloquiums »50. Gründungsjubiläum des Seminars für Zeitgeschichte«, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 7.2.2013.
- Leitung der Abschlussdiskussion der Tagung »Die Jugendbewegung in ihrer Wirkung in Gesellschaft, Politik und Kunst 1913–2013«, Deutsches Literaturarchiv, Marbach, 7.–8.5.2013.
- Moderation der Sektion »Lebensstile und Konsummuster in der multikulturellen Gesellschaft« der Tagung »Zeitgeschichte transnational. Deutschland nach 1945«, Center for Modern European Studies, Universität Kopenhagen, 15.–17.5.2013.
- Medien-Intellektuelle. Intellektuelle Positionen und mediale Netzwerke in der Bundesrepublik (1949–1990), Vortrag, Universität Gießen, 26.6.2013.
- Die Intellektuellen, die Medien und die Bonner Republik, Vortrag, Universität Jena, 23.10.2013 / Einstein Forum, Potsdam, 21.11.2013.
- Podiumsdiskussion: Sensationelle Geschichte. Der Versuch, mit vermeintlichen Hitler-Tagebüchern den ganz großen Scoop zu landen, und seine Folgen, Universität Gießen, 25.10.2013.
- Moderation der Vortragsblöcke »Hamburg streitet ...« und Kurzvorstellung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 5. Nacht des Wissens, FZH, Hamburg, 2.11.2013.
- Einführungsbeitrag zu der Tagung »Über Grenzen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik der 1950er bis 1980er Jahre«, Haus der Fritz Thyssen Stiftung, Köln, 6.–8.11.2013.
- Dynamische Zeiten. Die westdeutsche Gesellschaft der 1950er und

1960er Jahre, Vortrag im Rahmen der Tagung »Soziallabor« oder »Sonderfall«? – Die Stadt Wolfsburg in der deutschen Nachkriegsgeschichte«, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Wolfsburg, 28.11.2013.

- Die Intellektuellen, Europa und der Westen in der frühen Bundesrepublik, Vortrag, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder, 3.12.2013.

LU SEEGER

- »Volksgemeinschaft« als soziale Praxis. Potentiale stadt- und regionalgeschichtlicher Forschungen an ausgewählten Beispielen, Vortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe »Der Nationalsozialismus. Neuere Forschungen zur ersten Geschichte und zur zweiten Geschichte«, Universität Hamburg, 12.12.2013.

CHRISTOPH STRUPP

- Die Diplomaten – Fremde Blicke auf das Dritte Reich, Vortrag auf der Tagung »Nationalsozialismus und Recht«, Leopold-Wenger-Institut für Rechtsgeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität, München, 10.–12.10.2013.
- Hamburg streitet ... über Verkehrsgerechtigkeit! Kurzvortrag in der 5. Nacht des Wissens, FZH, Hamburg, 2.11.2013.
- Keine Angst vor Kurrent-Handschriften, Vortrag / Mitmach-Aktion in der 5. Nacht des Wissens, FZH, Hamburg, 2.11.2013.

JOACHIM SZODRZYNSKI

- Hindenburg ein Vorbild? Diskussionsveranstaltung der Willibredel-Gesellschaft in der Schule Carl-Cohn-Straße, Hamburg, 22.5.2013.
- Krieg aus der Luft – das Beispiel Hamburg, Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Hamburger Unterwelten e.V. zur »Operation Gomorrha« im Hochbunker Eidelstedter Weg, Hamburg, 19.6.2013.
- Diskussionsveranstaltung mit Detlef Grumbach zu dem Roman von Christian Geissler, Wird Zeit, dass wir leben, Buchladen in der Osterstraße, Hamburg, 10.9.2013.

- Christiane Reinecke
- Axel Schildt
- Lu Seegers
- Christoph Strupp
- Joachim Szodrzynski

- Fliegen Schmetterlinge nur einen Sommer? Prolog der Grün-Alternativen in Hamburg, Vortrag in der Galerie Morgenland/ Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg, 8.10.2013.
- Hamburg streitet über ... Politik und Ökonomie! Kurzvortrag in der 5. Nacht des Wissens, FZH, Hamburg, 2.11.2013.
- Präsentation des Buches »Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933«, Warburg-Haus, Hamburg, 18.11.2013.

DAVID TEMPLIN

- Die Rolle des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) in der Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre, Vortrag auf dem Workshop zur Jugendbewegungsforschung, Archiv der deutschen Jugendbewegung, Burg Ludwigstein, 7.4.2013.
- Zwischen APO und Gewerkschaft. Die Lehrlingsbewegung in Hamburg, 1968–1972, Vortrag in der Galerie Morgenland/ Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg, 5.9.2013.
- Wie die Geschichte der Jugendzentrumsbewegung erforschen? Die Materialrecherche und ihre Probleme, Vortrag auf der Archivtagung »Sammeln – erschließen – vernetzen. Jugendkultur und soziale Bewegungen im Archiv«, Archiv der deutschen Jugendbewegung, Burg Ludwigstein, 25.10.2013.
- Hamburg streitet ... über Jugendkultur! Kurzvortrag in der 5. Nacht des Wissens, FZH, Hamburg, 2.11.2013.
- »Was wir wollen: Freizeit ohne Kontrollen«. Die Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre. Vortrag im Rahmen der Reihe »Junge Hamburger Geschichtswissenschaft«, Universität Hamburg, 4.11.2013.

DOROTHEE WIERLING

- Der Hamburger Kaffeehandel in der Nachkriegszeit, Vortrag auf dem Neujahrsempfang des Vereins der am Kaffeehandel beteiligten Firmen, Hamburg, 8.1.2013.
- Teilnahme am Panel: »Forschung, Vermittlung, Inszenierung. Zu zugeschriebenen Funktionen und Potenzialen von Zeitzeugen in verschiedenen Kontexten« der Tagung »Opfer, Täter, Jedermann? ›DDR-Zeitzeugen‹ im Spannungsfeld von Aufarbeitung,

Historisierung und Geschichtsvermittlung«, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam, 14.–15.2.2013.

- Kein Krieg ohne Nachkrieg. Überlegungen zur Präsenz des Krieges in den Kindheiten der 50er Jahre. Vortrag im Symposium 16: »Ergebnisse interdisziplinärer Forschung traumatischer Erfahrungen unter dem Aspekt der transgenerationellen Folgen« der Tagung »Kindheiten im Zweiten Weltkrieg in Europa«, Katholische Akademie, Münster, 22.–23.2.2013.
- Teilnahme an der Abschlussdiskussion der Tagung »Die Jugendbewegung in ihrer Wirkung in Gesellschaft, Politik und Kunst 1913–2013«, Deutsches Literaturarchiv, Marbach, 7.–8.5.2013.
- »An Amorphous World«. A Young Volunteer from Berlin on the Eastern Front. Diskussionspapier für das Seminar »Not so Quiet on the Eastern Front«, Jahrestagung der German Studies Association, Denver, CO, 4.–6.10.2013.
- Coffee Worlds – Global Players and Local Actors in 20th Century Germany, Antrittsvorlesung am German Historical Institute, London, 22.10.2013 / Vortrag im German History Seminar, University of Oxford, 19.11.2013.
- Das Traumakonzept in der Geschichtswissenschaft: Der Fall des Hamburger Feuersturms, Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (DPV), Bad Homburg, 23.11.2013.
- Kurzreferat und Diskussion im Panel: »Places of Memory in Europe«, University College London, 11.12.2013.

- Joachim Szodrzynski
- David Templin
- Dorothee Wierling

12. MEDIENECHO

(AUSWAHL)

FORSCHUNGSSTELLE FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG
(FZH)

- Johan Schloemann, Unsere offene Gegenwart. Vom Abschied und von der Gegenwart der Zeitgeschichte, in: Süddeutsche Zeitung, 9./10.2.2013.
- Rüdiger Jacob, Im Zweifel für die Freiheit, in: Lübecker Nachrichten, 22.2.2013.
- Alexander Simmeth, Das Globale lokal – Historische Perspektiven auf das Verhältnis von Stadt und Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, 16.11.–17.11.2012, Tagungsbericht, in: H-Soz-u-Kult, 1.3.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4676>.
- Catarina Caetano da Rosa, Das Globale lokal – Historische Perspektiven auf das Verhältnis von Stadt und Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, 16.11.–17.11.2012, Tagungsbericht, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte H. 2 (2013), S. 108–111.
- David L. Marshall, In Search of Revolution, 1916–1923: Germany and its European Context, 21.3.–23.3.2013, Tagungsbericht, in: H-Soz-u-Kult, 28.6.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4883>.
- Kristina Vagt, Leichter die Gondeln nie schweben, in: Taz Nord, 20./21.4.2013.
- Ursula Storost, Gartenbauausstellungen als Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels. Vor der internationalen Gartenschau in Hamburg. Eine wissenschaftliche Publikation über Gartenbauausstellungen als Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels, in: Deutschlandfunk, 25.4.2013.
- »Gartenschauen dienten dazu, die Vorteile des jeweiligen Systems zu demonstrieren«, Interview von Jens Haentzschel mit Kristina Vagt, in: MDR Thüringen Journal, 28.8.2013.
- Ursula Storost, Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Tagebücher von Zeitzeugen der NS-Machtergreifung 1933, in: Deutschlandfunk, 14.11.2013.

- Konstantin von Freytag-Loringhoven, Damals kaufte man sich am liebsten eine Villa Kunterbunt in der Toskana. Zeithistoriker als Zeitzeugen: Eine Kölner Tagung verhandelte die internationalen Einflüsse auf die alte Bundesrepublik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.2013.
- Marc-Oliver Rehrmann, Wie die Hamburger Hitler sahen, in: NDR online, 23.11.2013, http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/nszeitundkrieg/hamburgertagebuecher101_page-1.html.
- Niklas Wieczorek, Gespannte Verhältnisse. Frieden und Protest in Europa in den 1970er und 80er Jahren. Jahrestagung des Arbeitskreises Historische Friedensforschung, 17.10. – 19.10.2013, Tagungsbericht, in: H-Soz-u-Kult, 30.11.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=5121>.

KNUD ANDRESEN

- Hafenstraße – 25 Jahre nach Hausbesetzung, Interviewausschnitte mit Thorsten Schaubrenner, in: ZDF, hallo deutschland, 5.2.2013.
- Der dunkelste Tag. Die Zerschlagung der Mitbestimmung und der deutschen Gewerkschaften 1933, Interviewausschnitte, in: Mitbestimmung. Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 4, 2013.
- Felix Hoffmann, Zwischen Irritation und Anpassung, Interview zum 2. Mai 1933 in: DGB Kreis Hamburg, Maizeitung zum 1. Mai 2013, 1.5.2013.
- Die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 80 Jahren, Veranstaltungsankündigung, in: Täglicher Anzeiger Holzminden, 18.6.2013.
- »Einigkeit macht stark«, Veranstaltungsbericht, in: Täglicher Anzeiger Holzminden, 3.7.2013.

LINDE APEL

- Zur Eröffnung der Ausstellung »In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945«, in: NDR info, Schabat Schalom, 26.4.2013.
- Ausstellung erinnert an ein trauriges Kapitel der Hansestadt, in: Hamburger Abendblatt, 26.4.2013.
- Lutz Wendler, Hier starteten die Züge in den Tod, in: Hamburger Abendblatt, Anzeigenmagazin »Hafen Hamburg«, 7.5.2013.

- Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
- Knud Andresen
- Linde Apel

- Frank Keil, 24 Quadratmeter Erinnerung. Neue Blüte der Oral History. Die Toepfer-Stiftung spendiert dem verarmten Hamburg ein »Erzählmuseum«, in: Die ZEIT, Nr. 23, 29.5.2013.
- Ursula Storost, Gegen das Vergessen. Die »Werkstatt der Erinnerung« in Hamburg sammelt Interviews mit Zeitzeugen, in: Deutschlandfunk, 1.8.2013.

LINA NIKOU

- Nina Niedermeyer, Reeperbahn-Sonderausstellung: So klingt der Kiez, in: Hamburger Abendblatt, 20.1.2013.

AXEL SCHILDT

- Die autofreien Sonntage vor 40 Jahren, Interviewausschnitte mit Christoph Rasch, in: NDR info, Zeitgeschichte, 23.11.2013.
- »Voll auf der Linie Kennedys«. Der Historiker Hamburger Historiker Axel Schildt über das Fundament der Brandt'schen Entspannungspolitik: die unmissverständliche Bindung an die USA, in: Stern-Edition Nr. 2 (2013): »100 Jahre Willy Brandt«, S. 64–65.

CHRISTOPH STRUPP

- »Wie die Kohle für das Ruhrgebiet«, Interview mit Petra Schellen, in: Taz Nord, 4.5.2013.
- 90 Jahre Radio: 1938: The War of the Worlds. Orson Welles' fiktive Radioreportage (Sendemanuskript), in: hr 2 Kultur, 7.9.2013 / SR 2 Kulturradio, 16.10.2013.

DOROTHEE WIERLING

- Edgar S. Hasse, Luxus für jedermann, in: Welt am Sonntag, 20.1.2013.
- Christoph Richter, Problem Zeitzeuge? Potsdamer Tagung über den Wandel der »Oral History«. Interview mit Dorothee Wierling und Martin Sabrow (ZZF Potsdam), in: BR, Bayern 2, 15.2.2013.

13. LEHRVERANSTALTUNGEN

SOMMERSEMESTER 2013

FRANK BAJOHR

- Gesellschaftliche Mobilisierung in Krisenzeiten. Das Deutsche Reich, Italien und die USA in den 1930er Jahren, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar (mit Christoph Strupp).

KIRSTEN HEINSOHN

- Aufarbeitung? Bewältigung? Geschichte? Auseinandersetzungen mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar.
- Was ist Zeitgeschichte? Definitionen, Themen, Kontroversen, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

CHRISTOPH STRUPP

- Gesellschaftliche Mobilisierung in Krisenzeiten. Das Deutsche Reich, Italien und die USA in den 1930er Jahren, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar (mit Frank Bajohr).

DOROTHEE WIERLING

- Die Staatssicherheit der DDR – Vorgeschichte, Geschichte und Bedeutung, Einführungsseminar II, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

WINTERSEMESTER 2013/14

KNUD ANDRESEN

- Wandel der Arbeitswelten seit 1945, Einführungsseminar I, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

- Linde Apel
- Lina Nikou
- Axel Schildt
- Christoph Strupp
- Dorothee Wierling

Lehrveranstaltungen Sommersemester 2013

- Frank Bajohr
- Kirsten Heinsohn
- Christoph Strupp
- Dorothee Wierling

Lehrveranstaltungen Wintersemester 2013/14

- Knud Andresen
- Lu Seegers
- Christoph Strupp
- Dorothee Wierling

LU SEEGER

- Der Nationalsozialismus. Neuere Forschungen zur Ersten Geschichte und Zweiten Geschichte, Vorlesungsreihe, Universität Hamburg, Historisches Seminar (mit Birthe Kundrus).

CHRISTOPH STRUPP

- Themen und Theorien der Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

DOROTHEE WIERLING

- Class, Gender and Generation in 20th Century German History, Master Course, London School of Economics and Political Science, Department for International History.